Herbert Grymer, Dietmar Köster, Melanie Krauss, Myrto-Maria Ranga, Jan Christoph Zimmermann

Altengerechte Stadt – Das Handbuch

Partizipation älterer Menschen als Chance für die Städte

2. redaktionell überarbeitete Auflage

gefördert vom:

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Büro für angewandte Soziologie e.V.
Organisation • Moderation • Stadtforschung

LANDES SENIOREN VERTRETUNG NRW

Herbert Grymer, Dietmar Köster, Melanie Krauss,
Myrto-Maria Ranga, Jan Christoph Zimmermann

Altengerechte Stadt – Das Handbuch

Partizipation älterer Menschen als Chance für die Städte

2. redaktionell überarbeitete Auflage

gefördert vom:

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Büro für angewandte Soziologie e.V.
Organisation • Moderation • Stadtforschung

LANDES SENIOREN VERTRETUNG NRW

Impressum

Herausgeber:
Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e.V.
Gasselstiege 13, 48159 Münster
Tel: (02 51) 21 20 50
Fax: (02 51) 2 00 66 13
E-Mail: info@lsv-Nordrhein-Westfalen.de
Internet: www.lsv-Nordrhein-Westfalen.de

Layout und Satz: RevierA GmbH

Druck: Lonnemann GmbH, Selm

Foto: © Rob - Fotolia.com (Titel, S. 15)

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers

Wuppertal, 2. Auflage, Dezember 2008

ISBN-Nr. 3-9810606-0-1

Inhalt

Vorwort Armin Laschet 7

Vorwort Dr. Uta Renn 9

Die Autorinnen und Autoren 12

1 In aller Kürze: Wofür dieses Handbuch gedacht ist und an wen es sich richtet 15

1.1 Wovon wir ausgehen – heterogenes Phänomen Alter 16

1.2 Wofür das Handbuch gut sein soll 19

1.3 An wen richtet sich dieses Handbuch? Die Zielgruppen. 20

1.4 „Altengerechte Stadt" – ein Projekt der Landesseniorenvertretung 22

1.5 Forschungsfragen – im Mittelpunkt die Senioren 24

1.6 Die wichtigen Ziele des Projektes im Einzelnen 26

2 Altengerechte Stadt – vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild älterer Menschen in der Stadt 29

2.1 Der demografische Wandel – Die vernachlässigten Aspekte und was es bedeutet, wenn immer mehr Menschen länger gesund sind und immer länger leben 30

2.1.1 Man hätte es wissen können 30

2.1.2 Differenzierungen des Alters 32

2.1.3 Generationengerechtigkeit versus altengerecht – kein Gegensatz! 34

2.2 Theorien des Alters und des Alterns kritisch gesehen – Oder: Was man von Alterstheorien wissen sollte, um die Älteren neu zu sehen 38

2.2.1 Die Aktivitätstheorie des Alterns 39

2.2.2 Disengagementtheorie des Alters 43

2.2.3 Die Austauschtheorie und ihre Anwendung auf das Alter. 45

2.2.4 Das Lebenslaufkonzept in Bezug auf Alter und Stadt 47

2.3 Mythen und Bilder vom Alter – Was man über gängige Bilder und Vorstellungen von Rentnern wissen sollte 50

2.3.1 Das Alter als „Die große Freiheit am Lebensabend" 53

2.3.2 Das Alter als so genannter wohlverdienter Ruhestand 54

2.3.3 Der Spaß- und Freizeitmythos: Im Alter ist man faul und lässt sich treiben . . . 56
2.3.4 Alter ab 60 – Alles eins: Vergreisung . . . 58

2.4 Senioren, Alte, Rentner … oder wie – Was charakterisiert die heutigen und künftigen Senioren? . . . 59
2.4.1 Unterschiede zur „Normalbevölkerung“? . . . 59
2.4.2 Die Senioren im Widerspruch . . . 60

2.5 Was verstehen wir unter altengerechter Stadt – Im traditionellen Sinn und im Sinne des aktiven, produktiven Alterns . . . 65
2.5.1 Was also ist die altengerechte Stadt? . . . 65
2.5.2 Künftige Dimensionen einer altengerechten Stadt . . . 69
2.5.3 Integration der Älteren über und beim „Wohnen“ . . . 71

2.6 Zivilgesellschaft, Kommune und Senioren . . . 73
2.6.1 Rückzug des Staates und Senioren als „Lückenbüßer“? . . . 73
2.6.2 Senioren und Zivilgesellschaft . . . 74
2.6.3 Die neue Rolle der Kommunen . . . 76

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen 79

3.1 Neue Altersbilder – ihre Konsequenzen für die Städte . . . 86
3.1.1 Was sind Altersbilder? . . . 86
3.1.2 Vorstellungen und Bilder einer Generation – Empirisches aus dem Projekt . . . 91
3.1.3 Aktivitäten älterer Menschen . . . 102
3.1.4 Konsequenzen in den Städten: Rollen älterer Menschen in umgesetzten und geplanten Projekten . . . 105
3.1.5 Perspektiven für das Handeln städtischer Akteure . . . 110

3.2 Eine Quartiers- und Stadtteil-gestaltung – Bedarf und Wünsche an das Wohnen in der Stadt . . . 111
3.2.1 Zum Begriff „Wohnen“ . . . 111
3.2.2 Empirische Daten aus dem Projekt . . . 117
3.2.3 Perspektiven . . . 136

3.3 Zwischen Mitwirkung und Selbstorganisation – Partizipation älterer Menschen in der Stadt . . . 138
3.3.1 Zum Begriff „Partizipation“ . . . 138

3.3.2 Empirische Daten aus dem Projekt 145
3.3.3 Perspektiven und Instrumente 163

3.4 Acht Thesen aus der Forschung des Projekts „Altengerechte Stadt“ 167

4 Zur Realisierung 173

4.1 Wie organisiere ich mit anderen die Praxis? 174

4.2 Projektplanung nicht nur etwas für „teure Manager“ – Schema für einen Handlungsplan 183

4.3 Netzwerkarbeit 195

4.4 Vereinsrechtliche, steuerrechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Rahmenbedingungen 205

4.5 Altersbildung: für das bürgerschaftliche Engagement unverzichtbar 211

4.6 Methoden, Werkzeuge und Verfahren für das Engagement von Senioren in Stadt, Stadtteil und im Wohngebiet 218
4.6.1 Gruppenarbeitstechniken – Workshops und Runde Tische. 218
4.6.2 Großgruppenkonferenzen. 219
4.6.3 Leitfaden für Moderation und Gesprächsführung im Seniorenbereich. 223
4.6.4 Das Brainstorming als Gruppenarbeitsmethode 232
4.6.5 Spielregeln für kreative Gruppensitzungen 234

4.7 Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune 235
4.7.1 Formelle Mitwirkungsverfahren 236
4.7.2 Informelle Mitwirkungsverfahren 241

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen? 245

5.1 Städte mit ganzheitlichen Partizipationskonzepten 247
5.1.1 „Seniorengerechtes Rheine“. 248
5.1.2 Bürgeraktivierung in Arnsberg 253
5.1.3 Entwicklung eines Seniorenplans in Hamm 258
5.1.4 Netzwerkaufbau in Köln 263

5.2 Senioreninitiativen 268
5.2.1 Selbstorganisierte Planung und Mitwirkung am Mehrgenerationenwohnprojekt 268
5.2.2 „ALTE für ALTE“ 273
5.2.3 Selbstorganisation und Mitwirkung an Stadtentwicklung „Interessengemeinschaft Kasernengelände an der Tannenstraße“ 276

5.3 Wohnungsunternehmen und Möglichkeiten der Partizipation 280
5.3.1 Initiativgruppe in der Planungsphase 281
5.3.2 Umsetzung des Partizipationsgedankens 285
5.3.3 Gemeinwesenarbeit in aktiver Selbstorganisation 290
5.3.4 Arbeiten im Netzwerk mit Stadt und Wohnberatung 295
5.3.5 Freiwilligenengagement und Nachhaltigkeit 300
5.3.6 Selbstinitiierte Partizipation / Servicewohnen 304

5.4 Resümee 309

5.5 Weitere Projekte 310

6 Glossar 317

7 Kontakte und Adressen 329

8 Literaturtipps 333

9 Stichwortverzeichnis 353

Vorwort

Armin Laschet
Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Zuge des demografischen Wandels verändern sich Lebensformen im Alter sowie das Verhältnis der Generationen zueinander. Wie können dabei die Städte der Zukunft aussehen? Diese Frage steht am Beginn des engagierten Forschungs- und Entwicklungsprojektes „Altengerechte Stadt", das in Trägerschaft der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde.

Mit dem Projekt wurden die Potenziale älterer Menschen für die Entwicklung der Stadt oder ihrer Stadtteile in den Blick genommen. Zudem wurden die Rolle und mögliche Aufgaben älterer Menschen für die städtische Lebensqualität thematisiert und diskutiert. Bereits im Verlauf des Projektes wurden Ergebnisse der Forschung in Konferenzen mit Kommunen, Wohnungsunternehmen und Seniorenvertretungen diskutiert. So konnten praxisbezogene Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Diese sind verknüpft mit den Forschungsergebnissen des Projektes im Handbuch „Altengerechte Stadt" zusammengefasst und praxisorientiert dargestellt.

Im Prozess der Entwicklung altengerechter Städte geht es grundlegend um die Entwicklung angemessener Altersbilder und Vorstellungen der Generationen voneinander. Dazu bietet das Handbuch Ergebnisse, die es gilt, in den Regionen und Kommunen in Handlungsschritte umzusetzen, um damit auch Veränderungen im Sinne einer generationensolidarischen Gesellschaft zu erzielen.

Mit dem Handbuch „Altengerechte Stadt" sind engagierte Menschen aller Generationen aufgefordert, an der Entwicklung ihrer Städte, in denen alle Generationen gut leben können, mitzuarbeiten. Die Nutzung des Handbuches bietet die Chance, einen Beitrag zur positiven Gestal-

tung des demografischen Wandels zu leisten und damit einhergehend die Solidarität der Generationen zu fördern. Mit dem neuen Generationenministerium setzt Nordrhein-Westfalen bundesweit ein Zeichen für ein neues Miteinander von Jüngeren und Älteren. Daher lade ich alle Generationen ein, sich an dem Entwicklungsprozess zu „Städten der Zukunft“ zu beteiligen.

Armin Laschet
Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort

Dr. Uta Renn
Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen

Was ist eine altengerechte Stadt? Wie kann eine solche Stadt aussehen? Was gehört dazu? Wie können darin alle Generationen gut leben? Viele Fragen stehen am Anfang des Weges zu einer altengerechten Stadt und das ist auch gut so, denn nur so kann ein Prozess, in dessen Verlauf eine altengerechte Stadt sichtbar wird, beginnen.

Ich freue mich, dass Sie heute das Handbuch *Altengerechte Stadt* in Händen halten, das Ihnen helfen will, Antworten auf diese Fragen für Ihre Kommune, Ihr Wohnungsunternehmen, Ihren Verband der freien Wohlfahrtspflege oder ganz einfach für Sie als Interessierten vor Ort zu finden. Insbesondere wollen wir unsere Mitglieder, die 138 Seniorenvertretungen im Land, ermuntern, sich an Prozessen zur Entwicklung altengerechter Städte oder deren Initiierungen zu beteiligen. Dazu bietet das strikt praxisbezogene Handbuch Erkenntnisse und Informationen darüber, wie das Thema *Altengerechte Stadt* in Ihrem jeweiligen Wirkungsbereich in die Diskussion und schließlich zu einem Ergebnis gebracht werden kann.

Das Handbuch *Altengerechte Stadt* bildet sowohl einen Abschluss als auch einen Anfang. Abgeschlossen wird mit dem Handbuch das Forschungs- und Entwicklungsprojekt *Altengerechte Stadt.* Vom 01.01.2004 bis zum 31.08.2005 war die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen Träger des Projekts, das vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (vormals Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie Nordrhein-Westfalen) gefördert wurde. Das *Büro für angewandte Soziologie* in Wuppertal führte das Projekt *Altengerechte Stadt* durch. Es gelang dem Projekt, neun Wohnungsunternehmen aus Nordrhein-Westfalen zu gewinnen,

die das Projekt unterstützten und ihr Wissen im Rahmen eines Beirats in die Arbeit einbrachten. Mit dem Projekt leistete die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen einen konkreten Beitrag dazu, verstärkt die Chancen des demografischen Wandels und damit die Potenziale älterer Menschen in den Blick zu nehmen.

Für die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen hat das Projekt auch deshalb einen hohen Stellenwert, da hiermit erstmalig in eigener Verantwortung innerhalb eines Projekts die Teilhabemöglichkeiten älterer Menschen an der Stadtentwicklung und konkrete Handlungsschritte aufgezeigt werden.

Für die praktische Arbeit *vor Ort* wird bei der Nutzung des Handbuches zunächst die Entwicklung von Leitbildern zur altengerechten Stadt im Vordergrund stehen, nach denen ältere Menschen selbst für sich und andere Gruppen aktiv werden und ihre Potenziale einbringen können. Darüber hinaus wird es um die gesellschaftliche Anerkennung der Rolle und der Aufgaben älterer Menschen und deren zunehmende Bedeutung für städtische Lebensqualität und schließlich um die Erarbeitung von Vorschlägen gehen, mit denen die Potenziale älterer Menschen für die Entwicklung einer Stadt oder ihrer Stadtteile mobilisiert werden können. Schließlich kann dies in die Entwicklung konkreter Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen, Kommunen und Seniorenvertretungen münden. Insofern bietet das Handbuch keine Rezepte, die einfach übertragbar sind, sondern es bietet Fakten, Informationen und Handlungsempfehlungen, die es gilt, auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Der Weg ist das Ziel, heißt es und so möchte ich alle Interessierten ermutigen, sich auf den Weg zu einer altengerechten Stadt zu machen, in der selbstverständlich *alle* Generationen gut leben können.

Einen Anfang kann dieses Handbuch für alle bieten, die das Thema *Altengerechte Stadt* annehmen wollen, um es zunächst greifbarer und schließlich gestaltbar zu machen.

Der Dank der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen gilt allen, die das Projekt ermöglicht haben. Hier ist zunächst die frühere Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen, Hiltrud Wessling, als wichtige Impulsgeberin zu nennen. Besonders hervorzuheben ist das Land Nordrhein-Westfalen, ohne dessen Förderung es dieses Projekt nicht gegeben hätte. Hinzu kommen die Wohnungsunternehmen, die durch Spenden und begleitende Diskussion im Fachgremium des Projekts wichtige Beiträge geleistet haben: Rheinwohnungsbau GmbH, Düsseldorf – Gelsenkirchener Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH, Gelsenkirchen – Wuppertaler Bau- und Sparverein eG, Wuppertal – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH, Wuppertal – Barmer Wohnungsbau AG, Wuppertal – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Ennepe-Ruhr-Kreis GmbH, Schwelm – Wohn- + Stadtbau GmbH, Münster – Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH – Dortmund – Baugenossenschaft Freie Scholle eG – Bielefeld. Das Projektteam *Altengerechte Stadt* mit Prof. Dr. Herbert Grymer als Leiter und Dr. Dietmar Köster, Jan Christoph Zimmermann, Myrto-Maria Ranga, Melanie Krauss und Vera Schuster als Mitarbeiter hat ein bisher einzigartiges Projekt durchgeführt, wofür die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen herzlich dankt und hofft, dass die Ergebnisse im Sinne der Nachhaltigkeit weitere und tiefe Verbreitung finden.

Dr. Uta Renn

Dr. Uta Renn
Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen

Die Autorinnen und Autoren

Dietmar Köster, Dr., geb. 1957, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Geschäftsführer des Forschungsinstituts Geragogik, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projekts „Altengerechte Stadt", Lehrbeauftragter der Universität Dortmund, Sprecher des Arbeitskreises „Geragogik an Hochschulen" bei der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie und Gerontologie (DGGG); Arbeitsschwerpunkte: Altersbildung und Zivilgesellschaft, Demografie und Sozialstaat.

Jan Christoph Zimmermann, geb. 1977, Dipl.-Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro für angewandte Soziologie, Mitarbeiter des Projekts „Altengerechte Stadt"; Arbeitschwerpunkte: Projekte zur Wohnforschung und zu den Potenzialen des Alters.

Melanie Krauss, geb. 1974, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bergischen Universität Wuppertal, Mitarbeiterin im Projekt „Altengerechte Stadt", TÜV-zertifizierte Qualitätsmanagementbeauftragte und Auditorin; Arbeitschwerpunkte: Untersuchungen zur Wohnzufriedenheit und Stadtentwicklung.

Myrto-Maria Ranga, geb. 1978, MSc Psychologin, angewandte Sozialpsychologie, Lebens- und Trauerbegleiterin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts „Altengerechte Stadt", Mitglied des Arbeitskreises „Geragogik an Hochschulen" bei der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie und Gerontologie (DGGG), Doktorandin an der Universität Dortmund zum Arbeitsschwerpunkt: „Wohnqualität im Alter".

Herbert Grymer, Dr., geb. 1945, Univ. Prof. für Soziologie und anwendungsbezogene Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal, Lehre und Forschung auf dem Gebiet von Wohnen, Stadtsoziologie und Planung. Familientherapeut. Weitere Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungs- und Beratungsprojekte mit Unternehmen, Trainings für Führungskräfte in Kommunikation, Moderation und Konfliktmanagement.

Die Autoren danken besonders der wissenschaftlichen Beraterin der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen, **Barbara Eifert,** für Ihre fachliche, koordinierende und unterstützende Arbeit im Rahmen des Projekts „Altengerechte Stadt" und für ihre wertvollen Hinweise bei der Erstellung des Handbuchs.

1 In aller Kürze: Wofür dieses Handbuch gedacht ist und an wen es sich richtet

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

1 In aller Kürze: Wofür dieses Handbuch gedacht ist und an wen es sich richtet

1.1 Wovon wir ausgehen – Heterogenes Phänomen Alter 16

1.2 Wofür das Handbuch gut sein soll 19

1.3 An wen richtet sich dieses Handbuch? – Die Zielgruppen 20

1.4 „Altengerechte Stadt“ – Ein Projekt der Landesseniorenvertretung 22

1.5 Forschungsfragen – Im Mittelpunkt die Senioren 24

1.6 Die wichtigen Ziele des Projektes im Einzelnen 26

Die wachsende Zahl älterer Menschen und veränderte Vorstellungen vom Alter, die sich von Versorgung und Betreuung hin zu Selbstbestimmung und Eigeninitiative wandeln, bedürfen neuer Leitbilder auch für das Leben und Wohnen im Alter in der Stadt. Für die Mehrheit der Männer und Frauen ist das Alter nicht mehr gleichbedeutend mit arm, krank und sozial isoliert sein. Wenn ältere Menschen derzeit „Konjunktur" haben, so liegt dies nicht an deren problematischer sozialer oder ökonomischer Lage. Vielmehr hat die Gesellschaft, also genau anders herum als bei den Problemgruppen üblicher Art[1], mit der älteren Generation ein Problem: Gesellschaft und Politik machen sich Sorgen, wie mit der stark wachsenden Zahl der älteren Menschen umzugehen sei.

1.1 Wovon wir ausgehen – heterogenes Phänomen Alter

Alter definiert nicht Natur, sondern Gesellschaft.

Das Phänomen „Alter" ist selbst ein gesellschaftliches Konstrukt: Was an Einstellungen, Verhaltensweisen, körperlichen, sozialen oder geistigen Eigenarten an alten Menschen aufgezeigt wird, haftet nicht sozusagen dem „Alter" unveränderlich an, sondern es ist das Ergebnis einer Mischung aus kulturellen Sichtweisen und persönlichen Eigenarten, aus sozialen Prägungen und gemachten Lebenserfahrungen, aus individuellen Anlagen und gesellschaftlichen Zwängen, aus vorgegebenen sozialen Mustern und biologischen Tendenzen, denen man sich nicht entziehen kann[2] – die aber eben nicht bedeuten, das Altern wäre nur auf eine einzige Weise zu erklären: Mit der Veränderung von Gesellschaft verändert sich auch „das Alter" und wird veränderbar.

[1] Die Älteren sind aber *keine Problemgruppe* im klassischen Sinn: Eine solche ist dadurch beschrieben, dass die Politik, die Öffentlichkeit, die Gesellschaft entdecken, dass es eine Kategorie von Menschen gibt, die nach den Standards der Gesellschaft, in der sie leben, in ihren Interessen und Bedürfnissen nicht in angemessener Weise behandelt werden. So wurde in den vergangenen Jahren die Situation der Behinderten, der Frauen, der Flüchtlinge, der Kinder und anderer Gruppen, auch mit Unterstützung der Vereinten Nationen, thematisiert.

[2] Dies gilt auch dann, wenn Menschen (in allen Altersgruppen) subjektiv der Meinung sind, sie könnten das.

Dies ist auch der Grund, warum wir unser Projekt nicht **„altersgerechte“**, sondern **„altengerechte“** Stadt betitelt haben: Denn es ging uns nicht abstrakt um das Alter in den Städten, sondern um die älteren Menschen in Städten. Dies ist, auch wenn es zunächst ein bisschen sophistisch klingen mag, ein entscheidender Unterschied: „Das Alter“ als solches gibt es gar nicht; das Wort bezeichnet die Zusammenfassung von höchst vielfältigen Phänomenen und Verläufen. Der Begriff ist ein Abstraktum, das so in der Realität nicht zu finden ist.[3]

Alter ist nicht gleich versorgungsbedürftig

Grundannahme dieses Handbuches ist, dass Ältere **nicht mehr zureichend gesehen werden**, wenn man sich nur an der angeblich sinkenden Mobilität, abnehmenden Gesundheit und zunehmenden Versorgungsbedürftigkeit orientiert oder immer wieder den doch „wohlverdienten Ruhestand“ zum Vorwand nimmt, um **für** Ältere, aber **ohne** sie zu planen.

Ältere Menschen und ihre Kompetenzen

Vielmehr gehen wir davon aus, dass Senioren verstärkt Verantwortung für die Gestaltung und Ausstattung ihres Lebensumfeldes in Stadtteilen und Wohngebieten übernehmen können und dies in gewisser Zahl auch derzeit schon tun oder wollen. Sie sind eine Gruppe, die über Erfahrung, Wissen und Geduld sowie über Kompetenzen, Geld und Zeit verfügt. Eigentlich werden sie im Zuge der demografischen Entwicklung auch mehr und mehr gebraucht, aber dem stehen ein Altersbild und eine Vorstellung von Ruhestand entgegen, die eher zu Passivität statt zu Engagement und zu einer Mentalität von Versorgt-werden statt zu Aktivität im gemeinschaftlichen Sinn führen.

[3] Das ist etwa so, wie wir auch von „der Konjunktur“, „dem Wetter“ oder „dem Krieg“ sprechen als einem vorgestellten Ganzen, das aber in Wirklichkeit jeweils aus einer Vielzahl nicht zusammen planbarer oder erfassbarer Einzelabläufe besteht.

Das vorliegende Handbuch will also **nicht** aufzeigen, wie man **für** Ältere besser planen kann, um eine höhere Lebensqualität und bessere Versorgung der Senioren herbeizuführen; es will auch nicht Wege zur besseren Vorsorge oder zu mehr Pflegeplätzen aufzeigen.

Nicht für sie, sondern mit ihnen aktiv werden

Es geht hier um aktive Partizipation älterer Menschen an der Stadt und eine neue Rolle der Älteren: Wie man m i t ihnen und wie sie selbst bei einer nachhaltigen Veränderung von Stadtteilen und Wohngebieten – im Sinne einer Erhaltung oder Steigerung der Lebensqualität für *alle* Generationen – aktiv werden können.

Das bedeutet nicht, dass Vorsorge für Pflege und Angebote für höheraltrige Menschen unwichtig wären. Es geht also nicht um den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen, um ein Aufgeben der öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen, die durch das Engagement und die Eigeninitiative der Einzelnen aufgefangen werden sollen.

Beitrag Älterer zur lebenswerten Stadt

Aber hier steht etwas anderes im Zentrum: Wir fragen, ob und wie die Senioren mit ihrer Tatkraft und Energie zu einer für sie und für die anderen Generationen lebenswerten Stadt beitragen sollen und können.

Damit aber Ältere ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen und ihre Ansprüche in das städtische Gemeinwesen einbringen können, müssen aktivitätsförderliche Stadtstrukturen und entsprechende urbane Gegebenheiten vorhanden sein.

1.2 Wofür das Handbuch gut sein soll

Mit diesem Handbuch sollen mehrere Ziele erreicht und Möglichkeiten geboten werden:

- Wie sehen die Seniorenvertretungen, die Sozialdezernate der Städte und die Wohnungsgesellschaften ältere Menschen jetzt und in der näheren Zukunft? Ein **Report über wichtige Ergebnisse** des Entwicklungs- und Forschungsprojekts „Altengerechte Stadt", weil wir glauben, dass darin einige wichtige Erkenntnisse über die künftige Rolle der Senioren in der Stadt gewonnen wurden.
- Wir zeigen auf, welche **Theorien und Bilder vom „Alter"** es gibt und wie sie zum Teil einer veränderten Auffassung von dem, was „Alt-sein" heute und in Zukunft bedeutet, entgegenstehen. Hier sollen jene Ideologien veralteter, aber nie reflektierter Einstellungen kritisiert werden, die *in uns allen noch* mehr oder weniger stark die Sichtweise der älteren Menschen und ihre Rolle prägen, die aber überraschender Weise ständig neu erzeugt werden.
- Es wird aufgezeigt, welche **Unterschiede** zwischen einem *konventionellen* Altersbild in Bezug auf städtische Strukturen (Infrastruktur, Einrichtungen, Dienstleistungen, Wohnen usw.) und einer „altengerechten Stadt" bestehen, wenn man ein **verändertes Altersbild** zugrunde legt: Was heißt **altengerechte Stadt in der Zukunft**, wenn man mit aktiven, partizipationsbereiten und vielfach kompetenten, leistungsfähigen Senioren zu rechnen hat? Was laut unseren Studien die Mehrzahl der befragten Akteure in der Zukunft erwartet.
- Wir geben **„Handreichungen"** und Informationen, wie es geht und was man beachten sollte, wenn man in Städten, Stadtteilen oder Wohnquartieren Projekte und Initiativen ins Leben rufen will. Es werden anhand von erläuterten Methodenbeispielen (Zukunftskonferenz, Open-Space, Workshop-Organisation, aktivierende Befragung, moderierte Besprechungsrunden, Projektmanagement u. a.) Wege und Methoden der Realisierung von Partizipation aufgezeigt.

- Wir wollen schließlich über **Beispiele berichten, Projektideen weitergeben** und Betätigungsfelder für Senioren skizzieren, in denen Aktivierung und Betätigung der Älteren auf aktive und produktive Weise heute schon stattfindet. Die städtischen „Akteure" – Senioren, Mitarbeiter in Städten, Verbänden oder Wohnungsunternehmen, Mitglieder von Seniorenvertretungen –, die Ideen umsetzen oder Probleme in der Stadt lösen wollen, sollen ermutigt werden, aktiv zu werden: nicht zu warten, bis jemand etwas tut, sondern, wie ungeübt darin auch immer, sich mit anderen zusammenzusetzen und anzufangen.
- An die Stadtverwaltungen richtet sich die These, dass Veränderungen in den Städten und Stadtteilen mit den Bürgern zusammen – trotz der Finanzkrise – möglich und sinnvoll sind. Allerdings sind einige Veränderungen im **Selbstverständnis der Stadtverwaltungen** nötig, wenn sie Mitwirkung, Partizipation und Selbstorganisation von älteren Bürgern – und nicht nur von älteren – für sinnvoll und produktiv ansehen sollen.
- Wir erläutern rechtliche, versicherungstechnische und andere Rahmenbedingungen, zeigen am Beispiel von Netzwerkarbeit die Wichtigkeit von Kooperationsbezügen auf und schildern konkrete kommunale Instrumente der Mitwirkung älterer Bürger.

1.3 An wen richtet sich dieses Handbuch? Die Zielgruppen

1. Natürlich sind die ersten Adressaten die **Senioren** oder die **Seniorenvertretungen**, aber zur Zielgruppe gehören selbstverständlich auch jene, die, obwohl noch nicht in Rente, vor ihrem beruflichen Ausscheiden aktiv werden wollen, mit der Perspektive, sich auch weiter zu engagieren.
2. Weiterhin müsste dieses Handbuch wichtig sein für die **Stadtverwaltungen** und „einschlägige" Mitarbeiter, die als Adressaten wie als Ermöglicher von Partizipationsabsichten eine entscheidende Rolle spielen. Dabei sind mit „einschlägig" keineswegs nur die

Sozialdezernate oder -ämter gemeint, an die man bei Partizipation meist als erstes denkt. Gerade die **technischen Ämter** und planenden Referate sind Akteure, deren Entscheidungen und Gestaltungen viele Menschen, ältere wie jüngere, betreffen. Alter ist in Stadtverwaltungen eine Querschnittsaufgabe.

3. Die dritte zweifellos wichtige Gruppe von Ansprechpartnern sind die **Wohnungsunternehmen**. Sie sind jene Organisationen, die mehr als andere die konkreten Lebensumstände und Aktivitätsmöglichkeiten der Älteren kennen und prägen. Sie können ihre Mieter bloß als eine größer werdende Kundengruppe sehen, sie können sie aber auch als ein wertvolles Aktivitätspotenzial wahrnehmen, dessen Engagement und Arbeitskraft in Stadtteilen und Wohngebieten – wie mittlerweile zahlreiche Erfahrungen zeigen – produktiv für alle Beteiligten wirken können.
4. Zur Zielgruppe gehören aber auch die Akteure aus der **lokalen Politik** und die **Führungskräfte** der Verwaltungen. Ihre Vorstellungen sind es häufig, die einer wirklichen Beteiligung entgegenstehen. Rentner werden hier vorwiegend als Kostenverursacher, Empfänger von Versorgungsleistungen gesehen und nicht als solche, die auch etwas zur Stadt beitragen können.
5. **Parteien** und ihre Mitglieder sind auf lokaler Ebene angesprochen, auch ihr Bild von den Potenzialen der Senioren zu überprüfen und sie nicht nur als „Ausgemusterte" und Wählerstimmen wahrzunehmen.
6. Schließlich richtet sich das Handbuch auch an die vielen **Initiativen** und an **jüngere Bürger**, die sich in Städten und Stadtteilen engagieren und die Kooperation und Vernetzung mit einer Gruppe, die über Zeit und andere (nicht immer bequeme) Potenziale verfügt, zum beiderseitigen Nutzen durchaus gebrauchen können.

1.4 „Altengerechte Stadt" – ein Projekt der Landesseniorenvertretung

Von Januar 2004 bis zum September 2005 führten wir für die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V. (LSV) als Träger das Projekt „Altengerechte Stadt" durch, das vom früheren Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen[4] finanziert wurde. Im Rahmen der Untersuchungen fand zur Koordinierung und zum Informationsfluss zwischen dem Vorstand der LSV , der wissenschaftlichen Beraterin und den Autoren ein regelmäßiger Austausch statt, ebenso wie zwischen diesen Beteiligten und dem Ministerium Berichte und Abstimmungen erfolgten.

Als wichtige Kooperationspartner des Projektes konnten neun Wohnungsunternehmen aus Nordrhein-Westfalen gewonnen werden. Dazu zählen

- die Barmer Wohnungsbau AG aus Wuppertal,
- die Gemeinnützige Wohnungsbau Gesellschaft mbH, ebenfalls aus Wuppertal
- sowie der Wuppertaler Bau- und Sparverein e.G.
- die Baugenossenschaft Freie Scholle e.G aus Bielefeld,
- die Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH aus Dortmund,
- die Rheinwohnungsbau GmbH aus Düsseldorf,
- die Gelsenkirchener Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH aus Gelsenkirchen,
- die Wohn- + Stadtbau GmbH aus Münster und
- die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Ennepe-Ruhr-Kreis GmbH aus Schwelm.

Mit diesen Wohnungsunternehmen, die zum Projekt einen Teil der Forschungsmittel aufgebracht haben, fanden in der Projektlaufzeit eine Reihe von ganztägigen Treffen als Austausch- und Berichtsrunden statt.

[4] Nach der Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen wurde das o.g. Ministerium umbenannt in Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI).

Von vornherein war zwischen allen Beteiligten abgesprochen, dass das Projekt natürlich wissenschaftlichen Standards zu genügen hatte, dass dies aber nicht um der bloßen wissenschaftlichen Erkenntnisse willen unternommen wurde, sondern die Ergebnisse müssten in der Realität der Städte auch praktisch verwertbar sein. Dies geschieht nunmehr – neben Projektberatungen, Vorträgen, Workshops – mit dem vorliegenden Handbuch.

Mit dem Projekt leistet die Landesseniorenvertretung einen konkreten Beitrag dazu, verstärkt die **Chancen** des demografischen Wandels und die **Gestaltungskraft** der älteren Menschen in den Blick zu nehmen.

Senioren nicht mehr als Last sehen

Senioren werden in der öffentlichen Debatte fälschlicherweise nach wie vor eher als eine sozialpolitische Last gesehen. Dagegen können sie – so eine Ausgangsthese der Arbeit – mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in erheblicher Weise auch jenseits von Erwerbsarbeit an einer Fortentwicklung dieser Gesellschaft Akzente setzen und die Städte mitgestalten.

Für die LSV in Nordrhein-Westfalen hat dieses Projekt einen hohen Stellenwert, da hier zum ersten Mal in ihrer Verantwortung in einem konkreten Modellvorhaben die Teilhabemöglichkeiten von älteren Menschen an der Stadtentwicklung systematisch erfasst und in Pilotprojekten geplant werden.

Die späte Entdeckung des Ich

Die Gesellschaft verschleudert Ressourcen“

KULTUR

Statt 60 Jahren gefühlte 30

Mit 60 aufs Altenteil?

Die Alten werden umworben, weil sie gebraucht werde

Abbildung 1

1.5 Forschungsfragen – im Mittelpunkt die Senioren

Das Projekt, das diesem Handbuch zugrunde liegt, heißt „Altengerechte Stadt" und unsere Forschungsaufgabe bestand darin, Antworten auf die folgenden Fragen zu finden:

- Welche Rolle wird die steigende Zahl von älteren und längerlebenden Menschen künftig in den Städten spielen?
- Was kann oder sollte man heute, unter den Bedingungen des demographischen Wandels, unter Berücksichtigung des Wandels von Altersbildern und Alterskompetenzen unter einer **altengerechten** Stadt verstehen?
- Welche Folgerungen für Politik, Altenorganisationen, Wohnungsunternehmen und für die älteren Menschen resultieren daraus in Städten, und was bedeutet das für die Praxis in den Städten und Stadtteilen, die ihre alltägliche Lebenswelt darstellen?
- Wie können ältere Menschen zur Partizipation an städtischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen motiviert werden, wie kann ihnen aber auch eine Mitwirkung tatsächlich ermöglicht werden?

Diesen Fragestellungen liegt eine recht einfache Annahme zugrunde:

> Je nachdem, welches Bild man sich von den Bedürfnissen, Wünschen, Fähigkeiten und Eigenarten älterer und alter Menschen macht, verändert sich auch das, was man als altenfreundlich und altengerecht ansehen kann.

„Altengerechte Stadt" ist also kein reales Planungsziel, sondern **eine Leitvorstellung**, die neben anderen in die künftige Gestaltung von Städten eingehen muss.

Diese Leitvorstellung ist dadurch gekennzeichnet, dass

- sie die Kompetenzen und die Tatkraft der Senioren wichtig und ernst nimmt und den älteren Menschen *in diesem Sinn* Betätigung in der Stadt ermöglicht – also auch Räume, Anlässe und Beratung zur Verfügung stellt,
- sie die Potenziale der Älteren aufgreift, für andere städtische Gruppen und Akteure nutzt und in Beiträge zur städtischen Lebensqualität für alle umwandelt,
- auf diese Weise in Stadtteilen und Wohngebieten zivilgesellschaftliches Teilhaben und Teilnehmen – subjektiv gesehen: das Gebraucht-werden und Sich-brauchen-lassen – der Senioren möglich und selbstverständlich wird und
- zum gelingenden Leben im Alter die bewusste und zielgerichtete Tätigkeit zählt.

1.6 Die wichtigen Ziele des Projektes im Einzelnen

Neues Leitbild

1. Die Entwicklung eines Leitbildes für eine „altengerechte Stadt", in dem die Senioren gesehen werden als Menschen, die selbst für sich und andere Gruppen aktiv werden, die über vielfältige Potenziale verfügen und diese auch in städtische Lebenszusammenhänge, in Planungen und Projekte einbringen können.
   Hierzu wird im Folgenden herausgearbeitet, was dem entgegensteht. Es ist das heute (immer noch) dominante Bild von den Alten einer genaueren kritischen Betrachtung zu unterziehen (Kapitel 2.3).

Potenziale Älterer

2. Die Untersuchung der Sichtweisen, Orientierungen und künftigen Einschätzungen bei den Hauptakteuren auf dem Gebiet der Altenpolitik, den Wohnungsunternehmen, Stadtverwaltungen und den Seniorenvertretungen darauf hin, ob und wie sie die Potenziale älterer Menschen zur Gestaltung von Stadtentwicklung ermöglichen und künftig sehen.
   Hierzu wurden von uns in Nordrhein-Westfalen Stadtverwaltungen (Sozialdezernate) und Seniorenvertretungen befragt. Die wichtigsten Ergebnisse werden in Kapitel 3 berichtet.

Mehr Anerkennung für Ältere

3. Es ging weiterhin darum, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man der zweifellos gestiegenen Leistungsfähigkeit älterer Menschen höhere gesellschaftliche Anerkennung verschaffen kann und wie sich die Bedeutung von Senioren für die Arbeit an städtischer Lebensqualität endlich richtig herausstellen lässt.
   Hierzu haben wir eine Reihe von Projekten und Initiativen mit Erfahrungen in vertiefenden Interviews befragt, um aus ihrer bisherigen Arbeit Folgerungen zu ziehen, die sich verallgemeinern lassen. Dies wird in Kapitel 5 beschrieben.

4. Es sollten Vorschläge erarbeitet werden, mit denen die Potenziale älterer Menschen für die Entwicklung einer Stadt oder ihrer Stadtteile als Mitwirkung und Partizipation mobilisiert werden können.

Hierzu haben wir im Rahmen des Projekts eine Reihe von Workshops und eine größere „Open-Space-Konferenz" veranstaltet, bei denen bisherige Erfahrungen und good-practice Beispiele ausgetauscht und Projektideen gesammelt wurden. Mehr dazu in Kapitel 5.

5. In der Entwicklung konkreter Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen, Kommunen und Seniorenvertretungen ging es und geht es weiterhin darum, diese Möglichkeiten real zu erproben und auf breiter Basis zu zeigen, dass Selbstorganisation und Partizipation von Senioren möglich, sinnvoll und produktiv sind. Eine Reihe von dazu erforderlichen Methoden, Vorgehensweisen und Mitteln wird in Kapitel 4 beschrieben.

Potenziale für die Stadt

1 In aller Kürze: Wofür dieses Handbuch gedacht ist und an wen es sich richtet

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild älterer Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

2 Altengerechte Stadt – vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild älterer Menschen in der Stadt

2.1 Der demografische Wandel – Die vernachlässigten Aspekte und was es bedeutet, wenn immer mehr Menschen länger gesund sind und immer länger leben 30

2.2 Theorien des Alters und des Alterns kritisch gesehen – oder: Was man von Alterstheorien wissen sollte, um die Älteren neu zu sehen 38

2.3 Mythen und Bilder vom Alter – Was man über gängige Bilder und Vorstellungen von Rentnern wissen sollte 50

2.4 Senioren, Alte, Rentner … oder wie – Was charakterisiert die heutigen und künftigen Senioren? . . . 59

2.5 Was verstehen wir unter altengerechter Stadt – im traditionellen Sinn und im Sinne des aktiven, produktiven Alterns 65

2.6 Zivilgesellschaft, Kommune und Senioren 73

2.1 Der demografische Wandel – Die vernachlässigten Aspekte und was es bedeutet, wenn immer mehr Menschen länger gesund sind und immer länger leben

Keine Politikerrede in der Renten-, Sozial- oder Gesundheitspolitik dieses Landes, ohne am Anfang einen Bezug zum demografischen Wandel herzustellen.

Er ist seit einiger Zeit in allen Reden, in Analysen, in nahezu jeder politischen und medialen Äußerung über ältere Menschen präsent: Die demografische Entwicklung nämlich sei es, die den entwickelten Gesellschaften Probleme bereitet. In einer menschheitsgeschichtlich einmaligen Entwicklung steige der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung an; und darauf, dass etwa in der näheren Zukunft (25 Jahre) sich das Verhältnis von über 60-Jährigen zu Jüngeren auf 1:3 oder 1:2 verändern wird, sind die betroffenen Gesellschaften nicht vorbereitet. Von „Überalterung" ist dabei die Rede und kaum jemand merkt, dass der Ausdruck so diskriminierend ist wie „Überfremdung" und so technisch wie „Überdüngung".

2.1.1 Man hätte es wissen können …

Kritischer Weise sollte man sehen, dass dieses Nicht-Vorbereitet-Sein keineswegs die Folge von überraschenden, nicht vorhersehbaren Entwicklungen ist. Die Bevölkerungswissenschaftler und -statistiker warnten seit langem vor einer solchen Entwicklung, die bei sinkenden Geburtenraten und steigender Lebenserwartung vorhersehbar war. Aber eine an kurzfristigen Wahlerfolgen interessierte Politik sorgt dafür, dass die Warnungen oder Prognosen nicht in Maßnahmen zur politischen Steuerung umgesetzt wurden. Nun, wo die Folgen dieses demografischen Wandels unübersehbar werden, wird der zunehmende Altenanteil an der Gesamtbevölkerung vor allem als Belastung empfunden.

Demografischer Wandel meint das Phänomen, dass in Deutschland (und den anderen hoch entwickelten Gesellschaften Europas) die Bevölkerung infolge der in den letzten 120 Jahren verbesserten medizinischen Versorgung, der gesunkenen Sterblichkeit von Kindern, der besseren Ernährung, des geringeren Verschleißes in der Arbeitswelt, der neuen medizinischen Behandlungstechniken und Medikamente, u.a. *erstens* eine immer höhere Lebenserwartung hat, dass sie deshalb *zweitens* absolut gesehen zahlreicher und dass sie *drittens* relativ zu anderen Altersgruppen immer mehr wird. Dies habe zur Folge, so die schnelle politische Schlussfolgerung, dass die Renten nicht mehr finanzierbar seien und das Problem entstehe, wer denn diese steigende Zahl von Alten später einmal pflegen solle und wo dies möglich sei. Die Reduktion des demografischen Wandels auf ein Rentenproblem und auf die Behandlungs- und Pflegekapazitäten ist einseitig und falsch.

Demografischer Wandel und Ängste

Man sieht den demografischen Wandel heute eher als etwas Negatives: Wie wird es der wachsenden Zahl von Alten in der Zukunft ergehen? Wie soll die Gesellschaft sie in Zukunft angemessen versorgen? Werden sie den Jungen etwas wegnehmen? Müssen die Alten Angst haben, später als Demente in „industrieller Altenpflege" abgefertigt zu werden? Warum redet man immer von den Risiken der „Überalterung"? **Alter und Alte** sind hier negative, **entwertende Ausdrücke.**

Wie steht es mit den Chancen des Alters? Welche Potenziale liegen in der steigenden Zahl der Alten? Machen die Senioren und ihre spezifischen Fähigkeiten die Gesellschaft und uns alle am Ende sogar reicher? Auf welchen Gebieten kann man Tatkraft, Wissen, Erfahrung von Älteren für sie selbst und für die Jüngeren nutzbar machen? Welche Qualitäten kann gerade eine verunsicherte, bis zum Irre-werden beschleunigte Gesellschaft brauchen? Es geht um die **In-Wert-Setzung des Alters** und der Älteren.

Chancen des Alters

Aus unserer Sicht ist die Alterung der Gesellschaft ein Teil des historischen und zivilisatorischen Fortschritts, durch den die Menschen nach Abschluss der Erwerbsarbeitsphase, in der Zwänge vorherrschen, noch eine längere Zeit zur Verfügung haben, in der sie selbst bestimmen können, wie sie die Zeit verbringen und womit sie sich betätigen, ob und wie sie sich für sich, für andere und für die Gemeinschaft einbringen.

Gewinne des Alters

Ob der demografische Wandel positiv gewendet wird und wir von „Gewinnen des Alters" sprechen können, dafür ist Voraussetzung, das Alter und die Älteren differenzierter als bisher zu sehen, also ein anderes Altersbild zu erproben. Die Senioren müssen aus dem inaktiv-konsumtiven und nur an ihrer Versorgung orientierten Altersbild entlassen werden.

In den Städten entscheidet sich dann, ob diese 15 bis 20 Jahre lange *Zeitspanne nach* der Verrentung eine **für die Gesellschaft und für die Senioren produktive, sinnerfüllte und zur Selbstgestaltung offene Zeit sein kann.** Deshalb sprechen wir vom „Leitbild altengerechter Stadt".

Wertschöpfung durch Ältere

Festzuhalten ist: Bei der Fixierung des demografischen Wandels auf die Rentenfinanzierung und die Pflegeproblematik bleibt eine Tatsache meistens unbeachtet: Das bürgerschaftliche und familiäre Engagement von älteren Menschen macht jetzt schon im Jahr ca. 40 Milliarden Euro an ökonomischem Wert aus. Es geht also auch darum, diese freiwillig erbrachten Leistungen beizubehalten und zu fördern.

Die übliche Beschreibung des angeblichen Problems in Politik und Medien unterschlägt die Tatsache, dass das Alter und „die Alten" höchst differenzierte Phänomene bzw. sehr komplexe zusammengesetzte Kategorien sind.[1]

2.1.2 Differenzierungen des Alters

Die fernere Lebenserwartung in Deutschland hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte stark zugenommen. Männer und Frauen im Alter von 60 Jahren konnten im Jahr 2003 noch mit 20 bzw. rund 24 weiteren Lebensjahren rechnen, das sind rund 5 Jahre mehr als ein 60-jähriger im Jahr 1970 im Durchschnitt erwarten konnte. Nach Ansicht von Bevölkerungswissenschaftlern wird dieser Trend anhalten.

[1] vgl. in diesem Handbuch das Stichwort „demografischer Wandel" im Glossar.

Es ist wahrscheinlich, dass 60-jährige Männer zur Jahrhundertmitte im Durchschnitt noch eine Lebenserwartung von 25 und Frauen von 29 Jahren haben werden. Das wäre dann von 2003 bis 2050 ein weiterer Zuwachs der ferneren Lebenserwartung von rund 5 Jahren, bzw. 1,2 Monaten pro Jahr.[2] Somit verbringen sie eine längere Lebenszeit nach dem Ende des Berufs als von der Geburt bis zum so genannten Erwachsenenalter. Wollte man ähnlich differenzieren wie im ersten Lebensviertel, so müsste man auch das Alter in eine Reihe von funktionellen Gruppen unterteilen. Solche gibt es schon, etwa wenn man heute von den „jungen" Alten, von den „Boomers" oder von den „aktiven" Alten spricht. Eigentlich sind alle diese Kennzeichnungen unbefriedigend, solange sie auf das kalendarische Alter anspielen. Denn für die allergrößte Gruppe ältere Menschen ist nicht das Lebensalter charakteristisch, sondern die Tatsache, dass sie aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind bzw. ausscheiden mussten. Und das, nicht so sehr das kalendarische Alter, wie zu zeigen sein wird, kennzeichnet ihre soziale Situation.

„Alte" sind heterogene Gruppe

Differenzierte Lebensaltersphasen

Viertes Lebensviertel

Letzte 22 Lebensjahre
Ältere im Übergang der Verrentungsphase, charakterisiert durch einen biographischen, dramatischen Identitätsbruch und eine schwierige Orientierung.
Rentner in der normalisierten Phase, charakterisiert durch weitgehende körperliche und mentale Leistungs- und Aktivitätsfähigkeit, und durch Freisetzung von Berufsarbeit, „junge Alte".
Ältere mit kleinen gesundheitlichen Einschränkungen und Handikaps, die sich aber nicht wesentlich auf Aktivitäten und Selbstversorgung auswirken müssen.
Ältere / Alte mit ins Gewicht fallenden Einschränkungen, die äußere Aktivitäten deutlich erschweren, die sich jedoch noch selbst versorgen.

[2] Deutsches Institut für Altersvorsorge, 2008

Hilfebedürftige Alte, die der Unterstützung durch andere bedürfen oder darüber sehr froh sind.
Alte, die zur selbstständigen Lebensführung nicht mehr in der Lage sind und ambulanter Pflege bedürfen.
Hochaltrige, die aufgrund ihres körperlichen oder mental-geistigen Zustands dauerhaft betreut bzw. gepflegt werden müssen.
Hochbetagte

Diese Aufzählung zeigt, welche Zumutung es ist, heute noch von „dem Alter" oder nach der Verrentung von „dem Alten" zu sprechen. Aber genau das ist es, was unsere Gesellschaft ständig tut; und das ist es, was dann ein pauschalisierendes, diskriminierendes Einstellungs- und Verhaltenssyndrom gegenüber allen, die über 60 sind, erzeugt.

Zumindest die Personen der ersten drei Kategorien der obigen Unterteilung, wenn nicht auch noch die vierte, zumindest teilweise, wären in der Lage, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und mehr oder weniger aktiv etwas beizutragen. Altersaktivität muss jedenfalls *nicht altersbedingt* eingeschränkt sein, sondern für diese Gruppen beruht sie auf anderen Regeln und Mustern positiver oder verhindernder Art. Und genau um diese Gruppe von Senioren geht es bei der altengerechten Stadt: Sie macht zahlenmäßig den größten Teil der Senioren aus, ist leistungsfähig, mobil, qualifiziert, erfahren und gebildet.

2.1.3 Generationengerechtigkeit versus altengerecht – kein Gegensatz!

Es wird eine gewaltige Aufgabe in unserer Gesellschaft sein, die Frage der Belastung der verschiedenen Generationen auf eine *konstruktive* Weise zu diskutieren: Die bereits existierenden Vorstöße von Politikern, denen nichts anderes einfällt als zu fordern, das Rentenalter auf 67 Jahre oder auch auf 70 Jahre zu erhöhen, lassen hier nichts Gutes ahnen. Zumal solche Ideen ja nur dann funktionieren, wenn die dann länger zu

Erwerbstätigkeit Verpflichteten dem tatsächlich nachkommen könnten. Was ist, wenn aber – wie zu erwarten sein wird – der privatwirtschaftliche erste Arbeitsmarkt die zusätzliche Arbeitskraft gar nicht verwerten kann?

Abbildung 2

Seit Beginn der Diskussionen um den demografischen Wandel standen die Probleme der Finanzierung der Krankheits- und der Pflegekosten, der zahlreicher werdenden höher- und hochaltrigen Menschen und deren Unterbringung im Vordergrund. Das Magazin „Der Spiegel" meinte schon eine Katastrophenwarnung herausgeben zu müssen: „Wohin mit Oma? Pflege-Notstand in Deutschland"[3]. Hinter dieser reißerischen Aufmachung und der zuweilen etwas hysterischen Diskussion steht die Angst einer Gesellschaft, der demografische Wandel könnte zu einer fundamentalen Ungleichverteilung der Ressourcen führen: zwischen älterer, größer werdender und längere Zeit von Transfereinkommen lebenden Generationen und Generationen, die unter diesen Bedingungen eine doppelte Belastung zu tragen haben; denn sie wären jene, die zuerst die erhöhten Kosten zu finanzieren hätten, aber selbst später im Rentenalter weniger als bisher aus ihrer Vorsorge zurück erhalten werden. Allerdings muss man veranschlagen, dass die heutige Rentnergeneration eben doch in erheblicher Weise durch Unterstützung von Kindern und Enkelkindern zur Generationensolidarität beiträgt[4].

Angst vor Belastungen durch die Alten

Die Frage stellt sich für uns so: Die Beziehungen zwischen den Generationen sind ja keine, die sich bloß in Rentensätzen und Zahl der Pflegeplätze niederschlagen; sie stellen sich konkret her in den Familien, den Nachbarschaften, den Wohngebieten und Städten.

[3] Der Spiegel, Nr.19 „Wohin mit Oma? Pflegenotstand in Deutschland", am 9.5.05.

[4] Weiter ist zu betonen: Die Finanzierung des Sozialstaats und damit auch der Renten ist nicht so sehr vom zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Menschen im erwerbsfähigen Alter und Rentnern abhängig. Entscheidend ist vielmehr die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und die Höhe der realen Beitragszahler, also die Höhe der Beschäftigungsquote.

Auf welche Weise können die Senioren, die Rentner zur Wohlfahrt in den Städten darüber hinaus beitragen, wenn sie nicht in formellen Arbeitsverhältnissen länger als bisher gehalten werden sollen? Unsere Gesellschaft ist in einer paradoxen Situation: Privatwirtschaftlich gesehen sind die Älteren ausgemustert und überflüssig; aber gesellschaftlich gesehen wird von ihnen ein Beitrag zur Wohlfahrt aller erwartet und sie werden gebraucht – sonst kann das Niveau wahrscheinlich nicht gehalten werden.[5]

Man kann nun sagen: Wenn von dieser steigenden Zahl von zu Aktivitäten fähigen älteren Menschen im Ruhestand wenigstens ein Teil dazu gebracht werden könnte – selbstverständlich ohne Zwang – als Rentner einen Teil ihrer Tatkraft postberuflich statt nur für private Freizeit für gemeinschaftlich sinnvolle oder erforderte Betätigungen einzusetzen, dann wäre das ein nicht unerheblicher Beitrag zur Generationengerechtigkeit.[6] Die Älteren bringen auf andere Weise als vorher über Steuern – viel direkter – in die Gesellschaft etwas ein, das allen zugute kommt:

Generationengerechtigkeit

Denn eine altengerechte Stadt ist zugleich auch für andere Generationen eine geeignete, freundliche, benutzbare Stadt, letztlich eine menschengerechte Stadt.

Diese These ist zwar prinzipiell richtig, gilt aber nicht in allen Situationen, wir müssen also differenzieren.

Altengerecht ist auch generationengerecht, wenn es um Einrichtung, Gestaltung, Ausstattung der öffentlichen Räume geht. Beispiel Sicherheit, Beleuchtung, soziale Übersichtlichkeit im öffentlichen Raum: Natürlich wird Sicherheit, Angstfreiheit, Bequemlichkeit usw. von Eltern, Müttern, Frauen, u. a. Erwachsenen geschätzt und gewünscht. Keineswegs legen v. a. die Alten, wie oft gesagt wird, gesteigerten Wert auf Schutz und Sicherheit. Beispiel: Gelegenheit zur Bewegung, Radfahren, Wandern

Altengerecht gleich generationengerecht?

[5] Dieser Zustand ist bereits jetzt der Fall: Wenn man sich ständig darüber wundert, weshalb die Konsumgüternachfrage in Deutschland schwach ist, so dürfte das weniger an einer „Zurückhaltung" liegen, sondern schlicht daran, dass neben den normalen auch die Transfereinkommen sinken (Stichwort Hartz IV). Wenn die Menschen mehr privat vorsorgen (sollen), wenn die Steuereinnahmen sinken und viele so genannte freiwillige Leistungen (Freizeit, Kultur, Bildung) von den Kommunen nicht mehr erbracht werden können, so ist dies bereits Schrumpfung, also ein Rückgang des Wohlfahrtsniveaus.

[6] Hier soll nicht vergessen werden, dass ein Teil der älteren Menschen hierzu ohnehin schon beiträgt durch Familienarbeit für ihre Kindergeneration und dass Kinder sowie Enkel durch finanzielle Leistungen der Rentner (Zuschüsse, Geschenke, Erbschaften) in beachtlicher Höhe unterstützt werden.

etc., natürlich sind entsprechende Wege und Räume auch für andere Gruppen wichtig. Brauchen die bewegungsarmen, vorwiegend an Bildschirmen arbeitenden Menschen nicht Parks, Radwege und anregende Erholungsräume mindestens so notwendig wie die Alten? „Die Mehrzahl aller im städtischen Raum beobachtbaren Nutzerbedürfnisse wie das Verweilen, die passive Teilnahme, das Beobachten, die aktive Teilnahme und die Aneignung von Lebensraum haben alle Nutzergruppen gemeinsam, auch wenn sie in unterschiedlichen Teilräumen zu unterschiedlichen Zeitpunkten ausgeübt werden."[7]

Hier ist die andere Seite angesprochen: Die generationengerechte Stadt ist nicht unbedingt eine konfliktfreie Stadt. Denn auf zweierlei Weise kommt es zu unvereinbaren Situationen:

Generationengerecht nicht gleich konftiktfrei

Erstens, wenn sich Raum- oder Flächennutzungsansprüche **unterschiedlicher Gruppen** mit unterschiedlichen Interessen auf *gleiche Flächen* richten. Beispiel: Wenn es etwa darum geht, ob ein für die Nahversorgung wichtiger alteingesessener Laden einer für den Stadtteil wichtigen Kindertagesstätte weichen muss oder wenn eine zentrumsnahe Baulücke, die für städtisches Seniorenwohnen besonders geeignet wäre, mit Büronutzung belegt wird.

Zweitens, wenn *verschiedene Nutzergruppen* sich mit unterschiedlichen Interessen zur *gleichen Zeit* auf *gleiche Flächen* ausrichten. Beispiel: Wenn die Senioren in einer Wohnanlage sich von den Kindern auf dem Spielplatz der Anlage permanent in ihrer Ruhe gestört fühlen. Oder wenn Spaziergänger die Radwege eines Parks immer wieder nutzen und die Radfahrer ihrerseits die Fußwege mit hoher Geschwindigkeit befahren.

Es gehört vielleicht auch zur generationengerechten Stadt, dass für solche Fälle nicht einfach administrative Maßnahmen „ergriffen", also kommunale Regelungen über die Köpfe der Akteure hinweg getroffen werden (die dann von niemandem eingehalten werden), sondern dass in einer Art neuem Konfliktmanagement gemeinsam unter Teilnahme der Betroffenen nach Lösungen und Wegen gesucht wird.

[7] T. Sachs-Pfeifer, Stadt und Stadtgestalt, in Gestalt der Stadt, 1986, S. 25, zit. n. Münsterjohann, 2004

2.2 Theorien des Alters und des Alterns kritisch gesehen – Oder: Was man von Alterstheorien wissen sollte, um die Älteren neu zu sehen[8]

In einem Handbuch zur Arbeit an der „altengerechten Stadt" kommt man nicht umhin, sich kritisch mit den so genannten Alterstheorien zu beschäftigen. Alterstheorien sind eigentlich nichts anderes als mehr oder weniger elaborierte und empirisch untersuchte Vorstellungen von Wissenschaftlern darüber, wie sich Menschen im Verlauf ihrer Lebenszeit in sozialer, körperlicher, geistiger, psychischer, kommunikativer, gesundheitlicher Dimension entwickeln. Sie wollen beschreiben und erklären, wie der Veränderungsprozess, den wir „altern" nennen, vonstatten geht, was dafür typisch ist, womit dabei normaler Weise zu rechnen ist.

Skepsis gegenüber Alterstheorien

Alterstheorien stehen in der Gefahr, normativ verwendet zu werden, d. h. die Phänomene, die sie scheinbar ganz objektiv und mit seriösen empirischen Methoden aus ihren Daten darstellen, auch für notwendige und zwingende auszugeben. Dies liegt an ihrer scheinbaren Evidenz: Man kann die Theorien offenbar ohne große Schwierigkeiten mit der eigenen Erfahrung bestätigen; man hat das, da man ja mit Älteren umgeht und Erfahrung mit ihnen hat, auch schon beobachtet. Trotzdem wird keine Theorie dadurch haltbar, dass die unmittelbare Anschauung der Menschen und die empirisch gewonnenen Information übereinstimmen. Wir müssen uns also davor hüten, in Theorien das, was dem common sense entspricht, deshalb für wahr und notwendig zu halten.

Es wird sich im Folgenden zeigen, dass die heute (noch) gängigen gerontologischen Theorien vor allem an einer Sache kranken: Sie halten gefundene – bei älteren Menschen auftretende – Merkmale oder Handlungsweisen für tatsächliche Wesenseigenschaften des Phänomens Alter. Wir wollen kurz behandeln: die Aktivitätstheorie, die Disengagementtheorie (inkl. des Defizitmodells), die Austauschtheorie und das Lebenslaufkonzept.

[8] Es geht hier nicht um eine eingehende Beschäftigung und Kritik verschiedener Alterstheorien, sondern nur um deren Vorstellung, soweit sie für unseren Zusammenhang von Alter und Stadt wichtig sind.

2.2.1 Die Aktivitätstheorie des Alterns

Die Aktivitätstheorie, in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts zum ersten Mal formuliert, verstand sich als den Versuch, das Altern zu erklären und dabei auch zu sagen, was man unter „gutem Altern" versteht. Dies im Gegensatz zu dem in derselben Zeit formulierten Konzept des negativen Alterns bzw. der Defizittheorie des Alters. Die Aktivitätstheorie geht von der Vorstellung aus, dass sich wesentliche soziale und psychische Bedürfnisse mit dem Altern nicht verändern: Demnach haben auch ältere und alternde Personen immer noch das Bedürfnis, ein aktives, kreatives Wesen mit sozialen Kontakten und Beziehungen zu sein, wie dies auch in der Jugend und in den vorherigen Altersstufen der Fall war. So kann diese Theorie von der Prämisse ausgehen, dass die Lebensqualität einer Person (im Alter) unter solchen Bedingungen dann als hoch eingeschätzt werden kann, wenn die älteren Menschen ein hohes Maß an Aktivitäten und Interaktionen mit anderen Menschen auch tatsächlich aufrecht erhalten (können). Die im Lebensverlauf unvermeidbar auftretenden Verluste in Beziehungen, Aktivitäten und Interaktionen können durch neue, gegebenenfalls qualitativ andere Kontakte und Aktivitäten ersetzt werden und sollten das auch. Ob dies der Fall ist, hängt vor allem vom sozialen und räumlichen Umfeld ab.

Aktivität und Sozialkontakt bis ins hohe Alter wichtig

Wenn also die sozialen Gegebenheiten, das soziale Umfeld und die gesellschaftlichen Institutionen eine solche Fortführung bzw. einen Ersatz an Aktivitäten und Kontakten häufig nicht ermöglichen, dann werden ältere Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen und zwangsweise passiv. Daraus zu schließen, dass ältere Menschen eben so seien und das so wollten, und das Alter dies eben mit sich bringe, ist falsch.

Ältere nicht automatisch passiv

(Diesen empirischen Befund halten, wie sich gleich zeigen wird, andere Theorien dann für eine Normalentwicklung).

Wichtig erscheint uns dabei festzuhalten:

Wenn im Sinne der Aktivitätstheorie des Alters im Umfeld älterer Menschen ungeeignete, unfreundliche oder widrige Umstände für das Aufrechterhalten von sozialen Kontakten und Aktivitäten anzutreffen sind, so sind diese keineswegs als unveränderbares Schicksal hinzunehmen, sondern sie sind das Ergebnis von kulturellen, politischen und sozialen Interessenauseinandersetzungen und Aushandlungsprozessen – und damit auch veränderbar.

Erfolgreiches Altern braucht Sozialkontakte

Aus der Perspektive der Aktivitätstheorie gesehen, ist Altern dann als „erfolgreich" zu sehen, wenn es mit aktivem Altern, mit Erhaltung der Sozialkontakte verbunden ist; Probleme des Alterns entstehen durch den Zwang zur Passivität oder zur Isolation. Damit betont die Aktivitätstheorie die Bedeutung des sozialen Umfelds für die älter werdenden Menschen und die daraus resultierenden sozialen Wechselbeziehungen – wenn sie denn existieren. Diese Einbindung ist Voraussetzung für Selbstwertgefühl und Selbstachtung.

Im umgekehrten Fall, wenn soziale Kontakte und die Einbindung in das soziale und weltliche Umfeld unterbrochen werden, kann es zu Defiziten kommen und am Ende zu einer Störung oder Zerstörung der Persönlichkeit und im Extremfall bei besonders langer Dauer zu einem Persönlichkeitsverlust. Das soziale Selbst (Mead) wird mehr und mehr reduziert und im Extremfall ausgelöscht.

„Gute" Städte – keine Exklusion

Diese Theorie kann unmittelbar als Ausgangspunkt für die Überlegungen verwendet werden, wie Stadt, Stadtteile und städtische Strukturen mit dem Selbstwertgefühl und der Selbstachtung von älteren Menschen zusammenhängen. Wenn es für ein positives Altern bedeutet, dass die älteren Menschen versuchen, ihr eigenes Leben zu organisieren und die Gesellschaft/Stadt ihren Beitrag dazu leisten kann, diese Bestrebungen zu fördern, dann wären das Städte, die gute Lebensbedingungen zur Verfügung stellen. Im Gegensatz dazu wären schwierige Städte solche, deren Strukturen soziale Exklusion erzeugen und einen Rückzug aus sozialen Rollen und Aktivitäten erzwingen oder fördern. Auf die Stadt angewendet, würde dies bedeuten, „dass Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um ein hohes Niveau an Aktivitäten ver-

schiedener Art aufrechterhalten zu können. Es ist wichtig, physisch und psychisch fordernde Aufgaben fortzuführen und das Altern nicht nur als eine Zeit aufeinander folgender Verluste zu akzeptieren, als Zeit, in der man in immer weniger Zusammenhängen gebraucht wird."[9]

Wir haben es hier mit einer Theorie zu tun, die nicht nur das Altern in bestimmter Weise als einen sozial-gesellschaftlichen Prozess erfasst, sondern sie eignet sich auch für die Begründung von Strategien, die sich auf die Verbesserung der Lebens- und Aktivitätsbedingungen älterer Menschen in Städten richten. Es ginge dann darum, Gelegenheit zu schaffen und zu fördern, die Teilhabe und Verantwortung, Aktivität und Gebrauchtsein der älteren Menschen bedeuten.

Vom Verfallskonzept zum produktiven Altern

Heute ist der Verfall nicht unbedingt normal und nicht einmal mehr die Regel, so dass der starke Verdacht besteht, dass Verfall, anders als bisher angenommen, noch nicht einmal in dieser Geschwindigkeit biologisch „einprogrammiert" sein muss. Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass körperliches und geistiges Wohlbefinden, Leistungsfähigkeit und Gesundheit im Alter vielmehr direkt mit den folgenden vier wichtigen und gestaltbaren Variablen zusammenhängen.

[9] Ericsson/Wolf, 2005, S. 123.

Abbildung 3 [10]

- Mit der Identität und den Selbstkonzepten, die man als älterer Mensch (und nicht nur als älterer) ausbildet und verfolgt.
- Mit der persönlichen Weiterentwicklung in einer sich subjektiv und objektiv verändernden Situation und Welt.
- Mit dem Ausmaß an Selbstbestimmung im Alltag und dem Maß, in dem man die Kontrolle über das eigene Leben ausübt.
- Mit der Möglichkeit, über subjektive Wünsche hinaus sinnvolle Aktivitäten zu entfalten.

[10] Im Zentrum der Abbildung steht Gesundheit – Leistungsfähigkeit – mentale Kraft. Wenn hier nicht steht „glücklich sein" oder „Zufriedenheit", so bedeutet das nicht, dass diese Befindlichkeiten unwichtig wären, sondern es heißt bloß, dass Gesundheit, Leistungsfähigkeit und mentale Kraft als die Mittel zur Erreichung von „glücklich sein" und anderem anzusehen sind.

2.2.2 Disengagementtheorie des Alters

In gewisser Hinsicht kann man in dieser Sichtweise sozusagen den Gegenspieler der Aktivitätstheorie sehen.[11] Man kann sie fast als eine Alltagstheorie betrachten, denn sie gibt als wissenschaftliche Theorie auf überraschende Weise immer noch oft die Sichtweise des Alters bei vielen Menschen und Institutionen wieder: Für die Disengagementtheorie ist das Altern ein Prozess, in dem sich die Älteren und die Gesellschaft immer mehr voneinander entfernen und ablösen, weil sich das Lebensende nähert. Der Einzelne schränkt seine Lebensbezüge ein und zieht sich aus immer mehr sozialen Aktivitäten zurück, während gleichzeitig die Gesellschaft die Alten aus immer mehr Sozialzusammenhängen entlässt, beginnend mit der Verrentung. In der Sicht dieser Theorie „geschieht dies nicht gegen den Willen der Person; es wird eher mit einem Gefühl des Wohlergehens und einer guten Lebensqualität verbunden. … Der Prozess der Löslösung ist natürlich bedingt und sozial wünschenswert. Er folgt den biologischen Bedürfnissen des alternden Organismus und den funktionalen Erfordernissen der Gesellschaft."[12]

Theorie des Rückzugs

An den Prämissen dieser Theorie kann man letztlich natürlich nicht zweifeln; das menschliche Leben endet mit Defiziten und letztlich Verfall. Die große Frage besteht darin, ob die unausweichliche mentale, körperliche und soziale Abwärtsentwicklung ein kontinuierlicher biologisch determinierter Prozess ist oder ob der Erhalt bzw. die Abnahme dieser Fähigkeiten selbst wieder von der Art und Weise abhängt, wie man sie im Alter nutzt und mit welchen Einstellungen, Orientierungen und Gewohnheiten man lebt, mithin je nach den gesellschaftlichen Lebensbedingungen variieren kann.

Abbildung 4

Zusammenhang von Altern und Lebensbedingungen

[11] Und so wurde sie auch am Anfang der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts vorgestellt.
[12] Eriksson/Wolf, 2005, S. 127.

In dem Maße, wie sich ältere Menschen den mentalen, körperlichen und sozialen Anforderungen im fortschreitenden Alter stellen, bleibt die körperliche, geistige und soziale Leistungsfähigkeit erhalten. Neuere medizinische Untersuchungen stützen diese Hypothese.[13] Es kann heute nachgewiesen werden, dass Kontakte, Anforderungen und Aktivität bis weit ins fortgeschrittene Alter zu einer höheren Lebensqualität und zu besserer Gesundheit trotz mancher Handikaps führen.

Die *„Rückzugstheorie"* und das Konzept des *„aktiven Alterns"* führen in Bezug auf die altengerechte Stadt ebenfalls zu entgegengesetzten Strategien:

- Verfolgt man die Rückzugstheorie, so wird man eher Schutzbedürfnisse betonen; die Strategie verfolgen, die Umwelt älterer Menschen „altengerecht" im Sinne früh nachlassender Fähigkeiten und daher sinkender Anforderungen zu gestalten; Vorkehrungen für nachlassende Mobilität, nachlassende Motorik, Wahrnehmung und sinkende geistige Zuverlässigkeit zu treffen.
- Man würde Ältere möglichst früh dazu bewegen, den Abbauprozess zu akzeptieren, man würde Räume und Aufenthalte schaffen, in denen dieser Rückzug und die Loslösung stattfinden können; Einrichtungen für betreutes Wohnen, Seniorenresidenzen, Altenpflegeheime in ausreichender Zahl forcieren, insgesamt die Pflegekapazitäten und entsprechende Dienstleistungen ausbauen.
- Verfolgt man das „aktive Altern", so wird man Erfahrungen der Älteren verfügbar machen; Möglichkeiten zu Partizipation und zum aktiven Teilnehmen und Beitragen zum städtischen Leben schaffen, die Voraussetzungen dafür ausbauen, zur Selbstorganisation auffordern.
- Man würde Ältere dazu bewegen, möglichst lange ihre selbstständige Lebensführung aufrecht zu erhalten, in einer eigenen Wohnung zu bleiben oder sich mit anderen zu Wohngemeinschaften zusammenzutun; möglichst viel mit anderen Altersgruppen zu organisieren.

[13] Wenngleich man dabei zugeben muss, dass der Aufwand, der im Fall von Krankheit im späteren Alter zur Rückgewinnung dieser Fähigkeiten betrieben werden muss, deutlich zunimmt.

Die entscheidenden Kritikpunkte der Disengagementtheorie sind, dass sie den Zeitraum, in dem ein Rückzug und Ablösungsprozess tatsächlich charakteristisch ist, nicht von einer anderen Altersphase unterscheidet und dass sie den enorm verlängerten Zeitraum zwischen Verrentung und Ende des Lebens nicht zur Kenntnis nimmt. Damit eignet sie sich als Begründung für ein Verständnis von Alter, das undifferenziert Alter mit Entberuflichung, Defiziten, Gebrechlichkeit, Versorgungs- und Pflegebedürftigkeit gleichsetzt.

In der wissenschaftlichen Debatte über sozialgerontologische Theorien gilt die Disengagementtheorie bzw. ihre Variante als „Verfallstheorie" als so nicht mehr haltbar. Allerdings hindert sie nicht davor, dass sie das Alltagsleben (über die öffentlichen Einstellungen in Verbänden, Politik und Institutionen und die mit der Altersproblematik beschäftigten Medien) der Menschen bis in den Mainstream und das Handeln bestimmt.

„Verfallstheorie" immer noch lebendig

2.2.3 Die Austauschtheorie und ihre Anwendung auf das Alter

Der Grundgedanke der Austauschtheorie besteht darin, dass Menschen im Prinzip nach der Nutzenrationalität handeln: Sie werden eine bestimmte Handlungsmöglichkeit einer anderen vorziehen, wenn sie sich von der ersteren einen höheren Nutzen versprechen. Für soziale Beziehungen heißt das, dass sie nur dann einigermaßen stabil gehalten werden können, wenn sie langfristig versprechen, dass die gegenseitigen Nutzenerwartungen nicht enttäuscht werden. Nach dieser Theorie wird dass gegenseitige Handeln dadurch gesteuert, dass die Interaktionspartner in einem ausgeglichenen Verhältnis von Nutzenaustausch, also von Geben und Nehmen, von Einbringen und Herausbekommen, den Interaktionen, stehen.

Alte im Nutzenaustausch

Wenn man ein konventionelles Altersbild unterlegt, so stellt sich die Sache folgendermaßen dar: Die Möglichkeiten älterer Menschen, in einem aktuellen oder zeitlich langfristigen oder intergenerativen Austauschverhältnis adäquat vertreten zu sein, schränken sich nach dieser Theorie im Verlauf des Alters deutlich ein. Wenn für beide Seiten des

Austauschs gleiche Kriterien angelegt werden, ergibt sich: Da Altern mit Einschränkungen der körperlichen Leistungsfähigkeit, mit dem Ausfall der Berufsarbeit, mit dem Entfallen der Partizipationsmöglichkeiten einhergeht, haben die Älteren immer weniger im Austausch zu bieten. Dementsprechend würde dann aus der Sicht dieser Theorie mit zunehmendem Alter eine immer stärkere und fundamentale Ungleichgewichtigkeit der Beziehungen vorliegen. Damit würde der Austausch immer mehr zu einem unbalancierten Dominanz-Abhängigkeits-Verhältnis, die Beziehungen immer mehr zu einer Macht-Ohnmacht-Beziehung.

Beiderseitige Ängste

Die Austauschtheorie beschreibt scheinbar zutreffend die Verhaltensmuster zwischen Angehörigen der jüngeren und älteren Generation, im Mikrosystem der Familie oder auf gesellschaftlicher Ebene. Es erklären sich daraus auch übliche Verhaltensmuster auf beiden Seiten: die heutigen Ängste in Form der so genannten Rentenfalle, in der die Jüngeren sich heute wähnen (heute viel einzahlen, später wenig Leistung beziehen). Oder die Angst der Älteren, im Alter verlassen zu sein, ins Heim oder in unmenschliche Pflegeverhältnisse abgeschoben zu werden, wenn man im Leistungsaustauschprozess nichts mehr zu bieten hat.

In Bezug auf Stadt kann man aus der Austauschtheorie einige Folgerungen ziehen:

1. Wenn Ältere versuchen wollen, mit der jüngeren Generation oder mit jüngeren Personen, etwa in Familie oder in Nachbarschaft (wo sie denn existiert) in ein symmetrisches Verhältnis zu kommen, so kann Stadt, Stadtteil, Wohngebiet, städtische Infrastruktur ein wichtiges und vielfältiges Betätigungsfeld abgeben, in das die Älteren etwas einbringen können – und das tun sie ja auch (vgl. früher).
2. Bedingung dafür ist, dass die bisher nicht engagierten Älteren vermehrt aus der Ruhestands-Mentalität heraustreten und ihre „entberuflichte“ Lebensphase auch als Feld und Zeit des Einbringens von Leistungen sehen, die andere oder die Gemeinschaft brauchen – wenn auch selbstbestimmt und zeitlich vermindert gegenüber der Berufsarbeit.

3. Auf Seite der Institutionen und Organisationen ist (nach der Austauschtheorie) Bedingung, dass die Jüngeren zugeben und äußern, dass die Gegenseite gebraucht wird, was in der Sprache dieser Theorie heißt, dass sie überhaupt etwas Wertvolles einzubringen haben.
4. Für dieses neue Einbringen sind dann aber auch die räumlichen, technischen, rechtlichen, sachlichen und institutionellen Bedingungen zu schaffen.

2.2.4 Das Lebenslaufkonzept in Bezug auf Alter und Stadt

Das Lebenslaufkonzept, oder auch die „Theorie der Institutionalisierung des Lebenslaufs“[14], bezeichnet zunächst einmal, vielleicht überraschend, den Lebenslauf als Institution. Institutionen sind verfestigte Formen sozialer Beziehungen und Regelungen; damit sind sie etwas gesellschaftlich Vorgegebenes, das dem Einzelnen gegenübertritt und ihn zur Einordnung zwingt.

Lebenslauf als Institution

„Lebenslauf als Institution bedeutet also zum einen die Regelung des sequenziellen Ablaufs des Lebens, zum anderen die Strukturierung der lebensweltlichen Horizonte bzw. Wissensbestände, innerhalb derer die Individuen sich orientieren und Handlungen planen.“[15]

In anderen Worten: Es gibt einerseits kulturelle Vorgaben in modernen Gesellschaften, was man wann in seiner Entwicklung in etwa wann und in welcher Phase des Lebens erreicht haben sollte; sie sorgen dafür, dass Lebensläufe bei einer großen Zahl von Menschen auf eine ähnliche oder gleiche Weise verlaufen (sequentieller Ablauf). Aber es ist andererseits nicht (mehr) genau vorgeschrieben, was „ich“ in meinem Leben wann genau zu befolgen habe, wie ich mich verhalten soll und was ich genau zu werden habe – man kann vom Mainstream abweichen und seine Biographie selbst „basteln“ (lebensweltliche Horizonte, innerhalb

[14] M. Kohli, Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11, 1985

[15] ebd., S. 2

derer Handlungen geplant werden). Das frühere Leitbild einer Dreiteilung des Lebenslaufes ist heute nicht mehr mit der gesellschaftlichen Realität in Übereinstimmung zu bringen. Die Normalbiographie ist, wie man heute sagt, „erodiert" – durch Frühverrentung, Arbeitslosigkeit, Frauenberufstätigkeit in verschiedenen Altersstufen, Teilzeitarbeit auch im jüngeren Erwachsenenalter u. a.; und es ist heute für alle das Problem, wie man sich in all dieser Unübersichtlichkeit einigermaßen stabil hält, eine Identität ausbildet und flexibel durchhält.

Individueller Lebenslauf und Gesellschaft

Es ist das Verdienst der Lebenslauf-Perspektive, dass sie darauf aufmerksam macht: „Die individuelle Lage hat immer die Gesellschaft als Bezugspunkt, ist von ihr beeinflusst und beeinflusst sie ihrerseits. In der Lebenslaufperspektive wird die einzelne Biographie in ihren Verwebungen mit den gesellschaftlichen Entwicklungen erkennbar, die parallel stattfinden. Das individuelle Schicksal und gesellschaftliche Veränderungen können gemeinsam thematisiert werden – oder, anders ausgedrückt, gesellschaftliche Veränderungen werden in der individuellen Biographie und durch sie gespiegelt."[16] Wir haben es also beim Lebenslauf nicht mit einem geregelten und sanktionierten Ablauf zu tun (wie etwa im Mittelalter mit seinen vielfältigen religiösen, zünftigen und feudalen Regeln), sondern mit einem Muster, einem Modell, an dem man sich im Normalfall orientiert und einpasst – „man macht das eben so".

Erwerbsarbeit strukturiert Lebenslauf

Damit kommen wir wieder zum Alter. Denn das Erwerbsleben und die Orientierungen aus der Berufstätigkeit bzw. auf sie hin spielen in den Biographien der heutigen Menschen eine dominante Rolle. „Der Lebenslauf ist in modernen Gesellschaften um das Erwerbssystem herum organisiert. Dies ist sowohl für die äußere Gestalt des Lebenslaufs – die evidenteste zeitliche Gliederung ist heute die Dreiteilung in Vorbereitung – Aktivität – und Ruhephase (…) – als auch für das ihr zugrunde liegende Organisationsprinzip."[17] Wenn dies allgemein gelten soll, so müssen wir fragen: Wonach ist dann jene Phase im Leben organisiert, in der es diese Orientierung an der Erwerbstätigkeit nicht mehr gibt?

In der Tradition der westlichen Gesellschaften hat das Alter kein Kristallisationszentrum, vielleicht außer dem Tod. Das Alter weist keine Organisationsprinzipien auf; die Senioren werden bei Verrentung in den (scheinbar) ganz privaten und ganz individuell gestaltbaren Freiraum, in

[16] Ericksson / Wolf, S. 138
[17] Kohli 1985, S. 3

Fehlendes Strukturprinzip für Lebenslauf im Alter

die Freizeit hinaus entlassen, aber eben ohne die Hilfestellungen und Orientierungen, welche die Organisation der Erwerbsarbeit dem einzelnen gibt – ohne gesellschaftliche Strukturierung, Verantwortung und Verpflichtung. Sie müssen plötzlich ihren Sinn selbst konstituieren.[18]

Das Lebenslaufkonzept macht so darauf aufmerksam, wie enorm problematisch es ist, wenn der Lebenslauf von Senioren eine Abfolge von gleichsam ungesellschaftlichen, individuellen Entscheidungen ist; es macht darauf aufmerksam, dass das Hauptproblem beim Übergang in die nachberufliche Phase ist, wieder an so etwas wie ein Kristallisationszentrum außer der Orientierung an Krankheit und Tod zu gelangen: die Suche nach einem neuen Organisationsprinzip, nach dem man noch ungefähr 25 Jahre lang seinen Lebenslauf organisieren kann.

Die zentrale Frage lautet nun: Kann „Stadt" in dieser Situation, wo sie schon keine Lebenslauforientierung geben kann, wenigstens „lebensweltliche Horizonte" bieten? Bietet „Stadt" ersatzweise den Älteren, aus dem Beruf Ausgeschiedenen, Orientierungen für ihren weiteren Lebenslauf? Wie könnten diese aussehen?

Oder ist Stadt heute ein Sozialgebilde, das einschränkt, begrenzt, benachteiligt – nicht so sehr durch Normen, sondern faktisch durch Einschränkung und Ausschluss von Handlungsmöglichkeiten und das je älter, desto mehr?

Stadt als Orientierungsraum im Lebenslauf

Bisher ist eine wichtige Rolle, die der Stadt als *Orientierungsraum im Lebenslauf* zukommen könnte, kaum gesehen worden. Sie wird meist im technisch-konsumtiven Sinn als Raum betrachtet, in dem man sich mehr oder weniger leicht Waren und Dienstleistungen verschaffen kann. Als Folgerung aus diesen lebenslauftheoretischen Überlegungen kommen wir zu der These:
Das komplexe Sozialsystem Stadt kann und sollte eine Funktion in den Lebensläufen moderner Menschen haben, weil es von älteren Menschen, deren Orientierungssystem „Erwerbsarbeit/Berufsarbeit" wegfällt, gebraucht wird.[19]

[18] Der Film „Schultze gets the Blues" zeigt die geradezu peinliche Ratlosigkeit, in der drei eben verrentete Arbeitskollegen nach ihrer Abschiedsfeier buchstäblich dasitzen, und die Zufälligkeiten, wie sich neue mögliche Lebenslaufelemente einstellen.

[19] Und das sind: Rentner, Langzeitarbeitslose, nicht berufstätige Alleinerziehende und die wachsende Zahl derer, die gezwungen sind, auf Dauer in ungesicherten Arbeitsverhältnissen zu leben.

2.3 Mythen und Bilder vom Alter – Was man über gängige Bilder und Vorstellungen von Rentnern wissen sollte

Es gibt eine Reihe von populären oder populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen der jüngsten Zeit (Schirrmacher, 2004; Vogelskamp/Günter, 2005; Schautzer, 2004; zahlreiche mehr oder minder lange Veröffentlichungen in Magazinen, Wochenzeitungen und Rubriken von gehobenen Tageszeitungen) zum Thema Alter, Rente oder demografischer Wandel. Nach diesem Boom an Altenliteratur, die sich zum Teil recht kritisch mit der traditionellen Rolle der Älteren in unserer Gesellschaft befasst, würde man erwarten, es hätte so etwas wie ein Perspektivenwechsel stattgefunden – hin zu einer neuen Sichtweise des Alters. Dies ist allerdings noch nicht der Fall.

Boom an Altenliteratur

Zwar spricht man seit einigen Jahren von den so genannten „jungen Alten", von einer „neuen Ruhestandsgeneration", von den „produktiven und mobilen Senioren".

Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass bereits der Begriff Alter – je nachdem, welche Alterstheorien ein Autor explizit oder implizit zugrunde legt – mit einer Reihe von Konnotationen, Wertungen, Vorurteilen versehen ist; mit traditionellen Vorstellungen, wie Alte sind oder zu sein haben, über die man sich meist keine genaueren Gedanken macht.

Diese Altersbilder kritisch zu betrachten ist aber für unsere Untersuchung ebenso notwendig gewesen wie jetzt für dieses Handbuch zur altengerechten Stadt.

Altersbilder kritisch betrachten

Wenn man die alltägliche Stereotypisierung des Alters, die ganz gewöhnliche Stigmatisierung und Entwertung älterer Menschen als selbstverständlich, natur- oder gottgegeben, biologisch unausweichliche Konsequenz nimmt, kann es nicht gelingen,

- ihnen aktive Mitwirkung am städtischen Leben und Gestalten zuzutrauen und zu ermöglichen,
- sie zu Partizipation zu motivieren und sie aus der ihnen „zugewiesenen" Rolle als bloße Konsumenten herauszuholen,
- von ihnen notwendige und wertvolle Beiträge zur Gestaltung und Versorgung städtischer Gebiete zu erhalten,
- die Jahre nach den Berufsleben als eine produktive, selbstbestimmte und sinnerfüllte Lebenszeit zu inszenieren und
- den Älteren dabei zu Identität jenseits von Berufsarbeit zu verhelfen, was angesichts dieser langen Zeitspanne dringend gebraucht wird.

Neue Perspektiven im Alter

Welche Ansichten des Alters, welche „Bilder" sind es, die gegen ein aktives Altern, die gegen ein nachberufliches Engagement stehen, und die stattdessen eher die Disengagementtheorie begründen und Alter etwas Passives, Sinnentleertes werden lassen? Dieser Alters-Stereotyp muss sehr tief verankert sein, wenn es den derzeitigen Aufklärungsbestrebungen bisher widerstanden hat.

1993 erschien das Buch von Betty Friedan „Mythos Alter"[20]. Darin stellt sie Fragen, die zu einem guten Teil auch heute noch aktuell und zum Teil unbeantwortet geblieben sind.

Alte Fragen noch immer aktuell

> *„Warum haben Gerontologen sich bisher nie ernsthaft mit den Fähigkeiten und Qualitäten beschäftigt, die sich bei Frauen und Männern im höheren Alter entwickeln, und warum haben sie nicht darüber nachgedacht, wie diese sinnvoll eingesetzt werden können?*
>
> *Warum beschränken sich die politischen Programme für das Alter auf Dienstleistungen, welche letztlich nur die Abhängigkeit und die Segregation älterer Menschen verstär-*

[20] Erstausgabe in Deutschland 1995

ken? Warum wird nicht die kontinuierliche gesellschaftliche Integration der Menschen über 65 angestrebt, damit diese nach wie vor als unabhängige Individuen leben und ihre eigenen Entscheidungen treffen können?

Warum geht es ständig um die Alzheimer´sche Krankheit, wenn doch weniger als 5 % der Menschen über 65 dran erkranken?

Warum werden die über Fünfundsechzig-Jährigen konsequent als geschlechtslos dargestellt, während die Forschung zeigt, dass Menschen bis 90 Sex haben können, wenn sie gesund sind und sich nicht scheuen, sich einen Partner zu suchen?

Warum diese unausrottbare Angst vor dem Nachlassen der geistigen Kräfte und vor Gedächtnisverlust, wenn doch die Forschung zeigt, dass bei gesunden Menschen bis in die 80er weder die geistige Kompetenz noch die Intelligenz nachlässt, wenn sie kontinuierlich aktiv bleiben?"[21]

Altersbilder geben Orientierung

Wir wollen hier vier „Bilder" schildern, denen wir im Rahmen des Projektes immer wieder begegnet sind und die als Bestandteile unserer Kultur den Lebenslauf im Alter bei vielen Menschen prägen. Sie geben Orientierung, wie man als älterer Mensch lebt, was man vom Alter zu erwarten hat. Sie geben auch den Jüngeren Orientierung, wie man mit den Älteren umgehen soll und was man von ihnen zu erwarten hat. Ihre Funktion ist: Klarheit – und deshalb hält man an ihnen fest; sie sind, bei aller Widersprüchlichkeit – bequem.

Alle vier stehen auch gegen eine Motivation, sich zu engagieren, an gemeinschaftlich zu gestaltenden Aufgaben mitzuwirken und von sich aus aktiv zu werden.

[21] B. Friedan. 1997, S. 85

2.3.1 Das Alter als „Die große Freiheit am Lebensabend“

Nicht selten trifft man die Erwartung an, dass sich die demnächst aus dem Berufsleben ausscheidenden Menschen auf ganz einseitige Weise nur mit den von ihrer weiter arbeitenden Umwelt als positiv bewerteten Neuerungen des Rentnerdaseins befassen sollen: Danach hätten sie nach der Verrentung – beneidenswerter Weise – unendlich viel Zeit, keine Verpflichtungen mehr, sie könnten alles selbst bestimmen, niemand „redet einem mehr drein“, endlich das Ende der Fremdbestimmung; endlich das Ende der Entfremdung, das Reich der Freiheit beginnt.

Ruhestand als „Reich der Freiheit“

Dies ist eine bis zur Karikatur positiv aufgeladene Überzeichnung, die das Bild vom Rentner hierzulande beherrscht: Die Zeit nach der Verrentung sozusagen als „prämortales Paradiesmodell“, in dem man endlich alles das erhält und all das tun kann, was man schon lange gerne gehabt bzw. getan hätte und immer auf später verschoben hat: Jetzt endlich hat man Zeit für das alles, was man ebenfalls schon lange gerne unternommen hätte, aber immer verzichten und aufschieben musste. Nun endlich ist das alles in Reichweite.

Es kann hier nicht weiter bewiesen werden, dass und warum ein solches Bild nicht nur in der theoretischen Erwartung, sondern auch im Rentneralltag nicht stimmt. Aber es entsteht auf diese Weise das Bild vom Alter als das eines großen Versprechens, das nun die Gesellschaft endlich einhält und das für die Mühen des langen Arbeitslebens entschädigen soll.

Abbildung 5

So entsteht ein Bild vom Ruhestand, dss falsch ist: Als eine große Fiktion, die jedoch das Durchhalten des entfremdeten Arbeitslebens ermöglicht. Nie hat während des Arbeitslebens irgendjemand oder die Arbeitsstrukturen auf arbeitsspezifische Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen. Und so entsteht der Typus des *Ruheständlers* als der eigentlich privilegierte, der das erreicht hat, was als Ziel von allen angestrebt und sehnsüchtig erwartet wird: die große Freiheit, die große Entlastung – im Alter.

Ruhestand als Privileg

2.3.2 Das Alter als so genannter wohlverdienter Ruhestand

Es gibt eine offenbar unausrottbare Floskel, die bei Veranstaltungen für Verrentete, bei Ehrungen, bei allen Feierlichkeiten des altersbedingten Ausscheidens aus den Betrieben immer wieder auftaucht: Man geht jetzt in den so genannten „wohlverdienten Ruhestand", man ist, wie es heißt, „aus Altersgründen ausgeschieden" und damit „in Rente".

Ruhestand rational

Der Begriff des „Ruhestands" enthält eine rationale und eine ideologische Komponente: rational ist die Einstellung, nach dem heute immer mehr psychisch und geistig-intellektuell anstrengenden Arbeitslebens eine Pause haben zu wollen, wirklich ruhebedürftig zu sein oder einfach die Anforderungen herunterschrauben und sich erholen zu wollen. Natürlich hängen die Ausprägungen zusammen und variieren mit den jeweiligen Belastungen und Erfahrungen der Arbeitswelt.

Ruhestand ideologisch

Die ideologische Komponente enthält offenbar die Vorstellung, dass man nach einem Leben mit Stress und der ständigen Unruhe, des Angespannt-seins und des Leistungszwangs in eine Phase der immerwährenden Ruhebedürftigkeit kommt und dann in einen Zustand der Ruhe übergeht, dem dann wohl nur mehr der Zustand der „ewigen Ruhe" im Jenseits folgen kann. Es ist deutlich, dass eine solche finalistische Vorstellung offenbar eine säkularisierte Form der christlichen Vorstellung von einem Leben nach dem Tode ist, das eben durch „Ruhe" gekennzeichnet ist.[22]

Dies ist ein Modell, in dem nicht – wie in anderen Kulturen häufig – die Zirkularität, der Wechsel zwischen verschiedenen Stadien oder Aktivitätsgraden angelegt ist, sondern das lineare Aufeinanderfolgen von Zuständen bis zu einem finalen Ziel.

Zweigeteiltes Leben

Dies entspricht auch einem Belohnungsmodell: Wenn ich etwas „wohlverdient" habe, so steht mir etwas zu, wenn ich vorher Entsprechendes geleistet habe. Damit erfährt man das Leben in unserer Kultur als im Prinzip zweigeteilt: Im ersten Teil leistet man soviel, dass man in

[22] Ruhe: Die Belohnung dafür, das irdische Jammertal ausgehalten zu haben, ist die Ruhe. „Der Herr gebe ihm die ewige Ruhe" gibt die Vorstellung wieder, dass die auf Dauer gestellte Ruhe etwas durch und durch Positives ist oder vielleicht überhaupt das Ziel des Lebens.

einem zweiten anderen Teil dann von Leistung völlig befreit ist. Jetzt kann man das einholen, was man sich verdient hat und das einem zusteht. So kann auch die Haltung entstehen, dass man, wenn irgendwie möglich, das eine auf Kosten des anderen verkürzt: Je früher ich mich verrenten lasse, desto länger habe ich freie Zeit.

Schließlich meint das „wohlverdient" beim Ruhestand nicht nur, dass man ein Anrecht auf diesen hat, sondern dass man dabei auch so etwas wie eine moralische Verpflichtung hat, sich darauf freudig vorzubereiten; und wenn das Alter erreicht ist, dass man über das endliche Erreichte sich auch gebührend freut. So wird der Ruhestand als stillgelegte Arbeitskraft ein herbeigesehnter Zustand und die dazu verkündete Freiheit eine große Belohnung.

Ruhestand als Belohnung

Die Realität sieht für viele Menschen allerdings ganz anders aus.

Auch wenn man sich darauf Jahre, Monate oder wenigstens Wochen vorbereitet und eingestellt hat, so bleibt bestehen: Die Identität, die man sich in 30 bis 40 Jahren Berufsarbeit mehr oder weniger erfolgreich stabil gehalten hat – wenn auch in den letzten zwanzig Jahren in Frage gestellt – wird gebrochen. Gleichzeitig ist man aber ab jetzt arbeitsgesellschaftlich stillgelegt, überflüssig und wird auf die Dauer auch tendenziell unbrauchbar. Wie im Lebenslaufkonzept theoretisch formuliert, beginnt nun eine Zeit ohne Organisationsprinzip und der nun privaten Sinnsuche.

Verrentung als Identitätsbruch

Wir können hier nicht die zahllosen Schilderungen von psychischen und physischen Beschwerden und Krankheiten (bis zum frühen Tod) in der Zeit nach dem Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit schildern; die Beziehungsschwierigkeiten von älteren Paaren, die nun nach Verrentung und dem womöglich jahrzehntelangen Sich-Auseinander-Leben auf sich geworfen sind und gemeinsamen Sinn suchen sollen. Sie haben häufig noch 15 bis 20 Jahre gemeinsame Lebenserwartung.

2.3.3 Der Spaß- und Freizeitmythos: Im Alter ist man faul und lässt sich treiben

Eine Seite in einer großen deutschen Tageszeitung: ein an sich ganz interessanter Artikel mit der Headline „Das Rentnerparadies – Mehrgenerationen-Projekt, WG oder ins sonnige Ausland – eine neue Generation von Senioren plant für das Leben im Alter." Es geht durchaus sachlich hier um neue Wohn- und Lebensformen im Alter, um das Wohnen in Wohngemeinschaften oder auch das Leben im (meist sonnig geschilderten) Ausland, zumindest für eine gewisse Zeit. Irritierend ist in dieser Darstellung, dass mit einem fast 2/3 der Gesamtseite ausfüllenden Bild aufgemacht wird: ein türkisgrünes Schwimmbecken, in dem zwei Rentner mit Sonnenbrille mit ausgestreckten Armen und Beinen auf dem Rücken im Wasser liegend sich treiben lassen.

Stereotyp untätiges Alter

Dieses Bild trifft genau die Vorstellung einer (wie auch immer großen) Zahl der arbeitenden Menschen, dass die in Rente sich befindenden Älteren ja eigentlich nichts mehr Wichtiges zu tun haben, ständig über disponible Zeit verfügen, diese aber zu nichts Produktivem nutzen (und dies auch gar nicht brauchen). Interviews mit jungen Menschen über Vorstellungen vom Tagesablauf der Älteren bringen ebenfalls immer wieder die Vorstellung zu Tage, dass Rentner außer mit Freunden zu klönen, herumzusitzen, Ausflüge zu machen kaum etwas tun.[23] Und Ältere pflegen nach diesem Vorurteil gerade auch dann immer öffentlich aufzutauchen, wenn die anderen, angeblich hart Arbeitenden (meist an Samstagen) dringend etwas zu erledigen haben.

Abbildung 6

[23] Im Rahmen eines Fernsehinterviews zum Projekt „Altengerechte Stadt" wurde H. G. mit Filmaufnahmen von Jugendlichen konfrontiert, die genau diese Stereotype vor laufender Kamera geäußert hatten.

Die „Botschaft" einer solchen Zeitungsseite ist damit widersprüchlich: Verbal geht es um die Wohnprojekte für Ältere, aber in der die Wahrnehmung wesentlich bestimmenden bildlichen Aufmachung werden die Rentner doch ganz anders, als offensichtlich sich untätig Treiben-lassende dargestellt.

Man muss dieses Bild in Kontrast zur Realität des erwerbstätigen Teils der Bevölkerung sehen: Hier wird der Druck auf die Arbeitenden stärker, Überstunden ohne Mehrverdienst zu leisten; Arbeitstempo und -intensität steigen.

Insgesamt die Verrentung und das weitere Leben als Rentner – so ist kritisch dem gegenüberzustellen – gehen aber auch mit Verlusten und Strukturveränderungen einher, die keineswegs nur angenehm und einfach zu verkraften sind. Aber diese Art der Veränderungen wird normalerweise verdrängt und nicht thematisiert, mithin sind viele Rentner darauf nicht vorbereitet. Es handelt sich hier um die Verluste sinngebender Arbeit, von persönlichen Kontakten, von zeitlichen und inhaltlichen Strukturierungen des Alltags, die nicht einfach durch subjektive Entschlossenheit oder durch individuelle Anstrengungen substituierbar sind. So sind die Rentner nicht darauf vorbereitet, dass sie jetzt nicht einfach nur mehr ein arbeitsfreies Leben haben und in das Reich der Freiheit eintauchen, wenn auch diese Erfahrung bzw. diese Einsicht, so muss man vermuten, auf Grund der traditionellen Rollenverteilung in unserer Gesellschaft durchaus als geschlechtsspezifisch unterschiedlich anzusehen ist.

Verluste durch die Verrentung

Aber zahlreiche medizinische und psychologische Untersuchungen weisen darauf hin, dass Leistungsfähigkeit und Gesundheit mit vier wichtigen Variablen zusammenhängen (s. Abb. auf Seite 42)

2.3.4 Alter ab 60 – Alles eins: Vergreisung

Ab 60 gilt man als alt

Wir finden immer noch, insbesondere in den Medien, im Mainstream einen völlig undifferenzierten Begriff des Alters, der die ganze Population der 58- bis 85-Jährigen in einen Topf wirft, ohne weitere Unterscheidungen zu treffen. Wie die Abbildungen zeigen, gilt in den Medien alles über 60 Jahren gleich: als alt. Alte werden mit Stock dargestellt, also als immobil, behindert, wertlos. Obwohl zwischen Verrentung mit 60 und der eventuellen Pflegebedürftigkeit im sehr hohen Alter 20 bis 27 Jahre liegen, spricht man von „Vergreisung" der Republik.

Abbildung 7

2.4 Senioren, Alte, Rentner … oder wie – Was charakterisiert die heutigen und künftigen Senioren?

Wodurch also ist die Gruppe der Senioren heute wirklich gekennzeichnet? Die persönliche und soziale Situation der Senioren – sagen wir zwischen 60 und 80 Jahren – wird im Vergleich zu anderen Altersgruppen immer als besonders hingestellt. Aber stimmt das wirklich?

2.4.1 Unterschiede zur „Normalbevölkerung“?

Wenn man spezielle Phänomene der Hochaltrigkeit ausschließt, so haben sich die Unterschiede zwischen den „Jüngeren“ und „Alten“ schon seit einiger Zeit zu verwischen begonnen: Mobilität etwa, früher ein treffsicheres Unterscheidungsmerkmal, ist bei zunehmender Mobilität und Sportlichkeit der Älteren immer weniger geeignet, signifikante Unterschiede aufzuzeigen. Und mit dem Vordringen früher dem Alter „vorbehaltener“ Krankheiten wie Herzstörungen und Kreislauferkrankungen, bestimmter Krebsarten in jüngere Gruppen, durch die generelle Zunahme von Störungen im mittleren Erwachsenenalter (starkes Übergewicht, Fettsucht, Drogenabhängigkeit, Allergien, psychische Störungen wie Depressionen, Angstzustände, Schlaf- und Arbeitsstörungen u.v.a.m.) muss das Vorurteil, die Älteren seien eine besonders durch Krankheitsanfälligkeit gekennzeichnete Gruppe, wohl aufgegeben werden.

Krankheiten auch bei Jüngeren

Und je klarer wird, dass Merkfähigkeit nicht erst im Alter abnimmt, sondern früher, wenn die so genannte „Intelligenz“ mit Training und Funktion variiert (ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit der Definition), wenn der erfolgreiche Umgang mit technischen Systemen nicht unbedingt ein Kriterium für Intelligenz darstellen muss, so werden eingefahrene „Diagnosekriterien“ für Alter fragwürdig. Und schließlich ist das angeblich im Alter rasch sinkende Maß an Aktivität und Engagement ein nicht mehr geeigneter Indikator für Alterungsprozesse, seit deutlich wird,

Fragwürdige Indikatoren

dass beides eher von den gesellschaftlichen Gelegenheiten und der Rollendefinition der Alten abhängt als von der tatsächlichen körperlichen oder mentalen Leistungsfähigkeit.[24]

Wir wollen deshalb einige „objektive", sich auf die sozio-ökonomische Situation beziehende Merkmale zur Kennzeichnung der (künftigen) Gruppe der Senioren verwenden.

2.4.2 Die Senioren im Widerspruch

Senioren zwischen Tradition und Zukunft

Traditionsorientierte Sichtweise	Moderne, perspektivische Sichtweise
Senioren werden im Bewusstsein vieler Bürger, in der Öffentlichkeit und besonders in den Medien undifferenziert behandelt, und alle über 60- Jährigen werden tendenziell mit „Greisen" zusammengeworfen.	Senioren sind diejenigen, die noch über ein Fünftel bis ein Viertel ihrer Lebenszeit verfügen (mit steigender Tendenz). Das sind 15 bis 25 Jahre, die mehr oder weniger Aktivität und Mobilität selbstbestimmt in relativer Gesundheit erlauben.
Sie kriegen ihre tendenzielle scheinbare Überflüssigkeit und ihren Charakter als unproduktiv vor Augen geführt und verhalten sich auch danach.	Ihr Privileg ist, von (fast) allen gesellschaftlichen Verpflichtungen freigesetzt zu sein. Sie können (oder könnten) tatsächlich über sich verfügen und das tun, was sie wollen. Sie brauchen nichts mehr aufschieben.

[24] In diesem Zusammenhang möchte ich in aller Vorsicht von alarmierenden Erfahrungen selbst noch in der Gruppe der Höheraltrigen berichten: Supervisoren von Betreuungspersonal in Altenclubs oder Altentagesstätten berichten, dass die Höheraltrigen durchaus zu intelligenten Gesprächen und ernst zu nehmenden Bedürfnisäußerungen fähig sind, wenn man sie ernst nimmt und ihnen neben der dafür erforderlichen deutlich längeren Zeit vor allem das Gefühl gibt, dass man ihnen wirklich zuhört und die geäußerten, durchaus vernünftigen Wünsche und Ansichten als wertvoll genommen werden. Die angeblich reduzierte Artikulations- und Kommunikationsfähigkeit von Höheraltrigen und die angeblich reduzierte Fähigkeit, Wünsche zu äußern, stellt sich hier dar als ein Ergebnis sozialer Definitions- und Interaktionsprozesse: Wenn das Betreuungspersonal das gängige Hochaltrigen-Stereotyp exekutiert und sich dabei, permanent Ungeduld und Zeitknappheit signalisierend, so verhält, als ob ja ohnehin nichts Vernünftiges in einem Gespräch zu erwarten sei, so muss man sich nicht darüber wundern, wenn die Alten in ihrer Machtlosigkeit resignieren und aufhören, etwas von sich zu äußern.

Außerberufliche Arbeit zählt nicht als Arbeit, sondern als Freizeit. In der Freizeit hat man Spaß. Oder man engagiert sich in der Freizeit im „Ehrenamt". Also hat man im Alter unendlich viel Freizeit für Ferien und Reisen und Spaß.	Senioren bestimmen unabhängig über ihre Zeit selbst und haben tatsächlich (gegenüber Erwerbstätigen) viel disponible Zeit. Aber Sinnsuche, Identität und Wahrnehmung von Aufgaben werden immer wichtiger.
Senioren haben viele Kompetenzen unterschiedlicher Art. Aber diese werden im Normalfall als irrelevant erachtet, weil sie auf dem so genannten „ersten" Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden. Dies wird durch Altersmythen ausgeglichen.	Senioren haben viele Erfahrungen und weisen (zunehmend) Kompetenzen ganz unterschiedlicher Art auf, welche die Gesellschaft, gebrauchen könnte.
Es geht um die „Entwertung" des Alters.	Es geht also um die „In-Wert-Setzung" des Alters.
Die Rentner werden in der Sicht der Jüngeren und der Öffentlichkeit als schnell leistungsabbauend, nicht mehr belastbar und zunehmend aktivitäts- und mobilitätseingeschränkt und als eher zu versorgende Gruppe wahrgenommen.	Senioren sind im Normalfall keineswegs ausgebrannt und körperlich wie früher mit 60 oder 63 Jahren am Ende ihrer Leistungskraft; trotz mancher Handikaps sind sie aber bis ins höhere Alter normalerweise agil, mobil und mehr oder weniger leistungsfähig.

1. Senioren sind ausgeschieden aus der „normalen" Erwerbsarbeit und insofern: frei und disponibel, weil nicht mehr fremdbestimmt. Sie haben Zeit – ihre große Stärke und Besonderheit: Sie können über ihre Zeit disponieren, ihr Tempo selbst bestimmen.
2. Bereits heute sind Senioren in höherem Maß als frühere ältere Generationen gebildet, arbeitsfähig, qualifiziert, kommunikationsfähig und mobil.

Situation und Kompetenzen künftiger Senioren

3. Künftige Ältere werden außerdem Individualisierungsprozesse gewohnt sein; sie werden mehr als frühere Generationen ein Wertesystem und Selbstbild aufweisen, die auf Autonomie, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, aber vermutlich auch auf Kooperation abzielen.
4. Senioren machen sich heute schon mit neuen Techniken, neuen Medien und automatisierten Dienstleistungen vertraut.[25] Auch wenn es in künftigen Seniorengenerationen immer noch Menschen geben wird, die mit IT-Verfahren nicht vertraut sind, werden die älteren Menschen künftig in höherer Zahl aufgrund der normal gewordenen Ausstattung der Berufswelt mit solchen Systemen den Umgang damit auch außerhalb des Arbeitsplatzes im öffentlichen Raum oder für gemeinschaftlich wichtige Zwecke als normal empfinden.
5. Senioren sind bislang überwiegend durch die Rentenzahlungen im Prinzip reproduktiv abgesichert, d.h. sie müssen keine Erwerbsarbeit mehr leisten. Allerdings wird man zumindest bei einem Teil der künftigen Rentner mit steigender Altersarmut rechnen müssen. Damit ist abzusehen, dass der Druck wachsen wird, durch zusätzliche Berufstätigkeit weitere Einkommen nach der Verrentung zu erschließen.

Worauf Senioren allerdings mit großen Nachdruck bestehen, das ist die mit der Verrentung verbundene Möglichkeit, über ihre Zeit autonom zu verfügen. Freiwilliges und selbstbestimmtes Engagement – ja, aber neue Zwänge von außen – nein!

[25] Eigene systematische, wenn auch quantitativ noch nicht ausreichende Beobachtungen von Senioren an ÖPNV-Fahrkartenautomaten, an Bankterminals und DB-Serviceautomaten zeigen, dass auch Höher-Altrige in vermutlich wachsendem Ausmaß sich auf die neuen Systeme einlassen und nach Anfangsschwierigkeiten ganz gut damit umgehen lernen. Die Standardisierung und Vereinfachung dieser technischen Einrichtungen in der Zukunft wird die Bereitschaft fördern.

Damit aber sind sie – und eine solche Sichtweise ist sicher noch sehr ungewohnt – eine doch sehr privilegierte Gruppe. Die „Gewinne des Alters“[26] werden so langsam zu dem wichtigen Thema, das Alter und Altern **positiv** zu besetzen und nicht mehr darauf zu beschränken, als Angstthema wahrgenommen zu werden. und die Beschränkung auf das Alter als Angstthema aufzulösen erlauben könnte.

Aber es gibt auch eine andere Seite:

Sinnverlust und Sinnsuche

Senioren haben zur Erhaltung ihrer kognitiven, körperlichen, psychischen Leistungsfähigkeit oder Gesundheit keinen gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen Grund mehr: Berufsarbeit als sinngebende Tätigkeit, wenn auch mehr oder weniger fremdbestimmt und vielleicht noch in vielen Fällen „ärgerliche Tatsache“, ist entfallen. Der Lebenslauf (vgl. das Kapitel 2.2.4) hält keine „Skripte“, „Regieanweisungen“ mehr bereit, wie man sein Alter organisiert. Selbstbestimmung und Selbstbilder ebenso wie Identität als älterer Mensch in der Gesellschaft werden damit mehr und mehr zu Privatangelegenheiten.

So sind Senioren gezwungen (auch wenn ihnen das in den seltensten Fällen unmittelbar bewusst ist) sich selbst eine (Zeit-) Struktur zu geben, ihren Sinn selbst zu bestimmen, die Wertschätzung sozusagen selbst zu organisieren und die eigene soziale Rolle selbst zu finden.

Bedeutung von Stadt und Stadtteil für die Identität

Dazu wird ein sozialer Raum benötigt, in dem das geschehen kann. Bei manchen mag dies der Urlaubsort oder das Ferienhaus sein; aber bei der überwiegenden Mehrheit bleibt nur die Stadt, der Stadtteil, das Wohngebiet oder das Quartier als jener soziale Raum, in dem man Wertschätzung bekommen kann, eine Rolle spielen kann – oder eben auch nicht. Stadt und Stadtteil werden also eigentlich gebraucht, um Wertschätzung zu erhalten, Geborgenheit herzustellen, sich selbst zu strukturieren, zum Sinn-Geben, Rollen-Suchen und -Lernen, Sicherheiten aufzubauen.

[26] Titel eines Arbeitspapiers der Schader-Stiftung (September 2004) und Gegenstand einer Expertentagung im Dezember 2004.

Mit den „neuen Alten" steht hier also eine wachsende Gruppe, die Sinn und Identität **jenseits** der Erwerbsarbeit und der beruflichen Fähigkeit ausbilden muss. Untersuchungen haben tatsächlich ergeben, dass es einen Zusammenhang von Gesundheit, körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit einerseits und dem sinnerfüllten und selbstbestimmten Tätig-Sein andererseits gibt. Wer gebraucht wird, Wertschätzung erhält, für sich und andere produktiv tätig ist, ist im Alter trotz mancher Handikaps gesünder, leistungsfähiger und bleibt dies länger, als wenn dies nicht der Fall ist.

Zusammenhang zwischen Gesundheit und Aktivität

„Die spektakulärsten Ergebnisse dieser Untersuchung wurden erst 2002 veröffentlicht … Die Studie bewies, dass diejenigen, die das Alter für eine erfüllte Phase ihres Lebens ansahen und über ältere Menschen positiv dachten, im Schnitt siebeneinhalb Jahre länger lebten als diejenigen, die vom Alter nichts erwarteten." Schirrmacher zitiert dann die Studie: „Der Einfluß eines positiven Selbstbildes des Alterns für die Überlebensrate des Menschen ist größer als die Auswirkungen von Blutdruck oder hohem Cholesterin, die eine Lebensverkürzung von vier Jahren oder weniger bewirken."[27]

Selbstbild und Gesundheit

[27] F. Schirrmacher, 2004, S. 29. Der Autor bezieht sich auf die Langzeitstudie von Levy/Slade/Kunkel/Kasl, 2002: Vgl. auch die Ergebnisse, die Baltes in der Berliner Altenstudie über den Erhalt der Lernfähigkeit bis ins hohe Alter referiert. Baltes/Mayer, K.U., 1996

2.5 Was verstehen wir unter altengerechter Stadt – Im traditionellen Sinn und im Sinne des aktiven, produktiven Alterns

„Es ist Mittagszeit, die Springbrunnen sind abgeschaltet, der Ruhe wegen. Alle Bürgersteige sind abgeflacht. Es gibt keine Treppen. Die Gehwegplatten liegen plan. Weil alte Menschen nicht so weit laufen können, parken sie ihr Auto gebührenfrei. Zum REWE-Markt führt eine Rampe. Die Musik im Markt flüstert sich die Regale entlang. Nur im Kurcafe wird es lauter, täglich außer Montag von 15 – 17 Uhr und von 19 – 22.30 Uhr, beim Tanztee. Im Haus des Gastes werden montags um 19 Uhr „Kurmäuse“ aus Sackleinen und Stroh gebastelt.

Nur wenige Schritte sind es jeweils bis zur nächsten weißen Bank. Wer eine schwache Hüfte hat, steuert eine blaue Bank an, denn deren Sitzfläche ist höher. Wer im Kurpark ein Konzert hören will, kann sich bandscheibendschonend an Stehhilfen lehnen.“[28]

Ist das die altengerechte Stadt? Kann das eine akzeptable Vorstellung von altengerechter Stadt sein? Wie fühlt man sich wohl, wenn man dort mit 63 hin gezogen ist und jetzt 73 ist?

2.5.1 Was also ist die altengerechte Stadt?

Die nachstehende Tabelle skizziert auf der linken Seite eine Reihe von Kriterien für eine konventionell gedachte „altengerechte Stadt“, wie sie einer traditionellen, undifferenzierten Sicht des Alters und dem „klas-

[28] Sywottek, 2004

sischen Bild" über ältere Menschen entspringt. Die rechte Seite formuliert Kriterien, wie sie künftig mit altengerechter Stadt assoziiert werden sollten, wenn man Aktivität, Engagement, Selbstorganisation und Partizipation als zum Lebenslauf im Alter gehörig rechnet.

Im Folgenden haben wir die *traditionelle* Stadt in Bezug auf die Problematik des Alters als „Anbieter- und Versorgungsstadt" (linke Seite) bezeichnet, weil sie die Alten primär als zu versorgenden Bevölkerungsteil und als Gruppe, der man Angebote macht, sieht. Die einem aktiven Altersbild entsprechende *altengerechte* Stadt wird erst einmal als „aktivierende und ermöglichende Stadt" bezeichnet.

Beide Typen sollen auf keinen Fall als Gegensätze oder alternative Konzepte aufgefasst werden. Sie sind zu verstehen als sich in Bezug auf verschiedene Lebensaltersphasen ergänzend: Ein Teil der links aufgezählten Kriterien gilt in erster Linie für Hochaltrige oder Pflegebedürftige; beide Seiten enthalten Eigenschaften, die keineswegs nur für ältere Menschen nützlich sind.

Kriterien und Dimensionen einer altengerechten Stadt in traditioneller und perspektivischer Sichtweise

Die Anbieter- und Versorgungsstadt		Die aktivierende und ermöglichende Stadt
Konventionelles Altersbild, auf der Grundlage der Rückzugs- und Defizit-Hypothese, Abnahme der Kompetenzen und verdienter Ruhestand	**Basis**	Neues Altersbild auf der Basis der Annahme von Gesundheit, Leistungsfähigkeit; aktive, zu Engagement motivierte Senioren
Helfend, betreuend, Verantwortung abnehmend, schützend, konsumtiv	**Generelle Orientierung**	Fördert Aktivitäten auf vielfältige Weise, fördert zivilgesellschaftliches Engagement
	Weitere Kriterien	
Barrierefreie Wohnungen		Sieht Barrierefreiheit umfassend im städtischen Raum, wichtig für alle Gruppen

Barrierefreies Wohnumfeld, öffentliche Räume und Infrastruktur		Ermöglicht politische Partizipation und weiß um das Potenzial bei Senioren
Ruhe- und Erholungsräume, beruhigtes Wohnumfeld		Stellt Probleme und städtische Fragen in der Öffentlichkeit zur Debatte
Sitz-und Rastgelegenheiten		Fordert von den Älteren Beiträge zum Funktionieren der Stadt
Schafft ausreichend Pflegeheimplätze		Fördert Zusammenschlüsse und Selbstorganisation
Bequemer, auf Alte zugeschnittener ÖPNV		Fördert Teilhabe und Mitwirkung an öffentlichen und gemeinschaftlichen Angelegenheiten
Angebote zur Beschäftigung und zum Training		Hilft Initiativen bei Beschaffung und Einsatz von Kommunikationsmitteln
Angebote zur Unterhaltung für Alte		Macht Flächen und Räume für Aktivitäten verfügbar
Schnelle Notdienste und Notrufe		Lässt Konflikte zu und hilft, sie konstruktiv auszutragen
Schnelle und gute ärztliche Versorgung		Trägt Organisationswissen bei
Sicherheit und Schutz, angstfreie Räume		Hilft Kooperationen und Netzwerke herzustellen (PPP)
Insgesamt: Sieht Senioren vorwiegend als zu akzeptierende Belastung		Kultur der Beteiligung (nicht nur bei Senioren)
Nahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs		
Versorgung mit ambulanten Diensten		

Wir sollten bei dieser Aufstellung festhalten, dass die Kriterien der linken Seite noch keineswegs in der heutigen Situation der realen Städte erfüllt sind. Die Situation in den Städten ist, was die Ausstattung mit sozusagen „klassischen" Alteneinrichtungen betrifft, noch keineswegs befriedigend. Hier wird noch viel zu leisten sein, das in den letzten Jahrzehnten vergessen worden ist.

Defizitäre Situation

Was ist nun unter einer „altengerechten Stadt" zu verstehen, wenn man ein verändertes Altersbild annimmt, wie es in den vorhergehenden Abschnitten skizziert worden ist? Wie sich in unseren Workshops mit Fachleuten und Seniorenvertretern herausgestellt hat, entsteht bereits ein neues Verständnis von Kompetenz, Aktivität und Gesundheit im Alter (vgl. die Berichte aus den empirischen Untersuchungen im nächsten Kapitel). Es zieht eine Reihe von neuen Forderungen oder Erwartungen an die Stadt nach sich.

Nochmals: Damit werden die Ausstattungen, Gestaltungen und Einrichtungen, die im traditionellen Sinne als altenfreundlich gelten, nicht überflüssig; sie erhalten aber langfristig eine andere Wertigkeit.

2.5.2 Künftige Dimensionen einer altengerechten Stadt

Wenn nun im Folgenden überlegt wird, welche Dimensionen das städtische Leben künftig unter Durchsetzung eines neuen Verständnisses von Kompetenz, Aktivität, Bedürfnis und Gesundheit im Alter umfassen müsste, so bedeutet das eine Reihe von zusätzlichen Anforderungen oder Erwartungen an die Stadt.

Eine Stadt kann in künftiger Perspektive als „altengerecht" angesehen, wenn sie auf den folgenden Gebieten Chancen und Betätigung ermöglicht.

1. Zu einer künftigen Vorstellung von altengerechter Stadt gehört **Partizipation und Mitbestimmung** in anderer Weise als bisher. Es wird **neu zu bestimmen** sein, wie die Potenziale dieser großen Gruppe im politischen Raum in verstärkter Weise Eingang finden können, nicht bloß, weil die Alten sich zu wenig vertreten fühlen, sondern weil ihr Beitrag in der Zukunft vielleicht gewünscht oder als notwendig erachtet wird. Hier wäre Partizipation zu ermöglichen und auch einzufordern.
2. Die Stadt muss – auf den unterschiedlichsten Gebieten – **Selbstorganisation von Senioren** in den ebenfalls unterschiedlichen Formen **ermöglichen**. Dies ist keineswegs nur Sache der Verwaltungen, sondern könnte längerfristig als ein neuer selbstorganisierter Sektor veranschlagt werden. Dies bedeutet einen Paradigmenwechsel von der Haltung „Wir machen für die Alten …" hin zu: „Die Senioren machen selbst für sich und andere …".
3. Altengerecht ist eine Stadt, wenn sie **von den Senioren „Beiträge"** zum städtischen Alltagsleben – auch im Sinne der Generationen-Gerechtigkeit – nicht nur fordert und **erwartet**; sondern wenn sie dafür auch die **Ressourcen** – Flächen, Räume, Kommunikationsmittel, Organisationswissen – **zur Verfügung stellt** bzw. zugänglich und erreichbar macht.

4. Eine altengerechte Stadt wird das enorme **Potenzial der Rentner**, jenseits von verpflichtender Berufsarbeit auf freiwilliger und selbstbestimmter Basis produktive, gesellschaftlich nützliche Betätigungen zu erbringen, **schätzen zu wissen.**.

   Hierunter fällt auch die Chance, dass sich Rentner in gemeinwirtschaftlichen Non-Profit-Organisationen etwas **zur Rente hinzuverdienen**, denn die Zahl derer, die das nötig haben, wird steigen.
5. Insgesamt müsste ein Paradigmenwechsel in den städtischen Angeboten stattfinden: der Übergang von einer passiven zu einer eher aktiven Rolle der Senioren; **weg von den bloß konsumtiven** Veranstaltungen für Senioren, **hin zu einem Modell** von Mitwirkung und **Teilhabe am städtischen Leben**.

Es ist deshalb zu fragen:

1. Wie müssen oder sollten die Stadtteile, die für Lebensqualität relevanten städtischen Strukturen, Wohnbedingungen, Infrastrukturen und Einrichtungen gestaltet sein, wenn sie den obigen Anforderungen förderlich sein sollen?
2. Wie entwickelt man Wohngebiets- und Stadtteilstrukturen, in denen es möglich ist, Wertschätzung zu erleben, Geborgenheit herzustellen, sich selbst strukturieren zu können, neue Verantwortungsrollen zu suchen und zu lernen, Sicherheiten aufzubauen, produktiv tätig zu sein?
3. Was müssen Städte und Stadtteile bieten bzw. ermöglichen, wenn sie diesen Veränderungen und diesen Anforderungen Rechnung tragen wollten? Das ist die eigentlich zentrale Frage der „altengerechten Stadt“.

2.5.3 Integration der Älteren über und beim „Wohnen“

Nach dem bisher Gesagten muss „Wohnen“ im weiten Sinn verstanden werden: als Zusammenhang von unmittelbarer Wohnung, dem Wohnumfeld, der Nachbarschaft, der Ausstattung und Qualität des Stadtteils, einschließlich der sozialen Bezüge, die dort mehr oder weniger geplant entstehen oder entstehen könnten. Nicht in der Wohnung kann man Identität und Selbstwertgefühl erwerben; sondern im sozialen Raum von Quartier und Stadtteil findet Vergesellschaftung statt – aber es müssen drei Bedingungen erfüllt sind: Raum – man muß sich treffen können; Sprache – man muss sich verständigen können; Problem – man braucht einen Anlass, miteinander zu reden. Probleme, die man nicht allein lösen kann. Wo nichts offen ist, gibt es nichts zu reden.

Bedeutung von Stadtraum für Identität

Engagement und Partizipation in Wohnumfeld, Stadtteilen, Quartieren können das ausgleichen, was die ausfallende Erwerbsarbeit an Defizit hinterlassen hat. Der Bereich des Wohnens kann – zum Nutzen der Lebensqualität für alle Gruppen, inklusive der Kinder und Jugendlichen – zu einem Lebensbereich werden, in dem man sich in der problem- und gemeinschaftsbezogenen Kommunikation Sinn und Struktur geben, Zuwendung und Wertschätzung „organisieren“ kann, und soziale Gratifikationen erhält – durch Kontakte, Leistungen, Organisieren, Kommunikation und sogar durch Konflikt.

Aktives Wohnen und soziale Wertschätzung

Eine „altengerechte Stadt“ würde also bedeuten, dass aktive Senioren ins Zentrum stadtrelevanter Aktivitäten rücken, nicht allein, aber mit anderen. Voraussetzung dafür ist, dass man Defizite in den Wohngebieten wahrnimmt, Verbesserungen auf vielen Gebieten für möglich hält, als etwas, das einen angeht; als Betätigungsfeld, auf dem man selbst etwas bewegen kann, statt auf die Maßnahmen von Diakonie, Caritas, Jugendamt oder Sozialamt zu warten.

Es entsteht ein Blickwinkel, der die Menschen nach ihrem Eintritt in die Postberufstätigkeit als Mitbürger sieht, die auch in fortschreitendem Alter in den Stadtteilen aktiv, zuverlässig, produktiv, sind und mitreden

und mitentscheiden. So wird ein neues Altersbild konkret. Die „altengerechte Stadt", das ist keineswegs einfach die für Alte beruhigte, bequeme, bedürfnisgerechte Stadt. Sondern die **„altengerechte Stadt"** ist ein Gemeinwesen, das den älteren Menschen

- aktive Teilhabe an der Gestaltung des Lebensumfeldes, Mitwirkung und Partizipation erlaubt,
- Engagement für sich und Jüngere ermöglicht,
- Räume gibt für eigenständige und selbstbestimmte Aktivitäten,
- soziale Identität jenseits der beruflichen Arbeitstätigkeit zu erhalten ermöglicht,
- eine konkrete Nützlichkeit und Wertschätzung zu erfahren erlaubt

und natürlich auch Schutz, Mobilität, Sicherheit und ein bequemes Leben ermöglicht.

Das alles brauchen auch andere Erwachsene, Jugendliche, Kinder. Dies erfordert das Zusammenwirken und das Abstimmen aller Gruppen.

2.6 Zivilgesellschaft, Kommune und Senioren

2.6.1 Rückzug des Staates und Senioren als „Lückenbüßer"?

Unter der Bezeichnung „Umbau des Sozialstaats" findet seit einiger Zeit ein epochaler Umbruch statt, bei dem immer mehr staatliche Funktionen bei der Sicherung von Daseinsvorsorge und Lebensqualität zurückgedreht werden, bei gleichzeitiger Umstrukturierung der Städte.

Es sind vor allem drei Veränderungslinien, in denen sich das konkret in den Städten zeigt:

1. Die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in den Kommunen werden eingeschränkt, Infrastruktureinrichtungen und -angebote zurückgenommen bzw. ausgedünnt; ebenso wird mit kulturellen Einrichtungen und Leistungen verfahren.
2. Das Angebot von privatwirtschaftlich erstellten Gütern und Dienstleistungen strukturiert sich um, zentralisiert sich, nicht selten wird es qualitativ schlechter oder teurer und schwieriger erreichbar.
3. Zentralstaatliche Regelungen von Lebensbereichen, welche die konkreten Lebensbedingungen der Bürger betreffen, werden restriktiver gefasst und die daraus fließenden Leistungen gekürzt (Gesundheit, Pflegeversicherung, Rentenhöhe) was sich auf das Niveau des städtischen Lebens mittelfristig auswirkt.

Aktuelle Veränderungen in Städten

In dieser Situation scheint die Rolle der „neuen" Alten oder die „neue Rolle" der Senioren in die Situation der öffentlichen Haushalte zu passen: „Die neuen Alten", so schreibt GEO unter Hinweis auf eine Studie der „Deutsche Bank Research", „stehen somit als Idealbesetzung bereit, wenn der Staat sich zurückzieht – sie haben Zeit und suchen Sinn."[29] Das wären dann die Alten sozusagen als „Ausfallbürgen" für den Staat,

[29] GEO Nr. 5/2004, S. 120.

„zivilgesellschaftliche Feuerwehr", die einspringen soll, wenn die gewohnten Leistungen ausfallen bzw. die Verfahren der steuerfinanzierten Umverteilung nicht mehr funktionieren. Wir sind nicht der Meinung, dass dies die Rolle der aktiven Senioren sein sollte.

Grundsicherung durch Kommune erhalten

Zwar sollte man sehen, dass der Staat nicht mit immer neuen Forderungen sozialstaatlicher Art konfrontiert werden kann, die sich auf eine Verbesserung der Lebensqualität beziehen, während gleichzeitig der private Reichtum steigt. Aber der Staat sollte genau so wenig aus seiner Pflicht zur Grundsicherung der Menschen und der kulturellen Standards entlassen werden, die der einzelne Bürger über sein Einkommen nicht leisten kann. Im Graubereich zwischen den beiden Sektoren, privat und staatlich, muss dann im Einzelfall geprüft werden, inwieweit zivilgesellschaftliche Aktivitäten von Senioren nicht-existenzielle und nicht-hoheitliche Leistungen ersetzen können.

Welche Rolle aber können die Senioren in der Zivilgesellschaft spielen, in der der Staat sich immer mehr den privatwirtschaftlichen Zwängen unterwirft?

2.6.2 Senioren und Zivilgesellschaft

Zur Zivilgesellschaft rechnet man „die selbstorganisierten Initiativen, Zirkel, Vereine und Organisationen, die weder der staatlichen Sphäre und ihren Institutionen zuzuschlagen sind, noch zum Markt rechnen und drittens auch nicht in der Privatsphäre angesiedelt sind."[30] Zivilgesellschaftliche Phänomene sind nach diesem Verständnis alle möglichen Betätigungen und Aktivitäten von Einzelnen, Gruppen oder Organisationen, die sich in dem Feld zwischen Staat, privatwirtschaftlich-kapitalistischem Wirtschaften und Privatsphäre abspielen.

Sie sind durch folgende vier „Muster" oder Merkmale gekennzeichnet:

Begriff der Zivilgesellschaft

1. Selbstorganisation und Selbstständigkeit, auch gemeinsam wahrgenommen.
2. Handeln im öffentlichen Raum.

[30] Gosewinkel, D. u.a., 2004

3. Handeln, das sich in irgendeiner Weise auf „das allgemeine Wohl", auf allgemeine gemeinschaftliche Angelegenheiten bezieht.
4. Friedlichkeit, was Konflikte einschließt, aber jede Gewaltsamkeit ausschließt.[31]

Von dieser Beschreibung her kann man bereits viele der Senioreninitiativen und -projekte als zivilgesellschaftliche Aktivitäten bezeichnen.

Nutzen von Senioren in der Zivilgesellschaft

Auf die Senioren treffen alle Merkmale zu, die für eine außerberufliche Betätigung zwischen den Sektoren Markt und Staat günstig sind: Sie haben Zeit, über die sie disponieren können; sie stehen außerhalb der Konkurrenz der Arbeitsmärkte und müssen sich in der Regel nicht um ihr Auskommen sorgen; sie haben ausreichend Erfahrung und – in der Tat, wie GEO schreibt – die Senioren brauchen sinnvolle Betätigungsfelder: Mit diesen Voraussetzungen ist es sogar möglich, mit entsprechenden Organisationsformen Leistungen zu erbringen, die unter privatwirtschaftlichen Bedingungen eben nicht mehr herstellbar sind.

Beispiele

Das Weiterführen oder Wiedereröffnen eines stillgelegten, stadtteilbezogenen Einzelhandelsgeschäfts gehört hierzu; die Produktion von Dienstleistungen: etwa Hol- und Bringdienste, die von Bewohnern, Bürgern und Mietern nachgefragt werden, der Betrieb eines von der Kommune nicht bezuschussten, aber privatwirtschaftlich auch nicht rentabel zu betreibenden Schwimmbades, also Leistungen und Einrichtungen, die derzeit angeblich aus Kostengründen eingestellt werden. Aber ihr Vorhandensein stellt eben einen wichtigen Beitrag zu Wohlfahrt dar, der sonst ersatzlos wegfällt.

Natürlich sind solche zivilgesellschaftlichen Tätigkeitsfelder keineswegs auf die Gruppe der Senioren beschränkt. Aber es liegt auf der Hand, dass Senioren mit der Verfügung über Zeit und ein bereits oft gesichertes Renteneinkommen – neben Erfahrung und Kompetenzen – günstige Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Engagement und das Mitwirken an einer unmittelbaren, bedürfnisbezogenen Produktion mitbringen.

[31] Dies bedeutet, dass es keine „bürgerschaftliche" Betätigung geben kann, die gegen andere mit Gewaltmitteln agiert oder diese androht.

2.6.3 Die neue Rolle der Kommunen

Damit aktive Bürger und Senioren ihre Tatkraft, ihre Zeit und Motivation in ein Engagement für ihre Lebenswelt und die gemeinsamen Lebensbedingungen der Stadt sinnvoll einbringen können, bedarf es selbst wieder bestimmter Voraussetzungen und gewisser Infrastrukturen. Dienstleistungs- oder politisch-teilhabend orientierte Senioreninitiativen und Gruppen können nicht alle Voraussetzungen, die sie für sinnvolles Arbeiten benötigen, selbst schaffen: Hierzu bedarf es der Räumlichkeiten, technischer Kommunikationseinrichtungen, Organisationswissen, rechtlicher Kenntnisse und Beratung, kommunikativer und moderativer Kompetenzen, der Steuerungs- und Umsetzungsfähigkeiten. Hier, wo Senioren- oder Bürger-Organisationen im Sinne von gemeinschaftlich zu erledigenden Aufgaben tätig werden wollen, ist in der Tat der „lokale Staat" aufgerufen – nicht es selbst zu machen – sondern bei den Ressourcen und Voraussetzungen zu unterstützen.

Aktivitäten brauchen Ressourcen

Die Akteure der Kommunalpolitik werden in der Bürgergesellschaft keineswegs überflüssig – sie sind auch Elemente der Bürgergesellschaft: Um die Bedingungen zu schaffen, die für „unmittelbare Produktion" und Bürgerorganisation in allen Varianten erforderlich sind, wird eine zwar aktive, aber eben *andere* lokale Politik und Verwaltung gebraucht. Dabei stehen zwar die politisch-administrativen Akteure weiterhin an zentraler Stelle in der politischen Arena der Stadt, aber sie haben eine andere Rolle:

Aktivierende Rolle der kommunalen Politik

> Wenn die Mitwirkung und Mitgestaltung durch Bürger im Allgemeinen und durch ältere Bürger im Besonderen angestrebt werden, dann müssen lokale Politik und Verwaltung „die Rolle des Initiators, des Prozessteuerers und Moderators von konsultativen Entscheidungs- und Problemlösungsprozessen annehmen, an denen die Bürger glaubwürdig beteiligt werden. Das Pendent zur aktiven Rolle der Bürger ist die aktivierende Rolle der kommunalen Politik … Die Konsultations- und Mitwirkungsprozesse gehen mit einer Neudefinition der Rolle der Verwaltung und Politiker einher."[32]

[32] Osner, 2004

Die zivilgesellschaftliche Produktion und die Mitwirkungsprozesse erfordern den Übergang von der „anbietenden" zur ermöglichenden Kommune. Die „Rathäuser" werden sich immer mehr zu Möglichmachern entwickeln, auch wenn dies heute der Philosophie der meisten leitenden Mitarbeiter von Stadtverwaltungen noch widerspricht.

- Im Sinne der Public Private Partnership werden die Kommunalverwaltungen zu **Partnern** von Bürgern/Senioren, Wirtschaft und Verbänden;
- Stadtverwaltungen werden sich umstellen müssen auf die Rolle von **Netzwerkmitgliedern** zusammen mit anderen Akteuren;
- Kommunalverwaltungen werden von Letztentscheidern mutieren zu **Initiatoren** von öffentlichen Diskursen;
- Verwaltungen als **Ermöglicher** von Selbsthilfe und Eigenverantwortung, insbesondere auch im Seniorenbereich;
- Kommunen können und sollten eine Rolle spielen als **Berater** für Selbstorganisation und Netzwerkbildung;
- schließlich sollte die Kommune **Moderator** werden: in Konflikten, bei Planungsprozessen, in der Zielfindung für städtische und Stadtteilentwicklungsprozesse.

Es dürfte deutlich sein, dass viele Kommunen auf dieses Spektrum neuer und zukünftiger Aufgaben heute noch nicht besonders gut eingestellt und vorbereitet sind. Hier werden die Parteien und die lokale Politik wohl zum Umdenken und Umsteuern erst noch gebracht werden müssen – wahrscheinlich von Senioren.

1 In aller Kürze: Wofür dieses Handbuch gedacht ist und an wen es sich richtet

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

3.1 Neue Altersbilder – ihre Konsequenzen für die Städte 86

3.2 Eine Quartiers- und Stadtteilgestaltung – Bedarf und Wünsche an das Wohnen in der Stadt 111

3.3 Zwischen Mitwirkung und Selbstorganisation – Partizipation älterer Menschen in der Stadt 138

3.4 Acht Thesen aus der Forschung des Projekts „Altengerechte Stadt“ 167

Im folgenden Kapitel werden wesentliche Ergebnisse des Projektes „Altengerechte Stadt" beschrieben, näher erläutert und bewertet. Ziel wird es auch sein, aus diesen wichtigen Aussagen Folgerungen und Konsequenzen zu schließen.

Die Untersuchungen im Projekt „Altengrechte Stadt" haben die drei Themen Altersbilder, Wohnen und Partizipation zum Gegenstand, die miteinander verbunden oder sogar voneinander abhängig sind.

So wird im Kapitel 3.1 auf die Bedeutung des sich wandelnden Altersbildes sowie auf die sich verändernden Aktivitäten älterer Menschen eingegangen, woraus exemplarisch einige Folgerungen für Kommunen abgeleitet werden. Weiter wird in Kapitel 3.2 die Bedeutung der Wohnsituation, die die Basis für städtisches Alltagsleben darstellt, in Bezug auf das Alter ausgewertet. In Kapitel 3.3 wird auf die Partizipation und Teilhabe von Senioren an Stadtentwicklung eingegangen und anhand der gesammelten Daten erörtert.

Die Erkenntnisse des Projektes „Altengerechte Stadt" stützen sich auf vier Säulen der Datengewinnung:

1. **drei schriftliche Befragungen**
2. **Experteninterviews**
3. **drei Themenwerkstätten zu den Themen „Netzwerkarbeit", „Projektarbeit und Freiwilligenengagement" und „Selbstorganisation und Mitwirkung an Stadtentwicklung"**
4. **Open-Space-Konferenz mit aktiven Senioren**

Zu 1: Die Daten stammen aus drei **schriftlichen Befragungen**, die sich an Seniorenvertretungen (Mitglieder der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.), an Wohnungsunternehmen (Mitglieder des Verband der Deutschen Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e. V. (VdW)) und städtische Sozialverwaltungen (von Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern) aus Nordrheinwestfalen richteten (siehe unten).

Zu 2: Auf der Basis der Auswertungen der Befragungsdaten und weiterer Recherchen wurden **Experteninterviews** durchgeführt, um über vorhandene oder geplante Projekte nähere Informationen zu erfahren. Dabei wurden diese auf Grund von innovativen, partizipationsfördernden und nachhaltigkeitschaffenden Projektmerkmalen ausgewählt. Die vertiefenden Gespräche wurden anhand eines Interviewleitfadens geführt.

Zu 3: In **drei Themenwerkstätten** wurden die Themen „Netzwerkarbeit", „Projektarbeit und Freiwilligenengagement" und „Selbstorganisation und Mitwirkung an Stadtentwicklung" aufgegriffen. Die Themenwerkstätten dienten auch dazu, dass Zwischenergebnisse der schriftlichen Befragungen mit den Teilnehmenden aus der Praxis referiert und bewertet werden konnten, um so Folgerungen und Interpretationen für die weitere Arbeit des Projekts „Altengerechte Stadt" zu erhalten. Jede Veranstaltung begann mit drei „Good-Practice-Beispielen" von je einer Seniorenvertretung, einem Wohnungsunternehmen und einer Stadtverwaltung, die von erfolgreich laufenden Projekten berichteten. Die Impulsreferate dienten als Diskussionsgrundlage für die Teilnehmer und Fachleute, die sich aus Vertretern von Seniorenvertretungen, Wohnungsunternehmen und städtischen Sozialverwaltungen zusammensetzten.

Zu 4: Am 19.11.2004 fand in Wuppertal eine **Open-Space-Konferenz** statt, auf der sich ältere Menschen selbstbestimmt und selbstorganisiert mit Themen beschäftigten, die sie für eine „Altengerechte Stadt" als wichtig und grundsätzlich erachten. Dabei bestand die Zielgruppe aus 91 aktiven Senioren aus Senioreninitiativen, Seniorenvertretungen, den Seniorenstudiengängen der Universitäten Wuppertal und Dortmund und weiteren Seniorengruppierungen aus Nordrhein-Westfalen. Im Sinne des Partizipationsgedankens fand über die Open-Space-Konferenz eine deutliche Einbindung der Senioren zur Bearbeitung des Projektes „Altengerechte Stadt" statt. Die Teilnehmenden hatten im

informellen Erfahrungsaustausch die Möglichkeit, über unterschiedliche, selbstgewählte Aspekte des Themas „Altengerechte Stadt" zu diskutieren und Ideen zu entwerfen und eigene Vorstellungen und Visionen für die Arbeit vor Ort von anderen bestätigt zu bekommen und neue Anregungen zu sammeln. Die in den Arbeitsgruppen („Workshops") gesammelten Ideen und Vorschläge wurden durch die Teilnehmenden dokumentiert und für die weitere Arbeit des Projektes „Altengerechte Stadt" systematisch ausgewertet.

Die gute Beteiligung an den Befragungen, den Experteninterviews sowie den Themenwerkstätten verdeutlicht, dass es bei Seniorenvertretungen, Wohnungsunternehmen und den Stadtverwaltungen ein starkes Interesse am Thema „Altengerechte Stadt" gibt. Dass auch Senioren, die nicht unmittelbar institutionell an eine Seniorenvertretung oder einen Wohlfahrtsverband gebunden sind, sich für das Thema Stadtentwicklung im weitesten Sinne interessieren, zeigen die engagierten Diskussionen der Open-Space-Konferenz.

Fragebogenaktion: standardisierte schriftliche Befragungen

Es wurden Seniorenvertretungen, städtische Sozialverwaltungen und Wohnungsunternehmen aus Nordrhein-Westfalen befragt

Bei drei schriftlichen Befragungen von nordrhein-westfälischen Seniorenvertretungen, Wohnungsunternehmen und städtischen Sozialverwaltungen wurden diese wichtigen Akteursgruppen gebeten, Einschätzungen über die folgenden Themen abzugeben:

1. Altersbilder mit den Unterthemen: finanzielle Ausstattung, körperliche Gesundheit, Bildungsgrad und Leistungsvermögen sowie Engagementformen älterer und alter Menschen.
2. Dimensionen des Wohnens, mit Bewertungen und Anforderungen an den Wohnraum, das Wohnhaus und die Stadtteile, die das nähere und weitere Wohnumfeld mit einbeziehen.
3. Partizipation und geplante sowie verwirklichte Projekte und Vorhaben, bei denen ältere Menschen eine wesentliche Rolle spielen.

Die Erhebungsinstrumente waren methodisch so konstruiert, dass eine größtmögliche Vergleichbarkeit zwischen den Antworten der drei Akteursgruppen auf der einen Seite und eine spezifische Bezugnahme auf die Arbeit der jeweiligen Befragtengruppe auf der anderen Seite erreicht werden konnte. Die Fragebögen bestanden größtenteils aus standardisierten, geschlossenen Fragen, die Antwortmöglichkeiten vorgaben. Zusätzlich enthielten die Fragebögen auch offene Fragen, die den Raum für individuelle Antworten gaben; diese kamen immer da zum Einsatz, wo es um konkrete Maßnahmen und Projekte der Befragten ging.

Die Befragten erhielten postalisch einen Fragebogen.

Die schriftlichen Befragungen fanden im Zeitraum vom 23.04.2004 bis zum 26.07.2004 in drei Erhebungswellen statt.

Die Befragten

Die Befragungen wurden als Vollerhebungen der drei Akteursgruppen durchgeführt, so konnte eine Stichprobenermittlung entfallen.

In einer ersten Befragung wurden alle 117[1] nordrhein-westfälischen Seniorenvertretungen, die Mitglieder der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V. sind, mit einem Fragebogen angeschrieben.

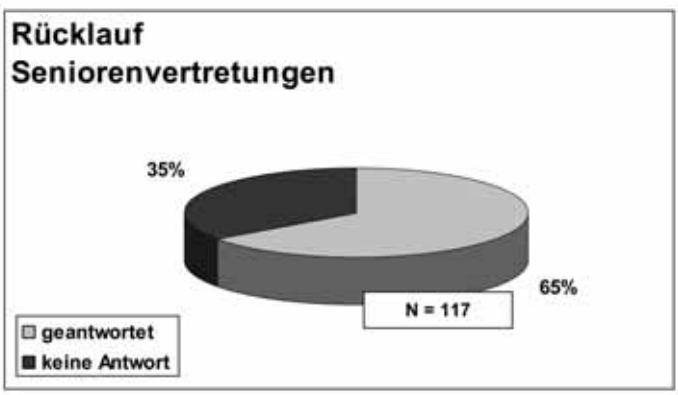


Abbildung 8

80 Seniorenvertretungen beantworteten den Fragebogen und sandten ihn zurück, so dass eine Rücklaufquote von 65 % erreicht wurde.

80 Seniorenvertretungen beteiligten sich an der Befragung.

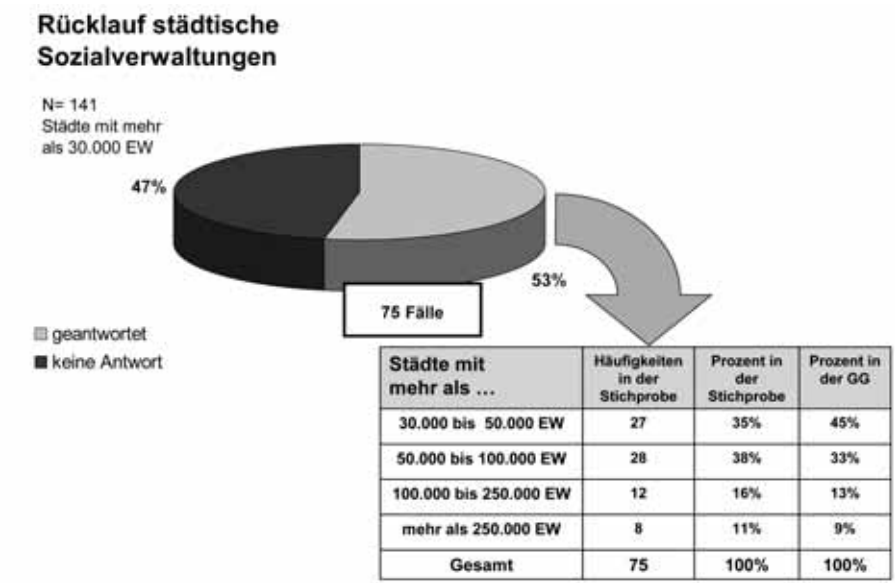
[1] Stand Mai 2004

Der gute Rücklauf erlaubt es, für die nordrhein-westfälischen Seniorenvertretungen belastbare Aussagen zu treffen. Die Antworten können als typisch für Seniorenvertretungen gelten.

In der zweiten Erhebungswelle wurden 141 Sozialdezernate bzw. Bürgermeisterämter in nordrhein-westfälischen Kommunen angeschrieben. Die Befragung richtete sich als Vollerhebung an alle Städte in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 30.000 Einwohnern.

75 Städte beteiligten sich an der Befragung.

75 Kommunen haben ihren Fragebogen ausgefüllt und zurückgesandt, so dass eine Rücklaufquote von 53 % erreicht werden konnte.



Städte mit mehr als …	Häufigkeiten in der Stichprobe	Prozent in der Stichprobe	Prozent in der GG
30.000 bis 50.000 EW	27	35%	45%
50.000 bis 100.000 EW	28	38%	33%
100.000 bis 250.000 EW	12	16%	13%
mehr als 250.000 EW	8	11%	9%
Gesamt	75	100%	100%

Abbildung 9a: Rücklauf städtischer Sozialverwaltungen

Dabei sind kleinere Städte (30.000 – 50.000 EW) in der erzielten Stichprobe mit 35 % leicht unterrepräsentiert, da diese 45 % der Grundgesamtheit stellen. Städte mit 50.000 bis 100.000 EW, 100.000 bis 250.000 EW und mehr als 250.000 EW sind leicht überrepräsentiert. Wichtig ist jedoch, dass keine nennenswerten systematischen Ausfälle entstanden, die auf die Größe der Kommunen zurückzuführen sind. Auch die Daten der Städte geben typische Einschätzungen der städtischen Sozialverwaltungen wieder.

Die dritte Erhebungswelle richtete sich an alle Wohnungsunternehmen aus Nordrhein-Westfalen, die Mitglied im Verband der Deutschen

Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e.V. (VdW) sind sowie einen Mindestwohnungsbestand von 200 Wohneinheiten besitzen bzw. verwalten.

119 Wohnungsunternehmen antworteten auf die Befragung.

Die Grundgesamtheit der Wohnungswirtschaft umfasste 357 Unternehmen, von denen 119 ihren Fragebogen beantwortet zurücksandten, auf diese Weise konnte eine Rücklaufquote von 33 % realisiert werden.

Die Rückläufe der befragten Wohnungsunternehmen wurden zudem daraufhin überprüft, inwieweit sich diese in Nordrhein-Westfalen verteilen; dabei konnten keine systematischen regionalen Ausfälle festgestellt werden.

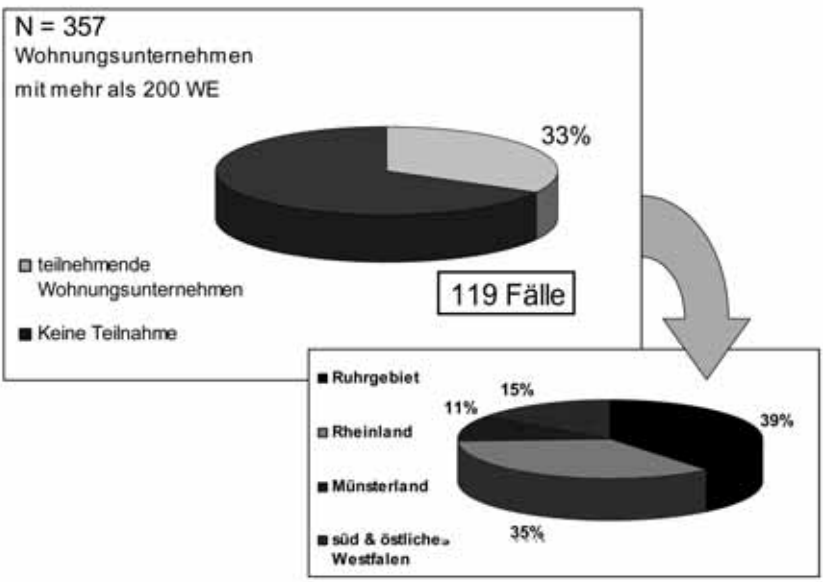


Abbildung 9b: Rücklauf der Wohnungsunternehmen

Die Aussagen der Wohnungsunternehmen können Tendenzen zeigen; sie stützen sich dabei auf einen geringeren Rücklauf als die anderen beiden Befragungen (Seniorenvertretungen und Städte) dieser Untersuchung. Die inhaltlichen Auswertungen haben gezeigt, dass nahezu alle antwortenden Wohnungsunternehmen sich bereits mit dem Thema Alter und Altern auseinandergesetzt haben, so dass sie als „alterssensibel" gelten können.

Die Rücklaufergebnisse der drei Befragungen wurden durch zusätzliche telefonische Nachfassaktionen verbessert.

3.1 Neue Altersbilder – ihre Konsequenzen für die Städte

3.1.1 Was sind Altersbilder?

Jeder kennt sie, die polarisierenden Aussagen und Statements über das Alter und die Alten. Dabei werden sehr widersprüchliche Eigenschaften, Merkmale oder auch Bilder, ja sogar Horrorszenarien in den Vordergrund gestellt.

Überschriften wie: „Wohin mit der Oma?" (Der SPIEGEL 19/2005), „Invasion der alten Semester" (Der SPIEGEL 27/2004), „Überalterung, Generation Grau" (GEO 05/2004), und „Diktatur der Alten" oder Titel über die Diskussionen der „finanziellen Schieflage der sozialen Sicherungssysteme" bewirken, dass das Alter als eine gesellschaftliche Last empfunden wird. Doch im Gegensatz dazu erscheinen auch immer wieder Titel, die durch positive Aussagen ein anderes Altersbild zeichnen, wie dies die folgenden Überschriften zeigen: „Wenn die Alten jünger werden" (DIE ZEIT 39/2004), „Einsatzfreudig mit 60 plus" (Kölner Stadt-Anzeiger 6. Oktober 2004).

Das Altersbild in den Medien wird polarisiert dargestellt.

In den Darstellungen des Fernsehens über das Alter oder die älteren Menschen, so Lehr (2000), werden oft besonders extreme Gruppen gezeigt. In fiktiven Fernsehspielen und Serien sind vor allem die aktiven, gesunden und ökonomisch erfolgreichen Älteren – vor allem Männer – zu sehen. In dokumentarischen Formaten, Magazinen und Talkshows hingegen werden oft die negativen Auswirkungen und Folgen des Alters und Alterns berichtet. Ältere Menschen sind hier meist in einer hilfesuchenden oder hilfebedürftigen Situation zu sehen oder leiden an altersbedingten Krankheiten.

Doch alle diese Titel lassen offen, über wen und über welche Alterskohorte diese Aussagen getroffen werden. Die Gruppe der älteren und alten Menschen ist keine homogene Einheit, die allumfassend und durch eine Beschreibung, ein Bild oder eine Definition erfasst werden kann, vielmehr bedarf es einer sehr differenzierten Betrachtungsweise. Dies beeinflusst natürlich auch die Beschreibungen von *Altersbildern*.

Zwei markante Altersbilder, die sich deutlich voneinander unterscheiden, haben sich in der Literatur u.a. auch im Dritten Bericht zur Lage der älteren Generation[2] der Bundesregierung, gestützt auf Paul Baltes[3], durchgesetzt.

Diese sind:

- die **„jungen Alten“**, die ihre Erwerbsphase noch nicht lange beendet haben und gesund und mobil sind.
- die **„alten Alten“**, die oft Hochaltrigen und körperlich Eingeschränkten.

Zwei wesentliche Altersbilder: die „jungen Alten“ und die „alten Alten“.

Diese beiden Gruppen können nicht per Automatismus am kalendarischen Alter, d.h. am Lebensalter festgemacht werden, dieses kann vielmehr nur als eine grobe Orientierung dienen. Das Verbindende der Menschen dieser beiden Gruppen ist, dass sie nicht oder nicht (mehr) erwerbstätig sind und im „so genannten Ruhestand“ stehen beziehungsweise die Familienphase beendet haben. In Deutschland beginnt diese Lebensphase zurzeit statistisch um das *60. Lebensjahr*, da hier typischerweise die Übergangsphase von der Berufstätigkeit in die Rentenbezugsphase eingeleitet wird oder bereits vollzogen ist.

Definitionen Altersbilder

Altersbilder fassen „typische“ Merkmale und Annahmen über das Alter formelhaft zusammen.

„Altersbilder“, so Bosch[4], fassen wesentliche und typische Merkmale sowie das subjektiv Positive und Negative des Alters formelhaft zusammen. Für die Kommission des dritten Altenberichts der Bundesregierung sind:

[2] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001b)
[3] Baltes, P.B./Smith, J. (1999)
[4] Bosch, E.M. (1989)

Altersbilder:

allgemeinere Vorstellungen über

- zu erwartende altersbedingte Veränderungen,
- mutmaßliche charakteristische Eigenschaften älterer Menschen, die durch Faktoren wie
  - Gesundheit und Krankheit im Alter,
  - Autonomie und Abhängigkeiten,
  - Kompetenzen und Defizite geprägt werden.

Außerdem zählen zu Altersbildern auch

- Befürchtungen über materielle Einbußen,
- Gedanken über Sterben und den Tod,
- Rechte und Pflichten älterer Menschen.

Altersbilder enthalten immer auch normative Vorstellungen.

Der formelhafte Charakter von Altersbildern ist ein Ergebnis von gesellschaftlichen Faktoren, die unterschiedliche Inhalte über Eigenschaften, Verhaltensweisen und Merkmale von älteren Menschen transportieren. Altersbilder enthalten nicht zuletzt auch normative Vorstellungen, sie umfassen demnach nicht allein beschreibende und erklärende Aussagen über das Alter(n), sondern enthalten auch wertende und normative Elemente.

Diese allgemeinen Vorstellungen zu Bildern älterer Menschen können auf vielfältige Weise erlangt und transportiert werden. Entscheidend ist, welche Eigenschaften von welchen Gruppen herangezogen werden.

Informationsquellen

Von entscheidender Bedeutung sind

- persönliche Kontakte zu älteren Menschen (z. B. innerhalb der eigenen Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis sowie in der Nachbarschaft),
- die Repräsentanz älterer Menschen in der Gesellschaft,
- die Selbstdarstellung älterer Menschen,
- die tägliche Wahrnehmung bezüglich der Annahmen und Vorstellungen über das Alter und ältere Menschen und
- die Verwendung der Begriffe des Alters, des Alterns in der Sprache sowie in der Darstellung der Medien.

Unterschiedliche Informationsquellen können unterschiedliche Altersbilder bewirken.

Die Informationsquellen stellen unterschiedliche Einflussfaktoren bzw. Einzelinformationen dar, die je einen Teil des Mosaiks liefern, das sich zu einem Bild der Gruppe älterer Menschen zusammenfügt.

Die unterschiedliche Nutzung der einzelnen Informationsquellen kann zu unterschiedlichen Vorstellungen von Älteren führen. Dabei muss verdeutlicht werden, dass die verschiedenen Informationsquellen unterschiedlich – mal ausgeprägt oder auch überhaupt nicht – zugänglich sind. Die angebotenen Inhalte können auf diese Weise sozial selektiv wirken.

Die Auswahl und Gewichtung der einzelnen Informationsquellen ist von personalen, situativen, aber eben auch von gesellschaftlichen Gegebenheiten abhängig, die der einzelnen wahrnehmenden Person unterschiedlich zur Verfügung stehen. So haben unterschiedliche Akteursgruppen wie beispielsweise die Befragungsgruppen im Projekt „Altengerechte Stadt“ unterschiedliche Perspektiven auf das Alter. Sie nutzen verschiedene Informationsquellen. Seniorenvertretungen machen eher persönliche Erfahrungen, ihr Altersbild ist so eher ein **Selbstbild**, bei Vertretern der Wohnungsunternehmen und Städte liegt eher ein **Fremdbild** vor.

Altersbilder erzeugen jedoch auch „Wirklichkeit“ und beeinflussen die Wahrnehmung und die Einschätzung über die „Realität des Alters“ mit.

Vorhandene Altersbilder erzeugen bzw. beeinflussen die Wirklichkeit.

So kann sich das „Alter" als soziale Kategorie zum Teil auch selbst schaffen. „Alter" wird dann zu einer **„selbsterfüllenden Prophezeiung"**, wenn der einzelne Ältere sich so verhält, wie Rollenmuster es für seine Altersgruppe beschreiben. Das, was der einzelne über das Tun anderer Älterer weiß, prägt sein Verhalten und seine Einstellung mit.

Man kennt die Beispiele aus dem Alltag, wo zu hören ist, „diese Farbe, dieser Schnitt, diese Frisur, das trägt man doch nicht mehr in deinem Alter". Oder ein anderes Beispiel zur Bewertung des Verhalten von älteren Menschen könnte wie folgt freitagnachmittags in der Schlage an der Supermarktkasse stattfinden, wo ein älterer Mensch gefragt wird: „Warum kaufen Sie nicht tagsüber in der Woche ein, Sie haben doch immer Zeit und der Supermarkt ist da leerer."

Aus diesem Wechselspiel zwischen Individuum und Gesellschaft bilden sich so Altersbilder heraus, die zu **sozialen Konstruktionen** werden.

Diese Erkenntnis, dass sich gesellschaftliche Altersbilder auch auf das tatsächliche Verhalten und Handeln der Senioren auswirkt, ist für die Praxis wichtig.

Positive Altersbilder bewirken, dass Handlungsspielräume genutzt werden.

Untersuchungen[5] haben ergeben, dass positive Altersbilder, die die Chancen des Alterns, wie z. B. Fachkompetenzen, Daseinskompetenzen, gesellschaftliche Produktivität, familiäres Engagement usw., aufzeigen, älteren Menschen eine breitere Palette von tatsächlich existierenden Handlungsspielräumen eröffnen.

Die Abbildung verdeutlicht, dass diese Handlungsspielräume auch erkannt und von den Individuen für die Verwirklichung von persönlichen Anliegen und Bedürfnissen aufgegriffen werden.

Positive Altersbilder

➜ eröffnen eine breitere Palette von tatsächlich existierenden Handlungsspielräumen.

↘ Erkennen von Handlungsspielräumen

↘ Verwirklichung von persönlichen Anliegen

Abbildung 1c: Altersbilder und Handlungsspielräume

[5] Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001b): Seite 65

Aber auch der umgekehrte Weg konnte gemessen werden. Altersbilder, die durch negative Aspekte bedingt wurden, wirkten sich hemmend und auf Dauer ungünstig auf das Leben Älterer aus.

These:

Für die Praxis lohnt sich also, die tatsächlich existierenden positiven Merkmale des Alters und des Alterns deutlich zu machen und deren Gestaltungsspielräume mit beispielhaften Projekten zu unterstützen und zu fördern.

Ein gelebtes, positiv besetztes Altersbild kann lebensverlängernd wirken.

3.1.2 Vorstellungen und Bilder einer Generation – Empirisches aus dem Projekt

Im Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Altengerechte Stadt" wurden mehrere *quantitative wie qualitative Verfahren* zur Datengewinnung und Datenaufarbeitung genutzt.

Dies sind erstens drei schriftliche Befragungen, bei nordrhein-westfälischen Seniorenvertretungen, städtischen Sozialverwaltungen und Wohnungsunternehmen, zweitens Experteninterviews, drittens drei Themenwerkstätten und viertens eine Open-Space-Konferenz mit Älteren.

Vorstellungen und Bilder einer Generation

Neben anderen Themen wurden die drei Akteursgruppen nach ihren Vorstellungen und Bildern über die Gruppe der älteren und alten Menschen befragt.

Diese Auswertungen der Ergebnisse des Projektes „Altengerechte Stadt" können einige Trends aufzeigen:

Die ausgewählten Beispiele beziehen sich auf eine Frage, bei der die drei Befragungsgruppen gewichten sollten, inwieweit das Bild älterer Menschen durch unterschiedliche Aussagen charakterisiert wird.

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen? Ältere Menschen sind …

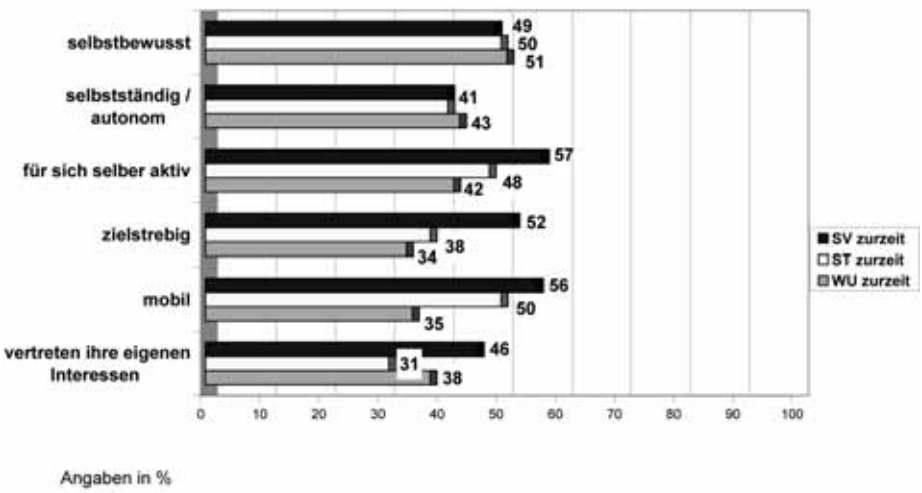


Abbildung 10: Altersbild aus der Sicht aller drei Akteursgruppen, zurzeit

Einig sind sich die drei Befragungsgruppen in der Bewertung, dass das Bild Älterer besonders dadurch gekennzeichnet ist, dass ältere Menschen heute selbstbewusst (ca. 50 %), selbstständig und autonom (41 %) sind.

Seniorenvertretungen sehen ältere Menschen als eine selbstständige und autonome Gruppe.

Besonders Seniorenvertretungen wählen für die Einschätzung des aktuellen Altersbildes die positiv besetzten Merkmale am häufigsten.

Dabei werden Eigenschaften wie

- für sich selber aktiv sein,
- zielstrebig,
- mobil sein

von über der Hälfte der Senioren als voll oder zumindest als zutreffend gesehen.

Mit deutlichem Abstand zu den Bewertungen der Vertreter der Wohnungsunternehmen und städtischen Sozialverwaltungen sehen die Seniorenvertretungen die Eigenschaft, dass Senioren ihre eigenen Interessen vertreten, als charakterisierende Beschreibung für die Gruppe der älteren Menschen.

Eine Besonderheit stellt sich bei den Bewertungen der Stadtverwaltungen dar: Die Abbildung verdeutlicht, dass die Vertreter der Stadtverwaltungen die positiv besetzten Eigenschaften von Älteren für die Zukunft deutlich und signifikant höher beurteilen als gegenwärtig.

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen? Ältere Menschen sind …

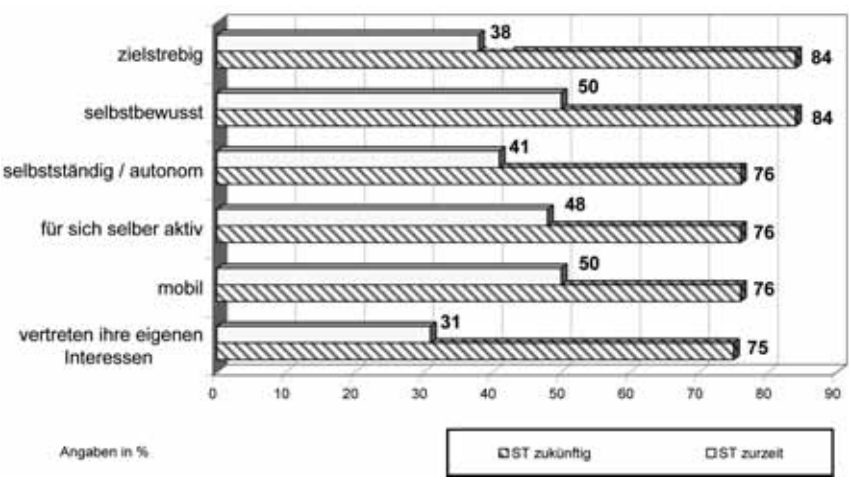


Abbildung 11: Altersbild aus der Sicht der Städte

Hier werden von den Stadtverwaltungen vor allem die Zielstrebigkeit (84 %) und das selbstbewusste Auftreten (84 %) für die Zukunft als sehr hoch eingeschätzt. Aber auch die Eigenschaften wie

Städtische Sozialverwaltungen erwarten einen deutlichen Anstieg von Autonomiemerkmalen.

- selbstständig (76 %),
- für sich selber aktiv sein (76 %),
- mobil sein (76 %) sowie
- das Vertreten eigener Interessen (75 %)

werden hoch bewertet.

Gesundheitliche Situation

Es wird eine Verbesserung der guten gesundheitlichen Situation im Alter erwartet.

Im Hinblick auf die Einschätzung der gesundheitlichen Situation wird von den Vertretern der Sozialverwaltungen der Städte (62 %) und den Wohnungsunternehmen (67 %) eine Steigerung der guten gesundheitlichen Lage angenommen. Demnach wird erwartet, dass das Bild älterer Menschen künftig weniger durch Folgen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen geprägt sein wird.

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen?
Ältere Menschen sind bei guter Gesundheit.

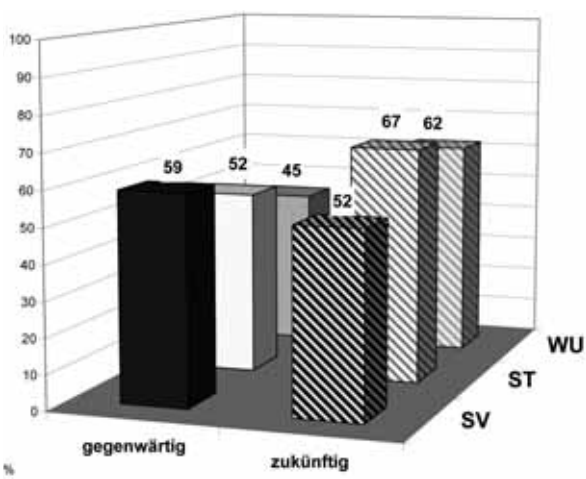


Abbildung 12: Gesundheitliche Situation

Im Unterschied dazu gehen die befragten Seniorenvertretungen aber von einer geringfügigen Verschlechterung aus, sie sehen gegenwärtig schon eine recht gute gesundheitliche Situation älterer Menschen.

Bildungs- und Ausbildungsniveau

Ein weiterer Aspekt, der Altersbilder beeinflusst, ist die Einschätzung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus. Diese dienen als Grundlagen für viele Aktivitäten von älteren Menschen.

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen?
Ältere Menschen sind gut ausgebildet.

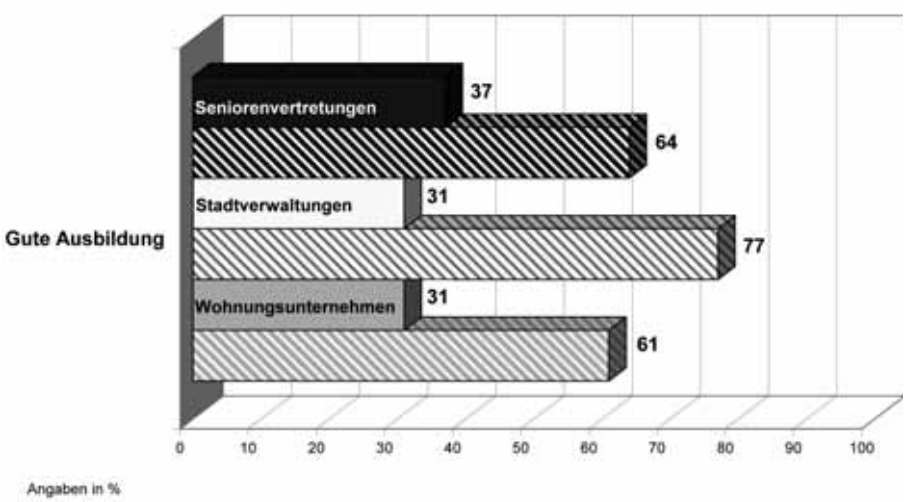


Abbildung 13: Bildungs- und Ausbildungsniveau

Das Bildungsniveau der zukünftigen älteren Generation verbessert sich weiter.

Bei der Bewertung des Bildungsniveaus ist auffällig, dass nur rund 1/3 der Befragten – in allen Akteursgruppen (Seniorenvertretungen schätzen dies etwas höher ein) – angaben, dass ältere Menschen gut ausgebildet sind.

Im Gegensatz dazu wird das Bildungs- und Ausbildungsniveau der älteren Menschen nach Einschätzung der Befragten in den nächsten Jahren steigen.

Damit wird deutlich, dass nach Einschätzung der Befragten zurzeit eine Generation in der Postberufstätigkeit steht, die geringere Chancen auf eine gute Schul- bzw. Berufsausbildung erfahren hat. Dies ist eine realistische Bewertung.

These:

Das steigende Bildungsniveau schafft eine wichtige Grundlage für bessere Teilhabemöglichkeiten im Alter.

Das heutige Bild wird vor allem noch von einer Kriegs- und Nachkriegsgeneration geprägt, die in den Kriegs- und anschließenden Aufbaujahren weniger Gelegenheit zur umfassenden Bildung oder Ausbildung hatte, dies gilt vor allem für die Generation der Hochaltrigen, die „Aufbaugeneration". „Jüngere Alte", die ihre Erwerbsarbeitsphase zurzeit beenden oder in den letzten fünf Jahren beendet haben, sind dagegen heute schon besser ausgebildet.

Doch Hemmnisse bestehen auch weiterhin noch und sind auch zukünftig zu erwarten: Generell kann festgestellt werden, dass in vielen Betrieben und Unternehmen die berufliche Weiterbildung von älteren Arbeitnehmern eine geringe Rolle spielt, so werden z. B. technische Neuerungen nicht vermittelt, dies verstärkt sich besonders noch durch die steigende Arbeitslosigkeit am Ende der Erwerbstätigkeit.

Finanzielle Ausstattung

Eine unerlässliche Grundlage zur gesellschaftlichen Partizipation einer Generation oder Alterskohorte liegt auch in der Bewertung ihrer ökonomischen Kraft sowie ihres wirtschaftlichen Potenzials. Diese Bewertung prägt das Bild einer Generation wesentlich, es entscheidet darüber, ob eine Generation als wirtschaftliche Zielgruppe gesehen wird oder nicht.

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen?
Ältere Menschen sind finanziell gut ausgestattet.

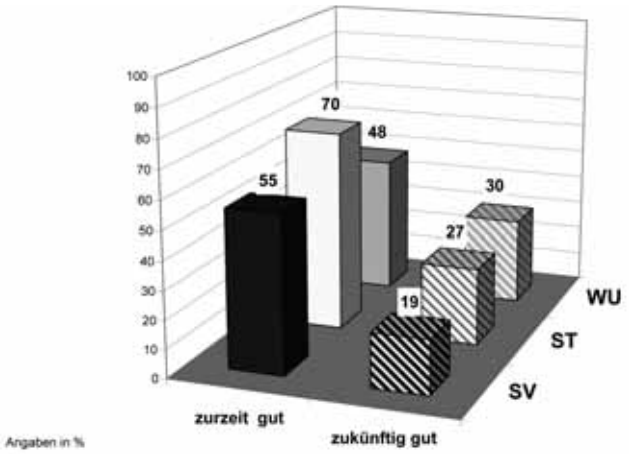


Abbildung 14: Finanzielle Ausstattung

Die Befragten schätzen die aktuelle finanzielle Situation zurzeit als gut (Seniorenvertretungen 55 %/Städte 70 %/Wohnungsunternehmen 48 %) ein. Momentan kann, wie dies auch der 2. Armutsbericht[6] der Bundesregierung verdeutlicht, nicht wesentlich von einer finanziellen Unterversorgung der älteren Generation gesprochen werden.

Die finanzielle Ausstattung heutiger Senioren wird gut bewertet.

Die Daten des Projektes „Altengerechte Stadt" zeigen, dass die finanzielle Ausstattung der kommenden Altengenerationen von den befragten Akteuren pessimistischer gesehen wird.

Künftige Generationen werden eine geringere finanzielle Ausstattung haben.

Für die Zukunft wird angenommen, dass durchschnittlich auf eine geringere finanzielle Altersversorgung zurückgegriffen werden kann.

Die Einschätzung der rückgängigen Altersversorgung wird auch von Fachleuten geteilt, so sieht Künemund eine „Renaissance der Altersarmutsproblematik"[7] kommen, die einzelne Gruppen kommender Altengenerationen in die „Defensive" bringen kann.

[6] Vgl. 2. Armutsbericht und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Armutsbericht XVIII auf Seite 18, Seite 20f.). Das Armutsrisiko von älteren Menschen (von über 65-Jährigen) ist zwischen 1998 und 2003 geringer geworden. Die Armutsrisikoquote der Älteren liegt bei 11,4 % und ist damit geringer als die der Gesamtbevölkerung (12,1 %), dies war im Jahr 1998 noch anders. Nicht enthalten sind Angaben, inwieweit die Grundsicherung für Ältere zu dieser Entwicklung beigetragen hat. Dies bestätigt auch der 3. Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung , 2008.

[7] Künemund, H., 2004, Seite 288

Für die Zukunft kann die veränderte finanzielle Situation zu folgenschweren Entwicklungen führen:

Folgen der veränderten finanziellen Situation

- Die Notwendigkeit, im Alter (teil)erwerbstätig zu sein, wird steigen.
- Es kommt zu einem veränderten Konsumverhalten (Kaufzurückhaltung) der älteren Generationen – z. B. auch am Wohnungsmarkt, in dem der Bedarf nach günstigem Wohnraum steigt.
- Es steigt das Risiko von Altersarmut entsteht. Dies wirkt sich sowohl auf die Städte als auch auf die Wohnungsunternehmen negativ aus.

Die Finanzkraft verteilt sich auch in der Gruppe der Senioren ungleich.

Diese Entwicklung wird jedoch nicht alle Senioren gleichermaßen treffen, da sich das Kapital und die finanzielle Ausstattung ungleich – wie in anderen Generationen auch – verteilen. Es darf bei diesen Überlegungen nicht vergessen werden, dass in Deutschland ein gigantisches Privatvermögen vererbt wird und hiervon vor allem die Generation der „jüngeren Alten", d. h. derjenigen, die am Beginn ihrer Postberufstätigkeitsphase stehen, profitieren.

Familiäres und gesellschaftliches Engagement

Zwei weitere Merkmale prägen das Bild älterer Menschen ebenfalls maßgeblich mit. Dies sind die zwei Aktivitätsfelder:

- das familiäre Engagement und
- das gesellschaftliche Engagement.

Dabei schafft das Engagement von Senioren eine Situation, in der sie eine gesellschaftliche Rolle oder Funktion besitzen, die eine gesellschaftliche Wertigkeit – nach der Berufstätigkeit – hat.

These:

Nach der übereinstimmenden Ansicht der Befragten entwickeln sich das familiäre und das gesellschaftliche Engagement in den nächsten Jahren entgegengesetzt.

Familiäres Engagement

Ein Großteil (SV 77 %, ST 73 %, WU 63 %) aller drei befragten Akteure nimmt an, dass sich ältere Menschen heute für die eigene Familie engagieren und ihre Kinder bei der (Enkel)kinderbetreuung unterstützen oder sich für die Pflege der eigenen Elterngeneration einsetzen[8].

Der eigenen Familie zu helfen, ist eine wichtige Engagementform.

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen?
Ältere Menschen sind familiär aktiv.

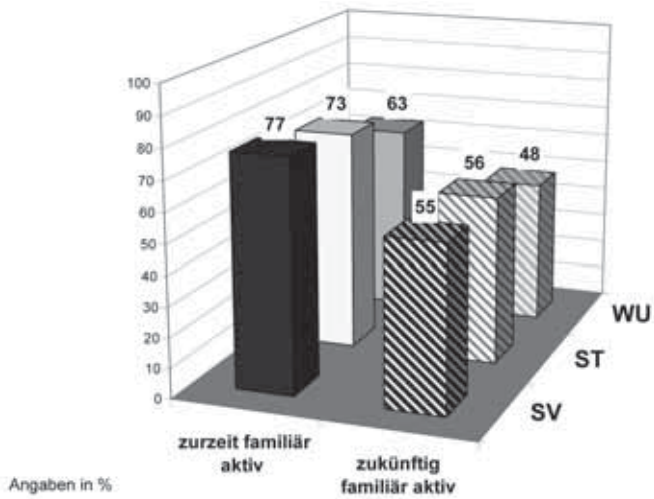


Abbildung 15: Familiäres Engagement

Besonders Seniorenvertretungen (77 %) sind der Meinung, dass die Aussage, „ältere Menschen sind für ihre Familie aktiv" voll oder zumindest zutrifft.

[8] zum Vergleich: Zahlen aus dem Alters-Survey (vgl. Kohli/Künemund, 2003): 27 % der 55- bis 69-Jährigen und 15 % der 70- bis 85-Jährigen leisten (Enkel)kinderbetreuung. 14,2 % der 55- bis 69-Jährigen und 8,3 % der 70- bis 85-Jährigen sind mit der Pflege von anderen Menschen, gleich ob Angehörige oder Bekannte, beschäftigt.

Das Familienengagement nimmt ab.

Dieses familiäre Engagement wird in Zukunft nach Einschätzung der Befragten weniger werden. Die Gründe hierfür sind u.a. veränderte Familienbeziehungen, die durch sinkende Geburtenraten, gestiegene Scheidungszahlen und eine höhere Arbeitsplatzmobilität verursacht werden. Zum Teil kommt hinzu, dass die älteren Generationen ein geringeres Interesse an familiärer Arbeit entwickeln.

These:

Senioren werden ihre eigenen Familien weniger unterstützen können, stattdessen werden neue Formen der Generationenhilfe nötig.

Gesellschaftliches Engagement

Besonders Wohnungsunternehmen und städtische Sozialverwaltungen (WU 28 %/ST 33 %) schätzen, dass Senioren sich derzeitig weniger gesellschaftlich engagieren als zukünftig.

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen?
Ältere Menschen sind gesellschaftlich aktiv.

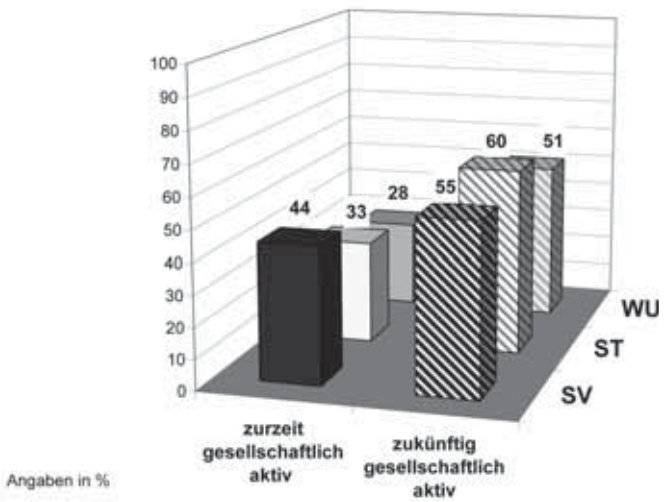


Abbildung 16: Gesellschaftliches Engagement

Das gesellschaftliche Engagement von Senioren nimmt an Bedeutung zu.

Die zukünftige Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit von Senioren wird durchweg von allen Befragten höher gewichtet. In Zukunft wird voraussichtlich das gesellschaftliche Engagement eine solche Steigerung erfahren, dass es das Niveau des familiären Engagements erreicht.

In diesem Antwortverhalten kann auch eine zukünftige gesellschaftliche Notwendigkeit in Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement gesehen werden. Die Antworten zum zukünftigen Verhalten Älterer besitzen auf diese Weise eine normative Aussagekraft: In ihnen liegt auch die Hoffnung, dass Senioren für das Gemeinwesen aktiv werden. Clemens Tesch-Römer, Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen, bringt dies auf den Punkt: „Die ältere Generation ist unverzichtbar".[9]

These:

Bürgerschaftliches Engagement wird zukünftig notwendig sein, um gesellschaftliche Aufgaben zu gewährleisten.

Die beiden Aussagen zum familiären und bürgerschaftlichen Engagement zeigen, dass die Befragten annehmen, dass sich Senioren für andere einsetzen und/oder einsetzen werden.

Aus unterschiedlichen Gründen können, müssen sich oder wollen ältere Menschen nicht mehr in dem bisherigen Ausmaß für die eigene Familie engagieren.

Dennoch nimmt ein Großteil der Befragten an, dass ältere Menschen in Zukunft aktiv für andere sein werden und sich so gesellschaftlich einbringen können.

Weiter ist die Erkenntnis zu berücksichtigen, dass ältere Menschen sich freiwillig und aus eigener Motivation für andere einsetzen wollen.

[9] Westdeutsche Zeitung (04.08.05)

Es gibt einen Trend zu einem positiven Altersbild.

Die ausgewählten Daten können nur einen Trend aufzeigen, den die drei Befragungsgruppen für das Bild älterer Menschen sehen. Es muss auch deutlich gesagt werden, dass Merkmale, die durch Eingeschränktheit und Defizite geprägt werden, nicht verschwunden sind, jedoch nach Einschätzung der Befragten nicht signifikant steigen. Natürlich beeinflussen sie weiterhin auch gesellschaftliche Altersbilder.

3.1.3 Aktivitäten älterer Menschen

Allgemeine Vorstellungen über mutmaßliche charakteristische Eigenschaften älterer Menschen werden auch durch die Aktivitäten dieser Generation geprägt.

Aktivitäten von Senioren prägen Altersbilder mit.

Erwartungen oder Einschätzungen, die „andere" Generationen an die Aktivitäten von älteren Menschen haben, beeinflussen ebenfalls das Bild der älteren Bevölkerung.

Welche der folgenden gemeinschaftsorientierten Aktivitäten entfalten ältere Menschen in Ihrer Stadt zurzeit?

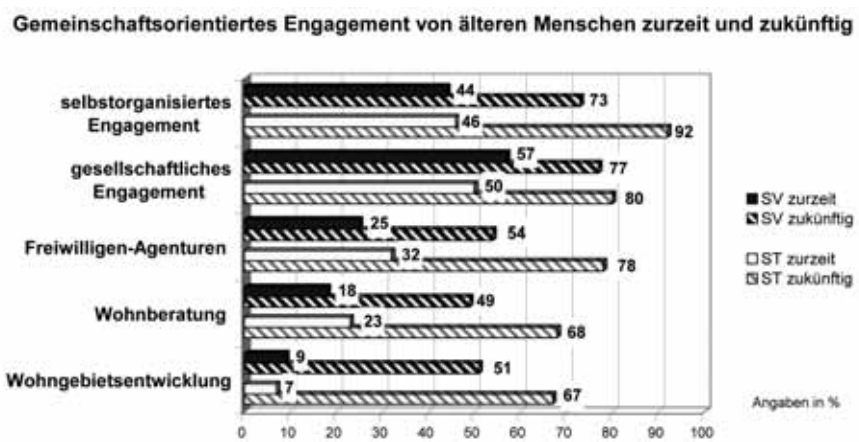


Abbildung 17: Gemeinschaftsorientiertes Engagement

Die Einschätzungen der Seniorenvertretungen und der städtischen Sozialverwaltungen zu derzeitigen gemeinschaftsorientierten Aktivitäten von älteren Menschen zeigen an vielen Stellen große Übereinstimmungen:

- Selbstorganisiertes Engagement in Initiativen und Gruppen (SV 44 % / ST 46 %)
- gesellschaftliches Engagement (SV 57 % / ST 50 %)
- Unterstützung pflegender Angehöriger (SV 71 % / ST 60 %)
- Teilnahme in Freiwilligenagenturen (SV 25 % / ST 32 %)
- Wohnberatung (SV 18 % / ST 23 %)
- Wohngebietsentwicklung (SV 9 % / ST 7 %)

Die Bewertungen zu den gemeinschaftsorientierten Aktivitäten liegen hinter den Einschätzungen zu selbstbezogenen[10] und wohngebietsbezogenen[11] Aktivitäten, die ebenfalls im Fragebogen erhoben wurden (vgl. auch Kapitel 3.2).

Neben den Einordnungen von Aktivitäten heutiger Älterer sollten die Befragten auch die Aktivitäten zukünftiger älterer Menschen auf ihre gesellschaftliche Nützlichkeit hin bewerten. Dabei stuften besonders die Vertreter der Städte gemeinschaftsorientierte Aktivitäten für die Zukunft im Vergleich zu den gegenwärtigen Einschätzungen deutlich höher ein.

Sie drücken damit teilweise auch einen Bedarf dieser Aktivitäten aus. Gleichzeitig kommt aber auch zum Ausdruck, welche Handlungs- und Aktivitätsspielräume Älteren zugestanden werden, und, das ist ebenfalls wichtig, welche ihnen zugetraut werden.

Gemeinschaftsorientierte Aktivitäten von Senioren werden steigen.

Hier sind auffallend die deutlich höheren Werte in Bezug auf gesellschaftliche Beteiligung, die signifikant gegenüber der Einschätzung der heutigen Aktivitäten steigen. Dies sind:

[10] Kulturelle, sportliche und Weiterbildungsaktivitäten
[11] Familiäres, kirchliches und nachbarschaftliches Engagement

- Wohnberatung (+ 45 %punkte (PP))
- Freiwilligen-Agenturen (+ 46 PP)
- Selbsthilfegruppen, durch eigen-organisiertes Engagement (+ 46 PP) und an der
- Wohngebietsentwicklung (+60 PP)

These:

Die Bewertungen der städtischen Sozialverwaltungen zu künftigen Aktivitäten älterer Menschen scheinen durch unterschiedliche Faktoren geprägt zu sein:

1. durch Erfahrungen mit tatsächlich steigenden Aktivitäten in diesen Bereichen,
2. durch Erkenntnisse, dass die Aktivitäten von älteren Menschen ein wichtiger Beitrag für die Leistungen des Gemeinwesens in den Städten sein können und hier ein deutlicher Bedarf besteht bzw. entstehen wird.

Ältere Menschen erhalten auf diese Weise eine „neue Rolle", ihre Aktivitäten werden nachgefragt, sie werden gebraucht und das in Bereichen, die klassisch wohlfahrtsstaatlich oder verwaltungsplanerisch organisiert sind.

3.1.4 Konsequenzen in den Städten: Rollen älterer Menschen in umgesetzten und geplanten Projekten

Neben mutmaßlichen Eigenschaften, die das Bild älterer Menschen charakterisieren und in Zukunft charakterisieren werden, wurden die drei Befragungsgruppen auch nach Projekten sowie nach der Rolle von älteren Menschen bei diesen befragt.

Auf diese Weise kann deutlich werden, wie sich die Vorstellungen und Einschätzungen über ältere Menschen auf das tatsächliche Handeln der befragten Akteure auswirken können. Ein direkter Vergleich der Projekte der drei Akteursgruppen ist an dieser Stelle nicht sinnvoll, da sich ihre Arbeit und ihr Handeln deutlich voneinander unterscheiden.

Rolle der Senioren in Wohnungsunternehmen

Ältere Menschen spielen für Wohnungsunternehmen eine wichtige Rolle

Für 92 % der befragten Wohnungsunternehmen spielen ältere Menschen eine wichtige bis sehr wichtige Rolle in ihrer Geschäftspolitik. Sie sehen diese oft als eine wichtige Mietergruppe an, für die auch eigene Projekte (64 %) entwickelt werden. Seltener werden ältere Menschen aber als Beteiligte an Planungen (10 %) oder als Unterstützer (8 %) gesehen, von denen Kompetenz und Verantwortlichkeit zur Gestaltung und Mitwirkung an der eigenen Wohnumgebung abgerufen oder aktiviert werden kann.

In Bünde planen ältere Mieter bei Bauvorhaben mit.

Beispiele zeigen jedoch, dass eine Beteiligung der Mieter eine neue Perspektive in die Planungen und Durchführungen bringen kann. So hat die Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford eG ein Beteilungsverfahren im Projekt „Service-Wohnen am Tabakspeicher" in Bünde entwickelt, um die „künftigen" Mieter in die Planungs- und Bauphase einzubinden. Die Erfahrungen wurden von allen Seiten als positiv bewertet, so dass nach Bezug der Wohnungen ein Bewohnerrat gegründet wurde. Die Gesellschaft denkt zudem über weitere Mieterpartizipation in anderen Wohngebieten nach.

Mieterbeteiligung scheint Leerstände zu vermeiden.

Eine erfolgreiche Beteiligung der Mieter bzw. Mitglieder besteht schon seit vielen Jahren bei der Bielefelder Baugenossenschaft Freie Scholle eG: Neben den Mitgliederversammlungen der Genossenschaft wurden auch Siedlungsräte und Mitgliederseminare installiert, die ermöglichen, dass Anregungen, Kritik und Wünsche geäußert werden können. Diese werden besonders auch von älteren Mitgliedern genutzt. Geringe Leerstände, die die Genossenschaft auch auf ihre gelebten Beteiligungssysteme zurückführt, geben dieser Unternehmenspolitik Recht.

10 % der befragten Wohnungsunternehmen haben bereits partizipations- und sozialbezogene Projekte (Gemeinwesenarbeit, Einrichtung von Gemeinschafträumen, Mieterpartizipation) realisiert, die sich auf die Zielgruppe Senioren beziehen.

Rolle der Senioren bei Projekten der Seniorenvertretungen

Auf die Frage, „welche Rollen ältere Menschen bei Projekten und Vorhaben von Seniorenvertretungen spielen", gab gut die Hälfte der Seniorenvertretungen an, dass ältere Menschen eher eine passive Haltung bei ihren Projekten haben.

- Sie brauchen Hilfe besonders bei der gesundheitlichen Versorgung (54 %) oder
- im Bereich des Wohnens (46 %).

Pflegebedürftige brauchen bei der Vertretung der eigenen Interessen Seniorenvertretungen.

Oft wird hier die Gruppe der Hochaltrigen gesehen, die teilweise oder vollständig auf Pflege und Unterstützung angewiesen ist. Diese Gruppe braucht bei der Durchsetzung der eigenen Interessen Unterstützung, die sie bei den örtlichen Seniorenvertretungen finden können.

Neben dieser Perspektive haben ältere Menschen bei der Verwirklichung von Projekten auch die Rolle der aktiven Mitgestalter.

So sehen die Seniorenvertreter Ältere auch als Beteiligte an Planungen im Sozialsektor (51 %), an Verkehrsplanung (51 %) und an Stadtplanung (46 %) im Allgemeinen.

Deutlich seltener sind jedoch ältere Menschen aktive Mithelfer oder Helfende bei Projekten der befragten Seniorenvertretungen. So gaben nur 23 % der Befragten an, dass Senioren Unterstützer für etwas sind oder als Anbieter (14 %) aktiv werden.

Seniorenvertretungen wurden außerdem gefragt, „welche eigenen Projekte sie erarbeiten bzw. in Zukunft machen wollen". Dies zeigt, dass Projekte und Aufgaben der Seniorenvertretungen mehrere Aspekte enthalten:

- die Interessenvertretung der älteren Generationen, oft auch derjenigen, die Probleme und Schwierigkeiten haben, die durch Immobilität, körperliche Eingeschränktheit oder andere Krankheitssymptome entstehen.
- Seniorenvertretungen mischen sich eher EIN, wirken eher MIT, als dass sie selber eigene Projekte entwickeln und diese eigenständig verwirklichen. Dies zählt auch nicht zu ihren wesentlichen Zielen bzw. ihrem „Kerngeschäft".

Senioren mischen sich ein und wirken mit.

Beispielhafte Projekte von Seniorenvertretungen sind:

- Schaffung eines Treppenlifters bei Alten- und Begegnungsstätten
- Unterschriftenaktionen für die Festschreibung der Seniorenvertretungen in den Gemeindeordnungen (Nordrhein-Westfalen)
- Sicherheit im Alltag und im Verkehr
- Angebote für hilfe- und/oder pflegebedürftige Menschen
- Barrierefreier Bahnhof

Rolle der Senioren bei städtischen Sozialverwaltungen

In Projekten und Vorhaben, die die Kommunen unmittelbar für und mit älteren Menschen umsetzen oder in Planung haben, sind die Rollen, die der Gruppe der Senioren zugeschrieben werden, zweigeteilt. Sie richten sich sowohl nach defizitorientierten wie nach kompetenzgeleiteten Altersbildern.

Die häufigste Rolle spielt dabei die zu versorgende Zielgruppe (66 %). Ältere Menschen werden hier als Hilfebedürftige gesehen.

Für viele Städte sind Senioren sowohl Unterstützer wie auch Hilfebedürftige.

Aber knapp die Hälfte der Kommunen sehen ältere Menschen auch als direkte Unterstützer, die sich für andere einbringen, indem sie:

- „Initiativgruppen selbstständig leiten“
- „den direkten Kontakt zu anderen älteren Menschen halten“ oder
- „eine wesentliche Rolle beim bürgerschaftlichen Engagement spielen“.

Aber auch die Beteiligung und Mitwirkung an Prozessen der Entwicklung und Planung von städtischen Vorhaben ist eine Rolle, die Senioren in den Kommunen zufällt. So wirken sie an Planungen im Sozialsektor zu 41 %, an der Stadtplanung zu 23 % und an der Verkehrsplanung zu 16 % mit.

1/5 der Städte sieht Senioren in der Rolle der Anbieter.

20 %, d.h. 1/5 der Befragten sehen Senioren sogar als Anbieter von sozialen und kulturellen Dienstleistungen.

Bei diesen drei Rollenzuschreibungen für Senioren – als Unterstützer, Prozessbegleiter von Planungen und als Dienstleister – wird ein neues Verhältnis zwischen Bürgern und Stadt deutlich.

Eine aktive Bürgerschaft braucht aktivierende Strukturen.

Es spiegelt das Zusammenspiel von aktiver Bürgerschaft bzw. aktiven Bürgern und einem aktivierenden Staat bzw. einer aktivierenden Stadt oder Kommune wider. Es bietet die Chance, dass Bürger zu einem „verwaltungsentlastenden und verantwortungsteilenden Leistungsverstärker“[12] werden können.

Dabei müssen Kommunen Bürgern neue Freiheiten der „gesellschaftlichen Selbststeuerung“ geben, indem sie moderierend und aktivierend tätig werden. Sie schaffen so eine Möglichkeit, ihre Durchführungsverantwortung an engagierte Bürger oder Bürgergruppen zu übertragen. Problematisch ist hierbei jedoch, dass die Städte ihre sozialstaatliche-solidarische Verantwortung, d.h. ihre Pflicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge nicht aufgeben oder ebenfalls delegieren können, sie bleibt bestehen.

[12] Vgl. Spitzer, M. (2001), S. 144 und Blanke, B./Schridde, H. (1999), S. 5

Nachhaltige Bürgermitwirkung und -beteiligung braucht Vereinbarungen.

Um diesem Problem eine verlässliche Basis der Bürgereinbindung, der Bürgerbeteiligung oder Bürgermitwirkung entgegen zu stellen, ist es von Bedeutung, welche Vereinbarungen mit den Bürgern, Initiativen und Gruppen getroffen werden können. Sie müssen eine Verbindlichkeit herstellen und die Einhaltung von verabredeten Leistungen gewähren.

Kommunen müssen eine neue Rolle übernehmen und initiieren und unterstützen.

Darüber hinaus ergibt sich eine neue Aufgabe für die kommunale Politik und Verwaltung, in ihr liegt nun die Initiierung und Verstetigung von bürgerschaftlicher Selbstbeteiligung zur Erbringung von Dienstleistungen, so dass aus spontanen Initiativen oder kurzzeitigen Projekten dauerhafte und tragfähige Projektkonstruktionen werden können. Hierfür muss eine aktivierende Kommune Beiträge leisten. Dies sind u. a. finanzielle oder sachliche Unterstützungsleistungen oder eine prozessbegleitende Einbindung und Vernetzung in hauptamtliche Dienstleistungen bzw. kommunales Verwaltungshandeln. Wesentlich kann auch ein kontinuierliches Schulungs- und Coachingangebot sein.

Einige Städte in Nordrhein-Westfalen haben sich hier bereits auf den Weg gemacht. So ist die im Sauerland gelegene Stadt Arnsberg (vgl. Kapitel 5.1) hier als aktivierende Stadt anderen weit voraus.

Die Inhalte dieser aktivierenden Arbeit von Kommunen können sehr unterschiedlich sein. In der konkreten Umsetzung bedeutet dies, dass 30 % mindestens ein Projekt angeben, bei dem eine aktive Mitwirkung von älteren Menschen für andere enthalten ist. Bei diesen Projekten wird die Beteiligung von Älteren heute schon als eine Unterstützungsmöglichkeit genutzt.

Beispiele sind:

- Ausbildung von Seniorenbegleitern
- Bürger für Bürger (kleine Hilfsangebote wie Einkaufen, Zeitungsvorlesen)
- Freiwilligenagenturen
- Schulbusbegleitung
- Patenschaften für Kinderspielplätze sowie
- Begleitung des Geschichtsunterrichtes durch „Zeitzeugen“

3.1.5 Perspektiven für das Handeln städtischer Akteure

Zusammenfassend und perspektivisch gesehen, kann gesagt werden, dass es *das* neue Altersbild ebenso wenig gibt, wie es auch nicht *ein einziges* Altersbild gibt.

Jedoch können bei den Bildern, die die befragten Akteure von älteren Menschen und ihren Eigenschaften haben, Trends dargestellt werden.

Dies sind:

Die Gruppe der zukünftig älteren Menschen wird nach Einschätzung der Befragten selbstständig und zielstrebig Einfluss nehmen und dabei eigene Interessen vertreten.

In der Zukunft hat die Gruppe der Älteren ein stärkeres Bestreben nach Unabhängigkeit und Autonomie.

Es kann sich also eine neue Autonomie älterer Menschen bilden, die große Entfaltungsmöglichkeiten besitzt, da Ältere in Zukunft noch gesünder, mobiler und flexibler sind.

Sie verfügen über mehr individuelle Ressourcen zur Gestaltung der Lebensphase Alter[13]. Dies gilt allerdings unter der Einschränkung finanzieller Spielräume.

Die Tätigkeitsfelder älterer Menschen werden in Zukunft auf der einen Seite selbstbezogen, auf der anderen Seite gesellschaftsorientiert sein und sich auf das Gemeinwesen im näheren Umfeld beziehen, wie dies Beispiele in Köln, Arnsberg, und Bielefeld zeigen.

Städte sollten die positiven Merkmale des Alterns aufgreifen und Handlungsspielräume für Senioren schaffen.

Für das Handeln der Städte lohnt es sich, die tatsächlich existierenden positiven Merkmale des Alterns deutlich zu machen, um so Gestaltungsspielräume, die sich im Alter bieten, zu eröffnen und zu nutzen.

Dies kann durch beispielhafte Projekte unterstützt werden. Dabei können städtische Strukturen moderierend und aktivierend eingesetzt werden. Bürgeraktivitäten können so die Funktion der subsidiären Dienstleistungserbringung erfüllen.

[13] Vgl. Backes, G./Clemens, W., bei Künemund, H. (2004)

3.2 Eine Quartiers- und Stadtteilgestaltung – Bedarf und Wünsche an das Wohnen in der Stadt

3.2.1 Zum Begriff „Wohnen“

Die demographische Entwicklung ist für die Städte eine Herausforderung. Neben gesundheitlicher Versorgung und finanzieller Ausstattung sind das Wohnen und die Stadtentwicklung immer mehr zu wichtigen Diskussionsthemen über das Alter geworden. Aufgrund des Wandels der Gesellschaft und der veränderten Wohnbedürfnisse müssen sowohl die Städte als auch die Wohnungswirtschaft ihre bisherige Politik ändern, um sich der neuen, zukünftigen Situation anpassen zu können.

Der demographische Wandel als Herausforderung für die Städte

Im Projekt „Altengerechte Stadt“ sowie in der gerontologischen Forschung ist unter Wohnen nicht nur die Nutzung einer Wohnung, sondern auch das Erleben einer Wohnung zu verstehen, was bedeutet, dass die Wohnung als Austauschprozess zwischen Person und Wohnumwelt verstanden wird (Abbildung 1).

Wohnen ist die Nutzung und das Erleben einer Wohnsituation

Abbildung 18: Wohnen ist nicht nur die Nutzung einer Wohnsituation, sondern auch das Erleben dieser Wohnsituation.

Da Altern keine statische Lebensphase ist, kann die Wohnumwelt als ein Entwicklungskontext im höheren Lebensalter verstanden werden[14]. Im Laufe der Jahre ändert sich sowohl die soziale als auch die physische Situation der Menschen:

[14] vgl. Oswald, Schmitt, Sperling & Wahl, 2000

- Wechsel der familiären Situation (Witwenschaft, Auszug der Kinder)
- Entberuflichung (weniger berufliche und kollegiale Kontakte)
- Veränderungen und Einschränkungen im körperlichen Bereich (Krankheit, körperliche Beschwerden).

Diese sozialen und physischen Veränderungen können sich auf die Wahrnehmung der raumbezogenen Bedingungen auswirken:

Soziale und physische Veränderungen beeinflussen die Erlebensweisen

- architektonische Details der Wohnung (Größe der Wohnung, Treppen, schlechte Lärm-/Wärme-Isolierung, schlechte Beleuchtung, Barrieren),
- strukturelle Veränderungen des Wohnumfelds (Schließung von Einkaufseinrichtungen) und
- Mobilitätsbelastung (Verlegung einer Bus-/Bahnhaltestelle, Rückgabe des Führerscheins)

Diese raumbezogenen Bedingungen können auf die Erlebens- und Verhaltensweisen Einfluss nehmen.

Diese sozialen und physischen Veränderungen des Alterungsprozesses und ihre Auswirkungen zeigen, dass die Lebensqualität im Sinne einer selbstständigen Lebensführung, von Zufriedenheit und Wohlbefinden auch von der Qualität der Wohnung und des Wohnumfeldes abhängt[15].

Wohnen findet in der Wohnung und dem Wohnumfeld statt

„Wohnen" findet also nicht nur auf der Mikroebene der privaten Wohnung, sondern auch in dem nahen und weiteren *Wohnumfeld* (Wohnviertel, Stadtteil, Landkreis, Bundesland) statt[16]. Die Wohnung und das unmittelbare Umfeld spielen eine besondere Rolle im Alter, denn ältere Menschen verbringen in Vergleich zu jüngeren viel mehr Zeit in der eigenen Wohnung (ungefähr vier Fünftel des Tages) und die Freizeitinteressen und -aktivitäten konzentrieren sich hauptsächlich auf die Wohnung und auf das nahe Wohnumfeld[17].

[15] Oswald, Hieber, Mollenkopf, Wahl (2002)
[16] Wahl, Mollenkopf & Oswald (1999)
[17] Lehr (2000); Saup (1999); Wahl (1992); Wahl, Mollenkopf & Oswald (1999); Baltes, Maas, Wilms & Borchelt (1999); Küster (1998); Saup (1993); Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1998); Mollenkopf & Flaschenträger (2001); Mollenkopf, Oswald, Schilling, & Wahl (2001)

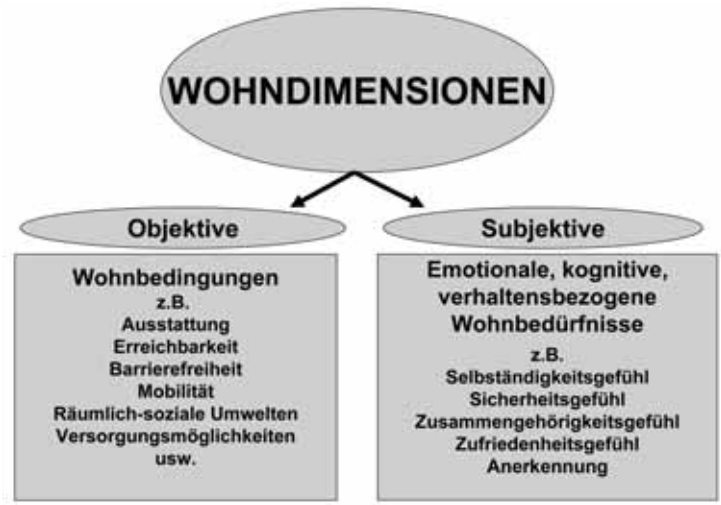


Abbildung 19: Wohnen umfasst die objektiven und die subjektiven Wohndimensionen

Wohnen umfasst die objektiven und die subjektiven Dimensionen (Abbildung 2). Unter den **objektiven Dimensionen** sind verschiedene Wohnbedingungen zu verstehen: z. B. Aspekte der häuslichen und der städtischen Infrastruktur wie Ausstattung, Erreichbarkeit, Barrierefreiheit, Mobilität, Versorgungsmöglichkeiten oder Erholungswert des Wohnumfeldes sowie auch räumlich-soziale[18] Umfelder, d. h. Räume, in denen man Interaktionen mit anderen Menschen, Kontakt, Unterhaltung haben kann, z. B. Restaurant, Bibliothek, Ausbildung, Beruf, Einkaufen, Freizeit, Natur usw.

Objektive Wohnbedingungen

Zusätzlich sind die **subjektiven Dimensionen** des Wohnens zu beachten, wie die subjektiven *Wohnbedeutungen* und *Wohnbedürfnisse*[19], das individuelle Handeln (*Wohnverhalten*) und das subjektive Erleben *(Wohnerleben)* der Person innerhalb ihres Wohnumfeldes, also die kognitiven und emotionalen Dimensionen[20]. Das bedeutet, dass das subjektive *Wohnerleben* und die *Wohnzufriedenheit* abhängig von objektiv vorhandenen Bedingungen sein können, aber nicht müssen[21]. Dies ist bekannt als „satisfaction paradox" (Zufriedenheitsparadox), wo-

Die subjektiven Wohnbedeutungen, das Wohnverhalten und -erleben

[18] Oswald, Schmitt, Gansera-Baumann, Martin, & Sperling (2000)
[19] Oswald, Schmitt, Gansera-Baumann, Martin, & Sperling (2000); Oswald (2002)
[20] Oswald (2000)
[21] Oswald, Schmitt, Sperling & Wahl (2000); Oswald (2000); Lehr (2000); Wahl, Oswald (1999)

runter verstanden wird, dass Ältere mit ihrer Wohnsituation zufrieden zu sein scheinen, obwohl diese objektiv nicht geeignet ist (nicht gegen Kälte/Lärm isoliert, Hindernisse, mangelnde Hygiene). Das spiegelt u.a. den Wunsch Älterer, in ihrer privaten Wohnung zu bleiben (biographische Verankerung, soziale Kontakte, Erhaltung der Selbstständigkeit) wie auch die Angst, diese zu verlassen[22].

Die Wohnbedingungen beeinflussen das Wohnerleben und umgekehrt

Die individuelle „Passung" von objektiven Wohnbedingungen einerseits und subjektiven Möglichkeiten bzw. Bedürfnissen der wohnenden Person, die biographische Verankerung durch Erinnerungen, familiäre Geschichte und Erlebnisse in der Wohnung, die nachbarschaftlichen Beziehungen, sozialen Kontakte sowie das Wohnumfeld andererseits kann zu Zufriedenheit und Wohlbefinden im Alter beitragen[23].

Durch das langjährige Wohnen an einem Ort können Gefühle wie Vertrautheit, *Wohnverbundenheit* und dadurch Sicherheit entstehen[24]. Das bedeutet:
Es gibt eine Vernetzung zwischen den Wohnbedingungen (objektiv) und dem Wohnerleben (subjektiv) der Wohnsituation. Aus unterschiedlichen Wohnbedingungen kann sich unterschiedliches Wohnerleben entwickeln.

Die sozialen Kontakte fördern das Wohlbefinden im Alter

Die **sozialen Kontakte** und das soziale Netzwerk sind von großer Bedeutung für das Wohlbefinden im Alter. Familiäre und nicht familiäre Kontakte mit Freunden, Nachbarn, in Vereinen, Sportgruppen, Kirchengemeinden usw. stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl und tragen zu einem aktiven Lebensstil bei[25]. Darüber hinaus tragen Wohnsituationen, die die sozialen Kontakte fördern, zum Wohlbefinden und zur Wohnqualität bei.

Mehrere Studien haben die Versorgungsmöglichkeiten, die Mobilität und Barrierefreiheit, die Aufrechterhaltung eines selbstständigen Lebens als Voraussetzungen für die aktive Teilnahme am Leben im weiteren Wohnumfeld erkannt[26].

[22] Staudinger (2000)
[23] Carp & Carp (1984); Kahana (1982)
[24] Oswald (1996,1998), Schneider (1992)
[25] Lehr (2000)
[26] Mollenkopf und Flaschenträger (2001); Oswald, Hieber, Mollenkopf, Wahl (2002); Saup(1993)

Demzufolge ist Wohnqualität nicht nur mit der Wohnung verbunden, sondern auch mit

- dem Wohnumfeld,
- den Angeboten innerhalb dieses Wohnumfeldes,
- der Nachbarschaft,
- den Mobilitätsmöglichkeiten,
- den sozialen Kontakten,
- den Aktivitäten
- und den Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation[27], die man innerhalb dieses Wohnumfeldes ausüben kann.

Ältere Menschen können und wollen bis ins hohe Alter aktiv an der Gestaltung und Veränderung ihrer Wohnumwelt beteiligt sein[28].

Infrastrukturen und Gemeinschaftsräume stärken das Wohlbefinden

Gute Infrastrukturen und gemeinschaftliche Räumlichkeiten in der Stadt ermöglichen die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit und Autonomie, die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die Entfaltung der Potenziale älterer Menschen und stärken das Zusammengehörigkeits- und Zufriedenheitsgefühl, also das subjektive Wohlbefinden.

> Die Möglichkeit zur Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitverantwortung stärkt den persönlichen Bezug zu der Wohnumgebung, das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Gefühl der Anerkennung[29].

Generationenübergreifende Wohnformen

In dem Zweiten Altenbericht der Bundesregierung[30] wird vor der Entwicklung von „neuen" Wohnformen im Alter gewarnt. Denn ältere Menschen möchten so lange wie möglich in ihren eigenen Wohnungen bleiben.

Wohnformen im Alter

Es gibt verschiedene Wohnformen für ältere Menschen, dazu zählen: Betreutes Wohnen, Servicewohnen, Seniorenresidenzen, Alten- und Seniorenheime und Wohngemeinschaften. Ein besonderes Wohnmodell

[27] BFSFJ (2000)
[28] Lawton (1985); Wahl, Mollenkopf & Oswald (1999)
[29] Kruse (2000); Lehr (2000)
[30] BFSFJ (1998)

ist das *intra-* und *intergenererationelle* Wohnprojekt, bei dem informelle Hilfepotenziale zwischen den Generationen entstehen können.

Innere Nähe und äußere Distanz

Studien zeigen, dass das *Generationenübergreifende Wohnen* (Eltern, Kinder, Enkelkinder) nicht konfliktfrei ist. „Innere Nähe durch äußere Distanz" bedeutet eine räumliche Trennung der Haushalte und dadurch eine konfliktfreiere Beziehung zwischen den Generationen. Daher ist die öfter empfohlene Regelung entstanden, dass die Wohnungen im gleichen Viertel oder in der Nähe liegen sollten, aber nicht unter einem Dach[31]. Aus diesem Grund sollte man die Projekte und Konzepte, die das Zusammenleben der Generationen unterstützen, mit Vorsicht betrachten.

Wenn Alt und Jung unter einem Dach wohnen, muss das jedoch nicht immer eine Familie sein. Es gibt in Deutschland einige Wohnprojekte, in denen Senioren und junge Menschen ohne familiäre Beziehung zusammenleben.

Wenn man Wohnprojekte entwickelt, muss man bedenken, dass die Kohorte der heute Älteren andere Bedürfnisse und Wünsche haben kann als die Kohorte der zukünftigen Älteren (siehe Kapitel: 3.1). Wie Baltes es formuliert: „Immer mehr ältere Menschen ziehen in die Gemeinde, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist". Diese Bedürfnisse sind natürlich als subjektiv zu betrachten und dadurch kann man sagen:

> Die differenzierten Lebensstile und Lebenslagen von älteren Menschen ermöglichen es nicht, EINE einzige ideale Wohnsituation für DIE alten Menschen vorzugeben[32].

[31] Rosenmayr (1983), BFSFJ (1998)
[32] Lehr (2000)

Um auf die demographische Entwicklung und deren Einfluss auf Wohnen und Stadtentwicklung eingehen zu können, müssen die Akteure,

1. die veränderten Wohnbedürfnisse älterer Menschen kennen,
2. die Bereitschaft zur Mitwirkung und Partizipation der Älteren an der Stadt- bzw. Wohnquartierentwicklung erfassen,
3. die Bereitschaft haben, ältere Menschen mitwirken zu lassen, und
4. dann Wohnbedingungen und Strukturen schaffen, um diese veränderten Wohnbedürfnisse zu befriedigen und die Bereitschaft zur Mitwirkung zu fördern.

3.2.2 Empirische Daten aus dem Projekt

Da Wohnen eine zentrale Rolle im alltäglichen Leben von älteren Menschen spielt, wurden im Projekt „Altengerechte Stadt" die verschiedenen Dimensionen des Wohnens untersucht, z. B. welche Bedeutung das Wohnen im Alter bei den drei befragten Akteuren hat, die mit dem Thema oft konfrontiert worden sind:

- Seniorenvertretungen (SV)
- Städtische Sozialverwaltungen (ST)
- Wohnungsunternehmen (WU).

Bei den folgenden Ergebnissen ist es wichtig zu beachten, dass bei der schriftlichen Befragung besonders Wohnungsunternehmen und städtische Sozialverwaltungen ältere Menschen heute meistens als eine zu versorgende Gruppe betrachten (siehe Kapitel 3.1). Für die Zukunft wird dieses Altersbild anders, nämlich aktiver gesehen. Alle drei Akteure sind der Meinung, dass Partizipation und die Aktivitäten Älterer in der Zukunft deutlich zunehmen werden (siehe auch Kapitel 3.3).

Wohnung

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen den hohen Stellenwert, den eine eigene Wohnung im Alltag von Senioren hat.

Zu der Frage welche Ausstattungen bzw. Gestaltungen von Wohnungen und Gebäuden sind Ihrer Meinung nach für die Wohnqualität von älteren Menschen von entscheidender Bedeutung, haben Seniorenvertretungen im Vergleich zu den Wohnungsunternehmen folgendes überweigend als wichtiger empfunden (Abbildung 3):

- den Zuschnitt der Wohnung
  - die passende Anzahl der Zimmer (SV: 77 %, WU: 76 %): von Single-Haushalten haben 65 % eine 1- bis 2 ½-Zimmer-Wohnung, bei 2-Personen-Haushalten haben 41 % eine 1- bis 2 ½-Zimmer-Wohnung) und
  - die gute Raumaufteilung (SV: 89 %, WU: 80 %),

Barrierefreiheit als unverzichtbare Vorraussetzung in der Wohnung

- die auf Barrierefreiheit bezogenen Elemente wie
  - barrierefreier Zugang im Haus (SV: 99 %, WU: 88 %)
  - Barrierefreiheit in der gesamten Wohnung (SV: 98 %, WU: 88 %)
  - und die Verfügbarkeit eines Fahrstuhls (SV: 94 %, WU: 82 %) sowie auch
- die Sauberkeit (SV: 93 %, WU: 88 %)
- und Helligkeit (SV: 88 %, WU: 82 %)

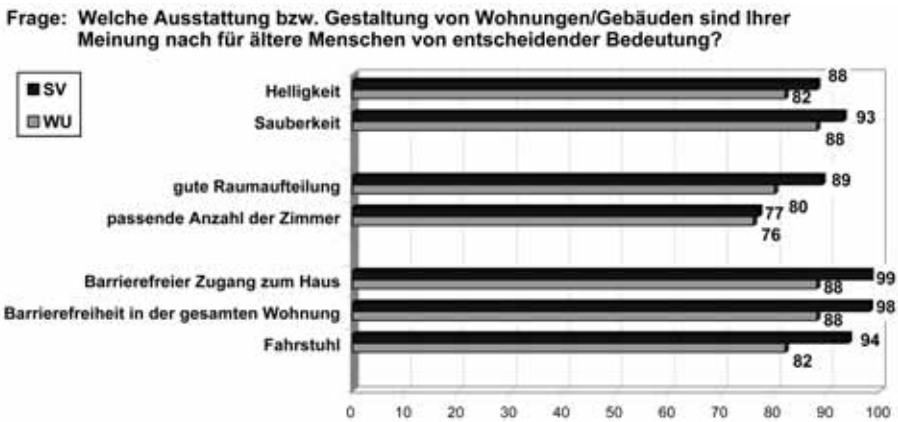


Abbildung 20: Ausstattung bzw. Gestaltung von Wohnungen / Gebäuden für die Wohnqualität älterer Menschen

Allerdings sehen Seniorenvertretungen auf Barrierefreiheit bezogenen Elemente der Wohnung/des Wohnhauses als eine unverzichtbare Voraussetzung (mehr als 94 %) für die Wohnqualität älterer Menschen, während für Wohnungsunternehmen diese „wichtige Bedingungen" (82 – 88 %) sind. Städtische Sozialverwaltungen wurden über die Ausstattung der Wohnungen/Gebäude nicht befragt.

Auf der Open-Space-Konferenz (siehe Kapitel 4.6) wurde das Thema Wohnen im Rahmen von betreutem Wohnen und Service-Wohnen diskutiert. Die Barrierefreiheit war ein zentrales Diskussionsthema, was wiederum die Bedeutung der Thematik für ältere Menschen zeigt.

Allgemeine Dimensionen des Wohnens

Alle drei Akteure wurden auch über die allgemeinen Dimensionen des Wohnens befragt[33]. Diese waren in folgende Kategorien unterteilt:

- infrastrukturelle,
- infrastrukturell-partizipative,
- psychologische und
- partizipatorische-aktivitätsbezogene.

Diese Dimensionen des Wohnens wurden unter dem Aspekt der Bedeutung für ältere Menschen von den drei Akteuren eingeschätzt, wobei noch zwischen heute und zukünftig unterschieden wurde.

Infrastrukturelle Dimensionen des Wohnens

Die befragten Akteure schätzen die Wohnbedürfnisse älterer Menschen so ein, dass die infrastrukturellen Dimensionen für das Wohnen im Alter sowohl heute (Abbildung 4) als auch für die Zukunft wichtig sind (Abbildung 5).

[33] Frage: Wie wichtig, meinen Sie, sind für ältere Menschen die folgenden Dimensionen des Wohnens zurzeit und zukünftig?

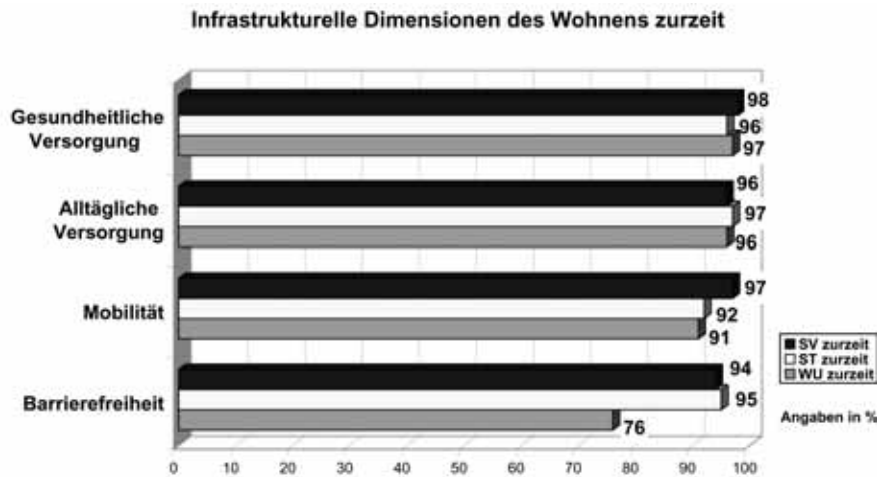


Abbildung 21: Infrastrukturelle Dimensionen des Wohnens im Alter zurzeit

Infrastrukturelle Dimensionen des Wohnens

Gesundheitliche Versorgung (ST: 96 %, SV: 98 %, WU: 97 %), alltägliche Versorgungsmöglichkeiten (ST: 97 %, SV: 96 %, WU: 96 %) und Mobilität (ST: 92 %, SV: 97 %, WU: 92 %) wurden von allen drei befragten Akteuren als sehr wichtig bis wichtig für die Wohnqualität von älteren Menschen zurzeit eingeschätzt (Abbildung 4).

Fast alle Seniorenvertretungen (94 %) und Stadtverwaltungen (95 %) betrachten Barrierefreiheit als eine wichtige Dimension für Wohnqualität im Alter. Wohnungsunternehmen schätzen die Barrierefreiheit mit mehr als 15 %punkte niedriger (76 %) ein, bewerten sie aber zukünftig mit einem Anstieg von 11 %punkte (89 %: Abbildung 6).

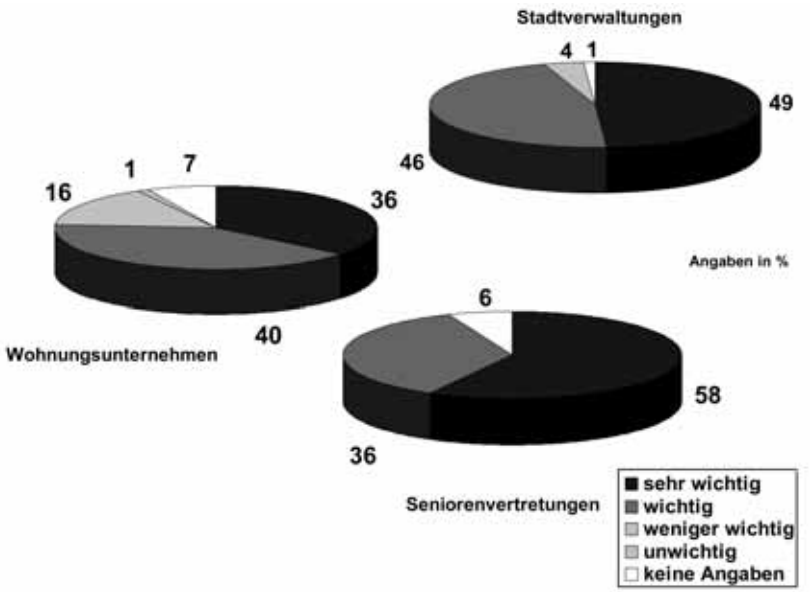


Abbildung 22: Wichtigkeit der Barrierefreiheit zurzeit im Vergleich SV, ST, WU

Wenn man diesen großen Unterschied genauer betrachtet (Abbildung 5), halten nur 36 % der Wohnungsunternehmen Barrierefreiheit für „sehr wichtig" für die Lebensqualität älterer Menschen im Wohnquartier im Vergleich zu 58 % der Seniorenvertretungen und 49 % der Stadtverwaltungen.

Genauso wichtig sind diese infrastrukturellen Dimensionen auch für die Zukunft (Abbildung 6). Gesundheitliche Versorgung: SV: 95 %, ST: 99 %, WU: 94 %, alltägliche Versorgung: SV: 90 %, ST: 98 %, WU: 94 %, Mobilität: SV: 93 %, ST: 99 %, WU: 92 % und Barrierefreiheit: SV: 92 %, ST: 97 % und WU: 89 %.

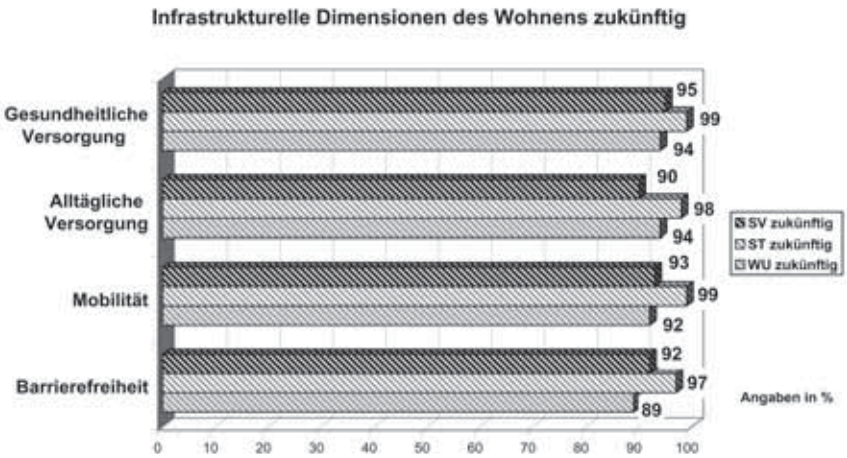


Abbildung 23: Infrastrukturelle Dimensionen des Wohnens im Alter zukünftig

Schussfolgerung:

Die drei befragten Akteure haben alle infrastrukturellen (objektiven) Dimensionen des Wohnens als sehr wichtig erkannt, was für die Städte bedeutet, in ihren Zuständigkeiten eine Struktur zu schaffen, die die Barrierefreiheit, Mobilität und Versorgung (alltäglich und gesundheitlich) größtenteils gewährleistet.

Dieses Ergebnis soll das Interesse der Wohnungsunternehmen wecken, sich verstärkt an den Wohnbedürfnissen älterer Mieter auszurichten, da die Senioren in der Zukunft zahlenmäßig ein größeres Gewicht auf dem Wohnungsmarkt haben werden.

Ältere Menschen haben auf der Open-Space-Konferenz die große Rolle von Barrierefreiheit, Mobilität, alltäglicher und gesundheitlicher Versorgung für die Wohn- und Lebensqualität im Alter diskutiert.

Barrierefreiheit in der eigenen Wohnsituation sollte grundsätzlich gegeben sein, um das alltägliche Leben zu erleichtern und den älteren Menschen die Möglichkeit zu bieten, solange wie möglich in den „eigenen vier Wänden" bleiben zu können und am gesellschaftlichen Leben im Wohnquartier teilzunehmen. Das Sicherheits- und Selbstständigkeitsgefühl wird gestärkt, die biographische Verankerung, die sozialen Kontakte sowie die Privatheit werden erhalten.

Barrierefreiheit ist schon lange ein wichtiges Thema in der gerontologischen Forschung, wird aber in der Praxis immer noch nicht flächendeckend umgesetzt.

Infrastrukturell-partizipative Dimensionen des Wohnens

Es fällt auf, dass nach Einschätzung aller drei Akteure die partizipationsfördernden infrastrukturellen Dimensionen, z. B. Schaffung von Aktivitätsräumen und Gestaltungsspielräumen, in der Zukunft zunehmen werden (Abbildung 7).

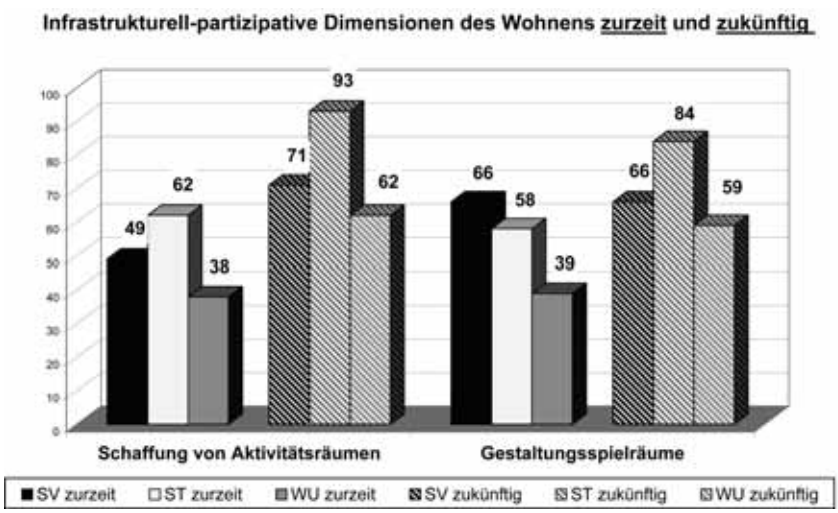


Abbildung 24: Infrastrukturell-partizipative Dimensionen des Wohnens zurzeit und zukünftig für alle drei Akteure (SV, ST, WU)

Infrastrukturell-partizipative Dimensionen des Wohnens

Schaffung von Aktivitätsräumen war für 49 % der Seniorenvertretungen, 62 % der Stadtverwaltungen und 38 % der Wohnungsunternehmen zurzeit von großer Wichtigkeit, was in der Zukunft deutlich zunehmen wird (SV: 71 %, ST: 93 %, WU: 62 %). So die Einschätzung der Befragten. Die Frage nach der Wichtigkeit von Gestaltungsspielräumen zeigt ähnliche Ergebnisse mit einer ebenso deutlichen Zunahme für die Zukunft: Stadtverwaltungen: 58 % zurzeit und 84 % zukünftig und Wohnungsunternehmen: 39 % zurzeit und 59 % zukünftig. Seniorenvertretungen sehen Gestaltungsräume genauso wichtig zurzeit und zukünftig mit 66 %.

Diese Aktivitätsräume und Gestaltungsmöglichkeiten sind auf der Open-Space-Konferenz von Älteren selbst gefordert worden.

Diese deutlichen Unterschiede zwischen zurzeit und zukünftig für die infrastrukturellen-partizipativen Dimensionen des Wohnens spiegeln noch einmal das zukünftige Altersbild der Befragten wider (siehe Kapitel 3.1).

Die Stadtverwaltungen und Wohnungsunternehmen erwarten zukünftig einen steigenden Bedarf an Strukturen, die das gesellschaftliche Engagement ermöglichen, während die Seniorenvertretungen zurzeit und zukünftig den gleichen Bedarf an Gestaltungsspielräumen sehen.

Schlussfolgerung:

Städte und Wohnungsunternehmen müssen jetzt schon anfangen, den Bedarf an Aktivitäts- und Gestaltungsspielräumen der Senioren zu decken.

Psychologische Dimensionen des Wohnens

Die psychologischen bzw. subjektiven Dimensionen des Wohnens haben mit dem Erleben der Wohnsituation zu tun. Das bedeutet natürlich, dass sie mit den schon benannten objektiven Dimensionen eng verbunden sind.

Psychologische Dimensionen des Wohnens

In der Befragung wurden das Gefühl von Sicherheit und Schutz, die Erhaltung von Selbstständigkeit und Autonomie, das Vertrautheitsgefühl, die Aufrechterhaltung der Privatheit, das Gefühl der Anerkennung und das Zusammengehörigkeitsgefühl heute, aber auch für die Zukunft als sehr wichtig für ältere Menschen eingeschätzt.

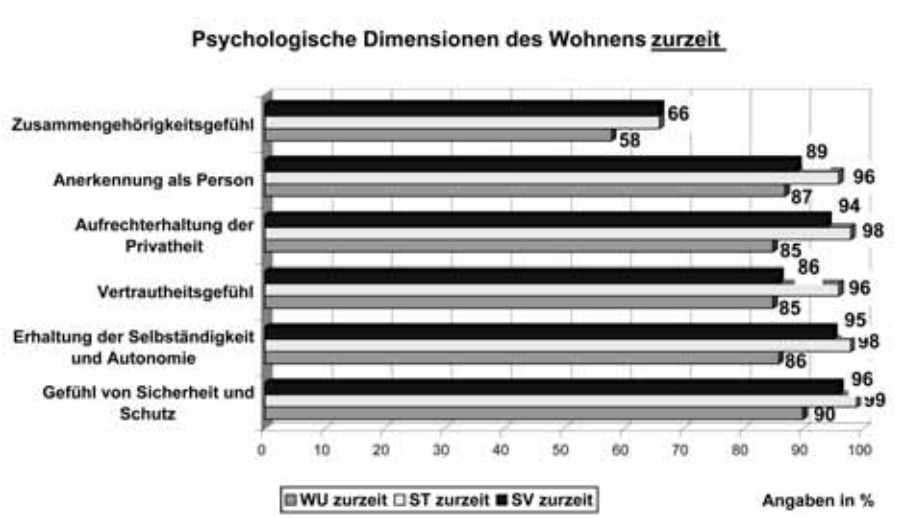


Abbildung 25: Die psychologischen Dimensionen des Wohnens zurzeit für alle drei Akteure

Das Gefühl von Sicherheit und Schutz (SV: 96 %, ST: 99 %, WU: 90 %), die Erhaltung der Selbstständigkeit und Autonomie (SV: 95 %, ST: 98 %, WU: 86 %), die Aufrechterhaltung der Privatheit (SV: 94 %, ST: 98 %, WU: 85 %), die Anerkennung als Person (SV: 89 %, ST: 96 %, WU: 87 %) und das Vertrautheitsgefühl (SV: 86 %, ST: 96 %, WU: 85 %) wurden bei alle drei befragten Akteuren als wichtig für die Wohn- und Lebensqualität im Alter zurzeit geschätzt.

Das bestätigt die hohe Relevanz psychologischer bzw. subjektiver Dimensionen für die Wohnqualität und die Wohnzufriedenheit älterer Menschen.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl (SV: 66 %, ST: 66 %, WU: 58 %) wurde mit signifikant niedrigeren Werten aber immer noch als wichtig für das Wohnen im Alter zurzeit bewertet (Abbildung 8).

Hier stellt sich die Frage, warum diese eine Dimension, die eher einen gemeinschaftlichen Faktor beinhaltet, von allen befragten Akteuren so niedrig eingeschätzt wurde.

Für die Zukunft wurden die psychologischen Dimensionen des Wohnens als fast ebnso wichtig betrachtet: Erhaltung der Selbstständigkeit und Autonomie (SV: 94 %, ST: 99 %, WU: 92 %), das Gefühl von Sicherheit und Schutz (SV: 91 %, ST: 86 %, WU: 94 %), die Aufrechterhaltung der Privatheit (SV: 90 %, ST: 95 %, WU: 89 %), die Anerkennung als Person (SV: 87 %, ST: 97 %, WU: 89 %) und das Zusammengehörigkeitsgefühl (SV: 74 %, ST: 72 %, WU: 62 %) (Abbildung 9).

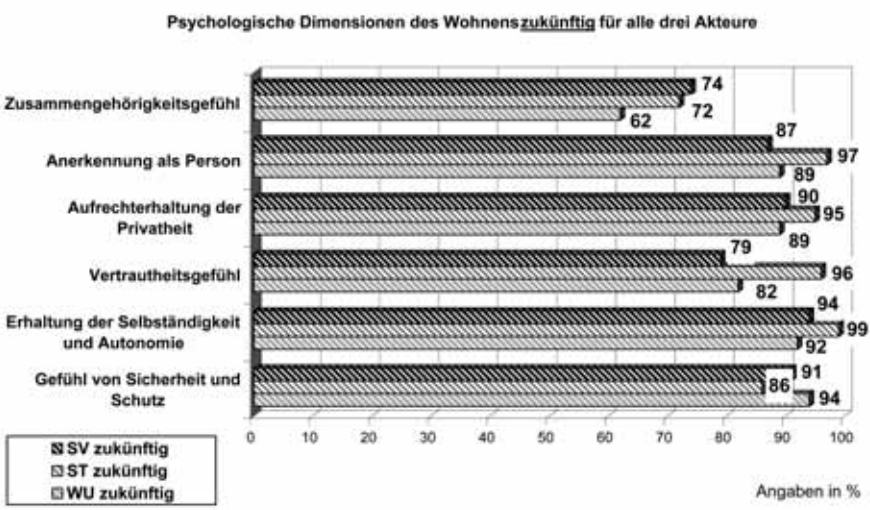


Abbildung 26: Die psychologischen Dimensionen des Wohnens zukünftig für alle drei Akteure

Interessant ist hier, dass Seniorenvertretungen das Vertrautheitsgefühl (SV: 79 %, ST: 96 %, WU: 82 %), was mit der Biographie und Verbundenheit im Wohnort zusammenhängt, als signifikant weniger wichtig im Vergleich zu den Stadtverwaltungen sehen. Das könnte signalisieren, dass Senioren in der Zukunft eher bereit sein werden, ihren Wohnort zu wechseln, wenn die anderen Kriterien (Infrastruktur, Partizipations- und Aktivitätsmöglichkeiten und psychologische Dimensionen des Wohnens) nicht ihren Vorstellungen entsprechen.

Empfehlung:

Die geringe Bedeutung von Zusammengehörigkeitsgefühlen spiegelt die Vereinsamung, Isolation älterer Menschen in der Stadt wider. Seniorenvertretungen, Stadtverwaltungen und Wohnungsunternehmen müssen ein Gemeinschaftsgefühl fördern, indem die sozialen Kontakte durch

- gemeinsame Aktivitäten
- Schaffung von räumlich-sozialen Umwelten
- Gewährleistung von Mobilität

ausgebaut werden.

Partizipatorische-aktivitätsfördende Dimensionen

Die Aktivitäten, die man im Alter ausübt, sind abhängig von der körperlichen Kompetenz, dem Einkommen, der Schulbildung und der Mobilität.

Partizipatorische-aktivitätsfördende Dimensionen des Wohnens

Dadurch wird das Altersbild stark geprägt. Wie schon erwähnt, wird in dieser Studie das zukünftige Altersbild der Befragten durch aktivere ältere Menschen gekennzeichnet. Analog dazu gehen alle drei Akteure davon aus, dass die Dimensionen des Wohnens, die mit Partizipation und eigenerm Engagement verbunden sind, in der Zukunft zunehmen werden, vor allem die, die gesellschaftlich orientiert und mit Selbstentwicklung verbunden sind.

Die Abbildung 10 verdeutlicht die Einschätzungen der heutigen sowohl auch der zukünftigen Mitwirkungsmöglichkeiten älterer Menschen an Aufgaben der Stadtentwicklung.

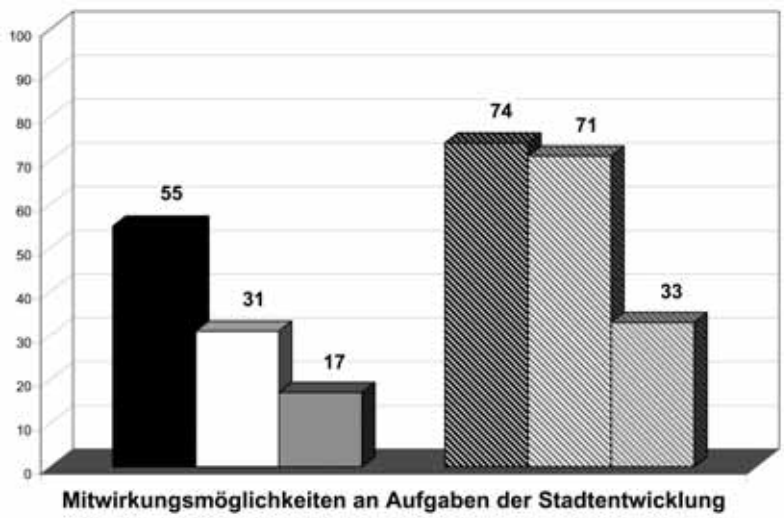


Abbildung 27: Partizipatorische-aktivitätsfördende Dimensionen des Wohnens: Mitwirkungsmöglichkeiten an Aufgaben der Stadtentwicklung.

Erwartungen an Mitwirkung Älterer steigen

Auffällig ist hier, dass die Seniorenvertretungen schon heute den hohen Wert der partizipatorischen Dimensionen erkennen. Mitwirkung an Aufgaben der Stadtentwicklung wird ein Bereich sein, wo sich, nach Einschätzung aller drei Akteure, Ältere zukünftig mehr (fast verdoppelt) engagieren werden (zurzeit SV: 55 %, ST: 31 %, WU: 17 % und zukünftig SV: 74 %, ST: 71 %, WU: 33 %). Die Einschätzungen unterscheiden sich vor allem für die Stadtverwaltungen zwischen heute und zukünftig mit 40 Prozentpunkten (31 % - 71 %).

Auf der Open-Space-Konferenz wurden die Themen Selbstorganisation, Mitgestaltungsmöglichkeiten von Stadtteilen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von den Senioren als fundamental anerkannt.

Empfehlung:

Die Städte und Wohnungsunternehmen sollen berücksichtigen, dass, wie schon oft in der gerontologischen Forschung erwähnt, die Möglichkeit zur Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitverantwortung gegeben sein muss, um den persönlichen Bezug zu der Wohnumgebung, das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Gefühl der Anerkennung zu stärken[33].

Wohnqualität für ältere Menschen hängt auch davon ab, dass Partizipation älterer Menschen in der Gestaltung ihrer Wohnsituation bzw. Wohnumgebung und ihren Stadtteilen ermöglicht wird.

Die **Aktivitäts- und Beschäftigungsmöglichkeiten** sind wichtige Elemente für die Wohn- und Lebensqualität im Alter. Ältere Menschen verbringen im Vergleich zu jüngeren viel mehr Zeit in der eigenen Wohnung (ungefähr vier Fünftel des Tages) und die Freizeitinteressen und -aktivitäten konzentrieren sich hauptsächlich auf die Wohnung und auf das nahe Wohnumfeld[34].

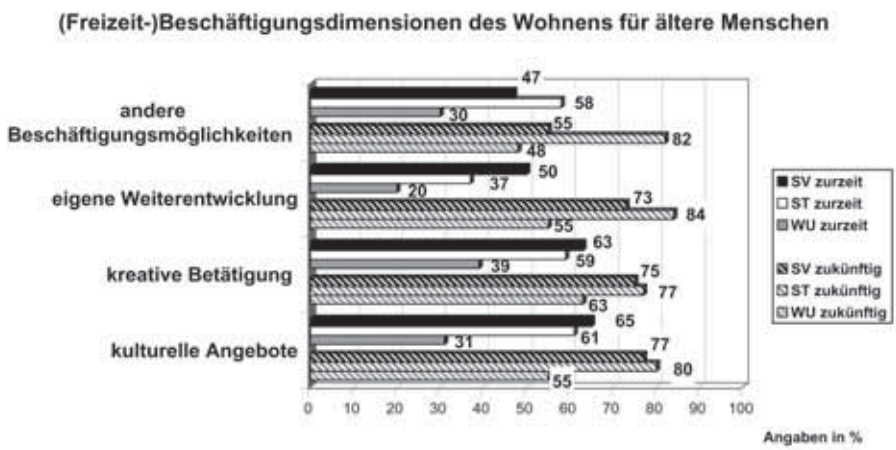


Abbildung 28: (Freizeit-) Beschäftigungsdimensionen des Wohnens

[33] Kruse (2000); Lehr (2000)

[34] Lehr (2000); Saup (1999); Wahl (1992); Wahl, Mollenkopf & Oswald (1999); Baltes, Maas, Wilms & Borchelt (1999); Küster (1998); Saup (1993); Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1998); Mollenkopf & Flaschenträger (2001); Mollenkopf, Oswald, Schilling, & Wahl (2001)

Andere Beschäftigungsmöglichkeiten (Gartenarbeit, Tierschutz usw.), eigene Weiterentwicklung (z. B. Seminare, Bildung usw.), kreative Betätigung und kulturelle Angebote (Theater, Kino usw.) (Abbildung 11), aber auch gesellschaftlich-orientierte Aktivitäten, wie gemeinsam mit anderen etwas zu organisieren und für andere etwas zu leisten (siehe Kapitel 3.3), werden nach der Einschätzung aller drei Akteure in der Zukunft zunehmen (mehr zum Thema Partizipation, siehe Kapitel 3.3).

Aktivitäts- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Wohnqualität

Alle drei befragten Akteure gehen davon aus, dass zukünftig alle Dimensionen des Wohnens, die mit Selbstentwicklung, (Freizeit-) Beschäftigung und gesellschaftlichem Engagement zusammenhängen, deutlich wichtiger werden.

Empfehlung:

Städte müssen sich auf Partizipation und Aktivitäten im Alter einstellen durch:

- geeignete Infrastrukturen,
- Angebote und Möglichkeiten, die nicht nur Fürsorge und Betreuung bieten, sondern auch Anregung, Stimulation und Eigenaktivitäten ermöglichen
- Möglichkeiten zur Selbstorganisation und Selbstinitiierung von gemeinwesenorientierten Aktivitäten und bürgerschaftlichem Engagement bieten.

Die Bewertung der Dimensionen des Wohnens lässt klar erkennen:

These:

Die Qualität des Wohnens im Alter in der Stadt hängt nicht nur von den objektiven, z. B. baulich-technischen, räumlich-sozialen Gegebenheiten des Wohnens bzw. Wohnumfelds, sondern auch von den subjektiven Dimensionen bzw. dem Erleben der Wohnsituation, den Kompetenzen, Ansprüchen, Erwartungen und Partizipationsmöglichkeiten ab.

Generationenübergreifendes Wohnen

Wenn über generationsübergreifende Konzepte gesprochen wird, ist es sehr wichtig, zwischen Zusammenleben und Zusammenwohnen zu unterscheiden.

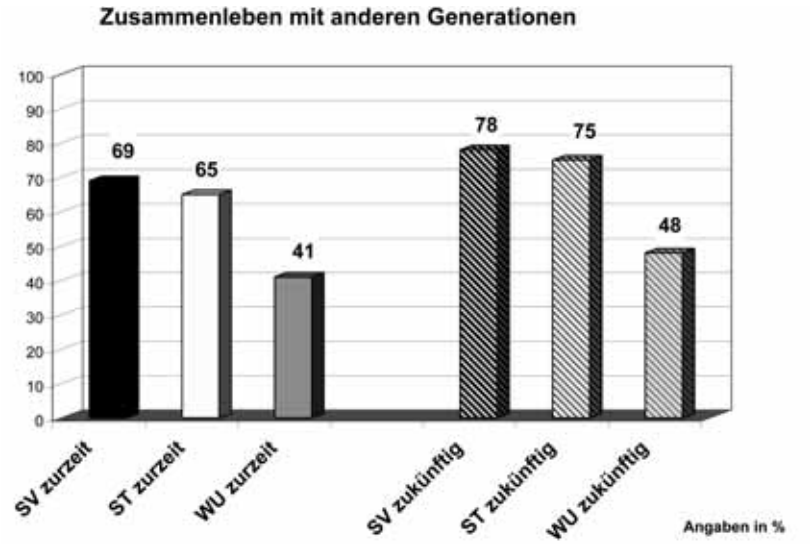


Abbildung 29: Generationenübergreifendes Zusammenleben

Zusammenleben oder Zusammenwohnen mit anderen Generationen?

Das Zusammenleben mit anderen Generationen ist vor allem für die befragten Seniorenvertretungen und Stadtverwaltungen für heute (SV: 69 %, ST: 65 %, WU: 41 %) sowie auch für die Zukunft (SV: 78 %, ST: 75 %, WU: 48 %) von großer Bedeutung (Abbildung 12).

Wohnungsunternehmen, die mit diesem Thema in der Praxis konfrontiert werden, haben das Zusammenwohnen mit anderen Generationen eher als problematisch erkannt, was auch in den Themenwerkstätten thematisiert wurde.

Zu der Frage: „Wissen Sie etwas über das Zusammenleben zwischen jüngeren und älteren Menschen in ihrer Mieterschaft?"

- 74 % der Wohnungsunternehmen haben geantwortet, dass Beschwerden von Älteren über Jüngere vorliegen. Ruhestörung, mangelnde Ordnung und Sauberkeit waren die Gründe der Beschwerden.
- 43 % antworteten, dass Beschwerden von Jüngeren über Ältere vorliegen.

Die Wohnungsunternehmen haben das Zusammenleben zwischen den Generationen signifikant schlechter bewertet als Seniorenvertretungen und Stadtverwaltungen. Festzuhalten wäre hier jedenfalls, dass die Wohnungsunternehmen das generationsübergreifende Wohnen deutlich skeptischer beurteilen als die anderen Akteure (Seniorenvertretungen und Stadtverwaltungen) – wohl weil sie diejenigen sind, die konkrete Erfahrungen mit Konflikten haben.

„Man muss bereit sein, andere zu tolerieren, und klare Regeln festlegen. Es sind die alltäglichen Dinge, die das Zusammenleben schwierig machen können: Wenn die Kinder Lärm machen, wenn man über die Sauberkeit in den Gemeinschaftsräumen streitet."[35]

Nur 3 % der Wohnungsunternehmen planen ein Mehr-Generationen-Wohnprojekt oder haben gerade ein solches Projekt realisiert. Bei einem Good-Practice-Beispiel, dem Hofhaus in Mettmann, wurde als ein wichtiger Faktor des Erfolges eines solchen Projektes erkannt: „Es soll die Möglichkeit geben, mit anderen Generationen zusammenzuleben, aber sich auch zurückziehen zu können" (Hofhaus, Mettmann – Herr Zimmermann).

Ältere wünschen sich den Kontakt zu Jüngeren.

Das generationenübergreifende Zusammenleben war auch ein Thema auf der Open-Space-Konferenz. Zusammenwohnen wurde im Sinne von Stadtteilen und Quartieren und nicht im Sinne von Wohn- oder Hausgemeinschaften diskutiert, obwohl klar gesagt wurde, dass ältere Menschen den Kontakt zu anderen Generationen suchen.

[35] Interview mit Herrn Zimmermann: Good-Practice-Beispiel: Wohnprojekt „Mettmanner Hofhaus"

Schlussfolgerung:

Der Grundsatz „innere Nähe durch äußere Distanz" gilt nicht nur innerhalb einer Familie, sondern auch für das Zusammenleben von Jung und Alt generell.

Zu beachten ist: Die Diskussionsbereitschaft, die Toleranz und der Respekt sind nötig, um ein möglichst konfliktfreies Zusammenwohnen zu schaffen[1] und den Erfolg eines generationenübergreifendes Projekts zu sichern.

Es soll also die Möglichkeit gegeben sein, dass die Generationen zusammenkommen können, um zu kommunizieren und am gesellschaftlichen Leben gemeinsam teilzunehmen. Dieses muss gestärkt werden durch:

- räumliche Gegebenheiten (z. B. Treffpunkte, Begegnungsstätten, Aktivitätszentren, Bibliothek, Computerräume usw.)
- generationsübergreifende Angebote und Anregungen (z. B. Aktivitäten für Jung und Alt, Frühstück für Alt und Jung, Alt für Jung, Jung für Alt, Jung und Alt für andere usw.)
- Förderung von Selbstorganisation, um mit anderen, für sich und für andere etwas zu leisten und zu organisieren.

[1] Interview mit Herrn Zimmermann: Good-Practice Beispiel: Wohnprojekt „Mettmanner Hofhaus"

Förderung der intergenerationellen Kontakte

Zusammenfassend lässt sich sagen: Generationsübergreifende Konzepte sollten zwischen dem ZusammenLEBEN und dem ZusammenWOHNEN differenzieren. Der Kontakt zwischen den Generationen muss durch räumliche Gegebenheiten und generationsübergreifende Angebote gefördert werden: innere Nähe und äußere Distanz.

Zu der Frage: „Welche Merkmale kennzeichnen aus Ihrer Sicht das Wohnumfeld, wenn es als „altengerecht" gelten soll?"

- 15 % der Seniorenvertretungen,
- 22 % der Wohnungsunternehmen,
- aber nur 5 % der befragten Stadtverwaltungen

favorisierten das ausschließliche Zusammenleben älterer Menschen.

Schlussfolgerung:

Die neuen Wohnmodelle für ältere Menschen müssen den Senioren die Wahlmöglichkeit geben, sich für ihre gewünschte Wohnsituation, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist, zu entscheiden.

Projekte (realisierte oder in Planung befindliche)

Ältere als eine zu versorgende Gruppe?

Zu der Frage „Welche Rolle spielt die Gruppe der älteren Menschen bei Ihren Projekten oder Themen" haben befragte Wohnungsunternehmen, Stadtverwaltungen und Seniorenvertretungen ältere Menschen als eine überwiegend zu versorgende Gruppe gesehen (SV 50 %, ST 66 %, WU 54 %), was auch das heutige Altersbild der Akteure noch einmal widerspiegelt.

Auch die realisierten oder zukünftigen Projekte von Seniorenvertretungen und Städten haben eher die Schwerpunktthemen „Hilfsangebote" und „Öffentlichkeitsarbeit" als die Themen „Stadtplanung" und „Wohnen".

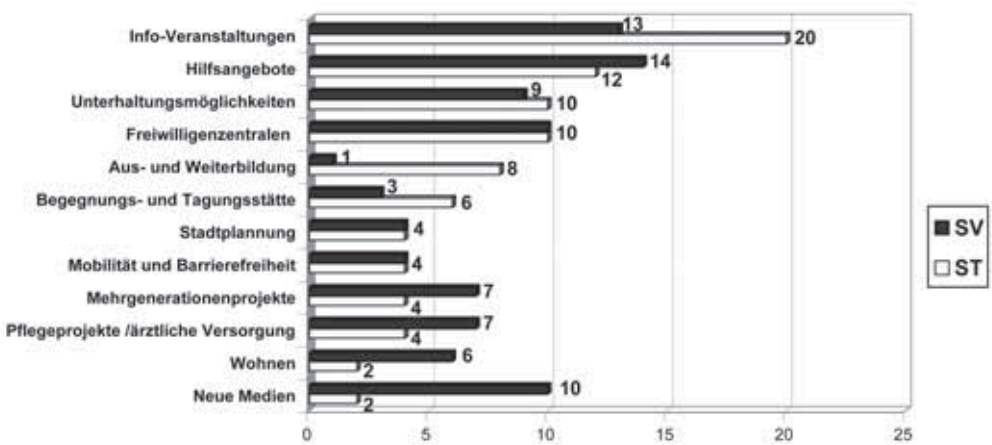


Abbildung 30: Realisierte und zukünftige Projekte von Seniorenvertretungen und Städten

Seniorenvertretungen und Städte konzentrieren sich auf Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Zeitungen, Ratgeber, Befragungen) und Hilfsangebote (wie z. B. Unterstützung, Betreuung, Begleitung, Serviceleistungen) (Abbildung 13). Die Projekte mit dem Thema Unterhaltung (z. B. kulturelle

Veranstaltungen und Seniorenkino) haben den gleichen Stellenwert wie die Freiwilligenzentralen. Diese partizipationsfördernden Einrichtungen sind immerhin ein Anfang, während die Themen Stadtplanung, Mobilität, Barrierefreiheit sowie Wohnen eher selten in Projekten bearbeitet werden.

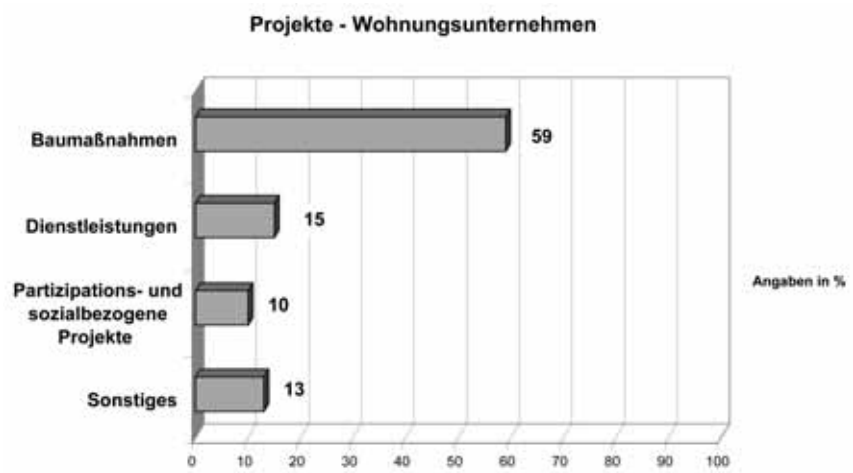


Abbildung 31: Realisierte und geplante Projekte von Wohnungsunternehmen

Es ist natürlich, dass Wohnungsunternehmen ihre Projekte auf bauliche Maßnahmen (Barrierefreiheit, Modernisierungen, Altenwohnungen) ausrichten (59 %) (Abbildung 14). 15 % der Wohnungsunternehmen haben die Möglichkeiten erkannt, durch Kooperation mit Dienstleistern die Versorgung ihrer älteren Mieter zu sichern (Betreutes Wohnen, Service Wohnen usw.). 13 % haben sonstige Projekte realisiert (Wohnberatung, Mehrgenerationenwohnen, Pflegeeinrichtungen). Nur 10 % initiieren partizipations- und sozialbezogene Projekte (Gemeinwesenarbeit, Einrichtung von Gemeinschaftsräumen, Mieterpartizipation).

Partizipative und soziale Projekte haben mit der Einrichtung von Gemeinschaftsräumen zu tun und Partizipation findet meistens durch Mieterversammlungen und Gemeinwesenarbeit statt. Ein gutes Beispiel ist die Freie Scholle in Bielefeld, bei der die Mitwirkung und Partizipation älterer Menschen ein großer Vorteil für die Wohnqualität im Wohnquartier wurde (siehe Kapitel 5.1).

Empfehlung:

Seniorenvertretungen, Stadtverwaltungen und Wohnungsunternehmen müssen erst einmal erkennen, dass es die Bereitschaft von älteren Menschen für Mitwirkung und Teilhabe gibt.

Sie dürfen ihre Tätigkeiten und Projekte nicht nur an einer zu versorgenden Gruppe von Senioren ausrichten (Versorgungsparadigma), sondern Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, die es den älteren Menschen ermöglichen, ihre Potenziale und Kompetenzen einzubringen.

3.2.3 Perspektiven

Die Stadt- und Stadtteilentwicklung soll die objektiven, aber auch die subjektiven Aspekte des Wohnens, des Zusammenlebens der Generationen, der Fürsorge und Betreuung aber auch Anregung und Stimulation, Mitwirkung und Partizipation unterstützen, um die Wohnqualität in der Stadt zu erhöhen.

Die infrastrukturellen, die psychologischen und die partizipatorischen **Dimensionen des Wohnens** sind miteinander vernetzt und können einander stark beeinflussen. Die fehlenden Infrastrukturen führen zu Unzufriedenheit, Isolation und Mangel an Aktivitäts- und Partizipationsmöglichkeiten. Andererseits können Mitwirkung und Partizipation an der Stadtentwicklung zu einer Verbesserung des Erlebens der Wohnsituation, der Wohnumgebung bzw. des Stadtteils führen und das Gefühl von Sicherheit und Schutz, Zusammengehörigkeit und die Anerkennung als Person stärken.

Partizipation verbessert das Erleben der Wohnsituation

Die **Aktivierungen** durch neue Freizeitbeschäftigungen, die Anerkennung von anderen Menschen und die sozialen Kontakte führen zur höheren Lebenszufriedenheit und das Wohlbefinden steigt, was zu einer Verbesserung der Gesundheit führen kann. Das hat nicht nur Vorteile für die Älteren selbst, sondern auch für die sozialen Träger.

Älteren Menschen Verantwortung übertragen

Dieses ist nur möglich, wenn die beteiligten Institutionen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Verantwortung an die älteren Menschen übertragen und sie in der Planung von Projekten und Maßnahmen mitwirken lassen und Partizipation ermöglichen.

Wenn **generationenübergreifende Projekte** geplant werden gilt das Prinzip „Innere Nähe und äußere Distanz" auch für nicht familiäre Beziehungen. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen Jung und Alt zusammenleben und zusammen aktiv werden können, aber nicht unbedingt zusammen wohnen müssen bzw. nicht in ihrer Privatheit eingeschränkt werden.

Wahlmodelle für Wohnen im Alter schaffen

Die **neuen Wohnmodelle** für ältere Menschen sollen den Senioren die Wahlmöglichkeit geben, sich für ihre gewünschte Wohnsituation, die für ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist, zu entscheiden.

Die Zeit ist reif.

Für eine nicht nur altengerechte, sondern auch menschengerechte Stadt sollen alle diese verschiedenen Dimensionen des Wohnens berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen des Projektes „Altengerechte Stadt" lassen es deutlich erkennen, dass die Zeit reif ist, um das Thema der Partizipation und des Engagements älterer Menschen in der Stadt aufzugreifen. Seniorenvertretungen wollen es und Städte sind bereit, dies zu unterstützen. Wohnungsunternehmen sehen Partizipation positiv und sind teilweise schon mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten, Schaffung von Partizipationsstrukturen aktiv am Prozess beteiligt.

Die Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, die Städte und Wohlfahrtsverbände sollen grundsätzlich mit Senioren, Seniorenvertretungen, Seniorenorganisationen und -initiativen zusammenarbeiten, denn die Wohnqualität im Alter in der Stadt hängt auch davon ab, ob Ältere die Möglichkeit haben, ihre Kompetenzen und Vorstellungen an der Gestaltung des Wohnquartiers, des Wohnumfelds und der Stadtentwicklung einbringen zu können.

3.3 Zwischen Mitwirkung und Selbstorganisation – Partizipation älterer Menschen in der Stadt

3.3.1 Zum Begriff „Partizipation“

Welche Verwendung hat die Gesellschaft für ältere Menschen?

Nach dem Soziologen Wolfgang Engler[36] besteht die soziale Frage des 21. Jahrhunderts darin, dass die heutige Gesellschaft für immer weniger Menschen Verwendung hat. Damit ist natürlich auch die Frage verbunden: Welche Verwendung hat die Gesellschaft für ältere Menschen?

Partizipation und Zivilgesellschaft

Eine Antwort auf die Frage der Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft wird in der Debatte über die wachsende Bedeutung der *Zivilgesellschaft*, die ein Fundament der Demokratie ist, deutlich. Mit der Zivilgesellschaft sind jene Strukturen in der bürgerlichen Gesellschaft gemeint, die jenseits der Institutionen von Staat und Markt im Zuge der bürgerlichen Freiheitsrechte im Rahmen privater und öffentlicher Einrichtungen, wie z. B. Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen etc., den offenen Meinungsaustausch über gesellschaftlich relevante Probleme ermöglichen. Der Rechtstaat verhindert, dass der Staat mittels repressiver Gewalt zu einer allseits autoritären Institution wird. Der öffentliche Meinungsbildungsprozess schafft die Voraussetzungen dafür, dass unterschiedliche Akteure über Prozesse der Partizipation politische Körperschaften beeinflussen. Partizipation in der Zivilgesellschaft verweist also auf den engen Zusammenhang zur Demokratie und weist aber auch darüber hinaus, indem damit auch die Organisation gemeinschaftlicher Aktivitäten jenseits von Staat und Markt erfasst werden. Dies wird noch zu beschreiben sein.

Partizipation als Lebenselixier der Demokratie

Die Partizipation ist das Lebenselixier der Demokratie, die die wirksamste Form gesellschaftlicher Integration ist. Sie beruht auf der Vorstellung der Beteiligung von BürgerInnen an gesellschaftlichen Ent-

[36] Engler, W., 2004

scheidungen. Wer sich also um die gesellschaftliche Integration alter Menschen bemüht, muss sich also auch um die Aus- und Umgestaltung der Demokratie Gedanken machen.

Der Ausschluss älterer Menschen führt unweigerlich zur *Altersdiskriminierung*. Dazu zählt, dass der 45-Jährige angeblich zu alt ist, um auf dem Arbeitsmarkt eine neue Stelle zu finden. Dazu gehören aber auch Vorschläge wie: älteren Menschen ab einem bestimmten Alter die Hüftoperation zu verweigern oder die Forderung „Ältere sollen die Löffel abgeben!" Der von Frank Schirrmacher[37] befürchtete Gesellschaftszustand der Euthanasie für ältere Menschen ist da nicht mehr fern. Vorbereitet wird die soziale Exklusion älterer Menschen durch ein Altersbild, das zum Teil auch Wissenschaftler verbreiten. Der Leiter des IFO-Instituts, Hans Werner Sinn, schafft es, den positiven besetzten Begriff von Partizipation im Zusammenhang mit Alter ins Negative zu verkehren: „Noch *partizipieren* (Hervorhebung; dk) die Alten an der Fun-Gesellschaft. Heerscharen von Rentnern lassen sich, finanziert vom deutschen Umlagesystem, von Luxuslinern durch die Weltmeere schaukeln und von Jet-Clippern zu den entlegensten Stränden dieser Erde transportieren. (…) Kaum irgendwo sonst wird den Aktiven so viel von ihrem Arbeitseinkommen weggenommen, wie es in Deutschland geschieht, um den Alten ein auskömmliches Transfereinkommen zu sichern."[38] Diese Sichtweise ist eine verzerrte, aber nicht untypische Sichtweise in der öffentlichen Diskussion. Da sie allerdings von einem renommierten Wissenschaftler vertreten wird, trägt sie erheblich zur Meinungsbildung in der Öffentlichkeit bei. Zumal hier vollkommen unterschlagen wird, welche Leistungen ältere Menschen an die nachfolgenden Generationen erbringen durch direkte materielle Hilfen, die Übernahme von öffentlichen Gestaltungsaufgaben, die Betreuung von Enkelkindern, die Übernahme von Pflegeaufgaben etc. Uns interessiert hier besonders die Frage, welche Kompetenzen ältere Menschen in die Gestaltung der Stadtentwicklung einbringen können.

Der Ausschluss aus der Gesellschaft führt zur Altersdiskriminierung.

[37] Schirrmacher, F., 2004
[38] Sinn, H.W., 2003

Kommen wir zu einer ersten Definition des Begriffs „Partizipation“:

Partizipation meint im Allgemeinen die Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben. Partizipation älterer Menschen fördert ihre Integration. Sie wirkt gegen Altersdiskriminierungen.

Partizipation und Mobilität

Die Stadtsoziologie untersucht Partizipation im sozialräumlichen Feld. Voraussetzung von Partizipation ist Mobilität. Ältere Menschen nutzen verstärkt die eigene Wohnung (Mikrobereich) und das Wohnumfeld (Mesobereich). Partizipation im Wohnumfeld ist durch die Orte des Einkaufs und der alltäglichen Versorgung als Netz vielfältiger niedrigschwelliger Kontakte sichtbar.

Repräsentative und direkte Demokratie

Bei der politischen Partizipation ist zu unterscheiden zwischen der repräsentativen Demokratie und der direkten Demokratie. Die konventionelle Form der Partizipation[39] findet im Rahmen der repräsentativen Demokratie statt, indem sich Bürger an Wahlen beteiligen. Aktivere BürgerInnen engagieren sich in politischen Parteien und wirken hier in den Entscheidungsgremien der politischen Parteien und oder durch die Übernahme öffentlicher Mandate an der Ausgestaltung des Gemeinwesens mit. In der direkten Demokratie wirken Bürger z. B. über Volksentscheide an der gesellschaftlichen Entwicklung mit.

Außerparlamentarische Mitwirkungsmöglichkeiten

Mittelbare Formen der Partizipation sind im außerparlamentarischen Raum einzuordnen. Hier engagieren sich soziale Bewegungen und versuchen Einfluss auf öffentliche Entscheidungen durch Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Streiks etc. auszuüben. Dies kann noch ergänzt werden um Aktionen des zivilen Ungehorsams wie z. B. Sitzstreiks. In Kommunen gibt es zusätzliche Möglichkeiten von Partizipation wie z. B. Zukunftswerkstätten, Runde Tische, kommunale Foren etc.

Momentan ist folgender Prozess zu erkennen: Die Beteiligung an traditionellen Formen der Partizipation, wie z. B. die Teilnahme an Wahlen, nimmt ab, dagegen nimmt sie an projektorientierten und zeitlich befristeten Formen der Partizipation zu.

[39] Klein, A. / Walk, H., 2004

Partizipation erfordert den zur Teilhabe bereiten Bürger und die Teilhabe ermöglichende Gesellschaft (Staat, Unternehmen u. a. Organisationsformen).

Partizipation im Spannungsverhältnis

Partizipation findet im Spannungsverhältnis zweier zentraler Bedingungen statt: Erstens muss der Bürger bzw. die Bürgerin über Fähigkeiten und soziale Handlungsfähigkeiten verfügen, um am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu können. Dies verweist auf die essentielle Bedeutung von Lernen und Bildung. Zweitens sind in der Gesellschaft Strukturen zu schaffen, die Partizipation ermöglichen. Diese gesellschaftlichen Strukturen von Partizipation befinden sich in einem dauernden Wandel, der auch immer zu einem neuen Ausbalancieren von Machtverhältnissen führt.

Partizipationsmodell
Im Spannungsfeld zwischen Möglichkeitsstrukturen und individuellen Voraussetzungen

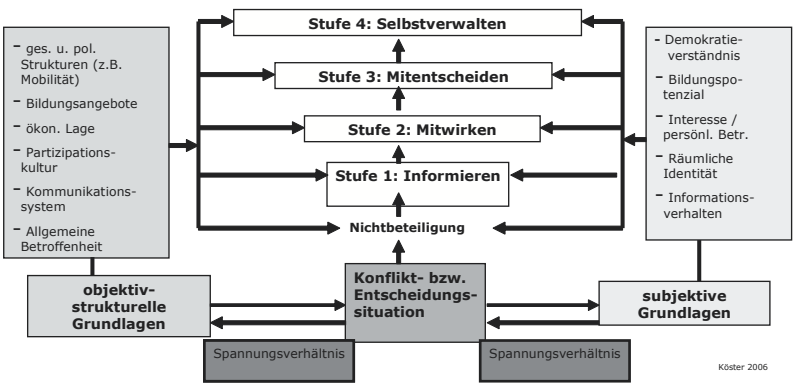


Abbildung 32

Anlass von Partizipationsprozessen ist oft eine Konflikt- oder Entscheidungssituation, in denen es nach diesem Modell vier aufsteigende Stufen von Partizipation gibt. Die niedrigste Stufe von Partizipation ist, dass sich Bürger über ein Konfliktthema informieren. Dieser Stufe folgen die Ebenen des Mitwirkens und Mitentscheidens. Die höchste Ebene

der Partizipation ist die Selbstorganisation. Die vier Partizipationsstufen bewegen sich in dem Spannungsverhältnis zwischen den objektiv-strukturellen Grundlagen, wie z.B. die Existenz einer Seniorenvertretung, und den subjektive Grundlagen, wie z.B. die Engagementbereitschaft der Bürger. In der Realität verlaufen Partizipationsprozesse dynamisch, in denen sich die unterschiedlichen Stufen der Partizipation mischen und die objektiven und subjektiven Grundlagen sich dauernd wandeln können.

Historischer Wandel des Begriffs „Partizipation"

Der historische Bezug verdeutlicht den Wandel des Begriffs Partizipation[40]: Der Begriff ändert von den 70er Jahren bis zu den 90er Jahren seine Bedeutung. Während der Begriff besonders in den 70er Jahren auf die politische Mitwirkung abzielte, wird seit den 90er Jahren und der Debatte um den „aktivierenden Sozialstaat" stärker der Aspekt betont, welchen Beitrag der Einzelne zum Gemeinwesen leisten will.

Definition

Im Folgenden meint Partizipation Teilhabe in Form von Mitwirkung am gesellschaftspolitischen Leben und selbstorganisierten Projekten, bei denen gemeinwesenorientierte Aufgaben wahrgenommen werden. Es geht also um Mitwirkung im Rahmen von parlamentarischen Prozessen, in einer Bürgerinitiative für eine Straßenumgehung, einer Patenschaft für einen Kinderspielplatz etc. Dazu zählt auch z. B. die Initiative, die in Selbstregie die Trägerschaft eines Freibades übernimmt.

Bedürfnisse älterer Menschen in der Stadt

Warum ist es so wichtig, dass Kommunen sich mit Fragen der Partizipation älterer Menschen befassen? Baltes[41] sagt: „Immer mehr ältere Menschen ziehen in Gemeinden, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind". Um die Bedürfnisse Älterer herauszufinden, erhält Partizipation eine zentrale Bedeutung. Eine Antwort auf den demografischen Wandel besteht in der gesellschaftlichen Partizipation im Alter. Konkret kann dies nur in den Städten umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der „schrumpfenden" Städte und der Tatsache, dass Senioren schon ein relevanter Wirtschaftsfaktor sind und noch weiter werden, wird die Gestaltung des demografischen Wandels für

[40] Karl, F., 2000
[41] Baltes, P., 2004

Die Schätze des Alters im Verborgenen

die Kommune eine Schlüsselaufgabe. Dazu sind die Bewohner der Städte ihr größtes Potenzial. In den Städten sind nach Auffassung von Häußermann[42] die Bewohner das „eigentliche Kapital" für die zukünftige kommunale Entwicklung. Und mit dem Anwachsen der Zahl der älteren BürgerInnen liegen hier besondere Schätze im Verborgenen.

Nachhaltige Stadtentwicklung und soziale Praktiken

Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet nicht nur die Bewahrung und Fortentwicklung baulicher Substanz, sondern impliziert auch die Änderung sozialer Praktiken[43]. Hier ist entscheidend, wie das Beziehungsgeflecht zwischen öffentlicher Hand, Wohlfahrtsorganisationen und Selbsthilfegruppen strukturiert ist. Ist es z. B. auf die Förderung von Beteiligung ausgelegt?

Kultur der Wertschätzung

Allerdings fangen die Kommunen erst an, sich der Tatsache bewusst zu werden, wie wichtig es für die Stadt ist, die Schätze des Alters zu heben, die Produktivität der Älteren freizusetzen. Eine nachhaltige wirksame Teilhabe Älterer ist in der kommunalen Altenplanung, z. B. in Form von Projekten, meist nicht explizit eingeplant. Es fehlen Strukturen für reale Mitgestaltungsmöglichkeiten. Im Rahmen der in den Kommunen vorherrschenden Fürsorgekultur werden Senioren auch keine Möglichkeiten gegeben, Verantwortung für bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Es gibt keine Kultur der Wertschätzung gegenüber Älteren. Es werden keine relevanten gesellschaftlichen Handlungsfelder für sie geöffnet.

Engagementbereitschaft älterer Menschen

Hier schließt sich die Frage an, ob ältere Menschen sich überhaupt engagieren wollen. Befasst man sich mit dem politischen Verhalten Älterer, gilt es eine realistische und nüchterne Haltung einzunehmen. Generell gilt die Repräsentationsthese. Danach haben Ältere ein großes Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und ihre Mechanismen. Das eigene politische Engagement ist heute nicht sehr ausgeprägt. Allerdings scheint hier für die Zukunft die Annahme plausibel, dass aufgrund des besseren Bildungsstands und der eigenen politischen Sozialisation die kommenden älteren Generationen stärker auf gesellschaftspolitische Teilhabe drängen werden.

Interessenvertretung Älterer erfolgt oft über Verbände, Parteien in einem advokatorischen Sinn und weniger partizipativ. Dahinter verbirgt sich das in der Geschichte der Bundesrepublik herausgebildete Politik-

[42] Häußermann, H., 2005
[43] Haus. M., 2005

muster, dass die Interessen Älterer bislang auch ohne eine direkte Lobbyarbeit der Älteren in Parlamenten umgesetzt wurden.

Latente Altenmacht

Oft haben Autoren die potenzielle Macht älterer Menschen mit der These der „latenten Altenmacht" (Kohli) zum Ausdruck gebracht. Allerdings lassen sich keine konkrete Altenmacht oder größere Einflusschancen Älterer erkennen[44]: „Den Älteren weht eindeutig ein schärferer Wind entgegen. (…) Die Stimmung wendet sich gegen die Älteren".

Steigende Potenziale des Alters

Doch wer die Chancen der alternden Gesellschaft nutzen will, muss daran mitwirken, dass sich gesellschaftlich eine andere Sichtweise durchsetzt. Die Schaffung partizipationsförderlicher Bedingungen nicht nur für Senioren ist hierzu unerlässlich. Auch wenn eine Verstärkung von Partizipation nicht verordnet werden kann, lohnt es sich darüber nachzudenken, wie eine Politik der Ermöglichung aussehen könnte. Denn nach wie vor bleiben die Potenziale des Alters weitgehend ungenutzt. Besonders in der Gruppe der 55- bis 65-Jährigen ist in den letzten Jahren der größte Anstieg beim bürgerschaftlichen Engagement festzustellen. Dies gilt sowohl für die Intensität des Engagements als auch bei der Mobilisierung ganz neuer Freiwilliger[45].

Doch dazu sind zunächst die empirischen Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die wir im Projekt „Altengerechte Stadt" gewonnen haben.

[44] Künemund, H., 2005: S. 287 f.
[45] Rohleder, Chr., 2005

3.3.2 Empirische Daten aus dem Projekt

Im Folgenden werden die im Projekt „Altengerechte Stadt" gewonnenen Daten über das Thema Partizipation älterer Menschen in der Kommune aus unterschiedlicher Sicht und in verschiedenen inhaltlichen Zusammenhängen dargestellt. Partizipation ist ein mehrdimensionaler und komplexer Prozess, der maßgeblich durch die Interessen vorhandener sozialer Akteure, existierender Strukturen u. a. bestimmt wird. Partizipation kann somit gegenstandsadäquat nur im Gesamtzusammenhang mit unterschiedlichen Teilsystemen erfasst werden. Aus dieser systemischen Sichtweise erscheint es möglich, mit den vorhandenen Daten partizipative Prozesse systematisch zu erfassen, zu beschreiben und daraus entsprechende Handlungsempfehlungen abzuleiten. Wir beginnen mit der Darstellung der empirischen Ergebnisse über die Bedeutung von Partizipation im Alter für die Städte.

Partizipation als komplexer Prozess

Zur Bedeutung von Partizipation älterer Menschen in den Städten

In unserer schriftlichen Erhebung haben wir den Wohnungsunternehmen, Stadtverwaltungen und Seniorenvertretungen die allgemeine Frage gestellt: Für wie wichtig halten Sie Partizipation (Teilhabe und Mitwirkung) älterer Menschen an der Stadtteilentwicklung, Stadtteil- bzw. Stadtplanung? Folgendes Ergebnis gab es hier:

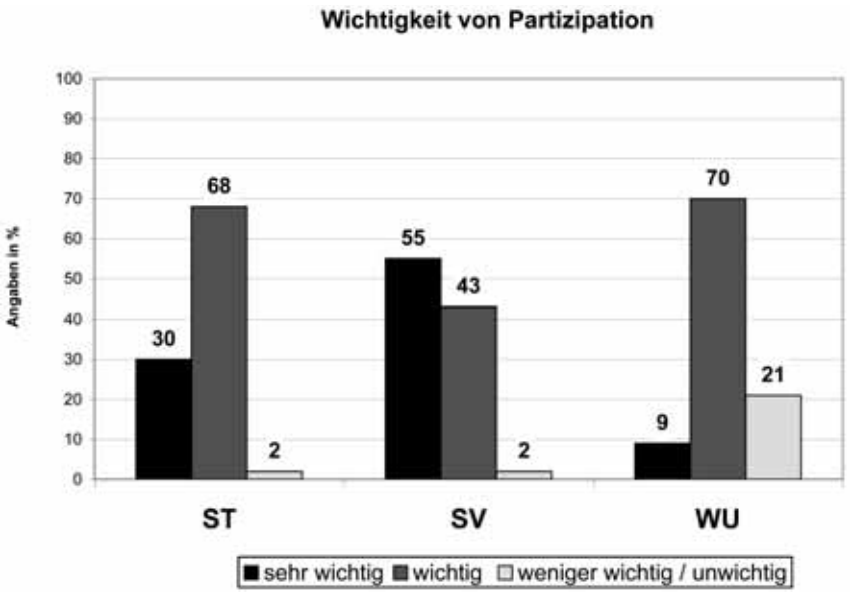


Abbildung 33: Wichtigkeit von Partizipation

Partizipation aus unterschiedlicher Sicht

All drei befragten Akteure halten die Partizipation älterer Menschen an der Stadtentwicklung für überwiegend sehr wichtig und wichtig: Bei den befragten Stadtverwaltungen und Seniorenvertretungen sind es jeweils 98 %, bei den Wohnungsunternehmen 79 %. Eine differenzierte Betrachtung der Ausprägungen „sehr wichtig" und „wichtig" bei den Akteuren lässt aber signifikante Unterschiede erkennen: 30 % der befragten Mitarbeiter der Stadtverwaltungen halten Partizipation älterer Menschen für sehr wichtig und 68 % für wichtig. Bei den Seniorenvertretungen sind es jeweils 55 (sehr wichtig) und 43 % (wichtig), bei den Wohnungsunternehmen 9 (sehr wichtig) und 70 % (wichtig). Das heißt: Es halten signifikant mehr Seniorenvertretungen die Teilhabe und Mitwirkung an Stadtentwicklung für sehr wichtig als Mitarbeiter aus Stadtverwaltungen und aus Wohnungsunternehmen.

Dass die Anteilswerte bei den Wohnungsunternehmen deutlich niedriger als bei den anderen Akteuren ausfallen, ist nicht weiter verwunderlich, da es zu den alltäglichen Aufgaben von Städten und Seniorenvertretungen gehört, sich mit Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe zu befassen. Umgekehrt könnte man argumentieren, dass die Zahl von 79 % der Wohnungsunternehmen, die die Teilhabe für wichtig

betrachten, ein relativ hoher Wert ist, da diese Frage nicht zum Kerngeschäft der Wohnungswirtschaft gehört. Auf jeden Fall gibt es bei fast drei Viertel der befragten Wohnungsunternehmen eine Sensibilität für das Thema.

Diskrepanz zwischen Bewertung und Erfahrung

Es gibt allerdings eine Diskrepanz zwischen dieser positiven Bewertung von Partizipation und den Erfahrungen, die die befragten Akteure mit Partizipation gemacht haben. So haben 60 % der befragten Stadtverwaltungen und 28 % der Wohnungsunternehmen angegeben, Erfahrungen mit Partizipation gesammelt zu haben.

Ergebnis der Untersuchung:

Partizipation älterer Menschen wird überwiegend von Stadtverwaltungen, Seniorenvertretungen und Wohnungsunternehmen als wichtig bzw. als sehr wichtig bezeichnet, sie findet in der Praxis allerdings seltener statt.

Umsetzungsprobleme

Um den Zusammenhang zwischen den Variablen „Wichtigkeit von Partizipation" und „städtische Erfahrungen mit Partizipation" bei den befragten Stadtverwaltungen zu messen, ist die Korrelation berechnet worden: Das Ergebnis ist, dass es keinen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen gibt. Wir können also nicht sagen, dass in Städten, in denen Partizipation als bedeutsam betrachtet wird, die Stadtverwaltung auch Erfahrungen mit Partizipation gemacht hat. Das heißt: Hier deutet sich an, dass es Umsetzungsprobleme bei der Partizipation gibt.

Verhältnis zwischen Seniorenvertretungen und Stadtverwaltung

Dann haben wir Städte, die Erfahrungen mit Seniorenvertretungen haben, verglichen mit Städten ohne Erfahrungen mit Seniorenvertretungen: Das Ergebnis ist, dass es aus Sicht der Städte keinen Zusammenhang zwischen der Existenz einer Seniorenvertretung und den Aktivitäten älterer Menschen in der Stadt gibt. Darüber hinaus haben wir festgestellt: Wenn Städte Erfahrungen mit Partizipation älterer Menschen haben, bedeutet das nicht automatisch, dass sie auch Erfahrungen mit Seniorenvertretungen haben. Daraus ist nicht auf eine Abwertung der Arbeit der Seniorenvertretungen zu schließen. Der Aufschwung der Aktivitäten in den letzten Jahren ist unverkennbar. Allerdings kann es ein Hinweis auf das Beziehungsgefüge und die gegenseitige Wertschätzung zwischen Seniorenvertretungen und Stadtverwaltungen sein.

Festzuhalten ist:

Aus der Sicht der befragten Seniorenvertretungen sind engagierte Seniorenvertretungen für Partizipation und Selbstorganisation in den Städten unverzichtbar. Wohnungsunternehmen und Stadtverwaltungen sehen das mehrheitlich nicht so.

Nachdem wir die Bedeutung von Partizipation aus unterschiedlicher Perspektive betrachtet haben, stellen wir das Thema in einen Zusammenhang mit der demografischen Alterung, die mit den Merkmalen des Altersstrukturwandels zu kennzeichnen ist.

Altersstrukturwandel und Partizipation

Grundlegend für die Beschreibung der demografischen Alterung ist der *Altersstrukturwandel*. Wir haben Seniorenvertretungen, Städte und Wohnungsunternehmen danach gefragt, wie wichtig ist ihnen

Bedeutung des Altersstrukturwandels

- die Zunahme der Zahl älterer alleinstehender Menschen (Singularisierung),
- die Zunahme der Zahl älterer alleinstehender Frauen (Feminisierung),
- die Zunahme der Zahl älterer Menschen in Stadtteilen (Regionalisierung),
- das frühere Ausscheiden aus dem Berufsleben (Entberuflichung),
- die Zunahme der Zahl hochaltriger Menschen (Hochaltrigkeit).

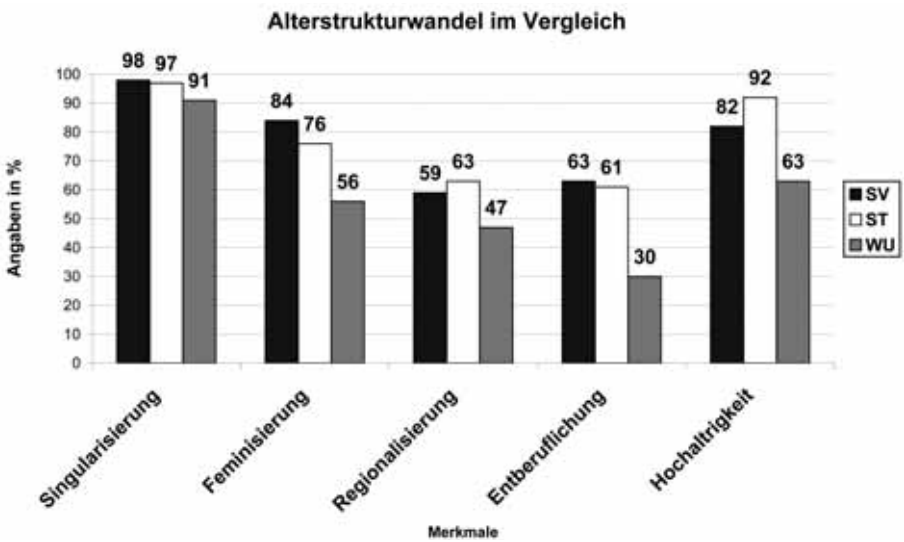


Abbildung 34: Altersstrukturwandel

Die Singularisierung im Alter wird von fast allen befragten Akteuren als sehr wichtig bzw. wichtig angesehen. Dieses Merkmal erhält die höchsten Anteilswerte des Altersstrukturwandels.

Die Entberuflichung erhält von den Akteuren die niedrigsten Anteilswerte. Lediglich 30 % der Wohnungsunternehmen halten dies für wichtig bis sehr wichtig. 52 % halten dies für weniger wichtig und unwichtig. Bei den Seniorenvertretungen und den Städten sind es 63 bzw. 61 %. Dies könnte ein erster Hinweis darauf sein, dass bei den sog. Jungen Alten ein nicht so großer Handlungsdruck wie bei den anderen Gruppen mit höherem Alter gesehen wird. Unter Einschränkung könnte dies auch so interpretiert werden, dass Alter eher unter der Problemperspektive und nicht so sehr unter der Aktivitätsperspektive wahrgenommen wird und insofern ein Spiegelbild des verbreiteten, eher negativen Defizitmodells des Alters ist. Die Potenziale, die gerade mit der Personengruppe der gerade aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen verknüpft sind, werden nicht so sehr gesehen. In Bezug auf die Singularisierung ist festzuhalten: Wenn die Zunahme der Anzahl älterer alleinstehender Menschen von so vielen Akteuren als „sehr wichtig" und „wichtig" betrachtet wird, kann hierauf nur die Antwort lauten, diesen Menschen die Möglichkeit der

Sehen die Befragten die Potenziale des Alters?

Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen. Damit werden soziale Kontakte gefördert und der Einsamkeit entgegengewirkt.

Die These lautet hier:

Teilhabe beugt Einsamkeit im Alter vor.

These:

Partizipation und Selbstorganisation sind eine Antwort auf die Wichtigkeit der Singularisierung im Alter. Sie sind präventive Maßnahmen, um das Entstehen von Einsamkeit im Alter zu verhindern.

Auch für allein stehende ältere Menschen hängt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben u. a. den von zwei wichtigen Voraussetzungen „Mobilität" und „Bildungsstand" ab.

Mobilität und Bildungsstand als wichtige Voraussetzungen von Partizipation

Wir haben die Akteure befragt, wie sie ältere Menschen zurzeit und zukünftig sehen. Das Ergebnis ist:

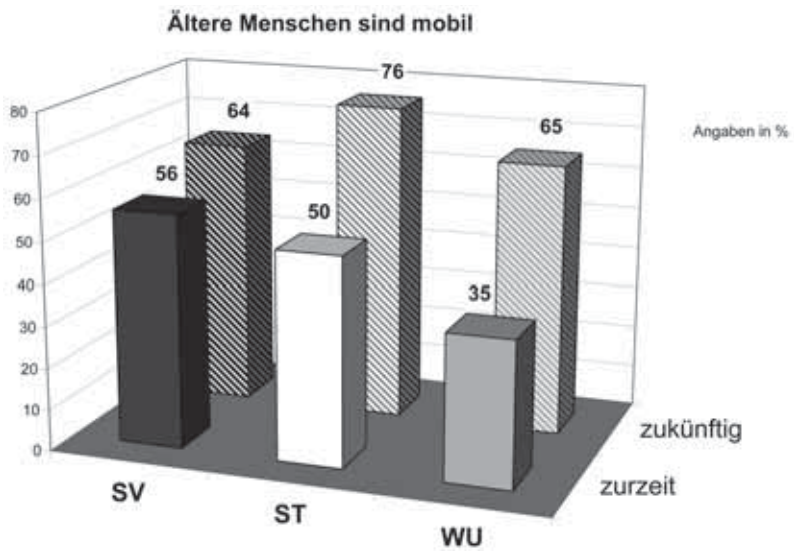


Abbildung 35: Mobilität älterer Menschen

Während 56 % der Seniorenvertretungen und 50 % der Städte Senioren als „mobil" bezeichnen, sind es bei den Wohnungsunternehmen lediglich 35 %. Allen drei Akteuren ist gemein, dass sie für die Zukunft davon ausgehen, dass die Mobilität der SeniorInnen mit 64 % bei den Seniorenvertretungen, 65 % bei den Wohnungsunternehmen und 76 % bei den Städten relativ gleich hoch sein wird.

Mobilität steigt zukünftig

Interessant ist in diesem Kontext das Ergebnis unserer Studie, dass in Städten, die ihren Planungen von Bildungs- und Kulturangeboten eine Seniorenrelevanz zuschreiben, eine Mobilitätsverbesserung für Senioren stattfindet.

Bei der Frage nach dem Bildungsstand kommen wir zu folgendem Ergebnis:

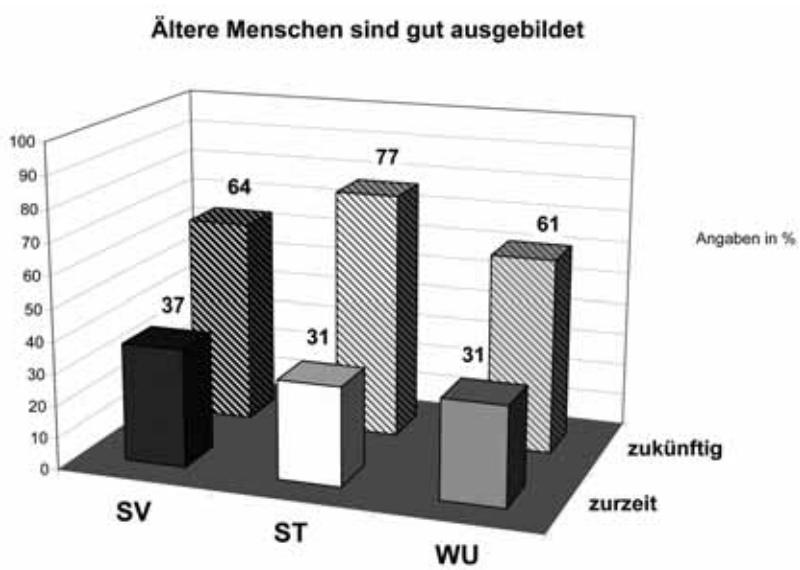


Abbildung 36: Bildungsstand

Hier liegen die Einschätzungen der drei Akteure relativ nah zusammen: Seniorenvertretungen sind zu 37 % der Auffassung, dass die ältere Generation zurzeit gut ausgebildet ist. Bei den Wohnungsunternehmen sind es 31 %, bei den Städten ebenso 31 %. Bei allen Akteuren verdoppeln sich die Werte für die zukünftige Einschätzung.

Bildungsstand steigt

Schlussfolgerung:

Seniorenvertretungen, Wohnungsunternehmen und Städte besitzen die gemeinsame Einschätzung, dass ältere Menschen zukünftig deutlich mobiler und gut ausgebildet sind. Dieses realistische Bild erfordert es, dass die Akteure von steigenden Erwartungen der Senioren an der Teilhabe am Stadtleben ausgehen und sich entsprechend darauf einstellen sollten. Dafür spricht auch Folgendes: Die drei Akteure gehen davon aus, dass ältere Menschen sich in Zukunft in den Städten in deutlich höherem Ausmaß an Mitwirkung und Selbstorganisation beteiligen werden. Hierfür beginnen die Städte erst langsam, sich konzeptionell und strukturell einzustellen. Einige Städte haben allerdings deutliche Vorsprünge.

Städte stehen erst am Anfang.

Die Bedingungen für Mobilität sind auch ein Indikator für das Stadtklima.

Stadtklima und Partizipation

Wir haben Seniorenvertretungen nach dem Klima in der Stadt für ältere Menschen gefragt und wie sie das Engagement ihrer Stadt für ältere Menschen bewerten. Dabei ist folgendes Ergebnis festzuhalten:

Abbildung 37: Klima und Engagement

Das Klima und das Engagement der Stadt für ältere Menschen bewerten die Seniorenvertretungen überwiegend positiv. Das Klima bezeichnen 72 % als sehr gut und gut. Das Engagement der Stadt wird mit 65 % als sehr gut / gut bewertet[46].

Das Klima für ältere Menschen wird für gut befunden.

Wir können also festhalten:

In Städten, in denen ein gutes bis sehr gutes Klima für ältere Menschen existiert, ist auch davon auszugehen, dass das Engagement von Stadtverwaltungen für die Belange älterer Menschen gut bis sehr gut bewertet wird. Oder umgekehrt: Das Engagement von Stadtverwaltungen für die Belange älterer Menschen wirkt sich positiv auf das Stadtklima aus. So die Auffassung der Seniorenvertretungen.

Das Engagement der Kommunen für Ältere wirkt sich positiv aus.

Es gibt also einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen dem Engagement der Stadtverwaltungen für ältere Menschen und dem städtischen Klima für Senioren.

Hieraus leiten wir die plausible These ab:

These:

In einem guten städtischen Klima für ältere Menschen steigt die Bereitschaft für Partizipation und Selbstorganisation.

Stadtklima und Partizipation

Auch unter den Aspekten des Klimas für ältere Menschen und des Engagements der Städte für Seniorenvertretungen existieren für die Ausweitung von Partizipation günstige Bedingungen. In welchen Feldern engagieren sich Seniorenvertretungen?

Engagementfelder

Wir haben danach gefragt, in welchen Ausschüssen der Stadt sie mitarbeiten.

[46] Hier haben wir den Korrelationsquotienten berechnet. Er ist mit 0,679 relativ hoch.

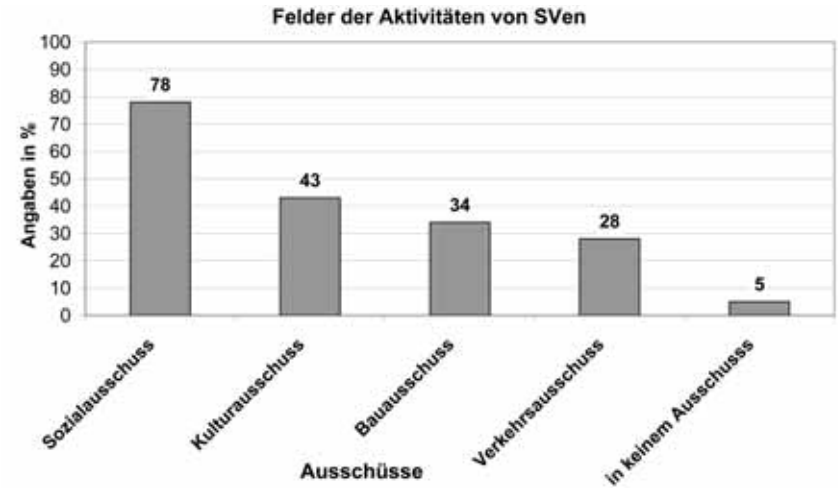


Abbildung 38: Felder der Aktivitäten von Seniorenvertretungen

Zu starke Orientierung auf soziale Themen?

Mehr als drei Viertel (78 %) der befragten Seniorenvertretungen wirken im Sozialausschuss mit, weniger als die Hälfte (43 %) im Kulturausschuss, ein Drittel (34 %) im Bauausschuss und 28 % im Verkehrsausschuss. Hier stellt sich für die Seniorenvertretungen die Frage, ob sie sich zu stark auf die Mitwirkung an sozialen Themen begrenzen. Denn ohne Frage werden im Bauausschuss und im Verkehrsausschuss wichtige Entscheidungen getroffen, die das Lebensumfeld älterer Menschen stark betreffen.

Das heißt, Seniorenpolitik wird aus Sicht der Seniorenvertretungen in erster Linie als Sozialpolitik gesehen und weniger als Verkehrs- und Baupolitik. Dazwischen liegt die Kulturpolitik. Es ist anzunehmen, dass die kommende ältere Generation sich weniger auf die Sozialpolitik begrenzen wird und die anderen Themen zukünftig an Bedeutung gewinnen werden.

Wir haben diese Fragen weiter ausdifferenziert und die Seniorenvertretungen nach thematischen Angeboten gefragt, in denen sich die Städte stark oder weniger engagieren[47].

[47] Die Frage lautete: „Wie stark engagiert sich ihre Stadt für die folgenden Angebote für ältere Menschen?“ Zur Auswahl stand eine vierstufige Skala von „sehr stark“ bis „gar nicht“.

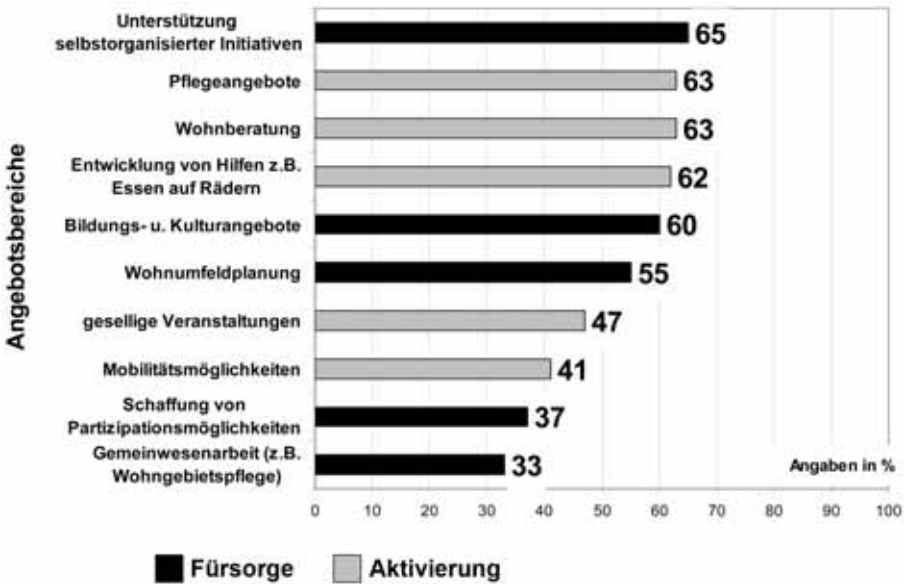


Abbildung 39: Felder des städtischen Engagements für ältere Menschen aus der Sicht der Seniorenvertretungen

Das Bild ist uneinheitlich, wenn die Angebote nach dem Fürsorgeparadigma und dem Aktivierungsparadigma aufgeteilt werden. Für den Bereich der Aktivierung bzw. der Partizipation ergeben sich folgende Zahlen:

Bewertung der städtischen Aktivitäten

- 65 % der befragten Seniorenvertretungen sind der Meinung, dass ihre Stadt „selbstorganisierte Initiativen" stark bzw. sehr stark unterstützt. Das ist der höchste Anteilswert.
- Bildungs- und Kulturangebote für Ältere werden von den Städten nach Auffassung von 60 % unterstützt.
- Die beiden Aussagen
  – „Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten" (37 %) und
  – „Gemeinwesenarbeit" (33 %)
  haben die niedrigsten Werte erhalten.

Eine plausible Erklärung für diese unterschiedlichen Zahlenwerte der Merkmale, die für Partizipation stehen, könnte wie folgt lauten: Die starke Unterstützung von selbstorganisierten Initiativen kann bei den Stadtver-

Wirkliche Mitgestaltung oder Ausfallbürge?

waltungen oft mit der Erwartung verbunden sein, dass hier Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge von älteren Bürgern selbst übernommen werden sollen, um die eigene prekäre Finanzlage zu entspannen. Dagegen könnte die Tatsache, dass aus Sicht von lediglich 37 % der Seniorenvertretungen Stadtverwaltungen Partizipationsmöglichkeiten schaffen, so interpretiert werden, dass bei den Stadtverwaltungen Vorbehalte gegenüber wirklichen Mitwirkungsmöglichkeiten von älteren Menschen bestehen.

Eine weitere Ausdifferenzierung von Aktivitätsfeldern erfolgte in einer Themenwerkstatt im November 2004 zum Thema „Selbstorganisation und Mitwirkung". Hier haben Stadtverwaltungen, Wohnungsunternehmen und Senioreninitiativen Ideen für künftige Tätigkeitsfelder gesammelt. Hier wird eine bunte Vielfalt von Dienstleistungen deutlich:

Vielfalt

> Hierzu zählten: Beteiligung an Schulprojekten, Kinderbetreuung, Ausbildungspaten, Patenschaften für Schulkinder, Besuchs- und Betreuungsdienste, Fahrdienste zu Veranstaltungen, Sport, Mitwirkung bei Veranstaltungen, Nachbarschaftshilfen, Seniorenzeitung, Umweltprojekte, Theaterführungen, Spielplatzpatenschaften, Lernen (Jung von Alt; Alt von Jung, Alt von Alt)

Das Ausmaß des Engagements und der Partizipation älterer Menschen ist u. a. davon abhängig, ob und wie stark Senioren in Kooperationsbezüge und Netzwerke eingebunden sind.

Kooperationspartner

Wer arbeitet mit wem zusammen?

Die Seniorenvertretungen kooperieren meistens mit Wohlfahrtsverbänden (jeweils 73 % mit der AWO und der Caritas, 56 % mit der Diakonie), Kirchen (69 %), politischen Parteien und Verbänden (64 %) sowie Vereinen (63 %). 48 % kooperieren mit Einrichtungen der Weiterbildung. Nur 8 % kooperieren mit Unternehmen. Diese Zahlen verdeutlichen u. a., dass die starke Orientierung der Seniorenvertretungen auf die Sozialpolitik sich natürlich auch in einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden ausdrückt. Die niedrige Zahl bei der Zusammenar-

beit mit Unternehmen lassen den Schluss zu, dass hier noch Potenziale für Vorhaben im Sinne von Public-Private-Partnerships bestehen und genutzt werden können.

Bislang haben wir die unterschiedlichen Engagementfelder und Kooperationspartner von Seniorenvertretungen beschrieben. In der Diskussion um die künftige Entwicklung ehrenamtlicher Aktivitäten hat das Verhältnis zwischen familiärem und gesellschaftlichem Engagement eine wichtige Bedeutung.

Familiäre, gesellschaftliche und Eigenaktivitäten

Starkes Engagement in Familien, geringeres in Gesellschaft

Wie ist nun das Verhältnis zwischen familiärem und gesellschaftlichem Engagement zu beschreiben? Wir wissen z. B. aus den Untersuchungen des *Alterssurveys*[48], dass Senioren sich im familiären Umfeld (ob bei der Kinderbetreuung oder der Pflege) sehr stark engagieren. Das Engagement in Feldern der neueren Formen der gesellschaftlichen Partizipation, wie z. B. die Beteiligung an politischer Interessenvertretung, Selbsthilfegruppen, Seniorenakademien, politischer Mitwirkung ist deutlich geringer. Wie schätzen dies die Städte, die Seniorenvertretungen und die Wohnungsunternehmen ein?

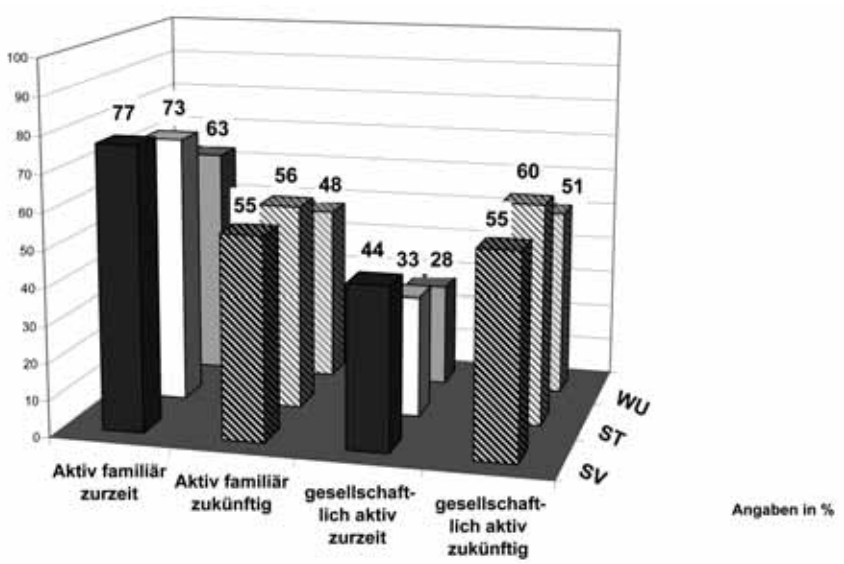


Abbildung 40: Vergleich von gesellschaftlichem und familiärem Engagement

[48] Kohli, M. / Künemund, H., 2003

Erwarteter Wandel des Engagements

Das Engagement für die Familien wird nach Einschätzung aller Befragten zukünftig deutlich zurückgehen. Allerdings steigt es im gesellschaftlichen Bereich[49]. Aus Sicht der Städte und Wohnungsunternehmen ist das Ausmaß des Anstiegs von 30 auf 60 % und von 38 auf 51 % in Zukunft noch stärker als aus Sicht der Seniorenvertretungen, bei denen der Anstieg von einem höheren Anfangsniveau von 44 % auf 55 % steigt und sich damit auf einem gleich hohen Niveau wie der anderen Akteure liegt. Für die zukünftige Entwicklung glauben alle Befragten, dass sich das Familienengagement und das gesellschaftliche Engagement in einem ausgeglichenen Verhältnis befinden. Die Werte liegen zwischen 50 und 60 %.

Individualisierung des Alters

Im Zuge der These von der *Individualisierung des Alters* (gestiegene Verantwortung des Einzelnen, Chancen und Risiken im Alter zu bewältigen) ist die Frage des Verhältnisses zwischen Familienaktivitäten und Eigenaktivitäten zu beleuchten:

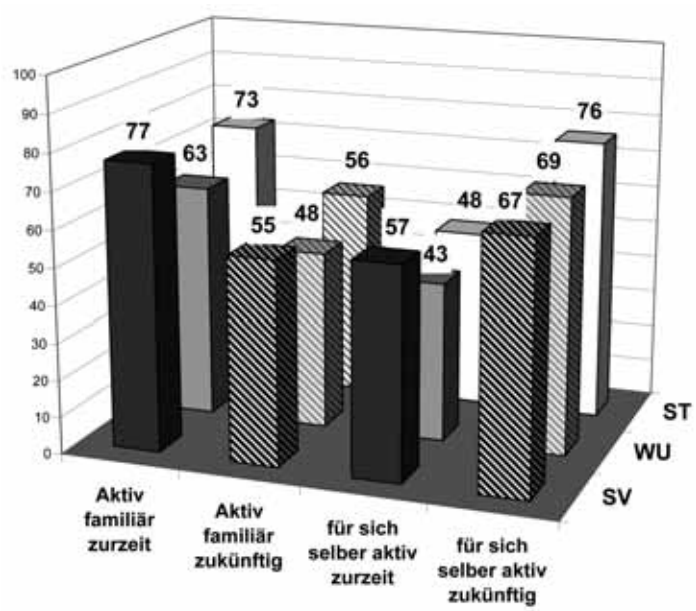


Abbildung 41: Vergleich von Eigen- und Familienaktivitäten

[49] Dieser Trend wird durch andere Untersuchungen bestätigt (vgl. Lehr, U., 2000)

Auch hier steht zukünftig einem sinkenden familiären Engagement ein steigendes Eigenengagement gegenüber. Es schließt sich die Frage an, inwieweit die Städte sich darauf einstellen müssen, dass Enkelkinderbetreuung und häusliche Pflege immer weniger in den Familien aufgefangen werden. Dies kann ein großes Aufgabenfeld der öffentlichen Daseinsvorsorge in Zukunft werden. Es wird zu prüfen sein, was hier auch in selbstorganisierten Projekten u. a. mit älteren Menschen qualitätsvoll zu leisten ist.

Neue Aufgaben für die Kommunen?

Nachdem wir die Bereiche des Engagements und ihre künftigen Entwicklungstrends aus der Sicht der Akteure beschrieben haben, wollen wir im Folgenden erläutern, wie wichtig die Befragten unterschiedliche Dimensionen der Wohnqualität bewerten. Wir haben zwischen psychologischen (Gefühl von Sicherheit, Erhaltung der Selbstständigkeit etc.), infrastrukturellen und partizipatorischen Dimensionen unterschieden.

Partizipatorische Wohndimensionen

Wir haben drei partizipatorische Dimensionen des Wohnens herausgegriffen:

Wohnen und Partizipation

- Schaffung von Aktivitätsräumen
- Mitwirkung an Sozialpolitik
- Mitwirkung an Stadtentwicklung

Wir haben dazu die Akteure untereinander und in der Zeitschiene verglichen. Wenn Seniorenvertretungen mit Wohnungsunternehmen und Städten zurzeit verglichen werden, erhalten wir folgendes Ergebnis:

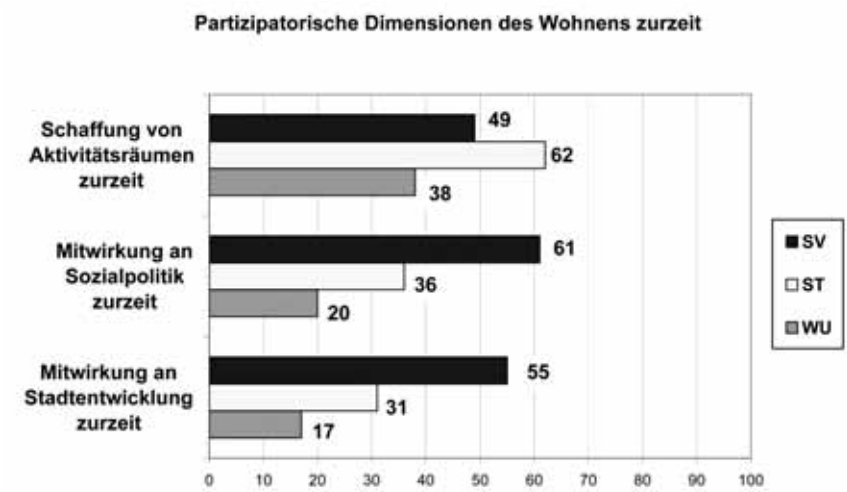


Abbildung 42: Partizipatorische Dimensionen des Wohnens zurzeit[50]

Deutlich mehr Seniorenvertretungen halten zurzeit direkte politische Mitwirkung für wichtig als Städte und Wohnungsunternehmen. Im Vergleich zu den Städten sind die Werte fast doppelt so hoch, im Vergleich zu den Wohnungsunternehmen sind sie fast dreimal so hoch.

Unterschiedliche Bewertungen von Mitwirkung

Auch dies ist ein Hinweis darauf, dass Städte und mehr noch Wohnungsunternehmen erst langsam anfangen, sich auf engagiertere BürgerInnen bzw. MieterInnen im Alter einzustellen. Hier wird ein Widerspruch deutlich, der zu Konflikten führen kann, wenn der Bedarf Älterer an Mitwirkung nicht berücksichtigt wird. Betrachten wir jetzt zusätzlich die zeitliche Ebene:

[50] Die Frage lautete: Wie wichtig, meinen Sie, sind für ältere Menschen die folgenden Dimensionen des Wohnens zurzeit und zukünftig? (Die Antwortskala war vierstufig von „sehr wichtig" bis „unwichtig". In der Abbildung 10 sind bei den Werten die Ausprägungen „sehr wichtig" und „wichtig" addiert worden.)

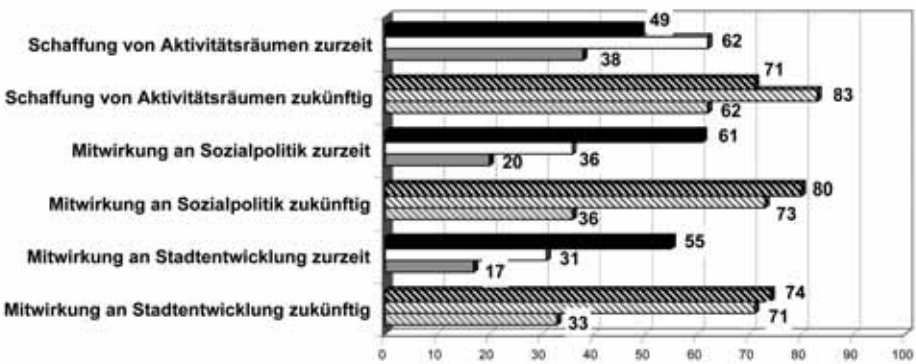


Abbildung 43: Wichtigkeit partizipatorischer Dimensionen des Wohnens

Wir erkennen, dass die Werte bei allen Akteuren für die Zukunft deutlich ansteigen. Und es kommt zu einer Annäherung der Werte zwischen Seniorenvertretungen und Städten bei den Fragen der Mitwirkung. Die Wohnungsunternehmen erreichen dieses hohe Niveau nicht. Allerdings steigen auch hier die Zahlen (zwischen 16 und 24 %punkten), so dass zukünftig mit signifikant höheren Erwartungen an Partizipation gerechnet wird.

Besonders stark wächst zukünftig die Bedeutung von Partizipation

Die besondere Bedeutung der steigenden Ansprüche an Partizipation wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass im Vergleich zu psychologischen und infrastrukturellen Dimensionen des Wohnens die Unterschiede bei den partizipatorischen Dimensionen von zurzeit und zukünftig am größten sind.

Zum Ende des empirischen Teils kommen wir auf die positiven und negativen Erfahrungen, die Wohnungsunternehmen, Seniorenvertretungen und Städte mit Partizipation gemacht haben.

Positive und negative Erfahrungen mit Partizipation

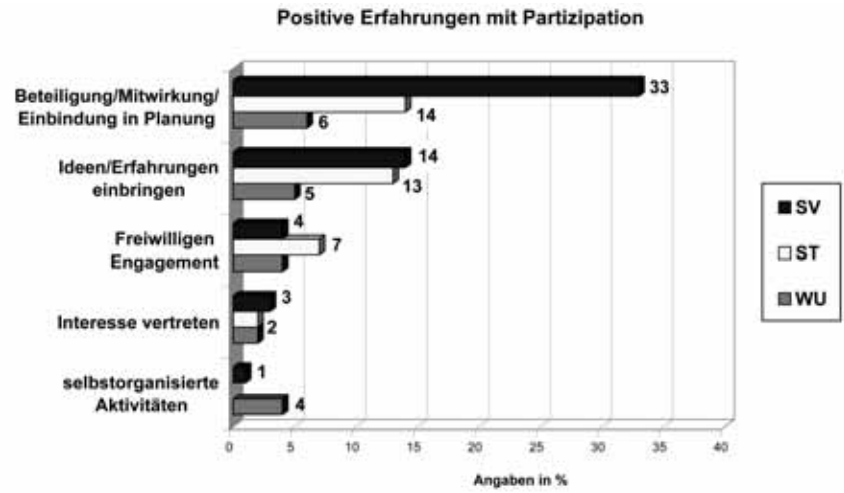


Abbildung 44: Positive Erfahrungen

Erfahrungen mit Partizipation

Besonders fällt auf, dass bei der Kategorie „Beteiligung, Mitwirkung und Einbindung in Planung" signifikant mehr Seniorenvertretungen (33 %) gegenüber Stadtverwaltungen (14 %) und Wohnungsunternehmen (6 %) positive Erfahrungen mit Partizipation gesammelt haben.

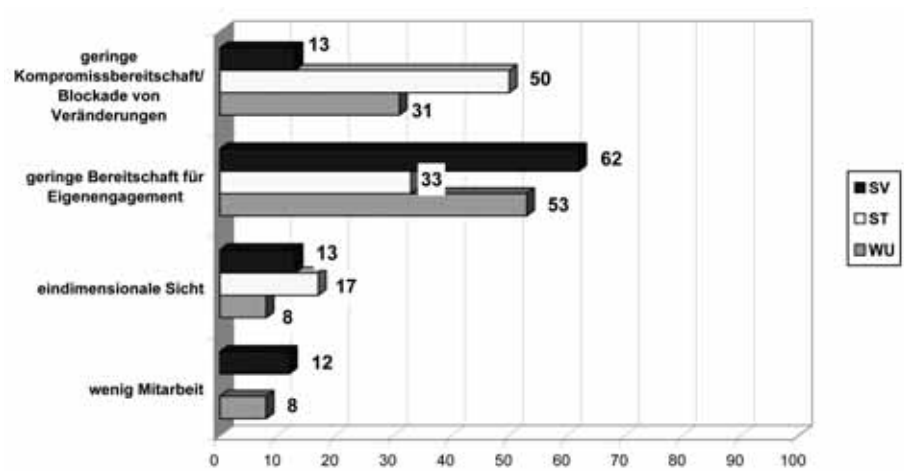


Abbildung 45: Negative Erfahrungen

Bei den negativen Erfahrungen mit Partizipation sind die meisten Antworten den Kategorien „geringe Bereitschaft für Engagement" und der „geringen Kompromissbereitschaft bzw. der Blockade von Veränderungen" zuzuordnen. Die geringe Bereitschaft für Engagement beklagen besonders mit 62 % die Seniorenvertretungen, gefolgt von den Wohnungsunternehmen mit 53 % und den Städten mit 33 %. Hier ist besonders bemerkenswert, dass die Seniorenvertretungen nach größerer Unterstützung durch ältere Mitbürger in der Stadt verlangen. Es stellt sich hier die Frage, warum die Beteiligung aus Sicht der Seniorenvertretungen so gering ist. Vielleicht müssen Seniorenvertretungen auch über die Form und die Inhalte ihrer Arbeit nachdenken. Denn die Potenziale für die Mitarbeit in den Seniorenvertretungen werden zukünftig wachsen. Negative Erfahrungen im Sinne von „geringer Kompromissbereitschaft und Blockade von Veränderungen" haben 50 % der Städte und 31 % der Wohnungsunternehmen gesammelt. Die Seniorenvertretungen haben signifikant weniger negative Erfahrungen, aber mit 13 % sind sie im Vergleich zu den übrigen Aussagen immer noch vergleichsweise hoch.

Seniorenvertretungen beklagen mangelnde Unterstützung von Älteren

Dies zeigt, dass Partizipation nicht konfliktfrei ist. Es geht auch um die Umsetzung von Interessen.

3.3.3 Perspektiven und Instrumente

Fassen wir kurz zusammen: Nach Einschätzung der befragten Seniorenvertretungen, der Stadtverwaltungen und teilweise auch der Wohnungsunternehmen existiert bei älteren Menschen schon jetzt eine hohe Partizipationsbereitschaft, die allerdings in der Realität nicht ihre Entsprechung findet. Zwischen Anspruch und Realität klafft also eine große Lücke[51].

Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität

[51] Boeßenecker , K.H. (2001) verweist darauf, dass es diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität auch bei der Einschätzung der Verwaltungsreformen gibt. Bei ihm wird eine deutliche Skepsis deutlich. Er bezweifelt die Ernsthaftigkeit der Stadtverwaltungen, Bürger an kommunalen Prozessen real beteiligen zu wollen. Er betont, dass sich „fiskalische Gesichtspunkte als der eigentliche Motor der Entwicklung" für die Bürgerkommune erweisen.

Senioren suchen nach Teilhabemöglichkeiten

Die Ergebnisse der *Open-Space-Veranstaltung* im Rahmen des Projekts bestätigen diese These ganz nachdrücklich: Alle von den Senioren vorgeschlagenen Themen befassen sich mit Fragen der Selbstorganisation und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Die Senioren suchen nach Wegen, nach Möglichkeiten sich zu engagieren. Wenn die Kommunen die Potenziale älterer Menschen nutzen wollen, müssen sie entsprechende partizipationsförderliche Rahmenbedingungen schaffen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass überall, wo selbstorganisierte Seniorenaktivitäten entstehen, auch Lernbedarfe und die Notwendigkeit von Bildungsangeboten[52] entstehen.

Es gibt zwei Annahmen, die die dargestellte Diskrepanz zwischen steigender Partizipationsbereitschaft und fehlenden Ermöglichungsstrukturen in den Kommunen erklären können:

Gründe für fehlende Ermöglichungsstrukturen

1. Es gibt ein *Umsetzungsproblem*, die Partizipationsbereitschaft der Senioren zu fördern. Dies bezieht sich insgesamt auf den wechselseitigen Bezug der Akteure untereinander.
2. Das Problem der *Machtasymmetrie* ist nicht zu unterschätzen. Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger zu eröffnen, bedeutet, dass Stadtverwaltungen, Rat und Ratsausschüsse einen Teil ihrer Macht abgeben.

Leitbild von Kommunen

Es ist klar, dass das Leitbild einer Bürgerkommune natürlich zu komplizierten widerspruchsvollen und konfliktträchtigen Kooperationen führen kann. Es ist auch weniger stark kontrollierbar, wenn man vernetzte Strukturen aufbaut mit selbstorganisiert-partizipatorischen Assoziationen[53]. Ob man sich auf diesen Weg einlassen will, sollte eine Kommune in einem Leitbild verankern.

Leitbild einer altersaktivierenden Kommune

In Leitbildern beschreiben z. B. Kommunen, mit welchem inhaltlichen Profil sie in die Zukunft gehen und welche Instrumente sie dazu einsetzen wollen. Für unser Thema ist es wichtig, dass in dem Leitbild der Stellenwert einer altersaktivierenden Politik klar verankert ist. Unverzichtbare Voraussetzung zur Mobilisierung der Kompetenzen älterer Menschen ist

[52] Köster, D. / Schramek, R., 2005
[53] Haus, M., 2005

eine inhaltliche Selbstvergewisserung über Ziele, Methoden und ihre Evaluierung. Dabei ist die Rolle, die ältere Menschen in der Stadtentwicklung spielen sollen, genauer zu beschreiben. Grundlage hierfür ist besonders das zu beschreibende Altersbild. Wird eher die Bedeutung von Pflege und Seniorenheimen betont, so ist zu befürchten, dass die Kompetenzen der älteren Generation nicht genügend beachtet werden und somit die Chancen der alternden Kommune nicht gesehen werden. Werden allerdings auch die Potenziale der Senioren betont, so ist eine wichtige Hürde zur Aktivierung von älteren Menschen genommen. Eine entscheidende Frage besteht darin, ob die wichtigsten Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung bereit sind, das Anliegen, die demografische Alterung produktiv zu gestalten, überzeugend und öffentlichkeitswirksam zu vertreten.

Alterung und Modernisierung von Verwaltungen

Die Gestaltung der demografischen Alterung in der Stadt ist auch in den Kontext der verschiedenen Modernisierungsvorhaben in den Kommunen aus der Vergangenheit zu stellen. Die Reformen der kommunalen Selbstverwaltung besaßen bislang einen stark betriebswirtschaftlichen Grundtenor. Damit verbunden ist die Hoffnung, über Effizienz- und Effektivitätsstrategien Kosteneinsparungen zu erzielen. Teilweise sind die Städte auch aufgrund von Haushaltssicherungskonzepten dazu verpflichtet, weit reichende Eingriffe in der öffentlichen Daseinsvorsorge vorzunehmen. An dieser Stelle ist nicht der Raum, über neue Wege der verbesserten Finanzausstattung zu diskutieren, obwohl die Dringlichkeit immer offensichtlicher wird. Allerdings sollte darüber Klarheit bestehen, dass der Erhalt oder die Steigerung der Lebensqualität in den Kommunen nicht ausschließlich auf einseitiges Effizienzstreben angelegt sein kann. Kommunen haben Leistungen der öffentlichen Vorsorge zu erbringen, die nicht allein in betriebswirtschaftlichen Kategorien erfasst werden können. So ist es auch nicht hinreichend, Kommunen in ihrer Funktion auf ein Dienstleistungsunternehmen zu reduzieren. Die Bürger sind nicht nur Kunden, die eine Ware kaufen wollen. Sie sind für die Stadt auch politische Bürger, die ihre demokratischen Rechte wahrnehmen wollen. Dies ist nicht im Rahmen eines Kundenverhältnisses zu erfassen. Vielmehr geht es um die demokratischen Gestaltungspotenziale über den Weg der Partizipation. In diesem Kontext beinhaltet das Konzept der Bürgerkommune wichtige Ansätze[54].

[54] Boeßenecker, K.-H. u.a., 2001

Dazu ist von dem Grundsatz auszugehen, dass das institutionelle Design demokratischer Partizipation authentische und nachhaltige Teilhabe ermöglichen muss. Sie hat von den wirklichen Lebensinteressen älterer Menschen auszugehen und sie muss ernsthaft gewollt sein. Wer das Konzept der Partizipation nicht glaubwürdig und ernsthaft umsetzt, sondern nur im Symbolischen verbleibt, wird dabei scheitern, die wichtigste Ressource der Stadt, nämlich ihre Bürger, zu mobilisieren. So sind neue soziale Praktiken zu entwickeln, die einen Austausch unterschiedlicher Problemperspektiven von Stadtverwaltungen, Senioreninitiativen, Wohnungsunternehmen u. a. ermöglichen. Planungsvorhaben sind somit als kommunikative und demokratische Prozesse zu organisieren. Der Stadtplaner übernimmt eine neue Rolle: Er wird zum Moderator unterschiedlicher sozialer Gruppen vor dem Hintergrund eines konsensbewährten Leitbildes.

Neue Rolle von Stadtplanern

Partizipationsknotenpunkte schaffen

Partizipation bedarf der Inszenierung z. B. bei der Anwendung adäquater Methoden, wozu Open-Space-Veranstaltungen, Themen-, Zukunftswerkstätten u. a. zählen. Nachhaltige Partizipation erfordert selbsttragende Strukturen. Dazu bieten sich Partizipationsknotenpunkte an.

> Ein Wohngebiets- und Stadtteilmanagement erfordert *„Partizipationsknotenpunkte"* oder Partizipationsanker z. B. in Form von Stadtteilkonferenzen, runden Tischen, Bürgerforen, Stadtteilwerkstätten, etc.

Notwendig ist hier auch ein langer Atem. Diese Prozesse müssen wachsen. Sie müssen eine Chance haben, sich entwickeln zu können.

Altengerechte und generationengerechte Stadt

Partizipation ist zu einem altersübergreifenden und aufgrund der Vielfältigkeit des Alters zu einem differenzierten Thema in der Kommune zu machen, das aber die Besonderheiten älterer Menschen berücksichtigt. So kann aus der altengerechten Stadt eine altersaktivierende Stadt werden, die allen Generationen zugute kommt.

3.4 Acht Thesen aus der Forschung des Projekts „Altengerechte Stadt“

1. **Das Altersbild wird zukünftig dadurch geprägt sein, dass ältere Menschen über ein hohes Maß an „Autonomie“ verfügen.**

   Die Untersuchungen zum künftigen Altersbild haben Folgendes ergeben: Die befragten Akteure (Stadtverwaltungen, Wohnungsunternehmen, Seniorenvertretungen) nehmen an, dass ältere Menschen sich zukünftig vor allem dadurch von heutigen älteren Menschen unterscheiden, dass sie größeren Wert auf Eigenbestimmtheit, Selbstständigkeit und Autonomie legen. Sie werden ihre eigenen Interessen verfolgen und ohne institutionelle Vorgaben darüber bestimmen wollen, wie sie ihre Kräfte, Ressourcen und ihre Zeit einsetzen. Dies wird ihnen auch möglich sein, da sie Eigenschaften aufweisen, die dies grundlegend fördern. Zu diesen Merkmalen zählen beispielsweise eine hohe Mobilität, ein gutes Ausbildungsniveau und eine immer noch günstige finanzielle Ausstattung.

   Zukünftig ist das Altersbild durch größere Autonomie bestimmt.

2. **Die Akteure in den Städten / Kommunen sollten sich systematisch überlegen, wie sie mit diesem künftigen Potenzial an Autonomie bzw. Selbstständigkeit sowie Selbstbestimmtheit älterer Menschen produktiv im Interesse der Senioren und der Städte umgehen.**

   Die erwartete Bedeutungszunahme der Selbstständigkeit führt dazu, dass eine förderliche Ausgangssituation für die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen gegeben ist. Ältere Menschen werden ihre Aktivitäten verändern: Sie werden diese weniger auf die eigene Familie richten und stattdessen neue Wege gehen, indem sie andere unterstützen und selbstbestimmt gesellschaftliche Ziele verfolgen werden. Städte müssen sich auf diese „neuen Gegebenheiten“ einstellen. Sie können diese unterstützen und dabei selber profitieren, indem sie Aktivitäten älterer Menschen positiv werten. Dazu müssen Städte verdeutlichen, dass ältere Menschen für das Leben in der Stadt eine neue Rolle spielen. Städtisches Handeln sollte sich nicht

   Chancen der Teilhabe älterer Menschen steigen.

nur auf den Teil der Gruppe älterer Menschen richten, der hilfe- und pflegebedürftig ist, sondern auch auf den, der aktiv am Gemeinschaftsleben einer Stadt, eines Stadtteiles oder eines Wohnquartiers mitwirken möchte.

Aktive Mitsprache wird eingefordert.

Die steigende Autonomie im Alter kann zudem auch bedeuten, dass zukünftige Senioren städtisches Handeln in ihrem Stadtteil oder in der Gesamtstadt nicht mehr nur passiv hinnehmen, sondern Mitsprache einfordern werden. Gehen die städtischen Akteure aus Politik und Verwaltung hierauf nicht ein, können größere Konflikte zwischen Bürgern und Stadtverwaltungen entstehen.

3. Städte und Kommunen sollten „älteren Menschen" verstärkt Aktivitätsmöglichkeiten und Handlungsspielräume eröffnen sowie Verantwortung übertragen.

Ein positiveres Altersbild verstärkt Aktivitätspotenziale.

Beispiele von Städten in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass eine aktive Teilhabe von älteren Menschen am städtischen Gemeinschaftsleben möglich, sinnvoll und für alle nützlich ist. Diese Städte initiieren, aktivieren und unterstützen heute bereits mit Erfolg Aktivitäten älterer Menschen. Sie nutzen dabei die Erkenntnis, dass ein positives Altersbild für teilhabebereites Verhalten und Handlungen förderlich ist. Dies kann positive Effekte für die Persönlichkeitsentwicklung der Senioren und für die Gemeinwesenentwicklung der Kommune haben. Diese Handlungsspielräume für ältere Menschen müssen aber von den Kommunen auch bereitgestellt werden, d. h. sie müssen auch bereit sein, Verantwortung und Zuständigkeiten abzugeben.

4. Die Qualität des Wohnens (im Alter) in der Stadt hängt nicht nur von den objektiven – also z. B. den baulich-technischen, räumlich-sozialen Gegebenheiten des Wohnens bzw. Wohnumfelds –, sondern auch von den subjektiven Dimensionen – also dem Erleben der Wohnsituation, den Kompetenzen, Ansprüchen und Erwartungen – der älteren Menschen ab.

Aus unterschiedlichen Wohnbedingungen kann sich verschiedenes Wohnerleben entwickeln. Gute Infrastrukturen und gemeinschaftliche Räumlichkeiten in den Wohnquartieren, Stadtteilen und der Stadt ermöglichen die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit und

Autonomie, die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die Entfaltung der Potenziale älterer Menschen und stärken das Zusammengehörigkeits- und Zufriedenheitsgefühl, also das subjektive Wohlbefinden. Um Wohnqualität für ältere Menschen zu schaffen, ist es wichtig, Partizipation älterer Menschen bei der Gestaltung ihrer Wohnsituation bzw. Wohnumgebung und Stadtteile zuzulassen. Die Möglichkeit zur Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitverantwortung stärkt den persönlichen Bezug zur Wohnumgebung. Die Untersuchungen haben ergeben, dass alle drei befragten Akteursgruppen in den unterschiedlichen Dimensionen des Wohnens eine deutliche Zunahme von Partizipation und Teilhabe älterer Menschen zukünftig erwarten. Für die städtischen Akteure bedeutet dies, Strukturen zu schaffen, die die Entfaltung von Potenzialen Älterer und ihre Partizipation in der Stadtentwicklung ermöglichen.

Partizipation stärkt die Identifizierung mit Stadtteilen.

5. Generationsübergreifende Konzepte müssen zwischen dem ZusammenLEBEN und dem ZusammenWOHNEN differenzieren. Der Kontakt zwischen den Generationen muss durch räumliche Gegebenheiten und generationsübergreifende Angebote ermöglicht werden, darf aber nicht zum Zwang werden. Hier gilt das Prinzip der inneren Nähe und äußeren Distanz.

Diskussionsbereitschaft, Toleranz und Respekt sind nötig, um ein möglichst konfliktfreies Zusammenwohnen zu schaffen und den Erfolg eines generationenübergreifenden Projekts zu sichern. Die Generationen sollen zusammenkommen können, um zu kommunizieren und am gesellschaftlichen Leben zusammen teilzunehmen, wenn und wann sie es wollen. Dies kann erreicht werden durch räumliche Gegebenheiten und generationsübergreifende Angebote bei der Förderung von Selbstorganisation, um mit anderen, für sich und für andere etwas zu leisten und zu organisieren. Für ältere Menschen muss die Wahlmöglichkeit gegeben sein, sich für ihre gewünschte Wohnsituation, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist, zu entscheiden und sich auch zurückziehen zu können.

Generationsübergreifende Konzepte müssen differenziert sein.

6. Zwischen den Ansprüchen Älterer nach Partizipation und der Wirklichkeit von Partizipation klafft eine große Lücke. Die Städte beginnen erst langsam Strukturen zu schaffen, diese Diskrepanz zu überwinden.

In den Befragungen werden deutliche Unterschiede zwischen Seniorenvertretungen, Stadtverwaltungen und Wohnungsunternehmen erkennbar. Generell bewerten alle befragten Akteure mit leichten Unterschieden Partizipation als wichtig. Allerdings sind es signifikant mehr Seniorenvertretungen, die Partizipation als sehr wichtig betrachten. In den Befragungen bestätigt sich das Altersparadoxon, nach dem die Vitalität und die Engagementpotenziale Älterer keine entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen vorfinden.

Bestätigung des Altersparadoxon

Für die Kommunen sind zwei Gründe anzuführen:

A. Es gibt ein Umsetzungsproblem bei der Förderung der Partizipationsbereitschaft. Dies liegt nicht nur an einem Akteur, sondern betrifft das ganze Beziehungsgeflecht der Gruppen, Institutionen, Verbände untereinander.

B. Das Problem der Machtasymmetrie ist nicht zu unterschätzen. Partizipationsmöglichkeiten für die BürgerInnen zu eröffnen, bedeutet, dass die Stadtverwaltungen, der Rat und seine Ausschüsse einen Teil ihrer Macht abgeben. Dies trifft oft auf große Vorbehalte.

Um eine nachhaltige Verankerung von Partizipation für ältere Menschen in den Städten zu erreichen, ist in Leitbildern von Kommunen der Stellenwert einer altersaktivierenden Stadt auf der Basis eines modernen Altersbildes zu beschreiben. Es sind Partizipationsknotenpunkte zu verankern, die eine authentische und nachhaltige Teilhabe am öffentlichen Leben der Gemeinde ermöglichen. Planungsvorhaben einer Kommune sind somit verstärkt als kommunikative und demokratische Prozesse zu organisieren.

Leitbild einer altersaktivierenden Stadt

7. Partizipation ist ein widerspruchsvoller und konfliktträchtiger Prozess.

Bei den Befragungen haben die Stadtverwaltungen und die Wohnungsunternehmen die geringe Kompromissbereitschaft und die Blockade bei Veränderungen durch Senioren beklagt. Das zeigt die Konfliktträchtigkeit von partizipativen Prozessen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da Partizipation auch immer mit der Durchsetzung von Interessen zusammenhängt.

Partizipation und Interessenvertretung

8. Von aktiven älteren Menschen profitieren Seniorenvertretungen, Stadtverwaltungen und Wohnungsunternehmen. Dies nutzt allen Generationen.

Die steigende Beteiligung älterer Menschen an Stadtentwicklung hat positive Effekte, zum einen für die Gemeinde in ökonomischer und zum anderen für die einzelnen Senioren in psycho-sozialer Hinsicht. Ökonomisch schätzt z. B. die Stadt Arnsberg den Wert, der pro Jahr durch bürgerschaftliches Engagement geschaffen wird, auf 28 Millionen Euro. Für den einzelnen älteren Menschen gehört zum gelingenden Leben im Alter die Teilhabe am öffentlichen Leben, die eine selbstständige Lebensführung stärkt. Außerdem wirkt sich das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt positiv auf das Klima einer Gemeinde insgesamt aus. Schließlich führen viele Verbesserungen in der Infrastruktur, wie z. B. eine Verkehrsberuhigung oder die Übernahme der Trägerschaft eines Freibads, zu einer Erhöhung der Lebensqualität, die allen Generationen zugute kommt.

Ökonomische Bedeutung für die Kommune

1 Ausgangsproblematik, Ziele und Methoden des Projekts, Ergebnisse und Ausblick

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

4 Zur Realisierung

4.1 Wie organisiere ich mit anderen die Praxis? 174

4.2 Projektplanung nicht nur etwas für „teure Manager" – Schema für einen Handlungsplan 183

4.3 Netzwerkarbeit 195

4.4 Vereinsrechtliche, steuerrechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Rahmenbedingungen 205

4.5 Altersbildung: für das bürgerschaftliche Engagement unverzichtbar 211

4.6 Methoden, Werkzeuge und Verfahren für das Engagement von Senioren in Stadt, Stadtteil und im Wohngebiet 218

4.7 Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune 235

4.1 Wie organisiere ich mit anderen die Praxis?

> *Es gibt nichts Gutes: Außer man tut es.*
>
> Erich Kästner

Mut zu beginnen oder das Problem des Anfangs

Anfangen?

Wie oft hat man sich schon vorgenommen, endlich aktiv zu werden. Aber irgendwie ist immer etwas dazwischen gekommen: Es fehlten die Zeit, das Geld, die Mitstreiter, der Busanschluss, die Chance auf Erfolg, die Aussicht auf gutes Wetter usw., usf. Gründe oder besser Vorwände, um sich nicht zu engagieren, finden sich genügend. Es passiert auch, sich fest vorzunehmen, z. B. zum nächsten Treffen der Senioreninitiative für den Erhalt des Kulturtreffs zu gehen. Nur einige Stunden vorher entsteht plötzlich ein flaues Gefühl im Magen, es stellen sich zweifelnde Fragen und schon ist man wieder vor dem Fernseher gelandet. Danach ärgert man sich, seine Bequemlichkeit nicht überwunden zu haben. Schließlich tröstet man sich damit, dass man am nächsten Treffen ganz bestimmt teilnimmt. Oder nicht?

Schwimmen lernen, ohne ins Wasser zu springen?

Was tut man, um aus dieser unbefriedigenden Lage herauszukommen? Es handelt sich hier um das Problem des Anfangs, das auf vielen anderen Gebieten existiert. Der Rat der Experten ist eindeutig: Entspannen und loslegen! Oder im oben beschrieben Fall: Hingehen! Man kann seine Befürchtungen nicht überwinden, ohne das zu tun, wovor man sich ängstigt. Wenn man die Anfangsängste erst einmal überwunden hat, stellt man fest, dass es nicht so gefährlich ist, wie man befürchtet hat. Man kann sich auch eine eigene kleine List zurechtzulegen, um seine Befürchtungen zu überwinden: Sich z. B. darauf freuen, neue Leute kennen zu lernen o.ä. Daher hat Erich Kästner recht, wenn er schreibt: Es gibt nichts Gutes: Außer man tut es. Es gilt die Devise: Man kann nicht schwimmen, ohne vorher ins Wasser zu springen!

Dies kann man auch darauf übertragen, wenn man die Absicht verfolgt, mit Freunden und Bekannten eine eigene neue Initiative, z. B. für eine Seniorenvertretung vor Ort[1], zu gründen. Man wage den ersten Schritt, die nächsten ergeben sich!

Inhaltliche Zielklärung[2]

Gründe für das Engagement in der Kommune kann es viele geben: Da soll das Freibad geschlossen werden oder es soll endlich eine Seniorenvertretung eingerichtet werden o.ä. Oft sind es Mängel vor Ort, die über individuelle vereinzelte Interessen hinausgehen und zu einem allgemeinen Anliegen in der Öffentlichkeit und somit zum Politikum werden. Aus diesem Stoff, bei dem das Einzelne zu einem allgemeinen Anliegen wird, entsteht das Politische. In einem solchen Klima bedarf es oft nur noch der Initiative von Einzelnen, um sich des Themas anzunehmen. Das ist die Situation, in der es zur Gründung einer Initiative kommt.

Das Einzelne wird zum Allgemeinen.

Hierzu sind zunächst einige Voraussetzungen zu schaffen, die die Arbeitsfähigkeit einer Gruppe gewährleisten. Man braucht Räumlichkeiten, in denen man sich treffen kann. Sinnvoll sind hier öffentlich allgemein zugängliche Räume. Treffen im Wohnzimmer können Interessierte von der Mitarbeit abhalten. Das Zusammenkommen ist in regelmäßigen abzusprechenden Zeitabständen durchzuführen. Die Leitung der Gruppensitzungen sollte im Wechsel von unterschiedlichen Personen erfolgen, um Verantwortlichkeiten breit zu verteilen.

Räumlichkeiten organisieren

Gründet man eine neue Initiative, gilt es, sich Klarheit über die inhaltlichen Zielvorstellungen zu verschaffen. Diese Ziele und ihre Begründungen sind in der Gruppe breit und intensiv zu diskutieren. Dieser manchmal anstrengende Prozess ist nötig, um in der Initiative eine möglichst große Übereinkunft über Ziele und Begründungen zu erzielen und in der Öffentlichkeit gut argumentieren zu können. Dazu sollten die wichtigsten Aussagen verschriftlicht werden. Die schriftliche Form nötigt zu Klarheit und Genauigkeit. Und sie ist die Basis für Flyer, Presseinformation etc.

Gemeinsame Ziele entwickeln

[1] Vgl. Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), (Autorin Barbara Eifert), 2002

[2] Die folgende Beschreibung ist nicht als Schema zu begreifen. In der Realität überlagern und überschneiden sich die einzelnen Themen.

Umsetzung der Ziele und Instrumente

Nach der programmatischen Klärung ist die Frage anzugehen, wie diese Forderungen umgesetzt werden sollen. Konkrete kommunale Mitwirkungsinstrumente zur Durchsetzung der Ziele sind in der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen beschrieben[3]. Darüber hinaus können weitere Mitgestaltungsmöglichkeiten informeller Art genutzt werden, die vor allem Wert darauf legen, in der Öffentlichkeit eine große Unterstützung zu erhalten. Dazu zählen u. a.

Öffentlichkeit herstellen

- Pressearbeit
- Unterschriftenaktionen, die man am besten mit örtlich bekannten Erstunterzeichnern durchführt
- Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie z. B. Flyer verteilen, Informationsveranstaltungen (Podiumsdiskussionen, Hearings etc.), Demonstrationen etc.

Wirksame Öffentlichkeitsaktionen bedürfen auch einer Inszenierung. Das heißt, man muss sich überlegen, mit welchen Personen und mit welchen Aktivitäten das Interesse der Öffentlichkeit gewonnen werden kann. Das Anliegen sollte möglichst konkret und knapp beschrieben werden. Gute Slogans wirken ansprechend. Manchmal kann es sinnvoll sein, ungewöhnliche modernere Veranstaltungen durchzuführen: So kann z. B. die Durchführung einer Open-Space-Konferenz[4], zu der alle Bürger einer Stadt oder Stadtteils ab 60 Jahren eingeladen werden, nachhaltigere Effekte erzielen als einmalige Inforveranstaltungen.

Ungewöhnliches ausprobieren

Zeitplan

Die Initiative sollte sich einen Zeitplan erstellen, in dem festgehalten ist, bis wann man sein Ziel erreichen will und welche Instrumente zu welchen Zeitpunkten einzusetzen sind. Er dient der allgemeinen zeitlichen Orientierung, sollte aber flexibel gehandhabt werden. Zeitpläne sind rechtzeitig anzulegen[5]. Sinnvoll ist es, klare Verantwortlichkeiten zu benennen. Es führt immer zu Reibungsverlusten, wenn sich alle zugleich

Zeitplan und Verantwortlichkeiten

[3] Vgl. Kapitel 4.7.
[4] Vgl. Kapitel 4.6.
[5] Vgl Kapitel 4.2.

und niemand wirklich für etwas zuständig fühlen. Dabei sollten Verantwortlichkeiten breit gestreut werden. Die Herausbildung von „Leitwölfen", die alle Aufgaben an sich reißen, führt immer zu großen Abhängigkeiten von Einzelnen und hindert die Herausbildung demokratischer Strukturen.

Kooperationspartner und Netzwerke

Mitstreiter suchen

Für die Umsetzung der Ziele braucht man Mitstreiter und wichtige Kooperationspartner wie z. B. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, politische Parteien. Welche Kooperationspartner bei der Zielverwirklichung helfen können, ist natürlich zunächst von den eigenen Inhalten abhängig. Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen kann zu Netzwerken ganz unterschiedlicher Art ausgebaut werden[6]. Man sollte auch nicht den Weg scheuen, Kontakt mit örtlichen Unternehmen wie z. B. aus der Wohnungswirtschaft aufzunehmen, um seiner Forderung größeren Nachdruck zu verleihen. Außerdem können sich hier Finanzquellen eröffnen. Kooperationspartner besitzen meist Ressourcen, die den Ehrenamtlichen nicht ohne weiteres kostenlos zur Verfügung stehen. Das reicht vom Kopierer bis zum Versenden von Briefen. Zudem können über die Kooperationen auch neue Mitstreiter für die konkreten Aktivitäten gewonnen werden. Außerdem tragen die mitwirkenden Organisationen dazu bei, das Anliegen in ihren eigenen Reihen weiter bekannt zu machen.

Zur Kontinuität des Engagements

Fluktuation bei den Aktiven

Eine bedeutende Aufgabe besteht darin, dass die Mitstreiter über einen anhaltenden Zeitraum dabei bleiben und dass gleichzeitig neue gewonnen werden. Eine Fluktuation bei den Aktiven ist üblich. Allerdings sollte sie nicht zu groß werden, um eine Kontinuität bei den Aktivitäten zu gewährleisten. Ursache für die Fluktuation kann sein, dass im Verlauf des Engagements Konflikte entstehen, die persönlich und oder auch inhaltlich begründet sind. Nicht selten handelt es sich um das Ringen um Einfluss, also um Macht. Das kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass Personen aus der Initiative ausscheiden.

[6] Vgl. Kapitel 4.3

Konfliktkultur entwickeln

Es ist klar, dass persönliche Sympathien und Antipathien unterschiedlich verteilt sind. Erstrebenswert ist es, das inhaltliche Thema in den Vordergrund zu stellen und persönliche Animositäten zurückzustellen, so schwer es oft auch fallen mag. Konflikte auszutragen und trotzdem gemeinsam am gleichen Ziel zu arbeiten und nicht auseinander zu laufen, ist eine Kunst, die gelernt sein will. Dies sind allerdings immer wieder sensible und schwierige Situationen, die in der Gruppe ausgehandelt werden müssen. Oft kann es auch hilfreich sein, Konfliktmediatoren von außen hinzuzuziehen.

Jeder wird gebraucht

Zur Gewinnung neuer Mitstreiter ist in der Initiative für ein Klima der Offenheit gegenüber Interessierten, die das Ziel der Gruppe konstruktiv unterstützen wollen, zu sorgen. Je stärker eine Gruppe auf sich selbst bezogen ist – man kennt sich ja so gut und findet alle so nett –, umso schwieriger wird es, neue Mitstreiter zu gewinnen. Neue Interessenten müssen von Anfang an als Gleichberechtigte behandelt werden. Ihnen ist zu vermitteln, dass sie willkommen sind und respektiert werden. Man sollte herausfinden, worin ihre Stärken liegen und welche Aufgaben sie übernehmen können. Damit werden sie schnell eingebunden und es besteht die Chance, sie für eine längerfristige Mitarbeit zu gewinnen.

„Ein totes Pferd reiten"?

Sollte trotz aller Bemühungen die Arbeit auf zu wenigen Schultern lasten, ist irgendwann die Frage zu stellen, ob die Initiative aufzulösen ist. Es macht keinen Sinn „ein totes Pferd zu reiten". Dann kann es sinnvoll sein, sich eine Zeitlang zurückzuziehen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder für andere Vorhaben zu engagieren. Doch bevor es dazu kommt, sollte überlegt werden, ob es Möglichkeiten für eine Fortsetzung der Arbeit gibt.

Checkliste für die Praxis*

- ✔ Den ersten Schritt wagen!
- ✔ Mitstreiter suchen.
- ✔ Öffentlich zugängliche Räumlichkeiten suchen, die regelmäßige Treffen ermöglichen.
- ✔ Inhaltliche Klärung der Ziele herbeiführen.
- ✔ Die passenden Instrumente zur Durchsetzung der Forderung suchen.
- ✔ Öffentlichkeit herstellen durch Unterschriftenaktionen u. a.
- ✔ Zeitplan erstellen.
- ✔ Kooperationspartner suchen und eventuell ein Netzwerk aufbauen.
- ✔ In der Gruppe für ein offenes Klima sorgen.
- ✔ Verantwortungen breit streuen.
- ✔ Für demokratische Verhaltensweisen sorgen wie z. B. durch den Wechsel der jeweiligen Treffenleitungen.
- ✔ Sich nicht schnell entmutigen lassen, wenn die ersten Schwierigkeiten auftreten. Erfolgreiches Engagement braucht Durchhaltevermögen!

* Die Checkliste beansprucht keine Vollständigkeit. Sie gibt Anhalts- und Orientierungspunkte für das Engagement. In der komplizierten Realität ergeben sich immer wieder neue unvorhersehbare Anforderungen. Auch hier steckt der Teufel oft im Detail.

Für den Erfolg des Engagements sind vielfältige Gründe verantwortlich. Eine wichtige Voraussetzung besteht darin, dass in einer Stadt Bedingungen und Strukturen existieren, die das bürgerschaftliche Engagement ermöglichen. Dazu sind folgende Zusammenhänge zu beachten.

Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Leitbild einer teilhabeermöglichenden Kommune

Viele Kommunen geben sich mittlerweile Leitbilder, um sich über eine Zielsetzung der zukünftigen Politik vor Ort im Klaren zu sein. In Leitbildern beschreiben sie, mit welchem inhaltlichen Profil sie in die Zukunft gehen und welche Instrumente sie dazu einsetzen wollen. Für das Thema „Altengerechte Stadt" ist es wichtig, dass in dem Leitbild der Stellenwert einer altersaktivierenden Politik eindeutig verankert ist. Dabei ist die Rolle, die ältere Menschen in der Stadtentwicklung spielen sollen, genauer zu beschreiben. Grundlage hierfür ist besonders das zu entwickelnde Altersbild. Wird eher die Bedeutung von Pflege- und Seniorenheimen betont, so ist zu befürchten, dass die Kompetenzen der älteren Generation nicht genügend beachtet werden und somit die Chancen der alternden Kommune nicht gesehen werden. Werden allerdings auch die Potenziale der Senioren betont, so ist eine wichtige Hürde zur Aktivierung von älteren Menschen genommen. Eine entscheidende Frage besteht darin, ob die wichtigsten Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung bereit sind, das Anliegen, die demografische Alterung produktiv zu gestalten, überzeugend und öffentlichkeitswirksam zu vertreten. Soweit der politische Wille dazu besteht, sind zur Förderung sozialer Aktivitäten älterer Menschen einige Prinzipien zu berücksichtigen:

Checkliste zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

- ✔ Es ist eine Kultur des bürgerschaftlichen Engagements insgesamt in einer Kommune zu schaffen.
- ✔ Das Engagement muss selbstbestimmt, zeitlich begrenzt sein und an den Kompetenzen älterer Menschen anknüpfen. Ältere wollen für sich und andere tätig sein.
- ✔ Es muss sich um Aufgabenfelder handeln, die bedeutsam sind und mit der Übernahme verantwortungsvoller Tätigkeiten verknüpft sind.
- ✔ Die Teilhabe der Senioren muss reale Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Falls dies nicht geschieht, kann es zu großen Enttäuschungen und Resignation kommen.
- ✔ Engagement findet oft in neu entdeckten Tätigkeitsfeldern und in Netzwerken statt.
- ✔ Senioren dürfen nicht als Lückenbüßer für Aufgaben missbraucht werden, die nur aus fiskalischen Gründen nicht mehr von der Stadt wahrgenommen werden. Das lehnen Senioren in der Regel ab.
- ✔ Ältere engagieren sich häufig in altersunspezifischen Aufgabenbereichen.
- ✔ Zwischen Männern und Frauen gibt es beim Engagement deutliche Unterschiede.
- ✔ Es ist Transparenz für Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen.
- ✔ Es muss zu einem ausgewogenen Balanceverhältnis zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen kommen.

Senioren wollen keine Lückenbüßer sein.

Weiterhin können in den Städten konkrete Aufgaben in Angriff genommen werden:

Leitfaden für Freiwilligenengagement und Bildungsangebote

Checkliste für konkrete städtische Aufgaben

- ✔ Es wird ein Leitfaden zur Freiwilligenmitarbeit entwickelt, der übersichtliche Informationen über Einsatzmöglichkeiten, Rahmenbedingungen und Kontaktadressen vermittelt. Zielgruppen sind Senioren und Einsatzorte.
- ✔ Es wird ein Konzept für Einsatzmöglichkeiten von Freiwilligen in allen Stadtteilen erstellt.
- ✔ Es sind auch Überlegungen anzustellen, wie diejenigen Älteren anzusprechen sind, die nur schwer einen Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement finden.
- ✔ Es sind Bildungsangebote mit den Beteiligten zu entwickeln, die das bürgerschaftliche Engagement fördern und zugleich auch Teil einer Anerkennungskultur von gesellschaftspolitischen Aktivitäten sind.

4.2 Projektplanung nicht nur etwas für „teure Manager“ – Schema für einen Handlungsplan

Viele Menschen wollen heute gerne ihre Umgebung mitgestalten, sie möchten mitwirken am Leben in ihrer Stadt, ihrem Stadtteil oder ihrem Wohnquartier. Sie möchten Einfluss nehmen und mitentscheiden. Eine Form der Beteiligung kann dabei sein, selber gestaltend aktiv zu werden und Projekte in Angriff zu nehmen.

Früher fand freiwilliges Engagement oft in Form des klassischen „alten Ehrenamts“ statt, d. h. es wurde unbezahlte Hilfe für andere oder die Allgemeinheit geleistet. Die Aktivitäten für andere waren kontinuierlich und an eine Organisation, einen Verband, die Kirche o. ä. gebunden. Oft wurden die Aufgaben auch aus einem Pflichtgefühl heraus übernommen, das sich aus moralischen Wertvorstellungen (oft christlichen) ableiten ließ.

Dies wandelt sich in den letzten Jahren zunehmend: Ein „neuer Typ“ der Mitwirkung und des Engagements ist entstanden. Es ist geprägt von der Individualisierung und Pluralisierung der Aktionsformen sowie dem Wunsch nach Sinn gebenden, freiwilligen und unbezahlten Tätigkeiten. Dabei kann der Einzelne selbst entscheiden, inszenierend, schöpferisch, verantwortlich tätig werden. Hinzu kommt, dass sich die Bedürfnisse an das „neue freiwillige Engagement“ auf kurzfristige, konkrete, projektbezogene und selbstbezogene Aufgaben richten. Dabei schließt die eigene Involviertheit die Kooperation mit anderen und die Hilfe für andere nicht aus.

Neues freiwilliges Engagement findet oft in Projektform statt.

Diese neue Formen von freiwilligem Engagement entspricht oft den Möglichkeiten und Kriterien von Projekten. Auf diese Weise können Freiwillige auch zu Projektmanagern werden, indem sie ihre eigenen Vorhaben und Ideen konkretisieren und sie selbstständig planen, organisieren, umsetzen, steuern und kontrollieren. Projektplanung ist also nicht nur etwas für teure Manager aus der Wirtschaft.

Was ist ein Projekt – Charakteristika des Projektbegriffes

Projekte

- … sind zeitlich befristet, sie sind begrenzt durch einen Start und ein Ende. Dabei können zum Teil auch dauerhafte Maßnahmen mit den Hilfsmitteln des Projektmanagements geplant werden, in diesem Fall stellen die Planung und Einrichtung einer Maßnahme das Projekt dar.
- … haben ein eigenes bestimmbares Ziel, das zu Beginn festgelegt wird
- … beinhalten die Erarbeitung von etwas Neuem oder Eigenständigem
- … können unterschiedlich komplex sein
- … setzen sich aus mehreren Einzelaufgaben zusammen
- … können in Phasen bearbeitet werden
- … binden Betroffene als Beteiligte ein und lassen Partizipation zu
- … lassen die Verantwortung zur Umsetzung der Projektziele im Projekt
- … haben ihre eigene Projektorganisation
- … bestehen nicht aus dauerhaften Routinetätigkeiten
- … ermöglichen interdiszipinäre Zusammenarbeit
- … haben keine Erfolgsgarantie, ein Risiko bleibt

Die Planung:

Projekte können in fünf Phasen untergliedert werden.[7]

1. Einleitung
2. Zielfindung
3. Planung
4. Umsetzung
5. Projektabschluss

[7] Der hier gezeigte Projektablauf ist als ein Grundschema zu sehen, das eine Orientierung bei der Planung von einzelnen Projekten bieten kann. Im Anwendungsfall ist eine Eins-zu-Eins-Übertragung auf das eigene Projekt nicht immer notwendig und sinnvoll.

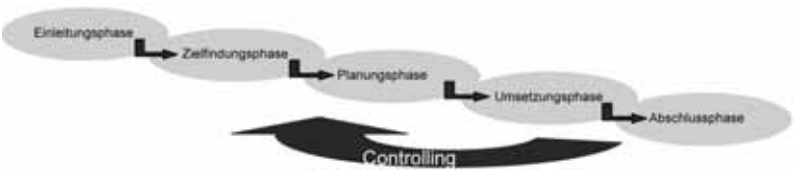


Abbildung 46: Projektphasenmodell [8]

Einleitung[9]

Zu Beginn eines Projektes sollten die Beteiligten die Grobziele und den allgemeinen Nutzen des Projektes bestimmen; dabei ist es ratsam, die Ausgangslage zu beschreiben und sie auf diese Weise zu klären (Ist-Stand). Zur Klärung der Ausgangslage zählt es auch Probleme und Schwierigkeiten, die gesehen werden, zu formulieren (Ist-Kritik). Soll mit dem Projekt auf eine bestimmte bestehende Ausgangssituation reagiert werden, kann außerdem eine Bedarfsanalyse erstellt werden, also eine Beschreibung von Ideen, die in der gegebenen Situation fehlen und diese verändern bzw. sogar verbessern können. Es muss dabei auch geklärt werden, wie sich ein zu planendes Projekt in diese zur Zeit bestehende Ausgangssituation eingliedert. Bei dieser Analyse können u. a. die Grobziele für das Projekt bestimmt werden.

Wie sieht die Ausgangslage aus?

Neben der Einschätzung der Ausgangslage ist es in der Initiierungsphase auch nötig, dass die ersten Projektideen und -inhalte formuliert werden. Es sollte zudem geklärt werden, welche Akteure, d. h. Menschen oder Einrichtungen / Institutionen, wichtig sind, um die Ideen und das Projekt auf den Weg zu bringen und welche Entscheidungen zur Initiierung getroffen werden müssen.

Wer sind die Projektbeteiligten?

Nicht zuletzt müssen sich in der Initiierungsphase auch die Personen zusammenfinden, die wesentlich am Projekt mitarbeiten wollen.

Zielfindung

In der zweiten Phase, der Zielfindungsphase, müssen aus den ersten Vorstellungen und Grobzielen genauere Projektziele erarbeitet und beschrieben werden. Hierzu ist festzuhalten, was mit dem Projekt erreicht

8 Darstellung Zimmermann, J. Chr.
9 Vgl. Knorr, F. (2003)

Welche Projektziele gibt es?

werden soll, wozu es dient und in welchen Schritten es umgesetzt werden kann. Zu diesen Umsetzungsschritten können dann jeweils Teilziele formuliert werden, die auch Meilensteine genannt werden.

Was müssen Projektziele leisten?

- Ziele sind so konkret und präzise wie möglich zu formulieren, dabei soll die Realisierungsmöglichkeit deutlich werden.
- Ziele sind schriftlich zu fixieren.
- Die Gestaltung der Ziele ist flexibel zu halten, aber nicht beliebig sein.
- Es erfolgt regelmäßig eine Überprüfung der Ziele.
- Die Ziele müssen so ausgewählt werden, dass sie einen Nutzen für die beteiligten Akteure haben.
- Alle Akteure verständigen sich auf die gemeinsamen Ziele, die von allen gleichermaßen verstanden und interpretiert werden.

Planung

Aus den Zielen und Teilzielen eines Projektes sind der Projektauftrag und einzelne Aufgaben und Arbeitsaufträge zu formulieren, die die Projektarbeit beschreiben und dazu beitragen, dass diese umgesetzt werden.

In der Planungsphase ist es auch wichtig, dass sich die Beteiligten Gedanken darüber machen, auf welche Zielgruppe oder welchen Adressaten das Projekt gerichtet sein soll, dabei können auch die Personen, die mitmachen bzw. mitwirken, selber zur Zielgruppe zählen, wie es z. B. bei Selbsthilfegruppen der Fall ist.

Ressourcen

Welche Ressourcen werden gebracht, welche sind vorhanden?

Ein wichtiger Bestandteil der Planungsphase ist es auch, sich einen Überblick und eine erste Schätzung über benötigte und vorhandene Ressourcen zu machen, die für ein Projekt und dessen Umsetzung gebraucht werden.

Diese Aufwandsschätzung sollte drei wichtige Ressourcen berücksichtigen:

1. Sachressourcen, die neben den tatsächlichen Sachgegenständen auch Geld und Räumlichkeiten beinhalten sollten.
2. Personalressourcen, die beschreiben, wie viele Personen benötigt werden bzw. mitmachen müssen, um die Projektidee zu verwirklichen, und welche Voraussetzungen, z. B. Engagementbereitschaft / Kenntnisse / Kontakte, sie mitbringen sollten.
3. Zeitressourcen, die berücksichtigen, wie lange ein Projekt dauern soll, wie viel Zeit dafür in der Woche / im Monat benötigt wird.

Organisation / Struktur

Welche Strukturen sollten bei Projekten genutzt werden?

Ebenfalls soll in der Planungsphase geklärt werden, welche Organisationsstruktur ein Projekt bekommen soll, dabei kann aus vielen Formen gewählt werden. Die Beteiligten können sich zu Bürgerinitiativen oder zu einem Verein zusammenschließen, sie können aber auch die Möglichkeit nutzen, Teil oder Gruppe einer größeren Organisation oder einer örtlichen Institution (lokal engagierter Verein, Kirchengemeinde etc.) zu werden.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe kann in unterschiedliche Strukturen, Hierarchien organisiert werden. Dabei können zum einen flache Teamstrukturen gebildet werden, in denen die Beteiligten gleichermaßen beteiligungs- wie entscheidungsberechtigt sind und sich die Durchführung wie auch die Leitung des Projektes teilen. Zum anderen kann es auch sinnvoll sein, Hierarchien zu schaffen und dabei z. B. einen Projektleiter zu wählen, der die Organisationsverantwortung und Führungsaufgeben wahrnimmt. Wird für die Durchführung des Projektes ein Verein gegründet oder genutzt, so kann z. B. der Vorstand gleichzeitig auch die Projektleitung übernehmen.

Aufgabenverteilung

Wie können Aufgaben verteilt werden?

Wichtig bleibt, dass die Aufgaben, die in einem Projekt anfallen, so verteilt werden, dass Zuständigkeiten entstehen und sich einzelne Mitglieder oder kleinere Teams verantwortlich für diese Aufgaben zeigen. So wissen die Beteiligten auf der einen Seite, was ihre Funktion ist, d. h. sie wissen, was sie tun können, aber auch leisten sollten, andererseits schaffen diese Aufgabenverteilungen auch Transparenz, denn man erfährt, was die Aufgaben der anderen sind.

Bei der Planung und anschließenden Umsetzung von Projekten ist es zudem wichtig, welche Akteure zu welchem Zeitpunkt beteiligt sind. Zum Start eines Projektes sollten z. B. Personen, die eine hohe Entscheidungskompetenz haben (Entscheidungsträger in Organisationen, Geldgeber, Stadtverwaltung, Lokalpolitiker etc.), eingebunden werden, wenn von ihnen entscheidende Beiträge (ideelle, finanzielle usw.) für das Projekt erwartet werden.

Außerdem sollten auch Akteure berücksichtigt werden, von denen ein möglicher Widerspruch und eine Blockadehaltung ausgehen könnten, diese sollten möglichst frühzeitig beteiligt und eventuell informiert werden, so dass Widersprüche über Einbindung abgebaut werden können.

Voraussetzungen zur Beteiligung klären.

Nicht zuletzt müssen auch die Personen gefunden werden, die die Projektarbeit in der Umsetzungsphase übernehmen. Hier muss schon in der Planungsphase gefragt werden, welche Voraussetzungen die Projektbeteiligten haben müssen, um die Tätigkeiten im Projekt erfüllen zu können, beispielsweise welches Wissen und welche Kenntnisse erforderlich sind; hierzu kann auch zählen, ob die Beteilten zu Beginn eine Schulung oder Fortbildung erhalten müssen. Neben diesen Qualifikationen kann es auch entscheidend sein, welche Kontakte oder „sozialen Netzwerke" die Beteiligten mitbringen. Außerdem kann auch der Zeitaufwand, den der einzelne leisten kann, eine wichtige Rolle spielen.

Es ist zudem wichtig, dass die Beteiligten sich regelmäßig austauschen oder vernetzen können, dies kann z. B. bei regelmäßigen Teamtreffen passieren.

Zeitplanung

Projekte brauchen eine genaue Planung.

Ob die Ziele eines Projektes realisiert werden können, hängt auch davon ab, ob die Planer diese eng mit einer Zeit- oder Terminplanung verbunden haben. Denn in der Regel bauen die Aufgaben und Tätigkeiten, die in einem Projekt entstehen, aufeinander auf und bedingen sich gegenseitig, deshalb müssen sie zueinander abgestimmt werden.

Dies geschieht, indem Termine und Fristen geplant werden, zu denen Aufgaben bzw. Leistungen erbracht sein müssen. Dabei ist immer die Aufgabe, die die längste Zeit beansprucht, für die Länge der entsprechenden Projektphase ausschlaggebend. Hinzukommen sollten

außerdem Pufferzeiten, die die Möglichkeit schaffen, auf Unvorsehbares, Verzögerndes reagieren zu können.

Projekte können in einzelne Projektschritte (Meilensteine) aufgeteilt werden.

Die Erfüllung oder Fertigstellung einer Aufgabe, d.h. eines Projektteilzieles zu einem festgelegten Termin wird Meilenstein genannt. Der Umsetzungsplan eines Projektes besteht so aus vielen aufeinander folgenden Meilensteinen. Sind diese vereinbart, sollten sie von den Beteiligten nicht weiter grundsätzlich infrage gestellt werden.

Es bietet sich an, sich den Projektverlauf und die aufeinander oder auch einmal parallel laufenden Phasen grafisch und kalendarisch darzustellen. Dazu können professionelle Computerprogramme mit Balkendiagrammen genutzt werden.

Der Projektverlauf sollte visualisiert werden.

Aber auch einfachere Varianten können hier zum Einsatz kommen, so kann auch ein Kalender mit Jahresübersicht, in dem die Möglichkeit besteht, bei den einzelnen Wochentagen Bemerkungen einzutragen, ausreichend sein. Die Projektphasen können dann mit verschiedenen Farben oder Symbolen gekennzeichnet werden; wichtig ist dabei, dass sie entsprechend sichtbar werden.

In der Planungsphase sollte außerdem nach Problemen, Widerständen gesucht werden, die den Projektverlauf beeinträchtigen.

Bevor nun die Umsetzungsphase eingeleitet wird, sollte ein Abgleich zwischen den gesetzten Zielen und der Planung erfolgen, um so festzustellen, dass die Planungen das Projekt zu den gewünschten Zielen führen können.

Umsetzung

In der Umsetzungsphase ist es an der Zeit, den Planungen Taten folgen zu lassen. Diese Taten bestehen darin, die Aufgaben, die die einzelnen Projektphasen beinhalten, je nach Planung eines Projektes nacheinander oder gleichzeitig abzuarbeiten. In der Umsetzungsphase nehmen Projekte ihren eigenen Charakter an. Dabei kann es sich um ein Projekt handeln,

- bei dem sich die Beteiligten vorgenommen haben, ein Stadtteilfest für den besseren Austausch der Bewohner zu veranstalten, wie dies am Beispiel der GWG Wuppertal (vgl. Kapitel 5.3.6) im Wohnquartier „Heinrich-Heinemann-Straße“ geschieht,

- bei dem die Mieter eines Wohngebietes gemeinsam mit dem Vermieter eine Spielfläche neu- oder umgestalten (siehe Kapitel 5.3.3 Parea)
- bei dem eine Bürgerinitiative für den Erhalt einer Wohnsiedlung, eines Bauwerkes aktiv wird und Alternativen zu einem möglichen Abbruch erarbeitet. Dass dieses Engagement erfolgreich sein kann, zeigt das Beispiel der Bürgerinitiative „Lott stonn" aus Düsseldorf (vgl. 5.2.3)
- bei dem ein Haus mit seinen künftigen Mietern oder Eigentümern geplant und verwirklicht wird.

An der Vielfalt der vier genannten Projektideen wird deutlich, dass die Umsetzung in jedem Projekt sehr spezifisch geschehen muss.

Projektideen

- Beteiligung an Schulprojekten, Kinderbetreuung, Patenschaften für Schulkinder,
- Spielplatzpatenschaften,
- Lernen (Jung von Alt, Alt von Jung, Alt von Alt),
- Ausbildungspaten,
- Besuchs- und Betreuungsdienste, Nachbarschaftshilfen,
- Fahrdienste zu Veranstaltungen,
- Sportangebote,
- Mitwirkung bei Veranstaltungen,
- Seniorenzeitung,
- Umweltprojekte, Theaterführungen.

Aus der Themenwerkstatt „Selbstorganisation und Mitwirkung" 05.10.2004 in Köln mit Vertretern aus Stadtverwaltungen, Wohnungsunternehmen und Senioreninitiativen.

Da der Aufbau eines Projektes, so geplant wird, dass es in viele Aufgaben und Phasen zerfällt, deren Umsetzung mit der Erreichung von Meilensteinen verbunden ist, besteht schon während der Projektumsetzung die Möglichkeit festzustellen, ob die Teilziele bzw. Aufgaben erreicht werden können.

Die Umsetzung der Projektschritte sollte kontrolliert werden.

Über das System der Meilensteine erfolgt auch die Kontrolle der Umsetzung eines Projektes und seiner Phasen. Diese Kontrolle ist mehr als die bloße Überwachung der Erreichung der Projektphasen, sie umfasst auch das Projekt zu steuern, zu beherrschen und zu regeln; diese Leistungen werden Projektcontrolling genannt.

Es ist eng mit der Leitung eines Projektes verbunden und ist ein wichtiger Bestandteil während der Projektumsetzung.

Zur Koordination des Projektes sollten regelmäßige Treffen aller Beteiligten stattfinden.

Mit dem Projektcontrolling geht auch einher sicherzustellen, dass die Beteiligten gegenseitig über den Verlauf ihrer Arbeiten informiert sind. In Teamsitzungen, die in einem festen Rhythmus stattfinden sollten, kann der regelmäßige Austausch den Beteiligten Gelegenheit geben, Absprachen zu treffen, Probleme zu erörtern und gemeinsame Arbeiten zu koordinieren.

Projektabschluss

Projekte haben ein klares Ende.

Ein wesentliches Kennzeichen von Projekten ist, wie schon beschrieben, dass sie zeitlich befristet sind. Zu Beginn eines Projektes sollte daher bereits sein Ende (in etwa) feststehen, damit sollte gleichzeitig auch die Erreichung des oder der Projektziel(e) beinhaltet sein.

In der Abschlussphase muss also ein letztes Controlling stattfinden und so die Umsetzung der Projektziele festgestellt werden. Dies ist auch dann von großer Bedeutung, wenn das Projekt durch andere Akteure Unterstützung (finanzielle, personelle, materielle) erhalten hat, denen die Projektverantwortlichen gegenüber eine gewisse Rechenschaftspflicht haben.

Das letzte Controlling sollte aber auch sicherstellen, dass Erfahrungen, die während des Projektes gesammelt wurden, festgehalten werden, sofern sie für nachfolgende Projekte oder andere Akteure von Interesse sind.

Wichtiges zum Projektabschluss:

- Wurden die Ziele des Projekts erreicht?
- Was kann für zukünftige Projekte festgehalten werden, welche Lernerfolge und Empfehlungen können weitergegeben werden?
  - Welche Schwierigkeiten sind aufgetreten?
  - Welche Stärken der Planung, der Akteure haben dem Projekt besonders genutzt?
- Was muss dokumentiert werden?
  - In welcher Form?
  - In welchem Umfang?
  - Wer stellt die Dokumentation zusammen?
  - Wo soll die Dokumentation zugänglich sein?
- Wer soll die Dokumentation erhalten (Entscheider / Unterstützer / Auftraggeber)?
- Wie werden die Beteiligten in den Projektabschluss eingebunden?
- Was passiviert mit Gegenständen, Material oder Geldmitteln, die für das Projekt angeschafft wurden?
- Welches Feedback geben die Beteiligten sich und dem Projekt in einer Abschlussrunde?

Diese beiden Aufgaben können gut in einer Projektdokumentation zusammengefasst werden.

Nun bleibt noch zum Schluss die Frage, was mit den Gegenständen, Materialien und Geldmitteln gesehen soll, die für das Projekt benötigt, angeschafft oder die im Projekt erwirtschaftet wurden.

Die beste Lösung ist es, eine neue Idee anzupacken und ein neues Projekt zu beginnen!

Checkliste für Projektplanungen:

Ziele / Bedarf

- ✔ Welche Ziele sollen erreicht werden?
- ✔ Wie sieht die Ausgangslage aus?
- ✔ Was müssen die Ziele des Projektes leisten?
- ✔ Gibt es einen Bedarf, den das geplante Projekt erfüllen soll?
- ✔ Welche Ideen bestehen für das geplante Projekt?
- ✔ Wer ist die Zielgruppe des Projektes?

Ressourcen / Beteiligte

- ✔ Welche Ressourcen werden für das Projekt gebraucht?
- ✔ Welche Ressourcen stehen zur Verfügung?
- ✔ Wer ist wichtig, um das geplante Projekt auf den Weg zu bringen?
- ✔ Wer ist am Projekt beteiligt (Projektbeteiligte)?
- ✔ Was können die Beteiligten einbringen?
- ✔ Wer will bei dem Projekt mitmachen?
- ✔ Wie soll die Zusammenarbeit im Projekt organisiert werden?
- ✔ Wer könnte das Projekt be- bzw. verhindern?
- ✔ Was brauchen die Beteiligten, um die Projektarbeit zu leisten?
- ✔ Welche Aufgaben sind an wen zu verteilen?

Fortsetzung →

Organisation

- ✔ Welche Organisationsstruktur passt am besten, um die Projektziele zu verwirklichen?
- ✔ Wer kann welche Aufgaben übernehmen?
- ✔ Wer ist für die jeweiligen Aufgaben zuständig, wer verantwortlich?
- ✔ Wie soll das Projekt gesteuert werden?
- ✔ Welche Probleme oder Widerstände können im Projektverlauf auftreten?
- ✔ Wie können die Beteiligten sich gegenseitig informieren und austauschen?

Zeitplanung

- ✔ Welche Aufgaben sind zu welchem Zeitpunkt zu realisieren?
- ✔ Was muss bei einer genauen Zeit- und Terminplanung berücksichtigt werden?
- ✔ Welchen Zusammenhang gibt es zwischen den Aufgaben, welche Abhängigkeiten gibt es zwischen den Arbeitsschritten?
- ✔ Wie kann der Projektverlauf grafisch dargestellt werden?

Abschluss

- ✔ Sind die Ziele erreicht worden?
- ✔ Wie soll das Projektende organisiert werden?
- ✔ Soll die Arbeit des Projektes dokumentiert werden?
- ✔ Was soll von der Projektarbeit dokumentiert werden?
- ✔ Wie sollen die Arbeiten und die Erfahrungen, die im Projekt gemacht wurden, dokumentiert werden?

4.3 Netzwerkarbeit

In diesem Kapitel handelt es sich um Orientierungspunkte, die in der Praxis flexibel zu handhaben sind.

Was sind Netzwerke?

Obwohl der Begriff „Netzwerk" heute als große Mode gelten kann, sind Netzwerke als soziales Phänomen keineswegs neu. Immer schon organisieren sich oder finden sich Menschen in Netzwerken; zu allen Zeiten, in allen Kulturen und unter unterschiedlichen Bedingungen gab es Netzwerke. Doch erst jetzt werden Netzwerke zu einem umfassend verwendeten Begriff.

Definition Netzwerk

Dies liegt daran, dass Netzwerke in der Vergangenheit zwar auch eine „natürliche" Form der sozialen Organisation waren, aber sie erwiesen sich in einer Gesellschaft, in der sehr stark strukturierte Hierarchie- und Machtverhältnisse, klare Organisationsformen (etwa: Kirche, Herrschaftshöfe) herrschten, als weniger durchsetzungsfähig und schwächer. Netzwerke wurden so meistens von Herrschaftsstrukturen übertroffen, die Ressourcen zentralisierten und um bestimmte zentral definierte Ziele in Einsatz brachten, die wiederum mittels vertikaler Hierarchie- und Befehlsstrukturen durchgesetzt wurden. „Die Umwandlung von positionellen Organisationsformen in dezentrale, netzwerkartige Strukturen, wie wir sie Tag für Tag beobachten, signalisiert den Aufstieg der Netzwerkgesellschaft."[10]

Man muss zunächst zwischen Netzwerken unterscheiden, in die Menschen gleichsam naturwüchsig eingebunden sind, etwa in Clans, Freundschaftsgruppen, Nachbarschaften, und solchen, die bewusst und geplant gegründet wurden bzw. inszeniert werden. Hier in unserem Zusammenhang interessieren vor allem die letzteren Netzwerke: Wir können sie strategische nennen, die zu bestimmten Zwecken und intentional existieren.

[10] Manuel Castells

Sie zeichnen sich durch die folgenden Eigenarten aus:

- Netzwerke haben keinen Mittelpunkt.
- Netzwerke sind in ihren Leistungen zunächst einmal wertfrei, sie arbeiten auf Ziele hin, deren Erreichung zu ihrem Programm gehört. Netzwerke sind auf ihre Kommunikationsfähigkeiten angewiesen. Netzwerke weisen eine hohe Flexibilität auf und können ebenso flexibel schrumpfen oder wachsen.
- Unter einem sozialen Netzwerk kann daher eine „eigenständige Form der Koordination von Interaktionen verstanden werden, deren Kern die vertrauensvolle Kooperation autonomer, aber interdependenter (wechselseitig voneinander abhängiger) Akteure ist, die in einem begrenzten Zeitraum zusammenarbeiten und dabei auf die Interessen des jeweiligen Partners Rücksicht nehmen, weil sie auf diese Weise ihre partikularen Ziele besser realisieren können als durch nicht-koordiniertes Handeln."[11]

Welche Typen von Netzwerken gibt?

Mit dem Begriff „Netzwerk" werden soziale Beziehungssysteme bezeichnet, die auf unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft oder in verschiedenen sozialökologischen Systemen angesiedelt sind. Daraus ergeben sich auch unterschiedliche Netzwerktypen[12]:

Unterschiedliche Netzwerktypen

- wie z. B. familiäre und Freundschafts-Netze, die durch Kontakt, Nähe, Intimität, Vertrauen ausgezeichnet sind[13]
- Netzwerke in Institutionen und Organisationen, z. B. Unternehmen, staatliche Bürokratien, Schulen usw.[14]
- die zwischen den zwei oben genannten Netzwerken angesiedelt sind und häufig als Alternative zwischen diesen Ebenen fungieren, wie Selbsthilfegruppen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs – Non Governmental Organizations), Nichtprofitorganisationen (NPOs – Non Profit Organizations) oder intermediäre professionelle Dienstleistungen (z. B. Wohlfahrtsverbände).[15]

[11] Weyer (2000)
[12] Fischer, Eichener, Nell (2003)
[13] primäre und mikrosoziale Netzwerke
[14] sekundäre oder makrosoziale Netzwerke
[15] tertiäre oder mesosoziale Netzwerke

Die oben genannten Netzwerktypen sind miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig. Mikro-, Meso- und Makroebene überschneiden sich und sind ineinander verschränkt. Darüber hinaus hat Netzwerkarbeit unterschiedliche Bezugspunkte und kann sowohl auf das Individuum, die Gruppe, Organisationen oder das Gemeinwesen gerichtet sein. Dadurch entstehen neue, größere Netzwerke. Das Netzwerk eines Individuums (Familie, Verwandte) ist oft die Grundlage für den Aufbau größerer Netzwerke, z. B. Selbsthilfeorganisationen und andere organisierte Gruppen (z. B. Vereine).

Warum ist es sinnvoll, ein Netzwerk zu gründen? Funktion und Wirkung von Netzwerken

Die Funktionen eines Netzwerkes unterscheiden sich je nach Charakter und Typus des Netzwerkes (Freiwillige, Hauptamtliche, unterschiedliche gesellschaftliche Institutionen usw.). Je nach Effizienz der Netzwerkarbeit und Qualität der Vernetzung erzielen sie die gewünschte Wirkung oder auch nicht. Um die unterschiedlichen Funktionen der Netzwerke zu betrachten, muss man sich auf die verschiedenen Netzwerktypen konzentrieren.

Funktion von Netzwerken

Netzwerke dienen dazu, dass die Interessen aller beteiligten Akteure verfolgt werden können und ein gegenseitiger Nutzen entsteht. Es gibt keine Konkurrenz zwischen den Akteuren, sondern eine Art Kooperation mit einem gemeinsamen Verfahren und einem gemeinsamen Ziel.

Für dieses Handbuch werden wir uns auf sekundäre und tertiäre Netzwerke und die Netzwerke, die dazwischen entstehen können, konzentrieren. Diese wurden im Rahmen des Projekts „Altengerechte Stadt“ als sinnvoll und wichtig für die Förderung des Engagements älterer Menschen gehalten und bei den Themenwerkstätten des Projekts als Good-Practice-Beispiele präsentiert.

Der Altersstrukturwandel in Form von *Singularisierung* und *Entberuflichung* und der Wandel der Familienstrukturen, Familienmitglieder verbringen nur einen kleinen Teil ihres Lebens miteinander in einem Haus-

halt, haben entscheidende Auswirkungen auf die Lebenslage Älterer. Die Aktivitätsmöglichkeiten und Mitwirkung an verschiedenen Strukturen werden geringer, obwohl die Bereitschaft und die Kompetenzen dafür zur Verfügung stehen.

Hier nimmt die Netzwerkarbeit mit Älteren eine besondere Bedeutung ein. Denn diese hat viele Vorteile für die Senioren selber im Stadtteil und im Gemeinwesen, aber auch für die sozialen Träger.

Wirkung von Netzwerken

Das Engagement im Netzwerk ermöglicht eine Neuorientierung im nachberuflichen Leben, wobei Ältere ihre Kompetenzen und Interessen einbringen können. Alternative Tätigkeits- und Engagementfelder werden geboten, neue soziale Kontakte gegen Isolation und Vereinsamung werden angeknüpft und sinnvolle, nützliche Aufgaben für sich selber und für andere entstehen.

Die Aktivierung durch neue Freizeitbeschäftigungen, die Anerkennung von anderen und die sozialen Kontakte führen zur höheren Lebenszufriedenheit und das Wohlbefinden steigt, was zu einer Verbesserung der Gesundheit führen kann[16]. Durch Netzwerkarbeit können neue Konzepte und Strategien entstehen, aber auch indirekte wirtschaftliche Gewinne für die sozialen Träger.

Verschiedene Projekte können verwicklicht werden und durch die Synergien, die mit Netzwerkarbeit entstehen, ein besseres und sinnvolleres Ergebnis erreichen. Die Supportfunktion der Netzwerke dient dazu, dass mehrere Träger, aber auch Personen zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen durch Informationsaustausch, Verknüpfung von Kontakten und Kompetenzen.

Je nach Lebensphasen können unterschiedliche Netzwerke aufgebaut und mit der Zeit verändert werden, z. B. Familien- und Freundeskreis, ehrenamtliche Hilfeleistungen usw.

[16] Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004)

Wie kann ich ein Netzwerk gründen? Was brauche ich für eine möglichst nachhaltige Netzwerkarbeit?

Um ein Netzwerk zu gründen, müssen bestimmte Bedingungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit existieren:

Rahmenbedingungen

1. Auf der Planungsebene ist bei der Netzwerkarbeit ein Netzwerkauftrag der Akteure nötig, z. B. Kommunen, Gebietskörperschaften, Freiwillige usw.
2. Auf der Trägerebene[17] muss die Bereitschaft existieren, mit anderen Akteuren zusammenzuarbeiten und sich auf gemeinsame und hierarchiefreie Arbeitsbeziehungen zu einigen.

Hierarchiefreie Arbeitsbeziehungen aufbauen

3. Auf der Handlungsebene müssen die beteiligten Akteure die konkreten Konzepte und Zielformulierungen in ihre Tätigkeitsfelder integrieren wollen bzw. können.

Netzwerkarbeitsphasen

Um ein Netzwerk zu gründen, sind verschiedene zeitliche und inhaltliche Phasen zu betrachten (Abbildung 1):

1. Netzwerkvorbereitung
   a. Klärung der Motivation der jeweiligen Teilnehmer (z. B. Bedarfe im Stadtteil)

   Klärung der Motivation

   b. Klärung der Notwendigkeit zur Netzwerkarbeit
2. Projektvorbereitung
   a. Formulierung der Netzwerkziele: Formulierung der gemeinsamen Ziele und Festlegung der Zielgruppe

   Ziele formulieren

   b. Festlegung von Aufgaben und Ressourcen: Die Ressourcen eines Gruppen-Netzwerkes hängen sowohl von den Ressourcen der einzelnen Akteure als auch von den Ressourcen eines Stadtteils ab. Die Ressourcen der Akteure sind beispielsweise das Personal (Hauptamtliche und Freiwillige) und die Kompetenzen, die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten, die Finanzierung, die Informationen und die Dienstleistungen. Der Stadtteil bietet

   Ressourcen bestimmen

[17] Unter dem Begriff Träger können Institutionen, Unternehmen, Organisationen u.ä. verstanden werden.

die Rahmenbedingungen für die Netzwerkarbeit mit seiner Wohnumgebung, den Einkaufsmöglichkeiten, dem öffentlichen Personennahverkehr und den sozialen Elementen, den Treffpunkten wie Sportplätzen, Kneipen, Vereinen, Klubs, Kirchen, und Institutionen.

3. Steuerung des Netzwerkes

Verantwortlichkeiten benennen

   a. Netzwerksverantwortliche benennen: Dies sind Personen, die für die Organisation des Netzwerkes verantwortlich sind.
   b. Koordination und Steuerung: Vereinbarungen müssen getroffen werden, wie das Netzwerk gesteuert und organisiert werden soll.

4. Regelmäßige Evaluation

Interne und externe Evaluation

   Selbstevaluation, Qualitätsentwicklung und externe Evaluation: Für die Nachhaltigkeit des Netzwerkes ist es wichtig, die Arbeit und die dazugehörenden Beziehungen der beteiligten Akteure zu prüfen und zu evaluieren. Sie dient dazu, einen besseren, objektiveren und klaren Überblick der Arbeit im Netzwerk zu erhalten. Dies ist möglich durch Evaluationsbogen und Checklisten innerhalb des Netzwerkes.

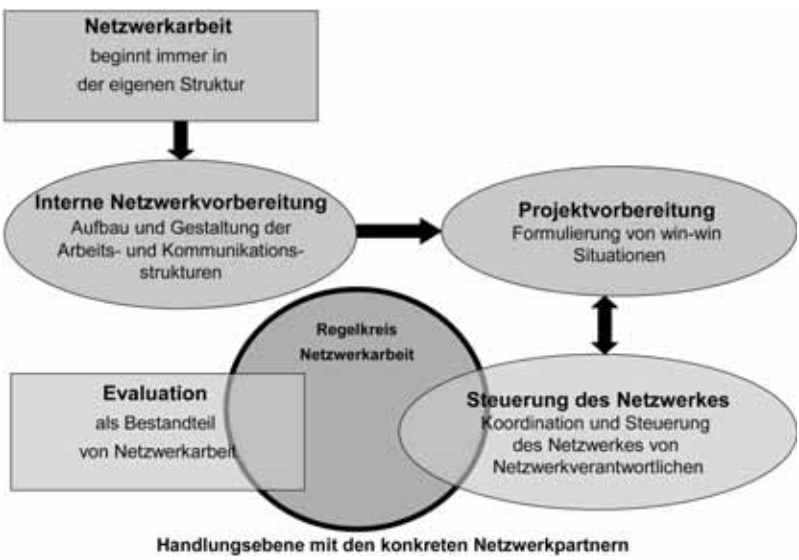


Abbildung 47: Netzwerkarbeitsphasen

Was ist für den Erfolg der Netzwerkarbeit nötig?

Für den Erfolg des Netzwerkes sind allgemeine Faktoren zu berücksichtigen; zu beachten ist aber, dass je nach Netzwerktyp unterschiedliche Anordnungen von Erfolgsfaktoren relevant sind:

- gemeinsames Anliegen: Die Akteure müssen gemeinsame Interessen und eine ähnliche „Wellenlänge" haben: eine gemeinsame Vision, Leitbilder und Zielsetzungen und ein klares Profil des Netzwerkes besitzen, den Netzwerknutzen für alle Partner klar herausarbeiten sowie die eine Gemeinsamkeit in der Identität und Arbeitsteilung schaffen.

Gemeinsame Vision

- Auswahl der Netzwerkbeteiligten: Die Auswahl der Partner ist immer eine Weichenstellung. Klare Bedingungen und Regeln müssen bestimmt werden, um „fähige" Partner zu finden, die auf Grund ihrer eigenen Entwicklung und Stärke in der Lage sind, zu einem Erreichen der Netzwerkziele beitragen zu können.

Netzwerkpartner

- Gewinnung von Interessierten: Netzwerke müssen nach innen hin die Partner mit ihren unterschiedlichen Interessen und Kompetenzen für die aktive Mitwirkung am Netzwerk gewinnen.
- Verfügbarkeit von Ressourcen (personale, finanzielle und sachliche)
- Unterstützung des Netzwerkes durch Schlüsselpersönlichkeiten: Die Bereitschaft für Engagement von Schlüsselpersönlichkeiten aus der Region, Forschung, Unternehmen und verschiedenen Institutionen

Schüsselpersönlichkeiten einbinden

- möglichst situationsangemessene Querverbindungen (Politik, Institutionen, Organisationen, Verbände, usw.)
- verantwortungsvolles, kontinuierliches Engagement und, wenn möglich, längerfristiges für das Netzwerk
- die Teilnahme aller in den Prozess eingebundenen Akteure
- intensive Kommunikation und verlässliche Beziehungen zwischen den Akteuren fördern die Nachhaltigkeit des Netzwerkes. Beziehungspflege über Begegnungen, Wissensaustausch und vor allem gemeinsame Arbeit sind wichtig für die dynamische Dauerhaftigkeit des Netzwerkes.

Nachhaltigkeit sichern

Verantwortung teilen

- ein demokratisches Verfahren zwischen den Akteuren: Die beteiligten Akteure müssen bereit sein, ihre „Macht" abzugeben und durch Diskussion und Zusammenarbeit, bei der alle Akteure gleichwertig und gleich beteiligt sind, zusammenzuwirken.
- gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Hilfe aller Akteure, z. B. Transparenz durch abgestimmte Informationsflüsse
- solange die eigenen Interessen den gemeinsamen Interessen nicht widersprechen, gibt es keine Gefahr der Ausnutzung des Netzwerkes.

Kooperationskultur pflegen

Die Anforderungen an die Netzwerkpartner sind also hoch. Da meist klare Rollenerwartungen, Hierarchisierungen und Regelsysteme fehlen – wie sie in Organisationen üblich sind –, muss an der Kooperationskultur über lange Zeit und intensiv gearbeitet werden. Dem Umgang mit Konflikten (z. B. Machtkonflikte, Verteilkonflikte, Loyalitätskonflikte, Ausgewogenheit von Geben und Nehmen) ist dabei besonderes Augenmerk zu schenken.

Festlegung der Grundlagen der Netzwerkarbeit

Die Grundlagen über das Arbeiten in einem Netzwerk sollen alle Partner in einer Kooperationsvereinbarung festlegen. In dieser sollte übereinstimmend festgehalten werden:

- Was soll das Netzwerk für seine Mitglieder leisten?
- Was sollen die Mitglieder für das Netzwerk leisten?
- Welche Bedingungen gibt es zur Aufnahme von neuen Partnern?
- Wie organisiert sich das Netzwerk in Bezug auf Steuerung, Zuständigkeiten, Kommunikation, Außendarstellung, ggf. Marketing und Projektabwicklung sowie Vereinbarungen zum Netzwerkklima?

Netzwerke sind keine fertigen sozialen Gebilde für schnelle Erfolge, die man einfach bilden kann, um gute Ergebnisse zu erzielen, sondern ihre Erfolge entstehen durch intensive Kooperation, Vertrauen, Engagementbereitschaft und Kommunikation.

Checkliste Netzwerkarbeit

Netzwerkvorbereitung

- ✔ Was sind die Visionen / Leitbilder / Motivationen der einzelnen Akteure, ein Netzwerk zu gründen?
- ✔ Warum ist der Aufbau eines Netzwerkes notwendig?

Projektvorbereitung

- ✔ Was sind die gemeinsamen Ziele, die durch die Netzwerkarbeit erreicht werden sollen?
- ✔ Wer ist die Zielgruppe?
- ✔ Liegen Informationen über die Zielgruppe / Thematik vor? Wenn nicht, wie wichtig ist es, diese zu haben? Wie können sie gewonnen werden?
- ✔ Welche Partner sollen zusammenarbeiten?
- ✔ Welche Ideen / Vorstellungen gibt es für die Zusammenarbeit der Beteiligten?
- ✔ Was sind die notwendigen Ressourcen? Welche Ressourcen stehen schon zur Verfügung?
  - – sachliche (Materialien, Räumlichkeiten usw.)
  - – personelle
  - – Kontakte (Querverbindungen, Schlüsselpersönlichkeiten usw.)
  - – Kompetenzen
  - – finanzielle usw.
- ✔ Was gibt es für Aufgaben? Wie sollen diese Aufgaben verteilt werden?
- ✔ Was könnte die Netzwerkarbeit verhindern? Wie kann das vermieden werden?
- ✔ Was gibt es für Regeln und Vorschriften, die in der Arbeit im Netzwerk zu verfolgen sind?

Steuerung des Netzwerkes

- ✔ Wie können die Beteiligten sich gegenseitig informieren und austauschen?
- ✔ Wie wird die Netzwerkarbeit organisiert?
- ✔ Wer wird zu der Netzwerksteuerungsgruppe gehören, die die Netzwerkarbeit steuert, koordiniert und organisiert? Wer wird der Ansprechpartner sein?
- ✔ Soll die Netzwerkarbeit dokumentiert werden und was wird dokumentiert?

Evaluation der Netzwerkarbeit

- ✔ Wie wird die Netzwerkarbeit evaluiert?
- ✔ Wer wird die Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung durchführen?
- ✔ Wer wird extern evaluiert?

Beispiel von Netzwerkarbeit
Netzwerk: DOGEWO – Stadt Dortmund – Kreuzviertel-Verein

Thema:	Wohnen im Alter
Netzwerkpartner:	Wohnungsunternehmen: DOGEWO – Stadt: Dortmund – Kreuzviertel-Verein (Projekt der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit)
Ausgangsposition:	Reaktion auf einen sich wandelnden Wohnungsmarkt (Nachfragemarkt)
Anliegen:	Entwicklung von Maßnahmen in den DOGEWO-Wohneinheiten, die die Wohnqualität älterer Mieter erhöhen.
Zielgruppe:	Ältere Mieter
Ziele:	Wohnqualität für ältere Menschen verbessern
Vorgehen:	▸ Informationsveranstaltungen, um die Bedürfnisse älterer Mieter zu erkennen, durchführen (Vorträge, Beratungstermine, Befragungen) ▸ ein Katalog von Ausstattungsmerkmalen, die speziell für ältere Bewohner von Bedeutung sind herstellen ▸ mögliche Umbaumaßnahmen zur Besichtigung ausstellen ▸ Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen fortsetzen ▸ andere Projekte entwickeln, z. B. Conciergesystem
Ergebnisse:	▸ Verbesserung der Qualität und Ausstattung der Wohneinheiten ▸ besseres Wohlbefinden und Wohnzufriedenheitsgefühl der Mieter in den Wohneinheiten ▸ Verbesserung der Beziehung zwischen Mieter und Vermieter ▸ Verknüpfung mit und Bereitstellung von Beratungs-, Betreuungs- und Service-Angeboten (ähnlich wie bei Betreutem Wohnen) ▸ gegenseitige Unterstützung der Netzwerkpartner ▸ Öffentlichkeitsarbeit und Bereitstellung von Informationen über die Tätigkeiten der Netzwerkpartner

(für eine ausführliche Darstellung des Projektes und andere Beispiele siehe auch Kapitel 5)

4.4 Vereinsrechtliche, steuerrechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Rahmenbedingungen

Bei aller Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, stellen sich viele Freiwillige, besonders aus eingetragenen Vereinen, vereinsrechtliche, steuerrechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Fragen. Auch wenn es kein großes Vergnügen bereitet, sich mit diesen formellen Bedingungen auseinanderzusetzen, sind sie zu beachten, wenn es nicht zu bösen Überraschungen kommen soll, wie z. B. bei einem Unfall oder wenn das Finanzamt plötzlich Steuerforderungen stellt. Wenn diese Fragen nicht geklärt sind, kann dies ein zentraler Hinderungsgrund für das bürgerschaftliche Engagement sein.

Formelle Rahmenbedingungen berücksichtigen

Von daher ist beim bürgerschaftlichen Engagement von drei zentralen Grundsätzen auszugehen, die sich auf den formellen Rahmen beziehen:

1. Bürgerschaftlich Engagierte sollten einen angemessenen Versicherungsschutz erhalten, der sich auf eine Unfallversicherung und eine Haftpflichtversicherung im Schadensfall bezieht.
2. Soweit es die finanziellen Möglichkeiten zulassen, sollten Freiwillige Aufwandsentschädigungen z. B. für tatsächlich angefallene Fahrt- und Telefonkosten erhalten.
3. Steuerrechtliche Fragen sollten besonders bei anfallenden Einnahmen frühzeitig mit einem kompetenten Rechtsanwalt oder Steuerberater beraten werden.

Versicherungsschutz, Aufwandentschädigungen und Finanzamt

Im Rahmen von selbstorganisierten Initiativen stellt sich ab einem bestimmten Punkt die Frage, ob die lose Verbindung von Einzelpersonen einen rechtlichen Rahmen erhalten soll. Dies wird z. B. erforderlich, wenn sich eine Initiative dazu entscheidet, die Trägerschaft eines bisher in kommunaler Verantwortung getragenen Freibads zu übernehmen. Hierzu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Am gebräuchlichsten ist die

Rat von Experten einholen

Gründung eines eingetragenen Vereins, der die Gemeinnützigkeit beim Finanzamt beantragen kann. In den folgenden Ausführungen kann es sich nicht um rechtsbelastbare Aussagen handeln. Es geht eher darum, eine Sensibilität und Aufmerksamkeit für Fragen zu erzeugen, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Im Zweifelsfall ist immer der Rat von Experten einzuholen.

Verein

Als Verein bezeichnet man eine Organisation, die auf eine gewisse Dauer angelegt ist, einen eigenen Namen führt und in der sich Personen zu einem bestimmten gemeinsamen, durch Satzung festgelegtem Tun, zur Pflege bestimmter gemeinsamer Interessen oder ähnlichem zusammengeschlossen haben.

Gemeinnützigkeit

Es wird zwischen eingetragenen (e.V.) und nicht eingetragenen Vereinen (n.e.V.) unterschieden. Sowohl eingetragene Vereine als auch nicht eingetragene Vereine können gemeinnützig sein. Der Verein ist: „Ein auf Dauer angelegter Zusammenschluss von natürlichen oder juristischen Personen, der einen gemeinsamen Namen trägt, sich von hierzu bestimmten Mitgliedern vertreten lassen kann und in dem jeder im Rahmen der Satzung nach freien Stücken ein- und austreten kann." (BGB). Mindestvoraussetzung für die Gründung eines Vereins sind eine Anzahl von sieben Vereinsmitgliedern und eine Satzung, in der insbesondere die Befugnisse des Vereinsvorstands definiert sind. Die Vereine bestimmen ihre Satzung unter Berücksichtigung der Vorschriften der §§ 21-79 BGB selbst.

Ein eingetragener Verein (Abk. e.V.) ist ein Verein, der in das Vereinsregister des jeweils zuständigen Amtsgerichts eingetragen ist. Für die Zuständigkeit des Amtsgerichts ist der Vereinssitz maßgeblich.

Rechtliches

Eingetragene Vereine sind juristische Personen. Sie sind rechtsfähig, das heißt, sie können als Rechtssubjekte selbst Träger von Rechten und Pflichten sein. Sie können vor Gericht klagen und verklagt werden. Der Vorstand vertritt den Verein nach außen. Dem e.V. kann die Rechtsfähigkeit auf Antrag oder von Amts wegen entzogen werden, wenn

- durch einen gesetzeswidrigen Vorstands- oder Mitgliederversammlungsbeschluss das Gemeinwohl gefährdet ist,
- der Verein satzungswidrig wirtschaftliche Zwecke verfolgt oder
- die Zahl der Vereinsmitglieder unter drei sinkt.

Haftungsfragen

Für Verbindlichkeiten, die der Verein durch seinen Vorstand begründet, haften nicht die einzelnen Vereinsmitglieder mit ihrem jeweiligen Privatvermögen, sondern nur der Verein mit dem Vereinsvermögen. Ausnahmsweise kann es zur Haftung der Vorstandsmitglieder kommen.

Die Einrichtung eines Vorstands ist gesetzlich vorgeschrieben (§ 26 BGB). Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Wenn Mitglieder des Vorstands fehlen, so kann das zuständige Amtsgericht auf Antrag einen Vorstand bestellen.

Organe

Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung. Sie entscheidet in allen Vereinsangelegenheiten, die nicht vom Vorstand oder einem anderen in der Satzung bestimmten Organ zu besorgen sind. Zu einer Mitgliederversammlung hat der Vorstand in den von der Satzung bestimmten Fällen und wenn die Interessen des Vereins es gebieten, einzuberufen. In der Praxis ist es üblich, dass die Satzungen eine regelmäßige jährliche Mitgliederversammlung vorsehen. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit der Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Eine Änderung der Satzung sowie die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der Erschienenen.

Beitritt und Austritt

Die Mitgliedschaft im Verein wird entweder durch Mitwirkung als Gründer oder durch Beitritt erworben. Der Beitritt ist ein Vertrag zwischen dem Verein und dem neuen Mitglied, setzt also dessen Antrag und die Annahme durch den Verein, vertreten vom Vorstand, voraus. Die Rechte aus der Mitgliedschaft sind nicht übertragbar und nicht vererblich. Die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte kann niemand anderem überlassen werden. Die Mitgliedschaft endet durch Tod oder Austritt. Die Austrittserklärung ist eine empfangsbedürftige Willenserklärung. Die Satzung kann – was in der Praxis üblich ist – vorsehen, dass der Austritt nur zum Ende des Geschäftsjahres wirkt.

Ins Vereinsregister eingetragene Vereinsnamen sind gewöhnlich Eigennamen, das nachgestellte e.V. ist jedoch kein Bestandteil dieses Eigennamens. Das Kürzel e.V. dient lediglich als Hinweis auf den Rechtsstatus des Zusammenschlusses (zum Beispiel in Briefköpfen oder in amtlichen Schriftstücken) und kann in der Regel weggelassen werden.

Der Verein wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung oder durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufgelöst. Sein Vermögen fällt dann an die in der Satzung bestimmten Personen. Enthält die Satzung hierüber keine Bestimmung, so fällt das Vermögen an den Fiskus des Bundeslandes, in dem der Verein seinen Sitz hat.

Steuerpflichtigkeit

Vereine sind grundsätzlich steuerpflichtig. Steuervergünstigungen setzen voraus, dass der Verein gemeinnützig ist. Ein Verein dient dann gemeinnützigen Zwecken, wenn „seine Tätigkeit nach Satzung und tatsächlicher Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern" (§ 52 der Abgabenordnung).[18]

Spenden

Neben den Steuervergünstigungen können gemeinnützige Vereine Zuwendungsbescheinigungen für Spender ausstellen, die in Form von Geld oder Sachleistungen erbracht werden können. Die Zuwendungsbescheinigungen können steuerlich geltend gemacht werden.

Aufwandsentschädigungen

Obwohl das bürgerschaftliche Engagement in der Regel unentgeltlich ausgeübt wird und die Freiwilligen meistens bereit sind, auch Geld in ihre ehrenamtlichen Aktivitäten zu investieren, stellt sich die Frage nach Aufwandsentschädigungen. Der Begriff „Aufwandsentschädigung" wird für folgende unterschiedliche Sachverhalte verwendet[19]:

Unterschiedliche Sachverhalte

1. Es werden die tatsächlich entstanden Aufwendungen (z.B. Porto, Telefonkosten) gegen Einzelnachweis erstattet.
2. Die tatsächlich anfallenden Aufwendungen werden durch Zahlung einer Aufwandspauschale erstattet. Der Einzelnachweis entfällt.

[18] Vgl. Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 2005

[19] Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerlichen Engagements", Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002

3. Es werden nicht nur die tatsächlich entstehenden Kosten, sondern auch der Zeitaufwand für das bürgerschaftliche Engagement erstattet.
4. Schließlich kann mit „Aufwandsentschädigung" auch eine Erstattung des durch das Engagement bedingten Verdienstausfalls gemeint sein.

Die Erstattungen im Fall 1 unterliegen „nicht der Einkommenssteuer". Im 2. Fall handelt es sich dann um nicht zu versteuernde Einkünfte, wenn die pauschalen Aufwandsentschädigungen nur ganz unwesentlich über den tatsächlich entstandenen Aufwendungen liegen.

Der Wunsch, die tatsächlich anfallenden Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement als Werbungskosten bei den beruflichen Einkünften geltend zu machen, ist von der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerlichen Engagements" des Deutschen Bundestags abgelehnt worden.

Klarheit schaffen

Um Missverständnisse zu vermeiden und Klarheit zu schaffen, sollten folgende Regeln beachtet werden[20]:

- Zu Beginn festlegen, ob und in welcher Höhe Aufwandsentschädigungen gezahlt werden können.
- Kostenerstattungen unbürokratisch handhaben.
- Die Zeiträume für Abrechnungen festlegen.
- Abrechnungsmodalitäten festlegen und Verantwortliche benennen.
- Nur die Kosten erstatten, die den Regeln und den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen.

[20] Vgl. AWO-Bundesverband (Hrsg.) (2000): Praxishandbuch Ehrenamt. Bonn

Versicherungsschutz

Vereinshaftpflichtversicherung und Unfallversicherung

Bürgerschaftliches Engagement ist vielfach mit Risiken verknüpft, deren sich nicht immer alle Beteiligten und Verantwortlichen bewusst sind. Dabei geht es nicht nur um den Schutz gegenüber den Freiwilligen, sondern auch gegenüber Dritten. In der Regel besteht die Notwendigkeit, eine Vereinshaftpflichtversicherung durch die Träger sowie eine gesetzliche Unfallversicherung auf Felder des bürgerschaftlichen Engagements zu übertragen. Im Schadensfall ist meist unverzüglich eine Meldung bei der Versicherung vorzunehmen. Der Betroffene erhält dann eine Schadensanzeige, die ausgefüllt an die Verantwortlichen z. B. eines Vereins zurückgeschickt wird.

4.5 Altersbildung[21]: für das bürgerschaftliche Engagement unverzichtbar

Mit der zunehmenden Bedeutung der Aktivitätspotenziale und der Ressourcen im Alter ist eine Aufwertung der Bildungsfrage verknüpft. Durch die Übernahme von verantwortungsvollen Aufgaben und Tätigkeiten entstehen immer wieder Lernbedürfnisse. Es ist bekannt, dass Bildung im Alter zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements führt. Sie fördert soziale Aktivitäten im Alter und kann orientierend dabei wirken, neue Tätigkeitsfelder zu entdecken[22]. Weiter sollte Altersbildung ein fester Bestandteil einer Anerkennungskultur des bürgerschaftlichen Engagements sein. Darüber hinaus käme es in der Gesellschaft zu Bildungsarmut, wenn den über 60-Jährigen, die demnächst ein Drittel der Bevölkerung umfassen, nicht der Zugang zu systematischen Lernprozessen eröffnet würde.

Bildung im Alter stärkt bürgerschaftliches Engagement

Bildung im Alter trägt zu einer vernünftigen Lebensweise im Alter bei. Sie ist eine unverzichtbare Investition, die die Fähigkeiten im Alter stärkt und die Chancen eines eigenständigen Lebens fördert. Sie trägt zu einem gelingenden Alter bei, wirkt lebensbereichernd, gesundheitsfördernd und somit lebensverlängernd. Altersbildung ist somit ein Beitrag zu einer prophylaktischen Gesundheitspolitik, die letztlich kostenmindernde Effekte bei den Gesundheitsausgaben hat. Altersbildung wird so zu einer gesellschaftlichen Pflichtaufgabe und zu einem individuellen Lebensbedürfnis. Lernen im Alter ist eine gewinnbringende Investition für den Einzelnen und die Gesellschaft. Dies verdeutlicht, dass Altersbildung nicht ausschließlich als Instrument zur Qualifizierung zum Ehrenamt verengt werden darf. Bildung auch im Alter hat einen Wert an sich, der für das menschliche Leben unabdingbar ist.

Bildung wirkt lebensverlängernd.

Trotz dieser positiven Effekte der Altersbildung ist festzustellen, dass nach wie vor nur eine Minderheit älterer Menschen an Angeboten der

[21] Im Folgenden gebrauche ich den Begriff „Altersbildung", da er weiter gefasst ist als der Begriff „Altersbildung". So berücksichtigt Altersbildung immer auch das Verhältnis der Generationen untereinander und ist nicht auf die Bildung älterer Menschen begrenzt.

[22] Schröder, Gilberg (2005)

traditionellen Träger der Weiterbildung teilnimmt. Hinzu kommt, dass die Teilnehmer eher aus der Mittelschicht kommen und vor allem sog. Bildungsungewohnte nicht erreicht werden. Die Motive für die Bildungsabstinenz sind vielschichtig, aber zwei seien hier genannt: Erstens sehen viele ältere Menschen keine Begründung für Bildung in der nachberuflichen Lebensphase. Zweitens führen eigene negative Lernerfahrungen aus der Schul- und Berufszeit oft zur Bildungsverweigerung von älteren Menschen. Dagegen ist in Zukunft aber aufgrund der zahlenmäßigen Zunahme älterer Menschen, ihres besseren Gesundheitszustands und ihres höheren Bildungsabschlusses mit deutlich mehr Bildungsteilnehmern aus der älteren Generation zu rechnen. Darüber hinaus ist mit einem höheren Qualitätsanspruch der kommenden Senioren an Angebote der Weiterbildung zu rechnen.

Steigende Nachfrage bei Altersbildung

Ein großes Problem der Altersbildung[23] ist oft ihre „Praxislosigkeit". Für viele stellt sich die Frage, was mit dem Gelernten geschehen soll. Daher wird Bildung als eine für das Alter nicht relevante Tätigkeit betrachtet. Aus diesem Grund sind Angebote der Altersbildung sehr stark darauf anzulegen, dass sie die Handlungskompetenz der Teilnehmenden im Alltäglichen, aber auch im Gesellschaftspolitischen stärkt.

Warum im Alter lernen?

Zukünftige Altersbildung hat von folgenden Grundsätzen auszugehen[24]:

> Das Wichtigste ist der Sinnbezug des Lernens. Lernen im Alter muss entsprechend handlungs- und praxisorientiert sein. Altersbildung muss den Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Handlungsfeldern eröffnen. Ein starker Bezug zum Erfahrungswissen der Älteren, z. B. durch die Anwendung der Methoden des biographischen Lernens, ist unverzichtbar. Eine wichtige Perspektive der Altersbildung wird darin bestehen, einen engen Bezug zu selbstorganisierten Projekten herzustellen. Das bedeutet, dass Senioren in zunehmender Weise in Kooperation mit Hauptberuflichen selbstständig Bildungsangebote entwickeln und durchführen werden.

Bildung und selbstorganisierte Projekte

[23] Köster, Schramek, Dorn (2008)
[24] Köster, D. / Schramek, R., 2005

Im Allgemeinen hat Bildung im Alter drei grundsätzliche Aufgaben zu erfüllen:

Drei Aufgaben von Bildung

1. die Persönlichkeit fortzuentwickeln,
2. zum bürgerschaftlichen Engagement zu befähigen,
3. am gesellschaftspolitischen Leben als „mündiger" Bürger teilzunehmen.

Diese drei Aufgaben sind mit der Aneignung von Fähigkeiten zur Bewältigung des komplexen Alltags verwoben.

Erweiterter Bildungsbegriff

In der Altersbildung ist von einem erweiterten Bildungsbegriff auszugehen. Lernen im Alter ist nicht nur an formelle Strukturen gebunden. Nonformales Lernen im Alter findet in größerem Ausmaß in selbstorganisierten Senioreninitiativen statt. Dies verweist auf drei zentrale Voraussetzungen des Lernens im Alter, die in Zukunft beachtet werden müssen:

1. Selbstorganisation, die die Unterstützung Hauptamtlicher immer einschließt
2. Vergemeinschaftung, also gemeinsame soziale Beziehungen der Teilnehmenden untereinander
3. gemeinsame Milieus, die die Teilnahmebarrieren absenken.

Lernfähigkeit im Alter

Oft stellen sich ältere Menschen die Frage, ob sie überhaupt noch in der Lage sind zu lernen. Diese Frage ist eindeutig zu bejahen. Ältere Menschen sind, soweit keine gesundheitlichen Einschränkungen vorliegen, bis zum Lebensende in hohem Ausmaße lernfähig. Entscheidend für die Lernfähigkeit im Alter ist nicht so sehr das kalendarische Alter als die Bedeutung, die das Lernen und die Bildung im bisherigen Lebensweg hatte. Die Lernfähigkeit wird mehr von der Übung und der Gesundheit beeinflusst als vom Alter. Frühes, vielseitiges und kontinuierliches Lernen erleichtert die Entfaltung von Bildung im Alter.

Ältere lernen anders

Ältere Menschen lernen nicht grundsätzlich schlechter als jüngere, aber anders: Ein grundlegender Unterschied zum Lernen in jüngeren Jahren besteht darin, dass das Lernen im Alter von formellen äußeren Zwängen befreit ist. Die Entscheidung, sich auch im Alter weiterzubilden, ist eine freiwillige und höchst individuelle.

Lernen im Alter ist darüber hinaus vor allem Umlernen und weniger Neulernen, wie es in jüngeren Jahren der Fall ist. Es existiert die Gefahr von Inflexibilität, wenn man sich an Eingefahrenes und Gewohntes klammert. Im Alter besitzt der Mensch in der Regel eine Persönlichkeitsstruktur mit einem relativ fest gefügten Repertoire an Deutungs- und Verhaltensmustern, das sich in einem Weltbild verdichtet. So existieren teilweise große Vorbehalte gegen ungewohnte Methoden wie zum Beispiel Zukunftswerkstätten, Kartenabfragen oder kreativ-bildnerische Ansätze.

Erlerntes bedarf auch im Alter der Überprüfung.

Auch im Alter existiert die Notwendigkeit, bisher Erlerntes immer wieder auf den Prüfstand neuerer Erkenntnisse zu stellen. Dies wird vor dem Hintergrund des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels immer dringlicher. Um die Anschlussfähigkeit auch im Alter an den gesellschaftlichen Wandel zu erhalten, ist einmal Erlerntes nicht für ewig, sondern bedarf der dauernden Erneuerung.

Schlüsselqualifikationen

Altersbildung zielt im Rahmen selbstbestimmter Lernprozesse auf die Aneignung von Schlüsselqualifikationen. Zwei zentrale sind hier die Utopiekompetenz und die Identitätskompetenz.

Utopiekompetenz

In einer sich beschleunigenden gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik zählt verstärkt nur noch die Gegenwartsorientierung, die Verbindung zur Geschichte droht verloren zu gehen. Das lebensbiographische Lernen im historischen Kontext ermöglicht Vergangenes zu reflektieren, um daraus Schlussfolgerungen für die Gestaltung einer humanen Zukunft zu ziehen, die eine visionäre Lebensführung im Alter ermöglicht. Dies kann als **Utopiekompetenz** bezeichnet werden. Nach Baltes[25] besteht die Utopie des Alters in der Einsicht, dass die „eigene Endlichkeit sich in den nachfolgenden Generationen auflöst".

Identitätskompetenz

Eine weitere Herausforderung im Alter besteht darin, sich in einer erwerbszentrierten Gesellschaft jenseits der Berufstätigkeit neue Ziele zu setzen. Zum Erhalt, zur Förderung der Identität und des individuellen Wachstums bedarf es einer Weiterbildung im Alter, die der Frage nachgeht, was das Sinnvolle im Alter sein kann. Dies ist die Schlüsselqualifikation der Identitätskompetenz. Dabei gilt der Grundsatz: Je entfremdeter die Berufstätigkeit war, umso mehr bedarf es der Bildung, um neue sinnvolle Tätigkeitsfelder zu entdecken.

[25] Baltes (2004)

Themen der Altersbildung lassen sich in drei Themenblöcke aufteilen:

Themen der Altersbildung

1. **Kompetenzerwerb zur besseren Alltagsbewältigung**
   Dazu zählen z. B. Kurse zum Gedächtnistraining, zur Sinnstiftung im Alter, zur Einsamkeit im Alter.
2. **Kognitives Lernen und Wissensvermittlung**
   Die Themen orientieren sich am klassischen Programm der Erwachsenenbildung. Dazu zählen die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, aber auch Sprachunterricht.
3. **Qualifizierung für nachberufliche Tätigkeiten**
   Ein Teil der Angebote der Altersbildung zielt direkt auf die Qualifizierung zum bürgerschaftlichen Engagement.

Grundsätzlich sollte das Lernen im Alter von folgenden methodisch-didaktischen Besonderheiten ausgehen[26]:

Besonderheiten

1. Lernen im Alter muss alles verhindern, was „Schulfrustassoziationen" auslöst. Altersbildung muss selbstbestimmtes Lernen ermöglichen, das Belehren ist kontraproduktiv.
2. Älteren sollten sich beim Lernen auf das Bedeutsame konzentrieren können, das ihnen Orientierungen und soziale Zugänge zur Welt erlaubt.
3. Angebote der Altersbildung müssen entsprechend der Vielfalt des Alters den differenzierten Zielgruppen entsprechen.
4. Für das Weiterlernen müssen in der nachberuflichen Lebensphase neue sinnvolle Aufgabenfelder gefunden werden, die an den Erfahrungen der Lebensbiographie ansetzen. Lernen wird dadurch erleichtert, dass an früher Gelerntes angeknüpft wird.
5. Ältere Menschen wollen in Lernprozessen mit allen Sinnen angesprochen werden. Dementsprechend ist Altersbildung ganzheitlich anzulegen, so dass Körper, Geist und Seele angesprochen werden.

[26] Dohmen, G.,2002; Köster, D., 2002. Sicherlich sind viele der hier aufgeführten Punkte auch auf die Erwachsenen- und Jugendbildung übertragbar. Allerdings ist Bildung im Alter meist im Gegensatz zu den früheren Lebensphasen freiwillig. Das bedeutet: Je weniger diese Aspekte berücksichtigt werden, um so weniger werden ältere Menschen an Weiterbildung teilnehmen.

Selbstbestimmtes Lernen

6. 80 % der Senioren bevorzugen ein Lernen in freieren und selbstbestimmten Formen. Dies erfordert mehr Spielraum für ein individuell gesteuertes Lernen.
7. Im Alter wird weniger auf „Vorrat" gelernt. Das Erlernte sollte möglichst unmittelbar anwendungs- und handlungsrelevant sein.
8. Das Lernen kann länger dauern. Zu schnelle Lernprozesse behindern besonders im Umgang mit neuen Medien den Lernerfolg. Der Umgang mit neuen Medien muss klar und allgemeinverständlich angelegt sein. Häufigere Pausen sind nötig.

Generationsübergreifendes Lernen

9. Zur Stärkung des intergenerationellen Zusammenhalts sollten Ältere ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen Jüngeren zur Verfügung stellen (z. B. in Geschichtswerkstätten). Und umgekehrt können Jüngere die Senioren an ihren Kenntnissen teilhaben lassen. Es handelt sich also um einen gegenseitigen Austauschprozess des Lernens.
10. Die Bildungsveranstaltungen sollten tagsüber und nicht abends durchgeführt werden. Lernmöglichkeiten zu Hause sollten unterstützt werden (Fernlernmaterialien etc.).
11. Die Störanfälligkeit für Außenstörungen könnte zunehmen.
12. Unmittelbare Erfolgsbestätigungen fördern bei bildungsungewohnten Älteren den Lernprozess im Besonderen.
13. Im Lernprozess besitzen Senioren ein großes Bedürfnis, assoziativ zu lernen. Es soll viele Möglichkeiten zum Gespräch und zur Diskussion geben.
14. Es existiert ein großer Bedarf nach Sachorientierung sowie Wissens- und Informationsvermittlung.
15. Lernübungen, die dem einzelnen Älteren keinen Sinnbezug erlauben, sind kaum empfehlenswert. Aus dem Grund sind sie oft auch nicht so gut bei Gedächtnistests, bei denen unzusammenhängende Zahlenkolonnen angefragt werden.

Lernsettings

16. Eine große Bedeutung für das erfolgreiche Lernen im Alter besitzen die äußeren Umstände. Hierzu zählen unter anderem der Veranstaltungsort, die Umgebung, Einzelzimmer, genügend Kleingruppenräume, eine ausgewogene Verpflegung. Sind diese äußeren Bedingungen nicht angemessen, sind Widerstände der Teilnehmenden in verschiedener Form zu erwarten. Sie erschweren die Einnahme einer konstruktiven Haltung für den gesamten Seminarverlauf.

Neben den bisherigen Überlegungen zur Altersbildung für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: Zur Ausübung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten können ganz unterschiedliche Kompetenzen hilfreich sein. Wobei hier zu betonen ist, dass viele ältere Ehrenamtliche ein hohes Maß an Kompetenz gerade aufgrund von Berufs- und Lebenserfahrung mitbringen. Dennoch kann es sinnvoll sein, sich u. U. zusätzliches Handwerkszeug anzueignen. Dazu zählt als eine zentrale Aufgabe, Gruppengespräche zu führen und zu moderieren. Das Beherrschen der Moderationstechniken ist hier sehr nützlich. Die Moderationsmethode führt zu zielgerichteten Ergebnissen unter einer möglichst breiten Beteiligung aller Teilnehmenden einer Veranstaltung. Solche Veranstaltungen können Runde Tische, Zukunftswerkstätten etc. sein. Im Kern zeichnet sich die Moderationsmethode durch eine starke Teilnehmerorientierung aus und ist insofern partizipativ. Aber neben diesen Methodenkompetenzen ist es wichtig zu betonen, dass man vor allem über Kenntnisse verfügen muss, die sich auf das inhaltliche Gebiet des Engagements beziehen. Von daher sind Bildungsveranstaltungen mit inhaltlichen Schwerpunkten sehr günstig. Dazu gehört auch die Fähigkeit, Informationen zu recherchieren und aus der Vielfalt von Inhalten auszuwählen. In einer Gesellschaft mit ständig anwachsender Informationsflut ist diese Kompetenz zentral.

Moderationstechniken erlernen

Weitere Themen für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements können u. a. sein:

Lernthemen für das bürgerschaftliche Engagement

- Grundlagen der Vereinsarbeit
- Ökonomie freier sozialer Arbeit
- Projektentwicklung
- Kommunikation und Teamarbeit
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Strategien zur weiteren Freiwilligengewinnung
- PC-Fertigkeiten

In der Regel ergeben sich Themen von Bildungsveranstaltungen in selbstorganisierten Senioreninitiativen aus der praktischen Arbeit. Hier entstehen oft besondere Aufgabenstellungen und damit Lernherausforderungen, die es erfordern, sich weiter systematisch mit Inhalten auseinanderzusetzen.

4.6 Methoden, Werkzeuge und Verfahren für das Engagement von Senioren in Stadt, Stadtteil und im Wohngebiet

Es gibt über Gruppenarbeitsverfahren und Moderation eine schier unendliche Literatur und ebenso viele Angebote an Schulungen, Trainings und Kursen in neueren Kommunikations-, Steuerungs- und Gruppenarbeitstechniken – mittlerweile auch speziell für Senioren, was aber nicht unbedingt zu empfehlen sein muss. Die folgenden kurzen Ausführungen können eigene Kurse und den vertieften Umgang mit entsprechender Literatur – die man gut aussuchen und vor dem Kauf durchblättern sollte – nicht ersetzen. Wir wollen nur eine Ahnung geben, was man alles bei Aktivierungs- und Partizipationsprozessen veranstalten und wählen kann. Diese größtenteils neueren Verfahren (die meisten sind keine 30 Jahre alt) sind aber tatsächlich sehr nützliche Instrumente, wenn es darum geht, sich zu organisieren, zusammen mit anderen etwas zu gründen, zu bewirken, eigene Ziele und Intentionen zu entwickeln, zu verfolgen und Einfluss zu nehmen.

4.6.1 Gruppenarbeitstechniken – Workshops und Runde Tische

Workshops (oder auch Werkstätten genannt) bezeichnen alle Gruppenveranstaltungen, in denen beabsichtigt ist, gemeinsam bestimmte Inhalte, Themen, Probleme usw. zu bearbeiten. Der Unterschied zu Seminaren liegt darin, dass sie nicht einfach der Wissensvermittlung dienen, sondern dass in den Workshops von den Teilnehmern selbst unter unterschiedlichen Organisationsbedingungen etwas Neues geschaffen wird. Von der Größe her können Workshops/Werkstätten variieren zwischen 8 oder 9 Teilnehmern im Minimum bis zu ungefähr 30 bis 40 Teilnehmern. Die genaue Zahl im oberen Bereich kann je nach der Workshop-

Organisation variieren: Man kann auch in mehreren parallelen Gruppen arbeiten zu verschiedenen oder auch gleichen Themen. Allerdings hat man dann dafür zu sorgen, dass die erarbeiteten Ergebnisse wieder an das Plenum vermittelt bzw. ausgetauscht werden.

Je nach dem genauen Zweck kann man von unterschiedlichen Arten von Workshops und ihrer Gestaltung sprechen: So sprechen wir von Themenwerkstätten wenn es darum geht, Material zu bestimmten Themen oder Problemen zu sammeln und auszutauschen.

Es gibt Kreativ-Workshops, in denen es darum geht, mit so genannten Kreativmethoden (dies sind besondere Arbeitstechniken, die vom alltäglichen Diskutieren abweichen) neue Sichtweisen, neue Lösungen, neue Ziele usw. zu entwickeln.

Und es gibt Problemlösungsworkshops, deren Ziel es ist, relativ stark fokussiert in beschränkter Zeit zusammen zu Lösungen zu kommen, die dann umgesetzt werden können.

Workshops sind von „Runden Tischen" zu unterscheiden. Letztere sind weniger dazu da, um bestimmte Ergebnisse zu erarbeiten, sondern um zwischen unterschiedlichen Gruppen und Interessen Kontakte herzustellen, Positionen auszutauschen, in Netzwerken Gemeinsamkeiten festzustellen, Vertrauen entstehen zu lassen usw. Workshops setzen sich eher Ziele und arbeiten daran, während man in Runden Tischen eher dem Gruppenprozess nachgibt und das Ergebnis offen lässt.

4.6.2 Großgruppenkonferenzen

Großgruppenkonferenzen sind neue Formen der Kommunikation sowohl innerhalb von Organisationen (Unternehmen) als auch in Netzwerken oder anderen Zusammenhängen wie Stadtteilen zu bestimmten Themen, oder um in großem Maßstab Verbesserungsmöglichkeiten und Qualitätsmanagement-Strategien zu entwickeln. Großgruppenkonferenzen sind besonders im Zusammenhang mit beabsichtigten umfassenden Veränderungsprozessen zu einer Methode des gemeinsamen Entwickelns und Veränderns geworden.

Das Prinzip besteht darin: Man holt alle, die in einem bestimmten Kontext (Stadtteil, eine bestimmte große Gruppe, eine Organisation usw.) relevante Beiträge und Sichtweisen liefern können, zusammen, um sie in kürzerer oder längerer Zeit (1–3 Tage) in intensiven Diskussionen und in Gruppen an einer Perspektive arbeiten zu lassen. Dabei sind meistens hierarchische Ebenen, Rollenunterschiede wie Kunden, Konkurrenten usw. nivelliert. Die Teilnehmer bringen nur ihren Sachverstand ein, ohne ihre unterschiedliche Position wichtig werden zu lassen. In letzter Zeit wichtig geworden sind vor allem die folgenden 3 Formen:

(1) Open-Space-Konferenzen

Dies ist eine wenig strukturierte Konferenz, an der von 50 bis zu mehreren hundert Personen (es gibt Open-Space-Konferenzen mit 700–800 Teilnehmern) teilnehmen können. Offener Raum (Open Space) bedeutet dabei, dass wenig vorstrukturiert ist (im Gegensatz zu Tagungen, zu Themen), dass sich relativ spontan zu Themen die verschiedensten Gruppen bilden können; sie organisieren sich und ihren Arbeits- und Dokumentationsprozess weitgehend selbst.

In den selbst organisierten Gruppen treffen Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen und aus unterschiedlichen Bereichen zu Themen zusammen, ohne dass gefragt wird, wer Spezialist und wer Laie ist und welche Interessen er oder sie mitbringt. Bei Open-Space-Konferenzen liegt der Schwerpunkt in der Vorbereitung: Es müssen alle Gruppen hinreichend Materialien (Dokumentationsmaterial Ausstellungsmaterial usw.) sowie Räume zur Verfügung gestellt werden. Es gibt dabei keine feste Mitgliedschaft in Gruppen; man kann vielmehr – dies macht das Wesen von Open Space aus – zwischen den Gruppen nach eigener Entscheidung wechseln oder auch sich auf den Raum bzw. die Öffentlichkeit zwischen den Gruppen konzentrieren, in denen jeweils die Ergebnisse von ein- bis zweistündigen Arbeitsgruppen ausgestellt und ausgetauscht werden.

Open-Space-Konferenzen dauern bis zu drei Tagen; das Minimum ist ein Tag. Die Erfahrung geht dahin, dass ein Tag häufig deshalb zu wenig ist, weil entdeckte Probleme und neue Zusammenhänge dann nicht vertieft oder umgesetzt werden können, wenn die Konferenz bereits nach einem Tag endet.

(2) Zukunftskonferenzen

Sie dienen dem gemeinsamen Entwerfen und der kommunikativen Bildung von Zukunftsvisionen oder von Zielen. Die Zukunftswerkstatt geht zurück auf Robert Jungk, der die Zukunftswerkstätten Anfang der 70er Jahre als gruppenorientierte Problemlösungsmethode entwickelt hat. Dabei wollen und sollen Zukunftswerkstätten nicht nur ausgefeilte Denk- und Kreativitätstechniken sein. Für Stadtteile, für Bürgerinitiativen usw. sind sie auch soziale Ereignisse, in deren Mittelpunkt die Menschen stehen, die an der Zukunftswerkstatt teilnehmen. Hier entstehen Kontakte, eine neue Art der Kommunikation und Ideen, wie man Neues auch umsetzen kann. Somit ist nicht nur das Ergebnis von Zukunftswerkstätten wichtig, sondern auch der Weg bzw. der Prozess dahin. Wenn ein gutes menschliches Verhältnis der Teilnehmer an Zukunftswerkstätten besteht, so trägt das zur Motivation und Ermutigung bei Initiativen bei, fördert die Eigeninitiative und das Engagement. Damit sind die Zukunftswerk-stätten auch für Senioren und Seniorenengagement gute Methoden, wie man sich einbringen und die Strukturen wenigstens ein Stück weit verändern kann.

Auch Zukunftswerkstätten finden normalerweise an mehreren Tagen aufeinander bis zu maximal einer Woche statt; drei bis vier Tage sind ideal, wobei drei Tage gut den einzelnen Phasen einer Zukunftswerkstatt entsprechen:

Der Ablauf von Zukunftswerkstätten weist folgende Schritte auf:

- **Kritikphase,** Beschreibung des Ist-Zustandes, Bestandsaufnahme
- **Phantasiephase,** Ideensuche mit Phantasie für neue Ziele und Lösungen
- **Verwirklichungs- und Praxisphase,** Ideen und Maßnahmen zur Umsetzung

Das Besondere an der Methode ist der kreative Umweg über die Phantasiephase. Dabei entwickeln die Teilnehmer Ideen und Lösungsansätze für die Praxis nicht aus den Problemen und Kritiken, sondern aus ihren Wünschen und Zukunftsentwürfen.

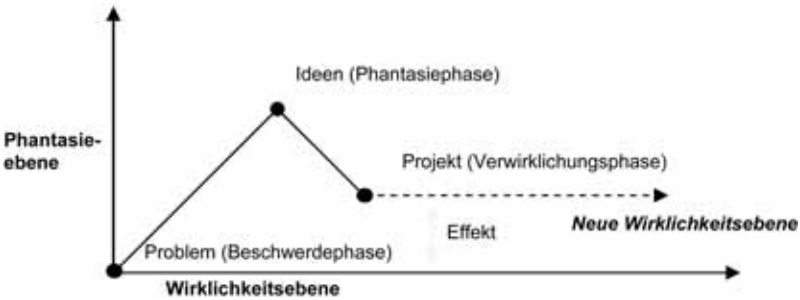


Abbildung 48: Phasenmodell einer Zukunftswerkstatt[27]

Zukunftswerkstätten zeichnen sich dadurch aus, dass sie als zielgerichtete moderierte Groß- und Kleingruppenarbeit geplant und durchgeführt werden können, wobei die inhaltliche Gestaltung und Entwicklung sehr stark von der kreativen Eigenleistung und Beteiligung der Teilnehmer abhängt. Die moderierte Gruppenarbeit eignet sich zur Bearbeitung von komplexen Themen wie auch zur Sammlung von Ideen oder bei Entscheidungsprozessen. Besonderer Vorteil liegt in der Möglichkeit der Einbindung relativ vieler Beteiligter.[28]

(3) Strategiekonferenzen

Sie legen den Fokus auf die Möglichkeit, gemeinsam über Strategien und Maßnahmen nachzudenken. Auch hier wieder ist die Zahl variabel zwischen mehreren Dutzend und mehreren hundert Teilnehmern, wobei wiederum die interne Organisation der Konferenz ausschlaggebend ist für die Zahl. Ähnlich wie in Zukunftskonferenzen ermöglicht die spezielle Arbeitsform (Diskussionsrunden mit 8 – 12 Teilnehmern, die immer wieder nach unterschiedlichen Kriterien neu gebildet oder gemischt werden), viele Alternativen für Vorgehensweisen durch intensive Kommunikation zu entwerfen. Auch hier ist der Dokumentation und der Weitergabe der erarbeiteten Strategien und Umsetzungsverfahren große Aufmerksamkeit zu schenken.

[27] Darstellung Zimmermann nach Kuhnt, B. / Müllert, N.R. 1996. S. 13
[28] Vgl. Mehrmann, E. 1993. S. 14

4.6.3 Leitfaden für Moderation und Gesprächsführung im Seniorenbereich

Der folgende Leitfaden zeigt, womit Mitglieder oder Gründer einer Initiative oder einer Seniorenvertretung bei Arbeitstreffen und bei Entscheidungen selbst experimentieren können; sie können in kleinen Schritten etwas Neues ausprobieren, manches effektiver und erfolgreicher inszenieren – manchmal zur eigenen und oft zur Überraschung anderer.

(1) Moderation als Mode oder Methode

Warum braucht man heute Moderation bzw. eine andere Gesprächsführung? Moderation bzw. moderierte Gesprächsführung ist mehr als nur eine momentan aktuelle Mode, sie entspricht bestimmten wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft.

Vor 70, vor 40 oder auch noch vor 20 Jahren waren unsere Gesellschaft und auch die Wirtschaft wesentlich autoritärer strukturiert als heute; d.h. dass das Verhalten hauptsächlich durch Befehl bzw. Anordnung und Gehorsam gesteuert wurde. Über vieles wurde nicht beraten und diskutiert, sondern von der Führungsperson oder von Vorgesetzten entschieden.

In einem Zeitalter von Demokratie und gleichen Rechten, in einer Zeit, in der alles begründungspflichtig und alles in unserer Kultur immer weniger selbstverständlich ist, verliert das Befehls-Gehorsamsmodell seine verhaltenssteuernde Wirkung.

Moderation ist eine Methode der Steuerung von Gruppenprozessen, bei der man systematisch, strukturiert und gleichzeitig für alle Teilnehmer offen vorgeht, um Besprechungen in Gruppen (Workshops, runde Tische, Meetings, Qualitätszirkel, Projektsitzungen, Teambesprechungen usw.) effizient vorzubereiten, sie zu leiten, Ergebnisse tragfähiger Art zu erzielen und daraus Folgerungen zu ziehen.

Vieles spricht dafür, entsprechende Beratungen so zu gestalten, dass nicht nur geregelt wird, sondern vor allem auch motiviert und Verantwortung übertragen wird.

Eine solche Kommunikationskultur hat sich längst auch in Bereichen als günstig und befriedigend erwiesen, die nicht oder nicht direkt von den Zwängen der Arbeitswelt geprägt sind. Denn auch hier braucht man Motivation, will man Wertschätzung, Ergebnisse vorweisen und die Zeit effektiv nutzen.

(2) Moderation – Was versteht man darunter im Unterschied zu Gesprächsführung?[29]

Moderation kommt eigentlich von „mäßigen", ausgleichen und hat sowohl mit „bremsen" als auch mit „aktivieren" zu tun; Moderation im kommunikativen Sinn zielt auf sinnvolle Steuerung. Der Moderator soll für erfolgreiche Kommunikation sorgen und dabei bremsen, aktivieren, motivieren, erläutern, kommentieren, für den Fortgang des Gesprächs und ggf. für Entscheidungen sorgen, die Ziele im Auge haben: Die Gruppe zu einem Ergebnis führen.

Moderation bedeutet im sozialpsychologischen und praktischen Sinn, eine Besprechung oder eine (Projekt)Gruppe so zu steuern, dass dadurch

- Ziele, die man sich gegeben hat, erreicht werden;
- Zeit und Energie der Teilnehmer effektiv und schonend eingesetzt werden;
- das ganz unterschiedliche Kreativitätspotenzial eines jeden Teilnehmers aktiviert wird;
- am Ende der Besprechung möglichst viele das Gefühl haben, man sei erfolgreich gewesen und könne das wieder machen;
- handfeste Ergebnisse entstehen.

Zur Gesprächsführung mit Moderationselementen

Moderation schließt die methodische Gesprächsführung ein, geht aber darüber hinaus: Moderator ist man nicht, indem man die Diskussion leitet, indem man bloß Wortmeldungen verteilt oder indem man alles erst einmal laufen lässt und dann irgendwann irgendwie als Führungsperson doch selbst entscheidet.

[29] Man sollte auf keinen Fall das, was im Fernsehen die Rolle der sog. „ModeratorInnen" ist und wie sie diese ausfüllen, mit dem verwechseln, was wir hier als Moderation verstehen.

Moderation will einen kooperativen Willensbildungs- und Meinungsbildungsprozess ermöglichen, ohne dass eine Führungskraft ständig inhaltlich eingreift, bestimmt oder letztentscheidet..

Moderation bedient sich dazu einiger „technischer" Methoden, wie Kartenabfragen, Erstellung von Themenlisten, Bewertungs-Verfahren u. a. (siehe später Punkt 3), die alle auf die Mobilisierung von mehr Kooperation, höherer Produktivität, Kreativität und weiterführender Kommunikation zielen, als es bei bloßen Gesprächen normalerweise der Fall ist.

(3) Vorteile der Moderation – Welche Vorteile haben moderierte Besprechungen oder Veranstaltungen gegenüber anderen?

Bei unmoderierten Veranstaltungen treten sehr häufig eine Reihe von Problemen auf, die entweder die Effektivität oder die Zufriedenheit der Teilnehmer beeinträchtigen:

- Es kristallisieren sich super-aktive und ganz passive Teilnehmer heraus.
- Es werden oft lange, anstrengende Monologe gehalten.
- Es finden Auseinandersetzungen statt, die nicht sachlich, sondern persönlich motiviert sind – von Rivalitäten, Konkurrenz, Machtkämpfen usw.
- Man weicht vom Thema ab.
- Manche missbrauchen die Aufmerksamkeit der anderen für persönliche Selbstdarstellung
- Niemand ist für die Zielerreichung, für gemeinsame Ergebnisse oder Entscheidungen zuständig, sie werden oft in den letzten Minuten schnell „erledigt".
- Man hat oft das Gefühl „Heute ist mal wieder gar nichts dabei heraus gekommen" – mit dem Effekt, dass man sich vor der nächsten Besprechung möglichst drückt: „Habe leider soo viel zu tun".

Demgegenüber hat der Moderator/Gesprächsleiter die Aufgabe,

- für kooperatives Verhalten aller Teilnehmer und eine konstruktive Atmosphäre zu sorgen,
- verschiedene Medien und Darstellungsweisen zu verwenden,
- Ziele und den Zeitplan im Auge zu haben, bei nicht zur Sache gehörenden Beiträgen sanft, aber konsequent zu steuern,
- dabei aber trotzdem die Gefühle und Bedürfnisse der Teilnehmer zu berücksichtigen,
- für Ergebnisse zu sorgen.

(4) Methode der Gesprächsführung

Wie läuft eine moderierte Besprechungsrunde ab?

Es gilt eine Reihe von unterschiedlichen Schritten zu unterscheiden und in der realen Steuerung des Gruppenprozesses auch nacheinander zu berücksichtigen. Das sind vor allem:

1. eine systematische Vorbereitung,
2. die gemeinsame Festlegung der Beratungspunkte,
3. bei jedem Punkt die Herstellung einer gemeinsamen Problemorientierung,
4. die strukturierte, zeitlich beschränkte Bearbeitung der Punkte,
5. das Festhalten von Vorschlägen,
6. das Herbeiführen von konsensuellen Ergebnissen und das Festhalten von Entscheidungen,
7. die Ableitung von Konsequenzen und Handlungsverpflichtungen,
8. ein pünktlicher, klarer Abschluss.

Moderierte Gesprächsführung setzt zweierlei voraus:

1. die Kenntnis bestimmter Techniken,
2. die Kunst des Umgangs mit Menschen in Kommunikation.

Beides kann man lernen und trainieren.

(5) Welche Moderationstechniken hat man zur Verfügung?

a. Pinwandmoderation bzw. sog. Metaplantechnik

Dabei werden von den Teilnehmern einer Beratungsrunde zu unterschiedlichen Fragen oder Problemen Moderationskarten ausgefüllt, die angepinnt werden, so dass jeder Teilnehmer mitarbeiten und seine Gedanken darstellen kann und muss.

Mit diesem Material wird dann je nach Fragestellung weiter verfahren: Es kann systematisiert werden oder kategorisiert/geordnet werden, bewertet werden usw.

Der Nutzen ist in jedem Fall, dass alle beteiligt sind, dass das Material transparent ist, visuell präsent ist und weiter verwendet werden kann.

b. Die Arbeit mit der Flipchart

Die „Flipchart" ist wie eine Tafel, nur aus Papier bzw. mit Papierblock, auf die mit dicken Filzschreibern geschrieben wird. Damit kann bei allen Arten und Phasen von Beratungen gearbeitet werden: Zum Aufschreiben der Tagesordnung ebenso wie zum Festhalten der Gedanken auf Zuruf, die der Moderator oder Gesprächsleiter aufnimmt und anschreibt; wie auch zum Festhalten von wichtigen Stichworten oder Zwischenergebnissen. Wichtig ist: Man kann alles festhalten, ein Blatt abtrennen und wieder aufhängen, hat also immer alle Ergebnisse präsent und kann damit weiter arbeiten.

Das Visualisieren über Flipchart lässt sich besonders gut auch in kreativen und Planungsgruppen verwenden, eigentlich überall, wo man nicht einfach folgenlos Gespräche führen will; man braucht nicht viel Platz, hat einen geringen technischen Aufwand und trotzdem einen großen Effekt durch die ständige Visualisierung.

c. Arbeit mit OHP-Overheadprojektor und -folien

Man kann sowohl Folien vorbereiten, um etwas darzustellen oder über etwas zu informieren – durch Teilnehmer wie durch Gesprächsleiter. Man kann auch mit Folien aktuell arbeiten und sie zum Notieren oder Festhalten benutzen.

Aufwändiger und geeignet, wenn es jemand gut vorbereitet.

d. Mind Mapping

Hier wird auf einer Pinnwand alles, was der Gruppe zu einem Problem einfällt, grafisch durch Kästchen und Pfeile festgehalten, um so bei einem komplexen Gegenstand die Zusammenhänge und Wechselwirkungen festzuhalten. Dient vor allen zum Sammeln von Wissen in der Erörterungsphase einer Moderation.

Für Senioren nicht nur im Ausnahmefall geeignet, aber meist gewöhnungsbedürftig.

e. Die Kunst des Umgangs mit Kommunikation

Was muss man als Moderator im Gesprächsverlauf alles beachten, womit muss man steuernd und beeinflussend umgehen?

1. die verschiedenen Dimensionen einer Botschaft bzw. von Gesprächsbeiträgen
2. verbale und non-verbale Sprache bzw. Botschaften
3. Verhaltensregeln und die Zurückhaltung für Moderatoren / Gesprächsleiter
4. Grundregeln für die Gesprächsgruppe
5. spezielle (schwierige) Typen von Gesprächsteilnehmern
6. Interventionstechniken für spezielle Situationen

(Dieser Punkt ist der wichtigste und wir behandeln ihn hier nicht weiter, da man dafür viel tiefer einsteigen und auch üben müsste.)

Checkliste 1
Vorbereitung der Sitzung für die Moderation

1. Wer hat das Gruppentreffen angeregt bzw. eingeladen?
2. Worum geht es thematisch bei der kommenden, zu moderierenden Runde bzw. Besprechung?
3. Gibt es einen besonderen Anlass für die Gruppensitzung oder eine besondere Entwicklung für den Moderator zu beachten?
4. Welche manifesten oder latenten Erwartungen gibt es für die kommenden Gruppensitzungen bzw. im Rahmen eines Projektes, von dem die Gruppensitzung ein Teil ist?
5. Was ist das Ziel der anberaumten Gruppenbesprechung bzw. der des runden Tisches?
6. Wer hat an dem kommenden Treffen ein besonders wichtiges oder spezifisches Interesse innerhalb der Gruppe?
7. Um was für eine Besprechung handelt es sich: Dient sie der Ideensammlung, ist es eine Informationsbesprechung, dient sie der Problemlösung, soll sie Entscheidungen vorbereiten oder sollen Entscheidungen getroffen werden oder noch etwas anderes?
8. Ist das gesetzte Ziel sinnvoll und wichtig (oder sollte man darüber noch einmal reden).
9. Wer hat ein besonderes Interesse daran, dass das Ziel erreicht wird bzw. gibt es einen besonderen Grund dafür?
10. Der Moderator muss sich fragen, ob er/sie genug zum Thema weiß oder sich noch weitere Informationen verschaffen muss.
11. Grundsatz: Unmoderierte Gruppensitzungen mit unvorbereiteten Moderatoren verlaufen häufig chaotisch, unbefriedigend, erfolglos und demotivieren die Gruppenteilnehmer.

Checkliste 2
Vorbereitende Überlegungen für eine Moderation

1. Wo soll oder kann die Besprechung stattfinden, so dass günstige Bedingungen dafür vorhanden sind?
2. Welche Ausstattung wird benötigt, was die Unterbringung der Teilnehmer betrifft (sitzen sie an Tischen, Bestuhlung, vorn im Raum usw.)?
3. Wann und um welche Uhrzeit soll die Sitzung stattfinden. Ist dies für die Teilnehmer günstig?
4. Wie lange soll die Sitzung maximal dauern (möglichst kein open end)?
5. Welche Medien und Hilfsmittel werden gebraucht (Flipchart, Pinnwände, Overheadprojektor, Beamer, Laptop, Diaprojektor usw.)?
6. Was wird an Material benötigt (Papier, Filzstifte, Karteikarten, Folien, Packpapier usw.)?
7. Wer sorgt für Verpflegung bzw. für Versorgung in Pausen und laufend für Getränke?
8. Wann muss eingeladen werden und wer macht das?
9. Gibt es etwas, was an die Gruppenteilnehmer vorher ausgeteilt werden sollte (Handout, Tischvorlage)?
10. Was muss alles in der Einladung stehen?

Checkliste 1
Aufgaben eines Moderators:

1. Der Moderator ist zuständig dafür, dass alle wichtigen Personen zu einer Gruppensitzung eingeladen werden und dabei über deren Sinn, Zweck, Themen und Absichten informiert werden.
2. Als Moderator entwickelt man eine Strategie zur Vorgehensweise in der Gruppenbesprechung/Arbeitssitzung (z.B. einen Zeit- und Arbeitsplan).
3. Der Moderator muss sich vorher überlegen, wie er eine Gruppe – ohne sie zu manipulieren – so steuert und leitet, dass entsprechend der Zielsetzung die Ziele erreicht werden, die man sich gesetzt hat, ohne dass jemand dabei benachteiligt wird.
4. Der Moderator hat dafür zu sorgen, dass bei der Zusammenarbeit in der Gruppe alle Teilnehmer die Möglichkeit erhalten, gehört zu werden, ihre Meinung und Stimmung einbringen zu können und dass niemand die Gruppe auf eine verdeckte oder unfaire Weise dominiert.
5. Man hat sicherzustellen, über die gewählten Methoden der Diskussion, dass alle Teilnehmer aktiv mitarbeiten können; inaktive können gegebenenfalls sogar aufgefordert werden.
6. Der Moderator hat andere Teilnehmer vor kommunikativ unfairem Verhalten oder Angriffen zu schützen.
7. Es ist günstig, wenn man in jeder Phase einer Gruppenbesprechung den Teilnehmern den Arbeitsschritt und das dabei anvisierte Ziel sowie das Vorgehen kurz erläutert.
8. Der Moderator hat dafür zu sorgen, dass die Diskussion strukturiert und zielorientiert abläuft; er leitet also die Diskussion so, dass es zwar Abweichungen geben darf, aber das Ziel immer im Auge bleibt.
9. Als Moderator ist man dafür zuständig, den Gruppenprozess bei der Überwindung von Schwierigkeiten, in Sackgassen oder bei Konflikten so zu gestalten, dass es weitergeht.
10. Der Moderator hat sich und seine Argumentationen bzw. Meinungen zurückzunehmen; er muss neutral bleiben und darf auf keinen Fall die Beiträge von Gruppenteilnehmern bewerten und positiv oder negativ kommentieren.
11. Er ist gleichzeitig dafür zuständig, dass die Ergebnisse verständlich und klar protokolliert und möglichst bald an die Gruppenteilnehmer weitergegeben werden.
12. Der Moderator sollte die vereinbarte Arbeitszeit bzw. Beratungsdauer möglichst genau einhalten und die Sitzung mit einer positiven Stimmung oder einem Ergebnis pünktlich beenden.
13. Der Moderator sollte einerseits flexibel sein und auf Vorschläge zur Veränderung von Tagesordnungen und Zeitablauf, wenn sie gut begründet werden, eingehen. Im Normalfall wird er die Veränderung dann den Teilnehmern kurz zur Entscheidung vorlegen. Andererseits sollte er seine Moderationsziele und beschlossene Verfahren nicht bei jeder Intervention einzelner aufgeben.

4.6.4 Das Brainstorming als Gruppenarbeitsmethode

Brainstorming bedeutet soviel wie Sturm im Gehirn, was heißen soll, dass man konzentriert mit großer Gehirnaktivität in Gruppen die Kreativität zusammenlegt und festhält. Brainstorming ist eine der bekanntesten Kreativitätsmethoden, die man bei nicht allzu komplexen Problemen und Fragestellungen leicht und schnell anwenden kann. Sie dient vor allem der gemeinsamen Sammlung von Fragen, Aspekten, Ideen, Problemen oder Perspektiven.

Für das Brainstorming sollte man folgende Arbeitsschritte vorsehen:

In der Vorbereitung:

1. Man braucht Material zum Arbeiten: große Papierflächen, Pinnwände, Flipchart, gegebenenfalls Tafel oder auch Papier auf dem Fußboden, Stifte in mehreren Farben und mit hinreichender Breite.

Zum konzentrierten Arbeiten:

2. Es ist günstig, eine abgeschlossene Situation zu schaffen, d. h. dafür zu sorgen, dass keine Besuche, kein Telefon (Handys!), keine anderen Unterbrechungen die Besprechung stören.
3. Brainstorming-Gruppen können von der Größe her gut zwischen 5 und 12 bis 15 Teilnehmer umfassen, größere Gruppen müssten in kleinere zum gleichen Thema unterteilt werden.
4. Für Brainstorming-Besprechungen gelten bestimmte Regeln:
   - Keine Diskussionen und keine Kritik – alles darf geäußert werden.
   - Es geht nicht um die Qualität von Ideen, sondern darum, dass sie überhaupt geäußert und festgehalten werden.
   - Man kann seinen Ideen freien Lauf lassen – alles Wichtige darf geäußert werden, ohne dass man gut sein muss.
   - Die Teilnehmer sollten wechselseitig gegenüber den Ideen der jeweils anderen offen sein.
5. Auch beim Brainstorming ist ein Moderator günstig, der auf das Verfahren, die Einhaltung der Regeln, auf die aktive Teilnahme mög-

lichst vieler Gruppenteilnehmer sowie auf den Zeitrahmen und die Ergebnisse achtet.

In der Durchführung:

1. Die Gruppenteilnehmer äußern sich mündlich zum vereinbarten Thema bzw. Problem, sie verwickeln sich dabei nicht in größere Diskussionen oder in Kritik.
2. Man hat vorher bestimmt, ob ein Protokollführer die mündlichen Beiträge auf Zuruf festhält und sie (stichwortartig) auf größeren Flächen schriftlich fixiert. Ob der Moderator etwas anschreibt oder die Teilnehmer wechselnd ein Protokoll führen.

Nach der Sitzung:

1. Die Teilnehmer werden mit Ankündigung des weiteren Verfahrens verabschiedet.
2. Es muss dann zeitnah zur Gruppensitzung das Protokoll angefertigt und an die Teilnehmer versandt werden.
3. Es muss eine Follow-up-Sitzung der Brainstorming-Gruppe geplant werden, ohne die das Brainstorming ja wertlos wäre. Hier sollte vorgesehen werden:
   - Das Zur-Kenntnis-Nehmen des Protokolls mit eventuellen Nachfragen und Klärungen.
   - Eine Selektion von Ideen, die entweder besonders wichtig oder die an der Themenstellung vorbeigegangen sind.
   - Die Vertiefung der ausgewählten Ideen und die Frage, was das für die weiteren Absichten bedeutet.
   - Das systematische Gliedern und Sortieren der gemachten Vorschläge nach bestimmten, dem Gruppenziel entsprechenden Kriterien.
   - Die Bewertung und Erläuterung bzw. Anreicherung der Vorschläge und
   - gegebenenfalls die Entscheidung und die Auswahl von bestimmten Punkten zum weiteren Verfolgen bzw. als Ergebnis des Brainstormings.

4.6.5 Spielregeln für kreative Gruppensitzungen

Manchmal dienen Gruppenbesprechungen und -treffen einfach dazu, Möglichkeiten auszuloten, Ideen und Visionen zu sammeln und Möglichkeiten in den Raum zu stellen. Damit eine solche offene, nicht kontrollierte und gleichsam spielerische Atmosphäre entstehen kann, sind die folgenden Spielregeln zu beachten:

1. Man sollte die Phantasiephase und eine (spätere) Realisierungsphase nicht miteinander mischen: es ist zu trennen zwischen der Entwicklung von Ideen und deren Bewertung bzw. Diskussion und Kritik. (Kreatives Spinnen muss erlaubt sein, ohne abgewertet zu werden.)
2. In der Phantasiephase sollte man den Ideen freien Lauf lassen ohne eventuelle Sachzwänge, Regeln, Kosten, Einwände berücksichtigen zu müssen. (Sonst setzt immer schon die Zensur sein: das geht ja doch nicht.)
3. Es dürfen ruhig eine Vielzahl von Ideen gesammelt werden, damit man daraus eine Auswahl treffen kann und am Ende nur die besten übrig bleiben.
4. Es ist zulässig und sogar erwünscht, dass man Ideen von anderen Gruppenteilnehmern aufgreift, mit eigenen kombiniert oder weiterentwickelt usw. (in der Kreativitäts- und Phantasiephase sind Ideen nicht „urheberrechtlich" geschützt).
5. Damit man in der Phantasiephase wirklich seinen Gedanken freien Lauf lassen kann, müssen sonst übliche Rollen, hierarchische Positionen, Zuständigkeiten usw. aufgehoben sein; alle sind in der Phantasiephase gleich.
6. Man muss aufpassen, dass nicht auf versteckte Weise Bewertungen und Zensuren in die Sammlung der Ideen kommen, denn viele Menschen sind es nicht gewöhnt, dass man auch einmal nicht logisch, unbürokratisch, nicht normkonform, unrealistisch usw. über etwas nachdenkt und es auch noch von sich gibt.

4.7 Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune

Die Handlungsspielräume der Kommunen werden aufgrund gesetzlicher Rahmenbedingungen, verschiedener Politikverflechtungen und nicht zuletzt wegen der Finanzkrise geringer. Dennoch treffen Städte, private Unternehmen wichtige Entscheidungen, wie z. B. im Bereich der Investitionen, die in weiten Bereichen die Lebensqualität der Bürger und damit auch der älteren Generation betreffen. Von daher lohnt es sich, an den Entwicklungen der Stadt mitzuwirken und vorhandene Gestaltungsspielräume auszunutzen.

Gestaltungsspielräume in der Kommune nutzen

Um die Anliegen älterer Menschen in der Stadt vertreten zu können, ist es wichtig, Wege und Instrumente zu kennen, mit denen die Entwicklungen einer Stadt beeinflusst werden können. Grundsätzlich kann unterschieden werden zwischen formellen und informellen Beteiligungen: Die formellen Beteiligungsverfahren bezeichnen die gesetzlich vorgeschriebenen Mitbestimmungsverfahren, die in der Gemeindeordnung festgelegt sind. Die informellen Verfahren umfassen die Einrichtung von „Runden Tischen", die Durchführung von Zukunftswerkstätten, die Gründung von Bürgerinitiativen etc.

Formelle und informelle Beteiligungsformen

Die formellen Beteiligungsverfahren unterscheiden sich wiederum in repräsentative und direkte Formen der Demokratie. In der repräsentativen Demokratie üben die Bürger ihre Mitwirkungsrechte in der Stadt über die alle fünf Jahre stattfindenden Kommunalwahlen, in denen die Ratsvertreter bzw. Stadtverordneten bestimmt werden und durch die Direktwahlen zum Bürgermeister aus. Bei den direkten Formen der Demokratie entscheiden die Bürger über bestimmte Sachfragen selbst.

Repräsentative und direkte Formen der Demokratie

Auch wenn die Bevölkerungsgruppe der über 60-Jährigen keine homogene politische Gruppe ist, so ist ihr Wahlverhalten schon heute bedeutsam, da sie in manchen Kommunen ein Drittel der Wahlbevölkerung umfasst und dieser Anteil in Zukunft weiter ansteigen wird.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommune erschöpfen sich aber nicht darin, einmal alle fünf Jahre wählen zu dürfen. Für die Wahrnehmung von Mitwirkungsmöglichkeiten in der Stadt müssen ein, zwei unverzichtbare Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens müssen sich ältere Bürger selbst als aktive Gestalter begreifen. Zweitens ist als Grundlage für jede Mitwirkung zu verstehen, dass die Bürger über Informationen verfügen. So hat nach der Gemeindeordnung (GO) in Nordrhein-Westfalen der Rat die Bürger der Stadt über „allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde" zu unterrichten. Die weiteren Instrumente der Mitwirkung sind in der GO festgehalten.

Die Gemeinde hat die Bürger zu informieren.

4.7.1 Formelle Mitwirkungsverfahren

Sachkundige Bürger

Neben den Ratsmitgliedern einer Gemeinde können auch Bürger, die das aktive und passive Wahlrecht dieser Gemeinde besitzen, in Ausschüssen des Rates Mitglied werden. Diese Mitglieder werden „sachkundige Bürger" genannt, da sie oft wegen ihres speziellen Fachwissens vom Rat gewählt werden. Neben den Ratsmitgliedern können sachkundige Bürger mit ihrem speziellen Sachverstand Entscheidungen der Fachausschüsse mit treffen, da sie gleiche Rechte und Pflichten wie Ratsmitglieder besitzen. Sachkundige Bürger haben zudem das Recht, als Zuhörer an nicht-öffentlichen Sitzungen des Rates oder anderer Ausschüsse teilzunehmen, wenn Themen behandelt werden, die die Arbeit des eigenen Ausschusses betreffen. Auf Vorschlag der im Rat vertretenen Parteien wählt der Rat die „sachkundigen Bürger".

Im Rat vertretene politische Parteien bestimmen sachkundige Bürger.

Sachkundige Einwohner

Zusätzlich neben den Ratsmitgliedern und den sachkundigen Bürgern können „sachkundige" Einwohner beratende Stimmen in Ausschüssen erhalten, sie können auch dann vom Rat der Stadt gewählt werden, wenn sie kein Wahlrecht besitzen (z. B. Ausländer aus Ländern, die außerhalb der Europäischen Union liegen), jedoch älter als 18 Jahre sind.

Sachkundige Einwohner besitzen wie alle anderen Ausschussmitglieder auch Rede- und Antragsrecht, an Abstimmungen bzw. Entscheidungen dürfen sie jedoch nicht teilnehmen.

Sachkundige Einwohner nehmen nicht an Abstimmungen teil.

Neben diesen parlamentarischen Beteiligungsregelungen hat der Bürger auch das Recht, sich mit seinen Anliegen nicht nur an den örtlichen Ratsvertreter zu wenden, sondern direkt den Rat einer Stadt anzusprechen.

Anregungen und Beschwerden

Jeder hat das Recht, sich einzeln oder mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden.

Jeder kann sich an den Rat oder Bürgermeister wenden.

Einwohnerantrag

Einwohner einer Stadt können unter bestimmten Bedingungen schriftlich beantragen, dass der Rat über bestimmte Gemeindeangelegenheiten berät und entscheidet.

Einwohneranträge müssen unterzeichnet sein

- in kreisangehörigen Gemeinden von mindestens 5 % der Einwohner, höchstens von 4000 Einwohnern,
- in kreisfreien Städten von mindestens 4 % der Einwohner, höchstens von 8.000 Einwohnern.

Wie viele Bürger müssen unterzeichnen?

Bürgerbegehren / Bürgerentscheid

Seit 1994 gibt es in Nordrhein-Westfalen auch die Möglichkeiten des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids. Die Einzelheiten sind im 3. Teil der GO geregelt. Mit dem Bürgerentscheid und dem Bürgerbegehren können die Bürger, unter im Gesetz geregelten Bedingungen, unmittelbar und an Stelle des Rates über Gemeindeanliegen entscheiden.

Bürger entscheiden direkt.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide stehen in einem Stufenverhältnis zueinander, da vor einem Bürgerentscheid ein erfolgreiches Bürgerbegehren stattgefunden haben muss. Bürgerbegehren und Bür-

gerentscheid sind „Instrumente der direkten Demokratie", sie sind ein Beitrag, auf kommunaler Ebene politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu initiieren (Bürgerbegehren) und verbindliche Entscheidungen zu treffen (Bürgerentscheide). Sie zeichnen sich durch ein hohes Maß von Partizipation, Transparenz und Effizienz aus.

Bürgerbegehren

Bürgerbegehren haben entweder zum Ziel, neue politische Themen zur Diskussion zu stellen, kommunale Entscheidungsträger (Mitglieder eines Stadtrats) aufzufordern, eine bestimmte Entscheidung zu treffen oder sie haben zum Ziel, einen Beschluss einer Vertretungskörperschaft (z. B. Stadtrat) in Frage zu stellen[30].

Bürgerbegehren ist schriftlich zu begründen.

Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden, dabei muss es eine Frage enthalten, die als Grundlage für eine zu treffende Entscheidung dient. Diese angestrebte Entscheidung muss hinreichend begründet werden. Außerdem muss ein Bürgerbegehren einen Vorschlag enthalten, auf welche Weise die Kosten, die durch die angestrebte Entscheidung entstehen, gedeckt werden sollen.

Die Bürger können von der Verwaltung ihrer Stadt Hilfe bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens sowie Informationen zu gesetzlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen erhalten.

Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

Die nötige Zahl der Unterstützer (durch Eintrag in Listen, die das Ziel, die Konsequenzen und ggf. Kostendeckungsvorschläge des Begehrens enthalten) ist von der Größe der jeweiligen Kommune[31] abhängig. Das Bürgerbegehren muss bis zu drei Personen benennen, die berechtigt sind, die Unterstützer zu vertreten. Ein Bürgerbegehren ist dann erfolgreich, wenn der Rat einer Gemeinde die Vorschläge aufgreift und zur Umsetzung bringt. Erfolgreich ist es auch dann, wenn seine Zulässigkeit vom Rat feststellt wird, jedoch den inhaltlichen Forderungen nicht entsprochen wird, dann muss innerhalb von drei Monaten ein Bürgerent-

[30] Vgl. Paust, A. 1999 S. 46

[31] bis 10.000 – 10 % der Zahl der Einwohner
bis 20.000 – 9 % der Zahl der Einwohner
bis 30.000 – 8 % der Zahl der Einwohner
bis 50.000 – 7 % der Zahl der Einwohner
bis 100.000 – 6 % der Zahl der Einwohner
bis 500.000 – 4 % der Zahl der Einwohner
ab 500.000 – 3 % der Zahl der Einwohner

scheid durchgeführt werden. Lässt der Rat einer Gemeinde ein Bürgerbehren nicht zu, so kann hiergegen durch die Vertreter des Begehrens Widerspruch eingelegt werden. Über diesen Widerspruch entscheidet ebenfalls der Rat. Wird das Bürgerbegehren wiederum abgelehnt, so kann diese Entscheidung verwaltungsgerichtlich überprüft werden.

Keine Anwendung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid bei …

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid finden keine Anwendung bei:

- der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung,
- der Veränderung des Rechtverhältnisses der Mitglieder des Rates, der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse,
- der Erstellung von Wirtschaftsplänen und der Haushaltssatzung,
- der Jahresrechung der Gemeinde,
- allen wesentlichen Planungsentscheidungen über den Bau von Infrastruktureinrichtungen,
- der Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen,
- Entscheidungen über Rechtsbehelfe und Rechtsstreitigkeiten,
- Angelegenheiten, für die der Rat nicht zuständig ist,
- der Verfolgung von rechtswidrigen Zielen und
- Inhalten, die innerhalb der letzten zwei Jahre schon einmal zu einem Bürgerbegehren führten.

Bürgerentscheid

Kommunales Entscheidungsrecht der Bürger

Der Bürgerentscheid ist ein kommunales Entscheidungsrecht der Bürger einer Gemeinde, ist er dann erfolgreich, so hat er dieselbe Qualität wie ein Ratsbeschluss und kann in den folgenden zwei Jahren nur durch einen weiteren Bürgerentscheid, der durch den Rat initiiert wird, aufgehoben werden.

Kommt es zu einem Bürgerentscheid, so muss dieser nach den allgemeingültigen Verfahrensregeln durchgeführt werden, die entweder in der örtlichen Hauptsatzung oder einer gesonderten Satzung festgeschrieben sind. Diese Regelungen enthalten z. B., ob Briefwahl

zulässig ist und wie viele Wahllokale in der Stadt eingerichtet werden. Bei jedem Bürgerentscheid in Nordrhein-Westfalen muss jedoch eine konkrete Frage zur Abstimmung gestellt werden, die mit Ja oder Nein zu beantworten ist. Ein Bürgerentscheid in Nordrhein-Westfalen ist dann erfolgreich, wenn die Mehrheit der abgegebenen und gültigen Stimmen erzielt wurde und diese Mehrheit mehr als 20 % der Bürger der jeweiligen Kommune ausmacht.

Bürgerbefragung

Entscheidungshilfen für die Stadt

Die Bürgerbefragung geht vom Rat und oder der Stadtverwaltung aus. Sie kann ein wichtiges Instrument der Stadtverwaltungen sein, um mehr über die Ansprüche und Forderungen der Bürger an die Kommune zu erfahren. Bürgerbefragungen werden auch dazu genutzt, um in der Verwaltungsarbeit eine stärkere Rückmeldung von den Einwohnern zu erhalten und somit Hinweise für eine bürgerorientierte Verwaltungsarbeit zu erhalten, die sich an Qualitätsmerkmalen ausrichtet[32]. Sie kann für Politik und Verwaltung Entscheidungshilfen geben. Insofern kann die Bürgerbefragung dem steigenden Bedarf an Gestaltungsmitwirkung seitens der Bürgerschaft an Handlungsfeldern der Stadt gerecht werden. Die Bürgerbefragung gibt der Verwaltung auch die Möglichkeit, neben der Innensicht auf Ziele ihres Handelns auch eine „Außenperspektive" zu gewinnen. Darüber hinaus können Bürgerbefragungen ein wichtiges Mittel sein, um die kommunikative Distanz zwischen Bürgern und Stadt zu reduzieren.

[32] Kersting, N., 2004

4.7.2 Informelle Mitwirkungsverfahren

Informelle Kreise

Wichtige Entscheidungen in der Kommune werden oft in informellen Kreisen vorbereitet. Hierzu zählen Gespräche von Entscheidungsträgern wie z. B. Vorsitzende der Ratsfraktionen und Vertreter der Verwaltungsspitze. Eine Gefahr ist, dass sich solche informellen Treffen verselbständigen und die eigentlichen Gremien des Parlaments, wie die Rats- und Ausschusssitzungen, bedeutungsloser werden. Dies ist immer auch abhängig von der Stärke der Fraktionsmitglieder, die auf ihre Gestaltungsrechte nicht verzichten sollten.

Die 4. Gewalt

Neben der Beteiligung an den oben beschriebenen Mitwirkungsmöglichkeiten steht den Bürgern auch die Möglichkeit zur Verfügung, über für sie wichtige Anliegen Öffentlichkeit herzustellen. Dabei spielt die örtliche Presse natürlich eine wichtige Rolle. Die Medien, die oft als 4. Gewalt beschrieben werden, sind für die Meinungsbildung der Bürger in der Stadt und damit für Entscheidungen im Rat bedeutsam. Von daher ist es ratsam, bevor man sich für den Weg entscheidet, z. B. einen Bürgerentscheid zu initiieren, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten durchzuführen, die weniger aufwändig, aber im Ergebnis gleichfalls erfolgreich sein können. Häufig kann ein Anliegen bereits mit einer breit getragenen Unterschriftenaktion sehr effektiv vertreten werden.

Oft entsteht aus Protest gegen Vorhaben in einer Stadt oder weil existierende Probleme vernachlässigt werden, eine Bürgerinitiative.

Bürgerinitiativen

Außerparlamentarische Aktivitäten

In Bürgerinitiativen schließen sich Bürger zusammen, die außerhalb der institutionellen Wege und Einrichtungen, also auf außerparlamentarischem Weg, bürgerschaftlich engagiert sein wollen. Dabei können die Engagierten ihre Themen und die Form ihrer Zusammenarbeit selber bestimmen. Oft kümmern sich Bürgerinitiativen um ein spezifisches Thema und sind zeitlich wie örtlich begrenzt. Ihr Handeln ist durch Spontaneität gekennzeichnet. Bürgerinitiativen eignen sich einerseits dafür, Einzelinteressen oder Interessen von Gruppen zu verfolgen, denen die Initiativemitglieder selber angehören. Andererseits können sich ihre Ziele auch am Gemeinwohl ausrichten.

Bei ihrer Arbeit können Bürgerinitiativen die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten (Beteiligung im Rahmen von Offenlegungsprozessen bei Planungs- und Bauvorhaben, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) in den Kommunen nutzen. Großen Einfluss können Bürgerinitiativen im kommunalpolitischen System auch über eine breite Öffentlichkeits- und Pressearbeit erlangen.

Dialogische Verfahren

Um im Vorfeld grundlegender Entscheidungen Bürger mit einzubeziehen und damit auch Protest oder Widerstände zu verhindern, entscheiden sich Stadtverwaltungen und Politik in der Gemeinde immer wieder zu Verfahren, die auf direkte Kontaktaufnahme und Dialog mit den Einwohnern angelegt sind. Diese stärker dialogischen Verfahren haben die Städte im Zusammenhang der Projekte um die Lokale Agenda 21[33] angewendet. Dazu zählen Methoden wie Zukunftswerkstätten, Workshops, Open-Space-Konferenzen u. a.[34]

Weitere Bürgeraktivitäten: Selbstorganisierte Projekte

Freie Trägerschaft für kommunale Aufgaben

Über diese Mitwirkungsmöglichkeiten hinaus übernehmen Bürger in jüngster Zeit große Verantwortung, wenn sie in selbstorganisierten Projekten die Trägerschaft von Aufgaben übernehmen, die die Stadt aufgrund finanzieller Engpässe nicht mehr wahrnimmt. Ein Beispiel hierfür sind Bürgerinitiativen, die sich oft die Rechtsform eines eingetragen Vereins geben und die Trägerschaft für ein Freibad oder eine Bürgerhalle etc. übernehmen. Dazu zählen auch bürgerschaftliche Aktivitäten, die wichtige Dienstleistungen erbringen wie z. B. im Rahmen des Projekts „Pflegebegleiter"[35], bei dem ehrenamtlich Engagierte pflegende Angehörige stärken, indem ihnen persönlicher Rückhalt und Orientierungshilfen über die Vielzahl professioneller Pflegeanbieter angeboten werden.

Selbsthilfegruppen

Weitere Beispiele für Bürgerengagement sind Selbsthilfegruppen: Hier schließen sich Menschen zusammen, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind und sich bemühen, diese sinnvoll zu lösen. Ebenso ist die Nachbarschaftshilfe zu nennen, die einen sehr räumlichen Bezug

[33] Die Lokale Agenda 21 ist ein Ergebnis der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Danach werden ökologische, soziale und politische Vorhaben auch in der Kommune darauf überprüft, ob sie dem Prinzip der Nachhaltigkeit entsprechen, also im Sinne der Vorsorge nicht zu irreversiblen Schäden für die nachkommenden Generationen führen.

[34] Vergleiche hierzu das Kapitel 4.6

[35] Bubolz-Lutz, E., 2005

hat und sich auf die nachbarschaftlichen Strukturen im direkten Wohnumfeld ausrichtet.

In diesem Zusammenhang ist das ganze Spektrum des bürgerschaftlichen Engagements zu nennen. Ein Drittel der älteren Bürger ist engagiert in Vereinen, betreut Enkelkinder oder pflegt Angehörige. An den neueren Formen des bürgerschaftlichen Engagements wie z. B. Beteiligung an Seniorengenossenschaften, an Weiterbildung oder politischer Interessenvertretung nimmt bisher nur eine kleine Minderheit teil. Allerdings ist bei den kommenden Generationen der älteren Menschen aufgrund besserer Gesundheit, höherer Bildungsabschlüsse in diesen Bereichen mit einer Steigerung zu rechnen.

Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements wächst.

1 Ausgangsproblematik, Ziele und Methoden des Projekts, Ergebnisse und Ausblick

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

5.1 Städte mit ganzheitlichen Partizipationskonzepten 247

5.2 Senioreninitiativen 268

5.3 Wohnungsunternehmen und Möglichkeiten der Partizipation 280

5.4 Resümee 309

5.5 Weitere Projekte 310

Good-Practice-Beispiele

Im Laufe des Projektes „Altengerechte Stadt" wurde eine Vielzahl von Daten, Fakten und Erfahrungen unterschiedlicher Akteure der Seniorenarbeit erfasst. In diesem Kapitel werden Projekte dargestellt, die als ein so genanntes „Good-Practice-Beispiel" zu verstehen sind, weil sie innovativ, partizipationsfördernd und nachhaltig sind.

Die Auswahl der Good-Practice-Beispiele erfolgte anhand folgender Kriterien einer „altengerechten Stadt". Der Akteur:

- hat ein modernes und differenziertes Altersbild auf der Basis der Annahme von Verlusten und Risiken als auch von Gewinnen und Chancen mit aktiven, leistungsfähigen und zum Engagement motivierten Senioren,
- berücksichtigt die Vielfalt und Heterogenität der Gruppe der Senioren,
- unterstützt Aktivitäten auf vielfältige Weise, fördert zivilgesellschaftliches Engagement und Selbstorganisation,
- fördert eine Kultur der Beteiligung (nicht nur bei Senioren),
- stellt Probleme und städtische/wohnungswirtschaftliche Fragen in der Öffentlichkeit zur Debatte,
- fördert Teilhabe und Mitwirkung an öffentlichen und gemeinschaftlichen Angelegenheiten,
- macht Flächen und Räume für Aktivitäten verfügbar,
- trägt Organisationswissen bei/ermöglicht Qualifikation, Weiterbildung,
- hilft Kooperationen und Netzwerke herzustellen.

Um Projekte, die größtenteils diese Kriterien erfüllen, zu finden, wählten wir anhand der Befragungsergebnisse Wohnungsunternehmen und Stadtverwaltungen aus. Daraufhin fand eine Besichtigung der ausgesuchten Projekte statt und mit den Initiatoren führten wir narrative Experteninterviews.

Zusätzlich veranstalteten wir im Rahmen des Projektes „Altengerechte Stadt„ Themenwerkstätten. In den initiierten Themenwerkstätten „Netzwerkarbeit“, „Projektarbeit und Freiwilligenengagement“ sowie „Selbstorganisation und Mitwirkung an Stadtentwicklung“ prüften die Akteure die Voraussetzungen und Bedingungen, die eine „aktivierende ermöglichende“ Stadt ausmachen. Die Referenten der Wohnungsunternehmen, Städte und Seniorenvertretungen berichteten dort von guten Erfahrungen mit Projekten der Seniorenarbeit und erarbeiteten Konzepte und Ansätze zur Umsetzung der Kriterien einer „altengerechten Stadt“.

Diese Erfahrungen und Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Projekten wurden dann auf ihre Übertragbarkeit geprüft.

5.1 Städte mit ganzheitlichen Partizipationskonzepten

Die folgenden vier Städte Rheine, Arnsberg, Hamm und Köln haben auf verschiedene Weise innovative Projekte entwickelt, welche die Partizipation von Bürgern im Zentrum haben.

5.1.1 „Seniorengerechtes Rheine“

a) Kurze Charakteristik der Stadt Rheine

Die Stadt Rheine (ca. 77.000 Einwohner) beteiligt ihre Bürger an Stadtentwicklung, unter anderem durch Stadtteilbeiräte. Das ehrenamtliche Engagement wird in Rheine hoch angesehen und auch „honoriert“. Viele Bürger in Rheine leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für die Gemeinschaft. Zum alljährlichen Tag des Ehrenamtes zeichnet die Stadt Menschen mit dem Bürgerpreis aus, die sich ehrenamtlich und in vorbildlicher Weise für andere einsetzen.

b) Partizipation in der Stadt Rheine

Die Stadt Rheine hat erkannt, dass durch den demographischen Wandel andere Bedürfnisse und Ansprüche der älteren Bürger in Form einer **aktiven Lebensgestaltung** berücksichtigt werden müssen. Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit sollten in Rheine gewährleistet sein. Daher besteht dringender Handlungsbedarf, diese Ziele in die künftige Planung einzubeziehen.

c1) Das Projekt „Seniorengerechte Stadtplanung“

Die Arbeitsgruppe „Seniorengerechte Stadtplanung“, bestehend aus Mitgliedern des Seniorenbeirats und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, entwickelte ein Konzept für eine seniorenfreundliche Stadt. Für die Frage „was ist seniorengerecht?“ wurden Kriterien gesammelt, um die Erstellung von **Checklisten** für die Wohnung, das Wohnumfeld und die Stadtteile mithilfe von Experten zu entwickeln. Das Konzept wird in einer Broschüre veröffentlicht.

c2) Das Projekt „Jung trifft Alt“

Das **Ziel** dieses Projektes besteht darin, älteren Menschen in Pflegeheimen so lange wie möglich ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Jung (Teilnehmer des Fachseminars für Altenpflege) und Alt (Senioren) setzten sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Einrichtungen ein und formulierten Forderungen, die bei der Altenpflege angewendet werden sollten, z. B. „Eine gesellschaftliche Stärkung und Aufwertung des Ehrenamtes führt zu einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft“. Schon während der Vorgespräche wurden die Senioren in das Projekt einbezogen.

c3) Das Projekt „kultursensible Altenarbeit“

Projektpartner sind die Projektgruppe Migration, das Altenpflegeseminar Rheine, eine Moschee-Gemeinde, verschiedene Altenheime und das Netzwerk Migration.

Die bisherigen **Eckpunkte** waren Unterrichtseinheiten im Fachseminar, gegenseitige Besuche zum Kennenlernen im Altenheim / in der Moschee, ein multikultureller Gesprächskreis zum Erkunden der unterschiedlichen Bedürfnisse und Wünsche.

Geplant sind weitere Fortbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung von Pflegekräften und der Aufbau einer (türkischen) Seniorengruppe, welche die Angelegenheiten der zugewanderten Senioren in der Öffentlichkeit thematisieren kann.

c4) Weitere Projekte

Die Stadt Rheine hat noch weitere Projekte mit Senioren initiiert. Die folgenden Projekte werden ehrenamtlich durchgeführt:

- **Werkgruppen:** Die Stadt bezuschusst einen Werkraum für jüngere und ältere Menschen, wo Kleinigkeiten für den Hausgebrauch, Basarverkäufe und Spielplatzgeräte hergestellt werden.
- **Patenschaft:** Senioren kümmern sich um die Sicherheit und Instandhaltung von Spielplätzen, Außenanlagen.
- **„Spielplatz-Opas“:** Eine besondere Form der Patenschaft, bei der sich die Senioren nicht nur um die Wartung der Spielplätze kümmern, sondern auch das Angebot von Getränken übernehmen und „Grillpartys“ organisieren. Dabei wird keine Aufsichtspflicht übernommen, sondern lediglich über die materiellen Dinge (Vandalismus) gewacht.
- **„Vorlese-Omis“:** Das Pendant zu den „Spielplatz-Opas“. „Vorlese-Omis“ kooperieren mit Kindergärten und Schulen.

d) Kooperationspartner / Netzwerke

Das Projekt „Jung trifft Alt“ ist mittlerweile abgeschlossen, es fand unter Mitarbeit der Senioren, der Seniorenkoordinierungsstelle, der Projektgruppe Migration und des Fachseminars für Altenpflege statt. Es besteht immer noch eine Vernetzung zwischen Migrationsstelle und dem Fachseminar.

Die Arbeitsgruppe „Seniorengerechte Stadtplanung“ setzte sich aus den Mitgliedern des Seniorenbeirats der Stadt und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung zusammen.

Die Projekte der Stadtverwaltung Rheine werden in den meisten Fällen unter Einbeziehung der Senioren (Seniorenbeirat) selber und mit Kooperationspartnern (Schulen, Kindergärten, Tierheim) durchgeführt.

e) Wichtige Erfahrungen und Ergebnisse

Das Amt für Planen und Bauen veranstaltet vierteljährlich Treffen zum Informationsaustausch unter Beteiligung des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales, der die Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit zugeordnet ist. Dort finden regelmäßige Gespräche statt, bei denen Meinungen und Bedürfnisse dieser bestimmten Altersgruppe in die Stadtplanung mit einbezogen werden.

Die Stadt Rheine hat zudem schon vor 12 Jahren einen **Seniorenführer** entwickelt, der u. a. die Themen Seniorenberatungsstellen (Migration, Wohnen, Versicherung), Essen auf Rädern, Bücher auf Rädern, Pflege, Finanzen, Seniorenbeirat sowie Selbsthilfegruppen behandelt.

Im Sommer 2004 wurde eine Befragung der älteren Besucher des Theaters in Rheine durchgeführt, um die Wünsche im Programm der darauf folgenden Saison zu berücksichtigen. Im Sommer 2005 veranstaltete die Stadt Rheine einen Senioreneinkaufstag im Rahmen des „Emssommers 2005“. An diesem Tag wurde eine weitere Befragung der älteren Bürger sowohl zu stadtbezogenen Themen, aber auch zu partizipativen Inhalten und Fragen zu Wohnformen im Alter durchgeführt. Es ging also nicht nur um Konsum, sondern auch um den Gewinn von Informationen über Senioren und ihre Wünsche.

Ergebnisse:

- Aktive Lebensgestaltung älterer Menschen ist ein Hauptziel der Stadt Rheine, die durch Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Aktivierung gewährleistet sein soll.
- Durch Befragungen werden die Ideen, Wünsche und Vorstellungen von Senioren erfasst, um sie in vielfältigen Projekten umzusetzen.
- Vor ca. 12 Jahren (!) wurde in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen in der Seniorenarbeit und der Stadt Rheine, ein Seniorenführer erstellt, der ständig überarbeitet und fortgesetzt wird.
- Die Beteiligung der älteren Bürger an einer „Seniorengerechten Stadtplanung" ist ein Projekt des Stadtplanungsamtes, welches dabei als Initiator und Multiplikator auftritt.

Die Stadt Rheine hat schon eine gewisse Dichte und Häufigkeit von seniorenbezogenen Projekten. Die Mehrzahl dieser erfolgreichen Projekte für Senioren werden ehrenamtlich durchgeführt. Die Stadt bezuschusst viele Aktionen durch Unterstützung in beratender und auch finanzieller Form.

Rheine hat eine „Stabsstelle Ehrenamt" in der Stadtverwaltung eingeführt. Daran ist zu erkennen, dass die Stadt an einem nachhaltigen Prozess arbeitet und weitere Projekte zur Bürgeraktivierung veranlassen möchte.

Akteur und Adresse:

Stadtverwaltung Rheine
Klosterstraße 14
48431 Rheine
Tel.: (0 59 71) 9 39-0
E-Mail: stadt@rheine.de
www.rheine.de

5.1.2 Bürgeraktivierung in Arnsberg

a) Kurze Charakteristik der Stadt Arnsberg

Die demographische Entwicklung und die damit verbundene Veränderung der Bevölkerungsstruktur hat die Stadt Arnsberg (ca. 81.500 Einwohner) relativ früh als Herausforderung erkannt.

Schon 1996 hat die Stadt eine Befragung zum Thema „in Zukunft leben" durchgeführt. Aufgrund dieser Ergebnisse hat die Stadt mit externen Beratern ein **Leitbild bzw. Konzept** entwickelt. Dieses Konzept basiert auf der Philosophie, Menschen ab 55 Jahren, die nicht mehr berufstätig sind oder vor der Rentenphase stehen, gesicherte, attraktive und bedarfsorientierte Lebensbedingungen in der Stadt Arnsberg zu bieten. Hier wird nicht für ältere Generationen geplant und gehandelt, sondern mit ihnen. Das Konzept erklärt die ältere Generation zu **Experten in eigener Sache.** Senioren können zum Beispiel in Workshops ihre Ideen und Vorstellungen einbringen oder sich zum Seniortrainer weiterbilden lassen. Dieses Konzept bringt sowohl hauptamtliche Mitarbeiter der Verwaltung als auch den Seniorenbeirat und themenorientierte Projektgruppen zusammen. **Ziel** der Stadt Arnsberg ist es, Menschen unterschiedlichster Generationen zum gemeinsam Handeln zu motivieren, Verständnis füreinander zu entwickeln und Verantwortung füreinander zu übernehmen.

b) Partizipation in der Stadt Arnsberg

Viele Planungsprozesse werden seit Jahren in der Stadt Arnsberg offen gestaltet. Bürgerbeteiligung ist der Verwaltung eine Verpflichtung. Verwaltung und Politik wollen mit dem bürgerschaftlichen Engagement keinesfalls Lücken schließen, die durch fehlende Ressourcen in der Kommune entstehen. Bürgerschaftliches Engagement schafft zusätzliche Angebote und Aktivitäten, die es sonst nicht oder nicht mehr geben würde. **Die Aufgaben der Kommune** bestehen darin, für die Menschen, die sich engagieren möchten, Konzepte und Strukturen zu schaffen, Qualifizierungen anzubieten und die einzelnen Projekte in einen Gesamtkontext zu binden.

So werden Alternativen für die Lebensphase „Alter" entwickelt und dieser Zeitraum als eine Zeit der Herausforderung, Entwicklungschance und Neuorientierung gestaltet.

c1) Das Projekt *„senior***Trainer***in"* – WIR

Arnsberg ist beteiligt am bundesweiten Modellprogramm EFI (Erfahrungswissen für Initiativen). Hier werden Strukturen für die neue Rolle der so genannten *„senior***Trainer***in"* geschaffen. Engagierte Menschen aus der Stadt erhalten mit diesem Programm die Möglichkeit, sich kostenlos weiterzuqualifizieren. Sie lernen methodische und didaktische Formen der Wissensvermittlung und der Öffentlichkeitsarbeit, erhalten Kenntnisse über Projekt-Management, Konflikt-Bewältigung, Moderationstechniken, Teamstrukturen, Präsentationstechniken und vieles mehr. Diese Seniortrainer können ihr Wissen und ihre Erfahrung als wichtige gesellschaftliche Ressource zum Wohl der gesamten Bevölkerung im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements einbringen.

Ziel des EFI-Programms ist es, dass sich generationsübergreifend Initiativen an *senior***Trainer***in* wenden können, um Beratung und Unterstützung bei der Realisierung von Projekten zu erhalten.

Die Gruppe der Arnsberger *senior***Trainer***in* hat sich den Namen **WIR** gegeben. Sie verbinden mit diesem Namen die Inhalte Wissen, Initiative, Rat.

c2) Das Projekt „Wohnen im Alter"

Die Stadt Arnsberg hat sich 5 Jahre an dem Modellprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen „Wie möchte ich leben, wenn ich älter bin?" beteiligt. Alle Bürger über 50 Jahre sind mit der Bitte angeschrieben worden, sich aktiv an dem Gestaltungsprozess zu beteiligen. Dieser Aufruf ist auf eine **große Resonanz** gestoßen. Im Rahmen einer Bürgerplanung konnten Interessierte in die konzeptionelle Entwicklung zweier Wohnprojekte eingebunden werden.

Das „Service Haus Hüsten – Arnsberg“ mit 95 Wohneinheiten (Einweihung 2000) und das „Alte Wasserwerk – Binnerfeld“ mit 60 Wohneinheiten (Einweihung 2002) sind gute Beispiele im Hinblick auf selbstgestaltetes und selbstbestimmtes Wohnen im Alter.

Beide Senioren-Wohnanlagen weisen ein Lebenskonzept auf, welches das selbstbestimmte Wohnen in einer Gemeinschaft und die Identifikation mit dem Wohnumfeld verbindet. Die Philosophie **„Gemeinsam – statt einsam“** steht im Mittelpunkt jeglicher Zielsetzungen. Das Leben in einer **„Wahl-Familie“** und die möglichst lang erhaltene Selbstständigkeit in den eigenen vier Wänden sind **Ziel** dieser Wohnanlagen.

c3) Das Projekt „Bürger für Bürger“

„Bürger für Bürger“ ist eine weitere Initiative der Stadt, die das **Ziel** der Mitgestaltung an Stadtentwicklung mit unterschiedlichen Methoden erreichen möchte. Einmalig wurde zu Beginn des Projektes eine Zukunftswerkstatt veranstaltet, bei der jeder interessierte Bürger seine Vorstellungen zum bürgerschaftlichen Engagement einbringen konnte. Die darauf folgenden Planungswerkstätten werden alle sechs Wochen in Kooperation mit Bildungsträgern veranstaltet.

c4) Die Seniorenzeitung „Sicht“

Das Seniorenblatt „Sicht“ erscheint vierteljährlich seit 1999 in Arnsberg mit einer Auflage von 6200. Die zehn ehrenamtlichen Redakteure, die fast alle von Beginn an dabei waren, verstehen sich auch als „Wahlfamilie“ und weisen eine gemischte Sozialstruktur auf. Die **Ziele** dieser Öffentlichkeitsarbeit sind die Informationsweitergabe, Unterhaltung und die Aufarbeitung seniorenspezifischer Themen. Die Stadt Arnsberg ist Herausgeber der Zeitung und stellt die Infrastruktur (Büro, Computer etc.).

d) Netzwerke / Kooperationspartner

In der Projektgruppe **„Wohnen im Alter“** wird zusammen mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Verwaltung, den Mitgliedern des Seniorenbeirates der Stadt Arnsberg, der Gruppe Öffentlichkeitsarbeit und der Redaktion der städtischen Seniorenzeitung „Sicht“ rund um das Thema „Alternative Wohnformen“ im Alter diskutiert.

Bürgerschaftliches Engagement erfordert Weiterbildung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen in Form von Moderationstraining, Fachberatung, Konfliktmanagement und Coaching. Die Stadt Arnsberg bildet mit den ortsansässigen **Bildungsträgern** Multiplikatoren aus.

Die Stadt organisiert Plattformen für den regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Ehrenamtlichen. Sie unterstützt die kollegiale Beratung der Teams und diskutiert öffentlich die Einbindung der einzelnen Projekte in das **Netzwerk der Seniorenarbeit.** Motivation, Kompetenz und Einsatzbereitschaft der Engagierten zeigen ihre Identifikation mit dem Arnsberger Senioren-Netzwerk.

e) Wichtige Erfahrungen und Ergebnisse

Die Hauptressource der Stadt Arnsberg basiert auf dem bürgerschaftlichen Engagement ihrer Bürger. In der Verwaltung sind die Mitarbeiter des Arbeitsfeldes „Seniorenpolitik“ für das Konzept im Rahmen der Projektsteuerung verantwortlich und so wird die Stadt unterstützend als Moderator und Koordinator tätig.

Die Stadt Arnsberg unterstützt das bürgerschaftliche Engagement der älteren Bürger mit zahlreichen weiteren Projekten, u. a. Begegnungsstätten, Computer Club Aktiv 55 plus.

Ergebnisse:

- Die Stadt Arnsberg hat vor langer Zeit eine Entscheidung getroffen: Sie hat ein Leitbild bzw. Konzept entwickelt, welches Bürger der älteren Generation zu Experten in eigener Sache macht.
- Der Aufruf der Stadt, sich aktiv an dem Gestaltungsprozess „Wohnen im Alter" zu beteiligen, ist in Arnsberg auf eine große Resonanz gestoßen.
- Bürgerschaftliches Engagement im Sinne der Stadt Arnsberg erfordert Weiterbildung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen.
- Arnsberg organisiert Plattformen für den regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Ehrenamtlichen zur Unterstützung der kollegialen Beratung und zur Einbindung der einzelnen Projekte in das **Netzwerk der Seniorenarbeit.**
- Die Seniorenzeitung „Sicht" verdeutlicht eine Kontinuität, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit der Mitarbeit(er) ohne den Zwang der Verpflichtung.

Verwaltung und Politik in Arnsberg wollen mit dem bürgerschaftlichen Engagement keinesfalls Lücken schließen, die durch fehlende Ressourcen in der Kommune entstehen, sondern zusätzliche Angebote und Aktivitäten schaffen. Sie arbeiten intensiv mit Bürgern zusammen – mit positiven, guten Effekten.

Akteur und Adresse:

Stadtverwaltung Arnsberg
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg,
Tel.: 02932/201-0
E-Mail: stadt@arnsberg.de

5.1.3 Entwicklung eines Seniorenplans in Hamm

a) Kurze Charakteristik der Stadt Hamm

Eine sinkende Gesamtbevölkerung, eine deutliche Zunahme von älteren und insbesondere von hochaltrigen Menschen und eine Zunahme an älteren Migranten kennzeichnen die demographische Entwicklung der nächsten 10 Jahre in Hamm (ca.180.000 Einwohner). Neben der Entwicklung der Stadt Hamm zu einer familienfreundlichen Stadt ist die Gestaltung der künftigen Rahmenbedingungen des Lebens älterer Menschen ein wichtiges politisches Thema.

Der Rat der Stadt Hamm hat im Mai 2004 die Erarbeitung eines Grundsatzbeschlusses zur Seniorenplanung beschlossen. Daraufhin wurde eine Steuerungsgruppe konzipiert. Die **„Aktivierung** und Unterstützung durch **Nutzung der Potenziale und Ressourcen"** steht dabei ebenso im Fokus wie die „Vorsorge bei altersbedingten Defiziten durch Versorgung und Betreuung".

b) Partizipation in der Stadt Hamm

Mit der **Auftaktveranstaltung** im Juni 2004 im Kurhaus Bad Hamm wurde unter großer Beteiligung von Akteuren aus der Seniorenarbeit und Altenhilfe, der Wirtschaft und der Gesundheit und mit interessierten Bürgern der Planungsprozess eingeleitet. Es haben sich sechs Arbeitsgruppen (AG) gebildet.

In den Arbeitsgruppen wurden umfangreiche „erste Überlegungen bzw. Schwerpunktthemen" erörtert bzw. festgelegt. Die Arbeitsgruppen haben einen festen Mitgliederstamm, sind aber grundsätzlich offen. So können Interessierte jederzeit in den laufenden Prozess einsteigen und sich engagieren. Die AGs erfassen zielgruppen- und sozialraumorientiert die aktuellen Angebote und stellen sie auf den Prüfstand. Anhand der wichtigen Zukunftsthemen diskutieren sie den zukünftigen Bedarf und entwickeln Handlungsempfehlungen, die über die Steuerungsgruppe an die Politik zur Entscheidung weitergeleitet werden.

Thematisch befassen sich die AGs mit folgenden Fragen:

- **Gestaltung der Wohnquartiere und des öffentlichen Raums:** Auswirkungen demographischer Veränderungen, Wohnflächenangebot, Wohnumfeld, qualitative Ausstattung der privaten und öffentlichen Wohnfolgeinfrastruktur, Gestaltung des öffentlichen Raumes, Sicherheit und Ordnung
- **Gestaltung des privaten Lebensraumes:** Wohnberatung, barrierefreies Wohnen, betreute Wohneinrichtungen, Wohnen mit Service, alternative Wohnformen
- **Förderung eines aktiven und gesunden Lebens im Alter:** Präventive Gesundheitsförderung, Bildung, Kultur, Sport, Begegnung, bürgerschaftliches Engagement
- **Gesundheitliche und pflegerische Versorgung ambulant und stationär:** Hilfe- und Beratungssystem, Unterstützungsangebote / hausnahe und ergänzende Dienstleistungen, Überleitungskonzepte
- **Arbeitswelt und Alter:** Auswirkungen des demographischen Wandels auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Beschäftigungssicherung, Anforderungen an zukünftige Personalentwicklungen, Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer, betriebliche Gesundheitsförderung, lebenslanges Lernen, veränderte Formen der Arbeitszeitgestaltung
- **Chancen für die Wirtschaft:** Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Chancen des demographischen Wandels, Einkommenssituationen und Konsumverhalten älterer Menschen, Entwicklung bedarfsgerechter Technologien, Produkte und Dienstleistungen, Marketingstrategien, Beispiele für Innovationsansätze
- **Seniorenpolitik:** Partizipation und Einfluss auf kommunale Prozesse und politische Planungen

c2) Das Projekt „Seniorenbeirat“

Die AG „Seniorenpolitik“ setzte sich die Bildung eines Seniorenbeirates in der Stadt Hamm zum Ziel. Der Rat der Stadt unterstützte dieses Vorhaben. Im Dezember 2004 fanden in allen sieben Stadtbezirken Hamms Versammlungswahlen statt, in denen die über 60-jährige Bevölkerung ihre Vertretung wählte. Diese AG wurde mit der Konstituierung des Seniorenbeirates beendet, da die seniorenrelevanten Themen nun in diesem Gremium erörtert und diskutiert werden.

Die Mitglieder des Seniorenbeirates arbeiten in den verbliebenen Arbeitsgruppen mit und sind fest in den Planungsprozess einbezogen.

c3) Die Zeitschrift „Fenster“

Ein weiteres Projekt ist die Seniorenzeitschrift „Fenster“. Diese Zeitschrift gibt es seit 34 Jahren, sie erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt viermal im Jahr mit einer Auflage von ca. 7000 Exemplaren. Das Fenster wird erstellt durch ein ehrenamtliches Redaktionsteam, welches einmal monatlich zusammenkommt und die aktuellen Geschehnisse einfließen lässt. Die Zeitung hat einen ausführlichen Terminteil über das seniorenspezifische kulturelle Angebot in Hamm. Die Stadt Hamm trägt die Kosten der Zeitschrift, wobei einige Werbaufträge auch zur Finanzierung beitragen.

c4) Weitere Projekte mit Senioren in Hamm

- Bezogen auf das Engagement in der Freiwilligenarbeit (z. B. telefonische Seelsorge) wird die Stadt Hamm mit einem Bürgerpreis, dem Robert-Jung-Preis, ausgezeichnet.
- Die Agentur für gesellschaftliches Engagement (AGE) ist ein Modell, in dem die Menschen schon in den Betrieben, d.h. vor ihrem Ausscheiden angesprochen werden. Es handelt sich hier um große Betriebe, wie MAN, DUPONT oder Bergwerk Ost. Das geförderte Projekt soll sich in Zukunft selbst finanzieren.
- Seniorenkino
- Vermittlungsstelle bei Beschwerden in Sachen Pflege
- ehrenamtliche Pflegekonflikt-Vermittler
- Stadtranderholung für ältere Menschen

- EDV-Schnupperkurs für Senioren
- Das Seniorenfrühstück besteht seit 2003 und ist ein stadtteilorientiertes offenes Angebot. Es ist ehrenamtlich getragen und existiert in allen Stadtteilen. An manchen Tagen beträgt die Teilnehmerzahl 50 bis 130 Besucher. Die Kostenbeteiligung beträgt je nach Qualität und Vielfältigkeit zwei bis drei Euro pro Frühstück.
- Senioren organisieren auch ein Frühstücksangebot für Schulkinder. Es steht unter dem Motto „ gesundes Schulfrühstück", denn Kinder bekommen oft kein Frühstück mit zur Schule.

d) Netzwerk / Kooperationspartner

Die Verwaltung hat eine Organisationsstruktur entwickelt, die Maßnahmen der Stadtämter und Institutionen im Rahmen themenbezogener Arbeitsgruppen aufgreift, wie Bürgerengagement, Bürgerbeteiligung und Bürgerservice.

e) Wichtige Erfahrungen und Ergebnisse

Zweimal jährlich finden im Bildungszentrum zwei Wochenseminare statt. Ziel dieser Seminare sind Weiterbildung und Qualifikation der ehrenamtlich Tätigen.

Die Stadt Hamm gewährleistet eine weitgehende Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen an der Entwicklung der Stadt. Die vorgenannten Partizipationsverfahren machen die Betroffenen zu Beteiligten, was zur Folge hat, dass sich Entscheidungsprozesse transparent für alle darstellen.

Ergebnisse:

- Bei einer groß angelegten Auftaktveranstaltung zur Seniorenplanung in Hamm haben Akteure aus der Seniorenarbeit und Altenhilfe, der Wirtschaft und der Gesundheit mit interessierten Bürgern den Planungsprozess eingeleitet, daraus haben sich sechs Arbeitsgruppen gebildet.
- Diese Arbeitsgruppen haben unzählige Projekte initiiert, die Vielfalt der heterogenen Gruppe der Senioren wird in Hamm erkannt.
- In Kooperation mit unterschiedlichen Akteuren der Seniorenarbeit werden Fachveranstaltungen zu altersrelevanten Themen durchgeführt.
- Die Seniorenzeitschrift „Fenster" gibt es seit 34 Jahren!

Die Stadt Hamm hat die heterogene Gruppe der Älteren entdeckt und eine besondere Vielfalt unter den Projekten entwickelt und die Resonanz der älteren Bürger ist äußerst positiv.

Akteur und Adresse:

Stadt Hamm
Theodor-Heuss-Platz 16
59065 Hamm oder
Postfach 2449
59061 Hamm
Tel.: 02381/17-0
Fax: 02381/17-2971
E-Mail: info@stadt.hamm.de

5.1.4 Netzwerkaufbau in Köln

a) Kurze Charakteristik der Stadt Köln

Ein Fünftel der Kölner Bevölkerung (über 1 Million Einwohner) ist über 60 Jahre alt. In Köln erfolgte eine Bestandsaufnahme aller Angebote und Maßnahmen, die im Bereich der sozialen Arbeit mit Älteren bestehen. Untersuchungen der Besucher- und Angebotsstruktur führten zu der Erkenntnis, dass mit diesem vorhandenen Angebot ca. 10 % der Kölner Seniorinnen und Senioren erreicht werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Menschen ab 70 Jahre, d. h. ein Großteil der Älteren und bestimmte Personengruppen wie z. B. die **„jungen Alten"** nutzten diese Angebote nicht oder kaum.

b) Partizipation in Köln

Die Erkenntnisse, dass „die Alten" keine homogene Gruppe, die sozialen Bedürfnisse der älteren Generation sehr unterschiedlich sind und damit auch seniorenpolitische Ziele und Angebote unterschiedliche Inhalte und Formen haben müssen, führen in Köln zu dem Projekt **„Senioren-Netzwerke".**

Ein solches **„SeniorenNetzwerk"** muss aus Sicht der Stadt Köln folgende Qualitätskriterien erfüllen:

- es soll für alle zugänglich sein,
- es soll sich an der Nachfrage orientieren,
- es soll die verschiedenen Gruppen in der älteren Bevölkerung aufspüren und sich nach diesen Zielgruppen orientieren,
- es soll sich am jeweiligen Lebensraum orientieren,
- es soll die Fähigkeit zur ständigen Anpassung an wechselnde Situationen haben,
- es soll kooperativ arbeiten und
- die Verantwortung für Personen übernehmen, die zugehende / nachsorgende Hilfe benötigen.

c) Der Aufbau von „SeniorenNetzwerken“

Um ein breites Spektrum der sozialen Arbeit mit Älteren entwickeln zu können, wurden in 12 Kölner Stadtteilen mit erhöhtem Altenhilfebedarf Netzwerkkoordinatoren eingesetzt, die eine entsprechende Struktur aufbauen sollten. Der einzelne **Netzwerkkoordinator** bringt keine neuen Angebote mit – vergleichbar mit der Struktur in den Altentagesstätten –, sondern er fragt danach

- welche Interessen im Stadtteil existieren;
- was Senioren machen wollen;
- was Senioren brauchen, um dieses ihre Vorhaben selbst umzusetzen.

Dadurch wird eine größere Teilhabe und Selbstorganisation der Bürger im Stadtteil erreicht und im Gegensatz zu Institutionen können die Angebote, die an den konkreten Bedürfnissen der Bürger orientiert sind, ständig den sich immer schneller wechselnden Bedürfnissen angepasst werden.

Ein SeniorenNetzwerk setzt sich zusammen aus möglichst allen Initiativen, Vereinen, Einrichtungen, Diensten und Schlüsselpersonen vor Ort, die sich für eine Seniorenarbeit engagieren (wollen). Sie bilden eine **Senioren-Stadtteilkonferenz** und tragen dafür Sorge, dass durch Kooperation vorhandener Angebote bzw. Initiierung neuer Angebote älteren Mitbürgern wohnortnah (d. h. leicht erreichbar) folgende Möglichkeiten geboten werden:

- Seniorentreffpunkte, Beratung, Bildung, Kultur, Beschäftigung/Aktivitätenplanung, Sport, Besuchsdienste, Nachbarschaftshilfe, Mittagstisch, Beteiligung an nicht altersspezifischen Aktivitäten im Stadtgebiet.

Beim Aufbau dieser Netzwerke handelt es sich um einen Prozess, der in einer zeitlich nicht genau definierbaren Phase professionell begleitet und gesteuert werden muss, mit dem Ziel, dass die Akteure vor Ort das Geschehen **eigenverantwortlich** in die Hand nehmen, soweit dies möglich ist.

In einem ersten Realisierungsschritt wurde in jedem der neun Kölner Stadtbezirke der Stadtteil mit dem höchsten Bedarf, nach jetzigem Kenntnisstand also mit der schlechtesten Angebotslage, in das Programm einbezogen. Die Stadt Köln richtete insgesamt 12 SeniorenNetzwerke ein.

d) Kooperationspartner

Die Kölner Wohlfahrtsverbände wurden wegen ihrer großen Erfahrung, ihrer stadtweiten Präsenz und der Vielzahl gleichgerichteter Angebote mit der Realisierung der Aufgabe beauftragt.

Ein zweiter und sehr bedeutender Kooperationspartner ist die Kölner Seniorenvertretung. Diese in Urwahl gewählte Interessenvertretung der Kölner Seniorinnen und Senioren wird in alle Entscheidungsprozesse, die die Altenarbeit in Köln betreffen, mit eingebunden und damit eine Mitwirkung der Kölner Seniorinnen und Senioren erreicht.

e) Wichtige Erfahrungen

Zwischen der Kölner Seniorenvertretung und der Sozialverwaltung findet regelmäßig monatlich ein Gedankenaustausch statt. Der Austausch ist das Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürger bei der Vorbereitung von seniorenpolitischen Entscheidungen.

Im Gegensatz zu Heimen, Tagesstätten etc. können Angebote, die an den konkreten Bedürfnissen der Bürger (Nutzer, Kunden etc.) orientiert sind, ständig den sich immer schneller wechselnden Bedürfnissen angepasst werden.

In einem derartigen Netzwerk wandelt sich auch das Verhältnis zwischen professioneller (hauptamtlicher und bezahlter) Hilfe und ehrenamtlicher unentgeltlicher Arbeit, sei es durch Selbsthilfe, Laienhilfe, Nachbarschaftshilfe. Es entsteht so eine kooperative gegenseitige Ergänzung, welche die Qualitäten beider Hilfearten als gleichwertig und unentbehrlich akzeptiert.

Ergebnisse:

- Ein Großteil der älteren Bürger in Köln, besonders die Personengruppen wie z. B. die **„jungen Alten“** nutzten die seniorenspezifischen Angebote kaum.
- Deshalb wurden in den Stadtteilen mit der schlechtesten Angebotslage für Senioren insgesamt 12 SeniorenNetzwerke eingerichtet.
- Den Aufbau dieser Netzwerke hat die Sozialverwaltung professionell begleitet und gesteuert, mit dem Ziel, dass die Akteure vor Ort das Geschehen **eigenverantwortlich** in die Hand nehmen.
- Der Netzwerkkoordinator fragt nach den Interessen der Senioren im Stadtteil und danach, was die Senioren brauchen, um dieses selbst umzusetzen.

Die Stadtverwaltung Köln hat in einem solchen Netzwerk insbesondere die Aufgabe, verschiedene Formen des bürgerschaftlichen Engagements stützend zu begleiten. Dabei geht es nicht primär um wirtschaftliche Erwägungen (Ausspielen unentgeltlicher Arbeit gegen bezahlte Arbeit), sondern insbesondere um das bürgerschaftliche Engagement, weil durch diese Form der Arbeit die Ziele der Selbstorganisation und Mitwirkung am wirkungsvollsten erreicht werden können.

Akteur und Adresse:

Amt für Soziales und Senioren
Ottmar-Pohl-Platz 1
51103 Köln
Tel.: 0221/221-25930
Fax: 0221/221-27447
E-Mail: sozialamt@stadt-koeln.de
www.stadt-köln.de

Resümee

Die Städte führen innovative Projekte durch. Die ansonsten schwer erreichbare Bevölkerungsgruppe der Senioren wird durch Angebote der Förderung, die auf ihre Lebenssituation (pflegebedürftig oder körperlich aktiv) zugeschnitten sind, befähigt, Aspekte der Mitwirkung und Teilhabe in die Lebensgestaltung mit einzubeziehen.

Durch die offene Ausgestaltung der Angebote bestehen vielfältige Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für die älteren Bürger.

Die Stadtverwaltungen richten in vielen Städten und Stadtteilen Infrastruktureinrichtungen ein, die eine wichtige stabilisierende Funktion für die ältere Bevölkerung haben und damit Impulse für die Stadtteilentwicklung setzen.

Die oben dargestellten Städte sind auf dem „richtigen" Weg der Umsetzung einer aktivierenden altengerechten Stadt und arbeiten weiter an deren Nachhaltigkeit.

5.2 Senioreninitiativen

5.2.1 Selbstorganisierte Planung und Mitwirkung am Mehrgenerationenwohnprojekt

Verein „Anders Leben Anders Wohnen für Jung und Alt e.V. (ALAW)“

a) Charakteristik des Vereins

Das Mettmanner Hofhaus ist ein Projekt des Vereins „Anders Leben Anders Wohnen für Jung und Alt e.V. (ALAW)“. Zu Beginn des Projektes stand die **Vision** einer Gruppe von Männern und Frauen, die auch im Alter selbstbestimmt und nicht isoliert leben wollten. Aus einem Netzwerk „Frauen in der Lebensmitte“, welches sich aus einem Volkshochschulkurs in den 80er Jahren entwickelte und das die veränderte Situation der überwiegend allein lebenden älteren Frauen erstmals thematisierte, entwickelte sich der Themenschwerpunkt „Wohnen im Alter“. Aber auch für junge Menschen stellte sich die Frage: „Wie werden wir übermorgen leben?“ Sie suchten ebenfalls zunehmend Alternativen zum Leben in der Kleinfamilie oder als Singles. 1992 entstand so eine relativ feste Gruppe von Männern und Frauen, die über das Thema „Wie werden wir morgen oder übermorgen leben?“ diskutierten.

Diese Diskussionsgruppe entwickelte ein **Alternativmodell,** das gemeinschaftliches Wohnen an die Stelle von anonymen Wohnsiedlungen oder vollstationären Einrichtungen setzen sollte. 1995 wurde der Verein „Anders leben, anders wohnen für Jung und Alt e.V.“ ins Leben gerufen.

b) Partizipationsgedanke des Vereins

Der Verein wurde gegründet, um das Konzept eines Wohnprojektes selbst umsetzen zu können. Teilhabe und Mitwirkung werden hier in bester Form angewandt.

Abbildung 49

c) Das Projekt „Mettmanner Hofhaus“

Der Verein suchte das Gespräch mit Architekten, Bauträgern und Behörden, um seine Vision des „alternativen Wohnmodells“ zu realisieren. Daraus ergab sich, dass die Stadt Mettmann ein Baugrundstück von 3.500 m² in einem Neubaugebiet am Rande des Naturschutzgebietes Laubachtal reservierte. Der **„Mettmanner Bauverein e.G.“,** eine örtliche Genossenschaft, übernahm das Projekt als Bauträger und Bauherr.

Im Februar 2001 bezogen die ersten Bewohner die 24 Miet- und zehn Eigentumswohnungen. Seitdem besteht die **Hausgemeinschaft** aus einem bunten Mix aus Alt und Jung, Ehepaaren und Alleinstehenden und Menschen mit und ohne Handicap.

Um eine soziale Mischform zu gewährleisten, wurde Wert auf gemischte **Finanzierung** der Wohneinheiten gelegt, so wurden öffentlich geförderte Wohnungen, Eigentumswohnungen und freifinanzierte Wohnungen erstellt.

Die Wohnanlage gruppiert sich in zwei- bis dreigeschossiger Bebauung um einen zentralen, gemeinschaftlichen Innenhof. Der vom Land

Nordrhein-Westfalen geförderte **Gemeinschaftsraum** bietet den Bewohnern vielfältige Möglichkeiten der Kommunikation und eine zusätzliche Einnahmequelle durch Vermietung an Externe.

Die gute Infrastruktur ermöglicht es, alle wichtigen Einrichtungen (Arzt, Apotheke, Spielplatz, Sozialstation, Bus etc.) zu Fuß zu erreichen. Jung und Alt können hier miteinander leben, ohne dass eine Generation auf etwas verzichten muss.

Die **Zielgruppe** besteht aus Menschen, „die aktiv, anspruchsvoll sind, und auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation Wert legen. Sie wollen im Alter nicht unterhalten und betreut werden, sondern mitgestalten und sozial aktiv bleiben" (Seniorenplan 2001 für den Kreis Mettmann).

Abbildung 50

Abbildung 51

Um diese **Ziele** zu erreichen, werden im Rahmen dieses Projektes auch verschiedene Veranstaltungen und Aktivitäten angeboten. So schlagen und organisieren die Bewohner wie auch der Verein Diskussions-/Seminarthemen vor, über deren Durchführbarkeit gemeinschaftlich entschieden wird. Die Bewohner organisieren sich somit selbst. Die externe Nachbarschaft kann ebenfalls an diesen Initiativen teilnehmen.

d) Netzwerk/Kooperationspartner

Es besteht ein Informationsaustausch zwischen Stadt (Bau/Sozialamt) und Verein. Dabei unterstützt die Stadt Mettmann das Projekt in der Art, dass sie ihre Belegungen sensibel vornimmt. Ein Kooperations- und Nutzungsvertrag mit dem Investor (Mettmanner Bauverein eG) regelt die Zusammenarbeit zwischen Verein und Bauherrn.

Abbildung 52

e) Wichtige Ergebnisse und Erfahrungen

Das Zusammenleben wird nicht durch ein „Muss" gekennzeichnet sein, sondern durch gegenseitige, **freiwillige Hilfen** (z. B. mit Elektriker- und PC-Arbeiten, Unterstützung bei der Altenpflege, Kinder- bzw. Hausaufgabenbetreuung, Babysitting, Urlaubsdienste und Einkaufshilfen) und eine intensivierte Nachbarschaft.

Gleichwohl übernehmen die Mieter und Eigentümer auch Verantwortung für Gemeinschaftsflächen und deren Ausstattung.

Die Organisation der Vereinsarbeit bedarf des **permanenten Engagements,** da ansonsten der Kern des Gemeinschaftsprojektes, die gemeinsamen Aktivitäten, die persönlichen Kontakte und die Vereinsarbeit nicht mehr tragfähig wären.

Die **Umsetzung** des Projektes erwies sich als schwierig, da viele Ideen und Details sich nicht verwirklichen ließen, weil sie dem Rotstift zum Opfer fielen. Ein weiteres Problem lag darin, dass einige „potenzielle Mieter" und Vereinsmitglieder während des langen Vorlaufs absprangen und in „normale" Wohnungen bzw. vollstationäre Einrichtungen umzogen. Dies mag bei solchen Projekten aber als normal gelten.

Die anfängliche Idee wurde mit einer bewundernswerten Konsequenz bis zur Verwirklichung verfolgt.

Ergebnisse:

- Der Verein „Anders Leben anders Wohnen für Jung und Alt e. V." entwickelte ein Alternativmodell, welches gemeinschaftliches-Wohnen der Generationen an die Stelle von anonymen Wohnsiedlungen oder vollstationären Einrichtungen setzt.
- Die Überzeugung des Vereins, dass Senioren im Alter nicht unterhalten und betreut werden wollen, sondern mitgestalten und sozial aktiv bleiben möchten, wurde im Verlauf des Projektes sehr gut umgesetzt.
- Ein zentraler, gemeinschaftlicher Innenhof und ein **Gemeinschaftsraum** bieten den Bewohnern vielfältige Möglichkeiten der Kommunikation.
- Die Bewohner organisieren Seminare, über deren Umsetzung gemeinschaftlich entschieden wird.
- Alles basiert auf „freiwilligem" Engagement, niemand **muss** sich in die Gemeinschaft einbringen.

Der Verein „ALAW" möchte, dass das Projekt als ein zukunftsweisendes Modell gesehen wird, welches für ein neues Verständnis vom Miteinander der Generationen, vom Miteinander unterschiedlicher sozialer Lebensformen und unterschiedlicher sozialer Milieus steht. Gemeinschaftliches Wohnen ist nur dann möglich, wenn die beteiligten Mieter sich durch ein hohes Maß an Engagement auszeichnen. Im Mettmanner Hofhaus ist dies gelungen, und das Zusammenleben von Jung und Alt ist durch eine intensive Nachbarschaft und einen hohen kommunikativen Austausch gekennzeichnet.

Akteur und Adresse:

ANDERS LEBEN ANDERS WOHNEN für Jung und Alt e. V.
Mettmanner Hofhaus
Am Laubacher Feld 66a
40822 Mettmann
Tel.: 02104 / 144 899
E-Mail: alaw.ev@t-online.de

5.2.2 „ALTE für ALTE“ [1]

Seniorenrat der Stadt Münster

Abbildung 53

a) Kurze Charakteristik des Akteurs

„ALTE für ALTE“ ist ein Projekt, welches 1983 aus einem Gesprächskreis entstanden ist. Es hat den Anspruch, dass die ältere Generation ihre Altersprobleme selbst in die Hand nehmen muss.

Abbildung 54

b) Partizipationsgedanke der Senioreninitiative

Anfang der 80er Jahre organisierten sich Seniorenstudentinnen der Uni Münster, um etwas für sich und andere ältere Menschen zu tun. Als Studentinnen waren sie zu dieser Zeit Exotinnen, die von den Professoren geduldet und von den Studenten belächelt wurden. Studium im Alter kannte man damals noch nicht.

Gegenseitige Sympathien und ähnliche Lebenssituationen führten dazu, sich gemeinsam auf die dritte Lebensphase vorzubereiten. Der Gesprächskreis gab sich den Namen „ALTE für ALTE“.

[1] Unserer Kenntnis nach existiert das folgende Projekt nicht mehr. Dennoch lassen wir es hier stehen, da es sehr anschaulich beschreibt, welche Aktivitäten im Alter möglich sind.

c) Das Projekt „Alte für Alte“

Zu den regelmäßigen Treffen werden **Referenten** eingeladen und durch Seminarbesuche kann sich jeder auf individuell wichtige Themen vorbereiten. So werden – damals öffentlich noch spärlich angeboten – Seminare zu Themen wie Sterbebegleitung, Trauerbegleitung, Umgang mit pflegenden Angehörigen, der ältere Mensch in der Scheidungsphase, Konfliktberatung und andere Seminare besucht und Gesprächskreise angeboten.

Die Frauen gründeten

- den Besuchsdienst 1:1: Jeder Besuchte erhält eine Ansprechpartnerin, für die ein wöchentlicher Besuch zur Selbstverständlichkeit wurde.

Weitere Aktivitäten sind

- ein monatliches Treffen pflegender Angehöriger (Hier finden pflegende Angehörige einen Ort, wo sie in entspannter Atmosphäre abschalten und Gespräche führen können.)
- eine Alzheimer Gesellschaft + Hospizbewegung,
- Gesprächskreis für trauernde Angehörige,
- Sonntagsfrühstück für JUNG und ALT (Schüler und Studenten begleiteten dieses Projekt.)
- jährliches Treffen Alleinstehender am heiligen Abend,
- eine Nähstube und eine Hobbywerkstatt und
- das Seminar „Wohnen im Alter“ mit Beteiligung des Geschäftsführers von Wohn+Stadtbau Münster.

e) Wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen

Das Projekt hat frühzeitig die Altenarbeit als eine Aufgabe des Gemeinwesens erkannt. Literaturkreise, Kino- und Theaterbesuche sind regelmäßige und beliebte Treffen. Die Gruppe hat auch Trennungen erfahren, in den Jahren enger Verbundenheit sind Frauen verstorben. So entsteht Nähe und Auseinandersetzung mit dem eigenen, aber auch mit dem Tod des anderen. Eine der Hauptfragen dieses Gesprächskreises lautet: „Leben wir auf Kosten der nachwachsenden Generationen und wo kann gelebte Solidarität die Generationengerechtigkeit fördern?“

Das Projekt fördert Nachhaltigkeit im politischen und gesellschaftlichen Handeln und engagiert sich für positive Lebensbedingungen einer Welt von morgen.

Ergebnisse:

- Die Seniorinnen haben sich selbstständig zu einem Gesprächskreis zusammengetan und daraus entwickelten sich regelmäßige Treffen und zahlreiche andere seniorenspezifische Projekte.
- Weiterbildungen werden durch Seminare/Referenten gewährleistet.
- Das Projekt existiert seit über 20 Jahren und ist dadurch ein Beweis von nachhaltiger Projektarbeit.

Dieses selbstinitiierte Projekt von älteren Menschen für ältere Menschen macht deutlich, dass freiwilliges Engagement über lange Dauer funktionieren kann. Senioren setzen sich für andere ältere Menschen ein und bekommen selber Unterstützung bei auftretenden Schwierigkeiten durch veränderte Lebensbedingungen. Das Angebot der „Alte für Alte“ reicht von selbstorganisierten Freizeitaktivitäten über Weiterbildungen in Form von Seminaren bis zu diversen anderen Projekten und wurde seit über 20 Jahren genutzt.

5.2.3 Selbstorganisation und Mitwirkung an Stadtentwicklung „Interessengemeinschaft Kasernengelände an der Tannenstraße“

a) Kurze Charakteristik der „Interessengemeinschaft Kasernengelände an der Tannenstraße“(IG)

Das Mitwirkungsinteresse des Seniorenbeirats Düsseldorf formierte sich im Rahmen der „Interessengemeinschaft Kasernengelände an der Tannenstraße“ (IG). Ausgangspunkt war der Widerstand der Bürger, der sich gegen die Umsetzung des 1994 beschlossenen städtischen Planungsprojekts „Nördliches Derendorf“ als Industriegebiet mit Büro- und Gewerbebauten richtete.

b) Partizipation des Seniorenbeirates

Die Partizipation der Senioren vollzog sich in Form von Appellen an die städtische Planungshoheit. Im Planungsausschuss und der Stadtbezirkssitzung konnten die Senioren als „sachkundige Einwohner“ eine beratende Stimme einbringen. Eine konkrete Mitwirkung ergab sich im Rahmen der Projektarbeit in Form eines **Runden Tisches.**

c) Das Projekt „Interessengemeinschaft Kasernengelände an der Tannenstraße“

In einem ersten Schritt wurden in der IG Ideen gesammelt und Wege zu deren Realisierung geplant. Im Anschluss daran wurde der Dialog mit dem Land Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Weiterhin stand die Gewinnung von Investoren im Mittelpunkt, mit deren Hilfe eine Neugestaltung des Geländes unter dem Gesichtspunkt des Denkmalschutzes sichergestellt werden sollte. Daneben wurde die Öffentlichkeit mit **Flyern, Plakaten und Podiumsdiskussionen** auf die Problematik hingewiesen. Diese Maßnahmen wurden aus Spendenmitteln finanziert. In Arbeitskreisen zu den Themen „Wohnen und Arbeit“, „Offener Arbeitsprozess“ und „Denkmalschutz“ wurden entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Diese Vorschläge wurden über einen längeren Zeitraum

hinweg in einem Kernteam gebündelt und im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit und Realisierbarkeit optimiert.

Zusammenfassend verdichtete sich das Engagement auf sieben Zielsetzungen:

1. Die historische Stadtstruktur – die Abfolge von Plätzen – erhalten.
2. Den Denkmalschutz sicherstellen.
3. Quartierbildung im Gelände und Integration gewährleisten.
4. Gebäude und Grünflächen erhalten.
5. Anbindung des historischen Wohnquartiers sichern.
6. Planerische Vielfalt gewährleisten.
7. Bürgerbeteiligung, Infrastrukturplanung und Gemeinwesenentwicklung durchführen.

Erste Ergebnisse zeigten sich 2001. Die erwirkte Aufhebung des Planungsprojekts „Nördliches Derendorf“ führte dazu, dass die Pläne zur Errichtung der Straßenbahntrasse verworfen wurden. Zudem wurde das Gesamtgelände als Arsenal unter Denkmalschutz gestellt, d.h. als Ensembleschutz ausgewiesen.

In fünf Sitzungen in Form des Runden Tisches wurden Vorgaben für das nachfolgende Werkstattverfahren ausgearbeitet. Aus strategischen Gründen hat sich die IG in drei Gruppen geteilt („Lott stonn“, „Derendorfer Jongens“ und Seniorenbeirat) und diese mit eigenen Stimmen sprechen lassen. Die involvierten Architektenteams stellten den interessierten Bürgern „Schwarze Bretter“ zur Verfügung. Auf diesem Weg konnten Anregungen eingebracht werden. Mit dem Umbau, der in mehreren Bauabschnitten erfolgt, wurde bereits Ende 2004 begonnen.

d) Vorhandenes Netzwerk / Kooperationspartner

Zur Umgestaltung konnten zwei Investoren gewonnen werden. Die Bayrische Hausbau schloss sich mit der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) zur „Projektgesellschaft Tannensee“ zusammen. Beide Partner brachten sich zu gleichen Teilen in das Vorhaben ein. Die Projektgesellschaft hatte mit dem Eigentümer, dem Land Nordrhein-Westfalen, einen dreijährigen Optionsvertrag ausgehandelt. Nachdem die Investoren ein Angebot vorgelegt hatten, erfolgte zunächst ein Zusammenschluss mit

den zuständigen Verwaltungsbeamten, Politikern und Bürgern in Form des Runden Tisches.

Für die Verwirklichung des Projektes war die Einbeziehung aller betroffenen Akteure maßgeblich. Insbesondere die Einbeziehung von **Experten unterschiedlicher Fachgebiete,** die gezielt von der IG eingeladen wurden, stellte sich als vorteilhaft heraus. **Architekten, Stadtplaner und Fachleute aus den Ministerien und Verwaltungen** konnten so für die Unterstützung des Vorhabens gewonnen werden und brachten daraufhin konstruktive Vorschläge zum Thema „Denkmalschutz und -pflege“ ein.

e) Wichtige Ergebnisse und Erfahrungen

Neben der langjährigen, kontinuierlichen Projektarbeit war es für den Erfolg des Projektes ausschlaggebend, dass sich die Mitglieder der IG das notwendige Expertenwissen erschlossen haben. Weiterhin hat sich eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit als sinnvoll erwiesen. Durch Werkstattgespräche, Arbeitskreise und Ausstellungen konnten Politiker, Verwaltungen und Investoren für das Thema sensibilisiert werden.

Einige der planerischen Vorhaben konnten aus Kostengründen nicht verwirklicht werden. Auch wenn letztlich nicht alle Vorstellungen des Seniorenbeirats realisiert werden konnten, wird insgesamt ein positives Fazit gezogen.

Ergebnisse:

- Die Öffentlichkeit wurde mit Flyern, Plakaten und Podiumsdiskussionen auf die Problematik hingewiesen.
- Die involvierten Architektenteams stellten den interessierten Bürgern „Schwarze Bretter“ zur Verfügung.
- Durch Werkstattgespräche, Arbeitskreise an Runden Tischen und Ausstellungen konnten Politiker, Verwaltungen und Investoren für das Thema sensibilisiert werden.
- In den Arbeitskreisen wurden die Themen „Wohnen und Arbeit“, „Offener Arbeitsprozess“ und „Denkmalschutz“ behandelt.
- Senioren haben es geschafft, sich aktiv mit dem Projekt an der Stadtentwicklung zu beteiligen.

Betroffene setzten sich gemeinsam für einen Raum ein, der historisch gewachsen ist und einen Teil der Kulturlandschaft darstellt. Dieses Engagement bedeutet eine hohe Willenskraft der Beteiligten des Seniorenbeirates und eine Bereitschaft, sich mit vielen Akteuren auseinander zu setzen.

Akteur und Adresse:

Seniorenbeirat Düsseldorf
Willi-Becker-Allee 8
40227 Düsseldorf
Tel.: 0221/8995950
E-Mail: seniorenbeirat@stadt.duesseldorf.de

5.3 Wohnungsunternehmen und Möglichkeiten der Partizipation

Die Wohnungswirtschaft hat heute mit besonderen Herausforderungen zu rechnen:

Der demografische Wandel beeinflusst die Wohnungswirtschaft durch Leerstände *(Schrumpfung)*, erhöhte Fluktuationen (Flexibilität), neue Wohnbedürfnisse (Barrierefreiheit) und einen anderen Bedarf an Wohnungszuschnitten *(Singularisierung, Migration).*

Diese Veränderungen:

- stellen hohe Anforderungen an Wohnungsunternehmen und
- erfordern neue Wege etwa im sozialen Management.

Die sechs ausgewählten Projekte decken ein breites Spektrum der Entstehung, Gestaltung und Organisation solcher aktivierenden oder betreuenden Wohnkonzepte ab und ermöglichen einen Überblick über die Chancen der verschiedenen Wohnformen, dazu gehören: Siedlungs-, Haus- und Wohngemeinschaften sowie betreute Wohngruppen.

5.3.1 Initiativgruppe in der Planungsphase

Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford eG

a) Kurze Charakteristik der Bau- und Siedlungsgenossenschaft

Die Bau- und Siedlungsgenossenschaft hat in Bünde 1513 Wohnungen. Die Wohnanlage am Tabakspeicher hat 42 Wohnungen, es handelt sich hierbei um ein dreistöckiges Gebäude (EG, I. u. II. OG), alle Wohnungen sind über die Verbindungsgänge (offene Laubengänge) miteinander bzw. mit dem Haupttreppenhaus, in dem sich auch die Gemeinschaftsräume befinden, verbunden.

Die Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford eG hat 1997 eine **„Markt- und Standortanalyse"** durchführen lassen, deren Ergebnisse sind – im Nachhinein ja gut ablesbar – sehr genau zugetroffen. Es wurde ein Bedarf an Seniorenwohnungen in Bünde bei Mitgliedern und auch Nichtmitgliedern der Genossenschaft festgestellt, da im näheren Umkreis keine solche Wohnanlage bestand. Ein weiteres Motiv war der Wunsch der über 60-Jährigen, vom Eigenheim zum Mietverhältnis zu wechseln, um auf diese Weise kleinere, günstigere und zentrumsnahe Wohnungen zu beziehen.

b) Partizipation des Wohnungsunternehmens in Bünde

Schon der erste Artikel in einer örtlichen Zeitung über den Bau einer Seniorenwohnanlage weckte das Interesse sowohl der Zielgruppe als auch vieler Architekten. Daraus ergab sich eine Ausschreibung für einen Architektenwettbewerb und eine „Warteliste" von 120 Personen. Anfang 2000 wurden die ersten 60 Gespräche mit Interessierten geführt. Regelmäßige Treffen der zukünftigen Mieter, der Genossenschaft, der Architekten, weiterer Fachplaner und der Diakonie ermöglichten einen gewinnbringenden Ideentransfer.

Eine **Initiativgruppe** interessierter Mieter hat sich gegründet, die eigenständige Treffen abhielt. Die Beteiligung der zukünftigen Mieter von Beginn an war damit ein wesentliches Merkmal des Projektes. Das gesamte Konzept (inkl. Betreuung) wurde mit der Initiativgruppe disku-

tiert und geplant. Ein halbes Jahr nach Bezug wurde auf Initiative der Bewohner ein regelmäßiges Treffen (einmal im Monat mit der Diakonie) arrangiert. Diese Treffen dienen dazu, Mietervertretungen zu wählen und Probleme zu erörtern. Die gute Selbstorganisation basiert auf einer starken Bewohnervernetzung. Es finden Aktivitäten, wie ein Bibelkreis, ein Singkreis und Spielabende statt, alles **selbstständig organisiert** und durch Aushänge publik gemacht. Hier wird deutlich, dass der Gedanke der Mitbestimmung und Mitgestaltung an dem Projekt von Beginn an unterstützt wurde und im weiteren Verlauf auch nicht abgenommen hat.

c) Das Projekt „Wohnen am Tabakspeicher"

Das Konzept **Servicewohnen** bedeutet in der Wohnanlage am Tabakspeicher:

- betreutes Wohnen
- Versorgungssicherheit
- Garantie / Gewähr, bis zum Lebensende in der Wohnung bleiben zu können
- vor Ort einen Kooperationspartner (Diakonie) – keine Betreuungspauschale
- gemeinschaftliche Aktivitäten und Gemeinschaftsräume

Mit der finanziellen Unterstützung von Bund und Land konnten die **Gemeinschaftsräume** (Bibliothek, Fitnessräume, Küche und Gästezimmer) realisiert werden. Technisch ist die Anlage barrierefrei und rollstuhlgerecht ausgestattet sowie für blinde Menschen ausgerichtet. Jeder Mieter hat ein technisches Handbuch über die Einrichtungen der Wohnanlage (Fahrstühle, Gartenanlage, Gemeinschaftsräume etc.). Die Nähe der Wohnanlage zur Innenstadt ermöglicht eine hohe Aktivität und bietet eine gute Infrastruktur.

d) Kooperation / Netzwerke

Die Diakonie ist als Kooperationspartner mit eigenen Räumen in der Wohnanlage vertreten und ermöglicht dadurch eine direkte Betreuung und eine Ansprechbarkeit.

Architekten, Senioren und die Baugenossenschaft arbeiteten in diesem Projekt intensiv zusammen.

e) Wichtige Ergebnisse und Erfahrungen

Das Projekt hat eine Anerkennung vom Bund deutscher Architekten (BDA) erhalten (Gute Bauten 2004) und wird mit dem Bauherrenpreis 2006 (Veröffentlichung im Januar) – hohe Qualität, tragbare Kosten – ausgezeichnet.

Eine Priorität für die Genossenschaft hatte das Dauernutzungs- und Belegungsrecht, welches durch freifinanzierte Wohnungen gewährleistet werden konnte. Das Belegungsrecht hätte auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau umgesetzt werden können. Hier gibt es aber schon eine gute Bedarfsdeckung im Bestand der Bau- und Siedlungsgenossenschaft Bünde. Die gewünschte zielgruppengerechte Belegungskontinuität war jedoch nur im Miet- / Dauernutzungsrecht zu realisieren, nicht als Eigentumsmaßnahme.

Die positiven Ergebnisse mit der Mieterbeteiligung haben die Genossenschaft bereits veranlasst, weitere Mieterpartizipationsprojekte in anderen Wohnsiedlungen zu realisieren. Eine noch deutlich intensivere Mieterbeteiligung wird zurzeit bei der Sanierung (inkl. Abriss und Neubau) einer 60er-Jahre Wohnanlage umgesetzt. Für die älteren Bewohner soll eine größtmögliche Barrierefreiheit nicht nur in den entstehenden Neubauten, sondern auch im zu sanierenden Altbestand umgesetzt werden.

Ergebnisse:

- Bereits in der Planungsphase wurden die interessierten zukünftigen Mieter von der Bau- und Siedlungsgenossenschaft beteiligt.
- Es hat sich eigenständig eine Initiativgruppe gegründet, welche das gesamte Konzept mitgestaltete.
- Der Gedanke der Mitbestimmung und Mitgestaltung wurde von Beginn an vom Unternehmen unterstützt und hat im weiteren Verlauf auch nicht abgenommen.
- Gemeinschaftsräume (Bibliothek, Küche und Gästezimmer) wurden eingerichtet, über die Nutzung eines Raumes (Fitnessraum, Friseur o.ä.) können die Bewohner selbstständig entscheiden.

Das Projekt „Wohnen am Tabakspeicher" wurde von Beginn an durch Beteiligung und Mitwirkung geprägt. Regelmäßige Treffen aller Beteiligten waren ein Instrument der Partizipation. Die Initiativgruppe konnte so Ideen, Wünsche und Vorstellungen schon bei der Planung mit einbringen.

Der Projektverlauf belegt die Wichtigkeit aber auch den Nutzen von einer intensiven Mieterbeteiligung. Nachhaltigkeit wird aufgezeigt durch die Fortsetzung der Treffen und eine gute Selbstorganisation der sehr zufriedenen Bewohner der Anlage.

Akteur und Adresse:

Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford eG
Hangbaumstr. 18
32257 Bünde
Tel.: 05223/9291-0
E-Mail: info@bus-buende.de

5.3.2 Umsetzung des Partizipationsgedankens

Baugenossenschaft Freie Scholle

a) Kurze Charakteristik der Freien Scholle

Die Baugenossenschaft Freie Scholle eG aus Bielefeld pflegt den Genossenschaftsgedanken sehr intensiv. So richtet sich das **Unternehmensleitbild** nach dem Satz: „Die Mitglieder sind Ausgangspunkt des genossenschaftlichen Handelns". Das unternehmerische Handeln hat so das Ziel, den Mitgliedern zu nutzen. Dies geschieht über drei Wege. Es gibt erstens einen wirtschaftlichen Vorteil in Form von günstigerer Nutzungsgebühr (Miete) als der ortsübliche Mietzins sowie eine eigene Spareinrichtung für die Geldanlagen der Mitglieder. Zweitens basiert der soziale Vorteil zum einen auf den Dienstleistungen der Genossenschaft, beispielsweise der Altenberatung, Mitgliederzeitung und der Bereitstellung eines Nachbarschaftszentrums, und zum anderen auf der Priorität von Nachbarschaftspflege (Nachbarschaftstreff und Aktivitätsräume, Wahl des Haussprechers). Drittens wird ein demokratischer Vorteil in der intensiven Mitgliederbeteiligung durch mehrstufige Partizipationsebenen und Vertreterversammlungen der Genossenschaft verankert.

b) Partizipation bei der Freien Scholle

Die Freie Scholle hat neben den gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkungsorganen einer Genossenschaft, Vertreterversammlungen (Beteiligung 80-90 % aller Mitglieder) und Aufsichtsrat, weitere Partizipationsebenen installiert. Dazu gehören die Haussprecher (Wahl auf vier Jahre), die Bezirkssprecher (Wahl auf vier Jahre), der Siedlungsrat sowie die regelmäßige Durchführung von Mitgliederseminaren (drei pro Jahr). Bei den Mitgliederseminaren können Anregungen, Wünsche und Kritik jeweils mit Mitgliedern eines Siedlungsgebietes und einzelnen Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates diskutiert werden. Ein aufschlussreicher Aspekt der Partizipation ist hierbei, dass die wichtige Mitwirkungsebene des Aufsichtsrates wesentlich von älteren Mitgliedern bestimmt und getragen wird. Zur weiteren Information der Mitglieder wird dreimal jährlich eine eigene Mitgliederzeitung herausgegeben.

c1) Das Projekt „Nachbarschaftszentrum Meinolfstraße“

1992 entschied der Vorstand der Baugenossenschaft Freie Scholle, ein Projekt umzusetzen, das die Nachbarschaftsstrukturen stärken und gleichzeitig auf den hohen Anteil älterer Mitglieder eingehen sollte. So entwickelte man das Konzept eines **Nachbarschaftszentrums.**

Abbildung 55

Das Nachbarschaftszentrum Meinolfstraße ist in ein Wohngebiet der Freien Scholle integriert worden, welches ca. 1000 Wohneinheiten umfasst. Im näheren Umfeld, zum Teil im Gebäude, sind insgesamt 92 barrierefreie Wohneinheiten sowie zwei Wohnungen für pflegebedürftige Menschen neu errichtet worden. Im Erdgeschoss haben sich Ladenlokale angesiedelt, in die gewerbliche Mieter (Bäcker, Apotheke, Friseursalon, drei Arztpraxen und eine Praxis für Ergotherapie) eingezogen sind, so dass eine bessere Versorgung für die Mieter im Wohngebiet erreicht werden konnte. Außerdem mietete sich der ambulante Pflegedienst der örtlichen Diakonie in Räume des Nachbarschaftszentrums ein und stellt so ein ortsnahes Pflegeangebot zur Verfügung.

Kern des Nachbarschaftszentrums stellt das **Aktivitätszentrum** dar, das von der AWO, Kreisverband Bielefeld, betreut wird. Das Raumangebot beinhaltet zwei Mehrzweckräume, einen PC- und Schulungsraum, einen Gymnastikraum im ersten OG und ein Foyer mit Sitzecken zur Kommunikation und für den Mittagstisch. Die **Angebote** der AWO

(Turnen und Gymnastik, Internetangebote, gesellige Veranstaltungen sowie Kreativgruppen) richten sich nicht ausschließlich an Mitglieder der Freien Scholle eG, sondern stehen allen Anwohnern offen, dabei sollen unterschiedliche Altersgruppen angesprochen werden. Die Räume werden auch von Externen, beispielsweise Selbsthilfegruppen, genutzt. Neben den verschiedenen Raumnutzungsmöglichkeiten besteht in der Cafeteria im Foyer auch ein Mittagstischangebot, das vielseitige warme Gerichte anbietet und von allen Altersgruppen genutzt werden kann.

Die **Finanzierung** des Nachbarschaftszentrums wurde zum einen aus Eigenmitteln der Freien Scholle eG sowie aus Zuschüssen des Bundesministeriums für Arbeit – Förderung von Projekten als Vorstufe zur ambulanten Pflege – und der Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen gesichert. Einnahmen werden aus der Vermietung nahezu aller Räume erzielt. Das Aktivitätenzentrum wird von der AWO als Mieter betrieben. Aus Sicht der Freien Scholle eG konnte so eine tragfähige Finanzierung des Nachbarschaftszentrums geschaffen werden.

Abbildung 56

c2) Das Projekt „Nachbarschaftstreffs“

Mit dem Aufbau einer eigenen Altenarbeit und dem Verein Freie Scholle Nachbarschaftshilfe hat die Freie Scholle die Wohnsicherheit für ihre älteren Mieter deutlich verbessert. Nachbarschaft ist jedoch für alle Generationen wichtig. Aus diesem Grund richtete der Nachbarschafts-

hilfeverein in den Siedlungsgebieten der Freien Scholle **Nachbarschaftstreffs** ein, die den Bewohnern aller Altersgruppen für unterschiedliche Aktivitäten offen stehen. Grundsätzlich gilt dabei, dass die Bewohner diese Aktivitäten **selbst organisieren.** Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die ehrenamtliche Arbeit vieler Genossenschaftsmitglieder in den Nachbarschaftstreffs der Freien Scholle. Trotzdem ist aus Sicht der Freien Scholle auch bedeutend, dass den freiwillig Engagierten ein Hauptamtlicher zur Seite steht, der Organisationsfragen klären und Rückkopplung bieten kann.

d) Netzwerke / Kooperationspartner

Die **Akteure** der Freien Scholle sind die Freie Scholle eG (Bau des Projektes und Vermietung der WE), die Freie Scholle Nachbarschaftshilfe e. V. (Altenberatung und Kooperation mit Sozialdienstleistungen der Arbeiterwohlfahrt und der Diakonie) sowie die Dienstleistungs-GmbH (Vermietung der gewerblichen Räume, Ladenlokale und Praxisräume).

e) Wichtige Ergebnisse und Erfahrungen

Bei der Erstellung des Nachbarschaftszentrums gab es Probleme bei der Koordination, da viele unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt werden mussten.

Die Errichtung des Nachbarschaftszentrums bedurfte eines sehr großen Aufwandes aller Akteure, so dass eine „Eins-zu-Eins-Übertragung" auf andere Wohngebiete schwer vorstellbar ist. Eine Maßnahme wie das Nachbarschaftszentrum kann nicht als Standard für alle Wohngebiete eines Wohnungsunternehmens gelten, sondern stellt ein Projekt mit Solitäranspruch dar.

Dagegen hat die Einrichtung von quartiersbezogenen Nachbarschaftstreffs und die Gründung von Nachbarschaftsvereinen vor allem bei Genossenschaften bundesweit Nachahmung gefunden. Auch die Beschäftigung eigener Sozialarbeiter für die Bewohnerbetreuung ist in Wohnungsunternehmen keine Seltenheit mehr.

Ergebnisse:

- Die Freie Scholle installierte zusätzliche Partizipationsebenen zu den genossenschaftlichen.
- Selbstorganisation der Aktivitäten im Nachbarschaftszentrum ist Voraussetzung für Partizipation der Mieter.
- In den Nachbarschaftstreffs gilt, dass die Bewohner die Aktivitäten dort selbst organisieren.
- Trotzdem ist aus Sicht der Freien Scholle bedeutend, dass den freiwillig Engagierten ein Hauptamtlicher zur Seite steht.

Wohnen wird von der Freien Scholle als ganzheitliches Konzept gesehen, welches nahezu alle Bedürfnisse der älteren Bewohner berücksichtigt, aber von einer hohen Initiative des Wohnungsunternehmens abhängig ist.

Akteur und Adresse:

Baugenossenschaft Freie Scholle eG
Jöllenbecker Straße 123
33613 Bielefeld
Tel.: 0521/9888-0
E-Mail: baugenossenschaft@freie-scholle.de

5.3.3 Gemeinwesenarbeit in aktiver Selbstorganisation

Parea – Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen

a) Charakteristik der Parea

Die Parea ist eine Dienstleistungsgesellschaft für die Wohnungswirtschaft, deren Aufgabe darin liegt, soziales Engagement bei Bewohnern und Mietern in Groß- und Hochhaussiedlungen zu fördern. Das Projekt Parea ist in seiner Form ein erst- und einmaliges Projekt der Wohnungswirtschaft in der Bundesrepublik. Die Gesellschaft wurde von der Sahle Wohnen GbR, einem mittelständischen und überregional tätigen Wohnungsbauunternehmen, ins Leben gerufen. Inzwischen ist die Parea in ca. 20 Städten an verschiedenen Standorten aktiv. **Ziel aller Aktivitäten** der Parea ist es, die Wohn- und Lebenssituation der Mieter zu verbessern, durch die Förderung und Unterstützung von sozialem Engagement, von Selbstaktivierung und Selbstorganisation der Mieterschaft in Groß- und Hochhaussiedlungen. **„Hilfe zur Selbsthilfe"** ist das Motto der Parea und basiert auf Aktivitäten, Ideen, Partizipationsmöglichkeiten in der Wohngemeinde, um verschiedenen sozialen Problemen entgegenzuwirken (z. B. Drogen, Gewalt, Kriminalität, Vandalismus). Durch die Mitwirkung der Bewohner an ihrer Wohn- und Lebenssituation weckt die Parea die Mitverantwortung der Mieter für eine saubere, sichere und angenehme Wohnsiedlung.

Die Parea verbindet soziale Verantwortung, Wünsche und Bedürfnisse von Mietern mit den Interessen der Wohnungswirtschaft. Allen interessierten Wohnungsbauunternehmen werden Dienstleistungen und zusätzliche Informationen angeboten, um die Wohn- und Lebensqualität der Mieter zu verbessern.

b) Partizipation bei der Parea

Die Parea setzt auf **selbsttragende Strukturen** und regt die Gründung von Bewohner- und Interessengruppen an. Sie unterstützt dabei durch die Schaffung von Räumlichkeiten (Gemeinschaftraum) sowie Bereitstellung von finanziellen Mitteln, z. B. für Spielplatzzubehör, Tanzunterricht, Malutensilien oder Bingo-Zubehör. Für die **Nachhaltigkeit** und Weiterorganisation der Aktivitäten / Veranstaltungen sind die Bewohner verantwortlich. Wenn es kein weiteres Interesse gibt, werden diese Angebote auch wieder eingestellt. Parea bietet nur wenige eigene Angebote an, hilft aber bei der Realisierung von Bewohneraktivitäten.

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft wird als Chance genutzt und die Gesellschaft unterstützt dabei besonders die Wahrnehmung eigener kultureller Stile und Lebensbereiche (z. B. Kochunterricht für muslimische Mädchen, der auch für alle anderen Bewohner zugänglich ist oder eine russisch-deutsche Bücherei). Die Parea stellt sich auf den Prozess der *Singularisierung, Individualisierung* ein und versucht z. B. der Isolation in den Bewohnerschaften entgegenzuwirken. Fähigkeiten und Interessen der Mieter werden der Gemeinschaft zugänglich gemacht und dadurch für die Allgemeinheit nutzbar.

c) Kurze Darstellung einiger Projekte

Bei Parea gibt es nicht in allen Wohnanlagen hauptamtliche Mitarbeiter, die immer ansprechbar sind, dies würde, nach eigener Annahme, zum Teil auch die gewünschte Selbstaktivierung blockieren. Die Bewohner würden sich sonst zu sehr auf diese hauptamtlichen Personen verlassen und das würde den Prinzipien der Arbeit der Parea widersprechen. Ein Ansprechpartner / Betreuer steht aber telefonisch immer zur Verfügung. Es gibt keine Mitglieder bei Parea, jeder der etwas **selbst initiiert,** ab 12 Jahren, kann eine Gruppe / Aktivität organisieren. Die Bewohner- und Interessengruppen sind auch offen für Interessenten aus dem Umfeld der Siedlungen und vernetzt mit den Angeboten von Verbänden, Einrichtungen und Vereinen in der Nähe des Wohngebietes.

Einige Beispiele für die Arbeit der Parea sind z. B. die **„Werkstätten für bessere Nachbarschaften“**. Dort treffen Menschen mit gleichen Interessen, speziellen Kenntnissen und Fähigkeiten zusammen, um

der zunehmenden Vereinsamung entgegenzuwirken. Die „Werkstätten für bessere Nachbarschaften“ sind zudem Orte, an denen individuelle Ressourcen entdeckt und soziale Kompetenzen gefördert werden (Alltagsorganisation, Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, die Fähigkeit zur Integration).

Ein weiteres Beispiel der aktivierenden Strukturen sind die **Flurgespräche:** Die Bewohner jeder Etage sind eingeladen (mit ihrem eigenen Stuhl) sich gegenseitig vorzustellen, sich besser kennen zu lernen, informiert zu werden und mögliche Konflikte zu lösen (Etagenfamilie). Parea wird nur einbezogen, wenn neue Ideen unterstützt werden sollten oder Probleme nicht selbstständig gelöst werden können. So werden bei schwerwiegenderen Konflikten mit der Parea Einzelgespräche geführt, um nach Lösungsansätzen zu suchen.

Jeder Mieter kann eine **Initiativgruppe** gründen oder an ihr teilnehmen. Ein gutes Beispiel für die Seniorenbeteiligung ist das Kinderfrühstück in Köln. Dort haben ältere Mieter für die Kinder ein gesundes Frühstück organisiert. Inzwischen ist dieses Projekt eingestellt worden, weil die Hauptinitiatorin sich der Aufgabe nicht mehr gewachsen fühlt.

Die Sahle Wohnen GbR hat ca. 3500 Seniorenwohnungen, in denen die Parea auch tätig ist. In Gemeinschaftsräumen werden Aktivitäten und Veranstaltungen, basierend auf den eigenen Ideen und Anregungen der Bewohner, organisiert, z. B. „Mädelstreff“, Fitnessstunde, Frühschoppen, Herrentreff, Grillen, Ausflüge, Gedächtnistraining.

d) Netzwerk / Kooperationspartner

Ohne eine Vernetzung mit den vorhandenen Einrichtungen und Angeboten im Stadtteil und mit der Infrastruktur der Wohnungswirtschaft (Service-Büros, Gemeinschaftsräume etc.) sind die Tätigkeiten der Parea nicht denkbar. Die Zusammenarbeit mit Kommunen, Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden, aber auch mit Initiativen und Gruppen vor Ort sind deshalb ein wesentliches Merkmal ihrer Arbeit. Ziel ist es, Synergien zu fördern und die in der sozialen Arbeit vorhandenen Ressourcen möglichst optimal zu nutzen. Neue Konzepte und Angebote der Gesellschaft werden mit den unterschiedlichen lokalen Trägern beraten und abgestimmt.

e) Wichtige Ergebnisse / Erfahrungen

Auf kommunikativer Ebene ist es nach Meinung der Parea-Mitarbeiter für Seniorenwohnungen wichtig, die Bewohner an die Ausweitung der sozialen Verantwortung, die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe und an soziales Engagement heranzuführen, um ein gutes Miteinander zu gewährleisten.

Die sozialpädagogischen Mitarbeiter betrachten es als ein wesentliches Ziel, bei den Bewohnern das Gefühl der Mitverantwortung für ein angenehmes Lebensklima zu wecken und darüber hinaus die Vereinsamung älterer Mitbürger mit negativen Folgen wie Depression, Resignation und Isolation zu verhindern.

Jeder Bewohner trägt seinen Kräften entsprechend zum Aufbau einer funktionierenden Hausgemeinschaft bei und übernimmt mögliche Aufgaben und Tätigkeiten, sodass die zuständigen Parea-Mitarbeiter lediglich eine planende, begleitende, unterstützende und anleitende Funktion übernehmen.

Ergebnisse:

- Das Ziel der Parea als unabhängiges privates Unternehmen ist die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Mieter durch die Förderung und Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement (aktivierendes Konzept).
- Die Strukturen sind selbsttragend und regen die Gründung von Bewohner- und Interessengruppen an.
- Für die Nachhaltigkeit und Weiterorganisation der Aktivitäten / Veranstaltungen sind die Bewohner verantwortlich.
- Es gibt kaum hauptamtliche Akteure, denn das würde dem Konzept der Selbstorganisation der Parea widersprechen.

Primäres Ziel der Parea-Seniorenarbeit, analog zu dem Gesamtkonzept, ist die Erhaltung der Selbstständigkeit und die Förderung der Eigeninitiative ihrer Bewohner. **„Aktives Wohnen“** steht für eine starke Einbeziehung und Aktivierung der Senioren bei der Planung und Durchführung von Aktivitäten. Es erweist sich eine hohe Bereitschaft zur Übernahme von Aufgaben für die Gemeinschaft und auch für sich selbst. Dieses Projekt zeigt deutlich, dass die Kriterien einer altengerechten Stadt im Sinne von aktivierend und ermöglichend in Wohngebieten erfolgreich angewendet werden können.

Akteur und Adresse:

PAREA gGmbH
Bismarckstraße 34
48268 Greven
Postfach 1662
48255 Greven
Tel.: 02571/81-0
Fax: 02571/81-123
E-Mail: info@parea.de

5.3.4 Arbeiten im Netzwerk mit Stadt und Wohnberatung

DOGEWO – in Kooperation mit dem „Kreuzviertelverein“

a) Kurze Charakteristik der DOGEWO

Die Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (DOGEWO) ist mit fast 16.000 Wohnungen der größte in Dortmund ansässige Wohnungsanbieter. Sie ist ein ehemals kommunales Wohnungsunternehmen aus dem Gründungsjahr 1918.

Bei der DOGEWO besteht die **Zielsetzung,** auf die geänderten Anforderungen eines Nachfragemarktes zu reagieren. Hierbei spielt das Eingehen auf eine zunehmende Individualisierung von Wohnbedürfnissen, auch aufgrund der Zunahme älterer Mieter, eine entscheidende Rolle.

Das begonnene Kooperationsprojekt mit dem Sozialamt und dem Kreuzviertelverein hat vor allem als Anstoß zu weiteren Ideen gewirkt. Als wichtige Voraussetzung für weitergehende Überlegungen wurde eine statistische Auswertung der Wohnungsbestände, der Mieterstruktur, der Nachfragestruktur und der Umzugs- und Kündigungsgründe vorgenommen.

b) Partizipation bei der DOGEWO

Die zielgruppenorientierte Ansprache im Marketing bis hin zur Realisierung von Umbaumaßnahmen bezieht als eine wichtige Zielgruppe die älteren Bewohner ein.

Dies soll dazu führen, dass Investitionen, die ohnehin zu tätigen sind, zielgerichtet erfolgen können. Eine Einbeziehung der Mieter in der Planungsphase der Modernisierungsmaßnahmen und Wohnraumanpassungen ist ein wesentlicher Leitgedanke.

c) Das Projekt in Koordination mit dem „Kreuzviertelverein"

Die DOGEWO hat eine **Mieterstrukturanalyse** mithilfe einer Befragung durchgeführt. Als erstes Ergebnis wurde festgestellt, dass etwa 34 % der Mieter der DOGEWO 60 Jahre und älter sind. Die Untersuchungen wurden dann auch auf Wohnungsnachfragen, Umzugsgründe und Wohnbedürfnisse Wohnungssuchender ausgeweitet. Folgende **Erkenntnisse** und Perspektiven wurden wie folgt abgeleitet:

Der „Senior" ist ein Mieter mit starker Bindung an seine Wohnung und sein Wohnumfeld. Die sozialen Strukturen sind für die Bedürfnisse im Alter ebenso bedeutend wie die Qualität und Ausstattung der Wohnung. Der aktive und mobile Lebensabschnitt reicht häufig weit in die 80er Lebensjahre hinein. Der ältere Bewohner wünscht eine individuelle und schrittweise Ergänzung seiner Wohnungsausstattung und eines möglichen Betreuungsangebotes, passend zu seiner persönlichen Lebenssituation. Die differenzierte Anpassung von Wohnungen und Wohnumfeld ist eine wirksame Maßnahme zur Mieterbindung. Die Entwicklung neuer „altengerechter" Wohnformen ist eine Maßnahme der Mieterwerbung.

Mit den Mitarbeitern des Sozialamtes Dortmunds wurden die Auswertungen diskutiert. Die Themenfelder

- Wohnungsmodernisierung,
- individuelle Wohnraumanpassung,
- Wohnungsumzug und Wohnungstausch,
- Wohnumfeld und Betreuungskonzepte

standen dabei im Vordergrund.

Folgende **Aufgaben** wurden miteinander erarbeitet:

- die Aufnahme des Themas in der Mieterzeitung der DOGEWO,
- Fortbildungen der Mitarbeiter der DOGEWO,
- Berücksichtigung der Wohnraumanpassung in der Ausstellung des Kundenzentrums
- sowie die Erstellung einer Musterwohnung.

Durch diese Aktivitäten sollte die möglicherweise bestehende Barriere bei dem Thema individueller Wohnbedürfnisse zwischen den Mietern und dem Vermieter überwunden werden.

Das hier beschriebene Vorgehen zur Intensivierung der Kontakte mit den Senioren und den Akteuren vorhandener Einrichtungen und Netzwerke erzeugt Anforderungen, die die eigene Organisation durch einen geeigneten Handlungsrahmen bewältigen muss.

d) Netzwerk / Kooperation

Es wurde deutlich, dass die Planungsphase ohne Einbeziehung der Betroffenen, ohne Information und Kommunikation zwischen Nutzern und Akteuren, nicht zu organisieren war. Daher wurde vorgeschlagen, den „Kreuzviertelverein", ein vom Land gefördertes Projekt der gemeinwesenorientierten Altenarbeit in Dortmund, mit einzubeziehen. Durch Vorträge und Beratungstermine in einigen Stadtbezirken des Kreuzviertelvereins zu den Themen Sicherheit und Gefahrvermeidung, altengerechtes Wohnen, Hilfsmittel für den Alltag wurden Mieter einbezogen und informiert.

Neben der Qualität und Ausstattung der Wohnung und des Wohnumfeldes gewinnt die Verknüpfung mit Beratungs-, Betreuungs- und Serviceangeboten an Bedeutung. Dazu werden Kontakte zu **Kooperationspartnern** aufgebaut, um beispielsweise in den normalen Mietwohnungen ähnliche Angebote bereitzustellen, wie sie in betreuten Wohnanlagen zur Verfügung stehen. Kooperationspartner der DOGEWO sind Unternehmen der Alten- und Krankenpflege, der Wohlfahrtsverbände und wissenschaftlichen Institute. Es wurde die Erfahrung gemacht, dass bei vielen bestehenden Einrichtungen, seien es die Kirchen oder die Träger der Wohlfahrtspflege, nicht zuletzt die städtischen Stellen, eine **hohe Bereitschaft zur Mitarbeit** besteht. Dies gilt genauso für häusliche Pflegeanbieter und Altenpflegeeinrichtungen.

Hier kommt es daher darauf an, solche Kontakte aufzubauen und Felder gemeinsamer Arbeit zu finden.

e) Wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen

Das Bekenntnis zu Kooperationen und zu Netzwerkarbeit bedarf mittlerweile einer viel höheren Bereitschaft, sich nach außen zu öffnen und gesprächsbereit zu zeigen.

Nach innen erfordert es eine Durchdringung von Strukturen in allen Bereichen, um auf die angestoßenen Reaktionen vorbereitet zu sein. Um die hierfür erforderliche Zeit bereitzustellen und eine intensive Auseinandersetzung zu ermöglichen, ist nur denkbar, wenn die Einsicht besteht, dass es sich um eine ebenso selbstverständliche „Routine" handelt wie die Befassung mit dem Mietvertragsrecht, den Nebenkostenabrechnungen oder Anforderungen der Gebäudesanierung.

Weiterhin ist es bedeutend, keine zu hohen Hürden für die eigene Arbeit aufzubauen. Die Furcht, nur mit hohem finanziellen Aufwand, beispielsweise für umfangreiche bauliche Veränderungen, den Anforderungen gerecht werden zu können, ist bei den Wohnungsunternehmen verbreitet.

Die tatsächlichen Wohnbedürfnisse älterer Menschen sind jedoch überwiegend von einem Wunsch nach Nachbarschaft und „Normalität" im Alltag geprägt. Hier ist mit der Kontaktaufnahme und der individuellen Auseinandersetzung mit den Personen der wichtigste Schritt bereits getan.

Mittlerweile hat die DOGEWO bereits mehrere konkrete Kooperationen geschlossen und betreibt diese mit Nachdruck auch aus unternehmenspolitischer Zielsetzung. Der Überbau, das strategische Gesamtkonzept, lautet „Wohnen in den besten Jahren". Auch der „Kreuzviertelverein" ist ein fester Partner geworden, sowohl bei der Wohnberatung als auch bei internen Projekten, Schulungen und Veranstaltungen.

Für die Festsetzung einer seniorengerechten Ausstattung von Wohnungen wurde ein Ausstattungskatalog verbindlich für alle Mitarbeiter vorgegeben, der bei Modernisierungen und Instandhaltungsarbeiten an Wohnungen beachtet werden muss.

Somit sind die Ansätze, die in der Projektvorstellung erläutert wurden, weiterentwickelt worden und nun fester Bestandteil der Arbeit.

Ergebnisse:

- Eine Mieterstrukturanalyse zeigte die soziodemographischen Daten der Mieter auf sowie deren Bedürfnisse und Wünsche.
- Daraus ergaben sich Themenfelder und Aufgaben, wie zum Beispiel:
  - Weiterbildung der Mitarbeiter,
  - die Erkenntnis eines Bedarfs an kundenorientierten Mitarbeitern.
  - Die Kooperationen mit der Stadt und dem Verein zur Wohnberatung ermöglichten die intensive, erfolgreiche Arbeit in einem Netzwerk.

Die DOGEWO baute Kooperationen mit dem „Kreuzviertelverein" auf, um so gemeinsam die Fähigkeiten Älterer im Sinne eines selbstbestimmten Lebens in der Stadt zu stärken und für sie selbst und andere Gruppen verfügbar zu machen. Das Netzwerk ermöglichte, dass Ältere sich gegenseitig unterstützten und ergänzten, u. a. mit dem Ziel, stärker an Stadtentwicklung zu partizipieren.

Akteur und Adresse:

DOGEWO
Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH
Landgrafenstraße 77
44139 Dortmund
Tel.: 0231/1083-0
E-Mail: mail@dogewo21.de

5.3.5 Freiwilligenengagement und Nachhaltigkeit

Wohn+Stadtbau Münster „Gemeinsam wohnen – Gemeinsam älter werden"

a) Kurze Charakteristik der Wohn+Stadtbau Münster

Leitbild und Gesellschaftsvertrag der GmbH definieren die Tätigkeitsfelder des Unternehmens. Dazu zählt neben dem klassischen Wohnungsbau auch das Bauen für ältere Menschen. Die demographischen Tatsachen führen dazu, dass das Bauen für die ältere Generation in den letzten Jahren einen immer größeren Platz einnimmt. Dabei mag es anfangs noch primär um die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse nach Barrierefreiheit gegangen sein. Das gewandelte und ausgeprägtere Selbstverständnis der älteren Menschen verlangt jedoch nach **qualitativen und differenzierten** Modellen in Architektur und Konzepten. Es entwickeln sich **neue Zielgruppen.** Wohnprojekte für Jung und Alt in der Gemeinschaft, generationenübergreifende Wohngemeinschaften sind neue Herausforderungen für die Wohnungsbauwirtschaft.

b) Partizipation bei der Wohn+Stadtbau Münster

Für die Wohnungsgesellschaft ist das **„Zusammen planen"** ein wichtiger Faktor für die Realisierung künftiger Projekte. Zum Beispiel das Projekt „Gemeinsam wohnen – Gemeinsam älter werden" wird im **kooperativen Verfahren** entwickelt. Leitidee, Ziele und Anforderungen an das Projekt werden in einem **gemeinsamen Planungsprozess** mit älteren Menschen und Menschen mit Behinderung erarbeitet.

Dieser kooperative Planungsprozess wird bis zur Realisierung fortgesetzt, um der Nachfrageorientierung, den Wohnungswünschen und Wohnvorstellungen älterer Menschen gerecht zu werden. Ferner werden im Rahmen einer Bewohnerbeteiligung frühzeitig Bewerber in den kooperativen Planungsprozess eingebunden, um die Identifikation mit dem Projekt und die langfristige Bindung der Mieter und Eigentümer im Projekt zu fördern. Nach der Realisierung soll die Bewohnerbeteiligung durch einen Beirat fortgeführt werden.

c) Das Projekt „Gemeinsam wohnen – Gemeinsam älter werden“

Ein Beispiel für solche Wohnprojekte ist das generationenübergreifende Projekt „Gemeinsam Wohnen für Jung und Alt“ im Wohngebiet in Münster-Mecklenbeck, welches Mitte der neunziger Jahre realisiert worden ist.

Die **Leitidee** des Projektes, Menschen jenseits der 50 an der Schwelle zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand anzusprechen, zieht sich als roter Faden durch Konzeptentwicklung und Planung. Der gemeinschaftliche Charakter findet in der **Selbstbestimmung** der Bewohner seinen Ausdruck. Gemeinschaft entsteht auf der Grundlage selbst gewählter Initiativen der Bewohner. Individualität, Gemeinschaft und Gemeinsamkeit sollen sich architektonisch im Innenraum, in der Abgrenzung zur Nachbarschaft und umgebender Bebauung entwickeln, ohne dass sich das Projekt nach außen verschließt.

Das **Grundstück** liegt zentral im Innenstadtbereich. Einkaufsziele und Kulturstätten sind fußläufig oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln schnell zu erreichen. Die zukünftigen Bewohner haben das gesamte Angebot Münsters in attraktiver Nähe. Auch das Naherholungsgebiet „Aasee“ und die Promenade, Münsters grüner Innenstadtgürtel, sind in unmittelbarer Nähe gelegen.

Zielgruppen des Projektes sind:

- überwiegend Menschen, die 50 Jahre und älter sind, nach einer Wohnung suchen und an einer gemeinschaftlichen Wohnform Interesse haben,
- aber auch Menschen mit Behinderungen in dieser Altersgruppe, die nach Möglichkeiten des selbstbestimmten Wohnens in einem gemeinschaftlich orientierten Wohnprojekt suchen,
- Menschen in dieser Altersgruppe, die Unterstützung im Alltag brauchen und auf Hilfe anderer angewiesen sind
- sowie Familien mit Kindern, die an gemeinschaftlichen Wohnformen von Jung und Alt Interesse haben.

d) Netzwerk / Kooperationspartner

Die Stiftung Magdalenenhospital als Initiator des Projektes stellt sich der demographischen Herausforderung einer älter werdenden Gesellschaft und den Wohn- und Lebensbedürfnissen älterer Menschen. Zur Sicherstellung einer nachfragegerechten innerstädtischen Entwicklung von Angeboten zum Wohnen im Alter greift die Stiftung mit ihrer Projektinitiative die kommunalpolitische Zielsetzung der Stadt Münster auf.

Teilnehmer aus Verwaltung, Bauverwaltung, Stiftung, Seniorenvertretung und die Wohn+Stadtbau definierten das **Profil** des Projektes. In insgesamt vier **Planungsworkshops** erarbeitete ein Arbeitskreis die Grundlagen und Ziele des Projektes.

e) Wichtige Ergebnisse und Erfahrungen

Die projektleitende Idee ist die Entwicklung eines neuen Wohnkonzeptes zur Mitwirkung (schon in der Planungsphase) und für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter in der Stadt Münster. Ein prägender Bestandteil ist, die Selbstständigkeit im Alter durch ein angemessenes Wohn-, Kommunikations-, Freizeit- und Dienstleistungsangebot zu fördern. Das Freiwilligenengagement der älteren Bewohner der Wohn+Stadtbau Münster manifestiert sich in der Gemeinschaft im Wohnalltag und in selbstinitiierten Projektgruppen.

Der beschriebene kooperative Planungsprozess hat sich bewährt. In gleicher Weise laufen zurzeit die Projektvorbereitungen für das Projekt „BREMER STADTMUSIKANTEN“. Eine Gruppe von Bürgern aus unterschiedlichen Alters- und Berufsgruppen beabsichtigt, ein zukunftsorientiertes, soziales Wohnprojekt für alle Generationen aufzubauen. Wohn+Stadtbau plant und baut das Projekt in einem neu entstehenden Baugebiet am Rande einer gewachsenen Wohnsiedlung.

Ergebnisse:

- Das Projekt „Gemeinsam wohnen – Gemeinsam älter werden" wurde in einem kooperativen Verfahren mit Teilnehmern aus Verwaltung, Bauverwaltung, Stiftung, Seniorenvertretung entwickelt.
- Leitidee, Ziele und Anforderungen an das Projekt werden in einem gemeinsamen Planungsprozess mit älteren Menschen und Menschen mit Behinderung erarbeitet.
- Das Hauptziel der Selbstbestimmung der Bewohner findet Ausdruck im alltäglichen Zusammenleben und in Formen des gemeinsamen Handelns auf der Grundlage selbst gewählter Initiativen der Bewohner.

Ältere Mieter in Münster übernehmen verstärkt Verantwortung für die Gestaltung und Ausstattung des Lebensumfeldes in Stadtteilen. Dabei zeichnet sich ab, dass dies vermehrt in Form von Projektarbeit stattfindet. In Münster gibt es bereits eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Wohnungsunternehmen, Seniorenrat und Stadtverwaltung.

Akteur und Adresse:

Wohn+Stadtbau GmbH
Steinfurter Straße 60
48149 Münster
Tel.: 0251/7008-01
Fax: 0251/7008-300
E-Mail: info@wohnstadtbau.de

5.3.6 Selbstinitiierte Partizipation / Servicewohnen

GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal

a) Kurze Charakteristik der GWG

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GWG) in Wuppertal hat zahlreiche Projekte für die Mieter und auch mit den Mietern initiiert und ist auf Wünsche und Vorstellungen des Wohnens ihrer Mieter eingegangen. Die Wohnungsbaugesellschaft führt regelmäßig Untersuchungen zur Mieterzufriedenheit und zur Erfassung der Mieterstruktur durch. Auf diese Weise können Bedürfnisse und Probleme erkannt und behoben werden bzw. neue Dienstleistungen angeboten werden.

b) Partizipation bei der GWG

In vielen Siedlungen der GWG haben sich Strukturen im Laufe der Jahre entwickelt, die erst selbstorganisiert von den Mietern ins Leben gerufen wurden und sich dann in Formen wie Mieterbeirat, Mieterversammlungen manifestiert haben. Ein Beispiel hierfür ist die Siedlung „Röttgen", die von dort lebenden Mietern betreut wird und ein Exempel für Nachbarschaftshilfe und Selbstorganisation ist. Die Partizipationsgedanken der Mieter wurden von der GWG mit Unterstützungsleistungen sowohl finanzieller wie auch beratender Art verstärkt. In einigen Wohngebieten werden Gemeinschaftsräume für Aktivitäten oder auch Versammlungen zur Verfügung gestellt.

c1) Das Projekt „OASE"

Ein besonderes Projekt ist das Gemeinschaftsprojekt **„OASE"**, ein Haus für soziale Nachbarschaftsarbeit in unmittelbarer Nähe von drei Hochhäusern (mit ca. 600 Bewohnern). In der OASE, deren Träger die Diakonie ist,

- gibt es u. a. ein dreijähriges Förderprojekt russischer Migranten,
- trifft sich regelmäßig der Mieterbeirat (Teilnehmer sind überwiegend Rentner),

- finden Aktivitäten wie das Sommerfest mit 27 Nationen statt,
- werden Sprachkurse, Kinderanimation etc. angeboten, die von der GWG mitfinanziert werden.

Die Angebote sind gut frequentiert. Besonders die Aktivitäten für junge und alte Menschen und das Vorhandensein von Ansprechpartnern für alle Mieter erhöhen dort die Lebensqualität der Menschen.

c2) Charakteristik des Projektes „Seniorenwohnen"

Die Geschäftsführung der GWG hat Mitte der 90er Jahre in enger **Kooperation** mit der Caritas und der Diakonie zwei Bauprojekte als alternative Wohnformen für Senioren, basierend auf sozialem Engagement, ins Leben gerufen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um den Umbau bestehender Gebäude in Seniorenwohnungen. Circa 300 Seniorenwohnungen wurden so neu erschlossen. Die Größe der Wohnungen erstreckt sich von 30 bis 70 m² und ist deshalb sowohl für Singles als auch für Paare geeignet. Gemeinschaftsräume wurden im Nachhinein zur Verfügung gestellt. Servicewohnen umfasst hier die ambulante Pflege. Die Seniorenwohnanlagen „An der Hardt" und „Am Springer Bach" verbinden das Service-Wohnen mit dem **Konzept des selbstbestimmten Lebens,** ohne auf gewohnten Komfort, Sicherheit, praktische Hilfe, Geselligkeit sowie vielfältige Dienstleistungen verzichten zu müssen. Die barrierefreien Wohnanlagen für Senioren erfüllen gehobene Ansprüche (Aufzüge in allen Häusern, hochwertige Bauweise mit Parkettböden und Einbauküchen, Gästewohnungen, Club- und Gymnastikräume, eigene Restaurants, abwechslungsreiche Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, zahlreiche Serviceangebote und ambulante Pflegedienstleistungen nach Bedarf).

Der **Grundservice** ist in einer neben der Miete zu entrichtenden Pauschale enthalten und umfasst die folgenden Dienstleistungen: den 24-Stunden-Notruf, Unterstützung bei Schriftverkehr und Antragstellungen oder ganz alltäglichen Aufgabenstellungen, Beratung und Information rund um die Kranken- oder Pflegeversicherung, Kurs- und Veranstaltungsangebote (Senioren-Computerkurse, Gedächtnistraining und Gymnastik, Bingo), Veranstaltungsplanung, Hauszeitung und Hausmeisterdienst.

Weitere Projekte der GWG mit Senioren:

- Mehrere Projekte von Seniorenwohnungen, z. B. Kieler Str. / Schleswiger Straße, Höhne, die öffentlich gefördert sowie freifinanziert erstellt wurden. Altengerechtes Wohnen impliziert hier Barrierefreiheit, in einigen Fällen Gemeinschaftsräume und oftmals Kooperationspartner, die kostenfrei oder -günstig ihre Dienstleistungen anbieten.
- Sedansberg: Modernisierung von 500 Wohneinheiten (20er-Jahre-Bauten ohne Bad und Heizung), darunter einige barrierefrei und „altenfreundlich". Ein Gemeinschaftsraum als Bewohnertreff wird von der GWG gestellt, aber langfristig sollen die Mieter die Organisation eigenständig übernehmen (anleitend, anstiftend, aktivierend – nicht konsumierend) unter besonderer Einbindung von Senioren.
- Wohnanlage für Senioren und Studenten: Es wurden keine guten Erfahrungen gesammelt, da die Interessen der Zielgruppen zu unterschiedlich waren.

e) Wichtige Ergebnisse und Erfahrungen

„Am Springer Bach" (in Barmen) hat die Siedlung Dorfcharakter (mit offenen Wegen) und vermittelt entspanntes Wohnen. „Auf der Hardt" (in Elberfeld) gibt es eher eine geschlossene Struktur der Wohnanlage.

Damit werden schon durch die Bauweise unterschiedliche Mentalitäten in der Zielgruppe angesprochen. So ist u. a. das Sicherheitsbedürfnis bei den Bewohnern an der Hardt ausgeprägter, die Bereitschaft am Springer Bach zur Selbstorganisation und zur Mitwirkung bei den diversen Aktivitäten etwas größer.

Ein unkonventionelles Angebot der GWG ist das Wohnen „Am Springer Bach" zur Probe, um die Wohn- und Servicequalität zu prüfen. Gegen ein geringes Entgelt kann der interessierte zukünftige Mieter von dienstags bis sonntags in einer komplett ausgestatteten Gäste-Wohnung mit Balkon oder Terrasse wohnen. Dabei kann er alle Kursangebote testen und zusätzlich im Hausrestaurant speisen.

Ergebnisse:

- In vielen Siedlungen werden Gemeinschaftsräume für Aktivitäten oder auch Versammlungen zur Verfügung gestellt.
- Die GWG initiiert eine Vielzahl von Projekten, an denen die älteren Mieter beteiligt werden.
- Das Vorhandensein von Ansprechpartnern im Wohngebiet für alle Mieter erhöht die Wohnqualität der Mieter, wobei auf die Unterstützung der Selbstorganisation geachtet wird.
- Das Wohnen auf Probe ist ein gutes Angebot für ältere Mieter, um festzustellen, ob diese Wohnform ihren Bedürfnissen entspricht.

Aus dem Projekt OASE wird ersichtlich, dass die Schaffung von Gemeinschaftsräumen die Aktivitäten in der Nachbarschaft erhöht. Ein wichtiger Grundstein zur Förderung nachbarschaftlicher Kooperation ist die Schaffung von Institutionen, in denen sich Mieter treffen bzw. begegnen können.

Die GWG unterstützt viele Mieterversammlungen und auch Mieterinteressen mit Räumlichkeiten, finanziellen und anderen Hilfsmitteln.

Akteur und Adresse:

GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH
Wuppertal
Hoeftstr. 35
42103 Wuppertal
Tel.: 0202 / 93 11-0
E-Mail: info@gwg-wuppertal.de

Resümee für die Wohnungsunternehmen

Die demographische Alterung der Bevölkerung, die baulichen, strukturellen Gegebenheiten und das Zusammenleben unterschiedlicher Milieus und Nachbarschaften können zu Problemen in vielen Wohnquartieren und zu einer geringeren Lebensqualität der dortigen Bewohner führen. Die aus allen drei Faktoren resultierenden Spannungen und Probleme in den Wohngebieten können nicht ausschließlich durch bauliche Anpassungen an die neuen Gegebenheiten gelöst werden, sondern

- es bedarf des Zusammenwirkens von Institutionen und der Organisation sozialer Maßnahmen und Projekte. Diese Maßnahmen müssen demzufolge auf die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse der Mieter zugeschnitten sein.

Die Kombination baulicher Veränderungen mit sozialen Maßnahmen bewährt sich bisher zumindest mittelfristig, hat nachhaltige Veränderungen zur Folge und führt zu einem Gewinn an Wohn- und Lebensqualität zum Vorteil der Mieter und Wohnungsunternehmen.

Unter sozialen Maßnahmen sind wohnbegleitende Dienstleistungen zu verstehen, die heute in den verschiedensten Formen angeboten werden. Darunter ist die ambulante Pflege ebenso zu zählen wie der Einkaufsservice oder Reinigungsdienst, aber ebenso die Bereitstellung von Räumen für mieteraktivierende Strukturen. Diese Leistungen werden in vielen Fällen mit Kooperationspartnern, wie z. B. Wohlfahrtsverbänden, angeboten.

Im Sinne einer partizipativen Definition von „altengerecht“ wird die Wohnungswirtschaft die Fähigkeiten der Mieter nutzen. Besonders ältere Mieter, die in ihrer Rentenphase über freie Zeit verfügen, können speziell angesprochen werden. Die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Mieterversammlungen, finanzielle Unterstützung von Ideen der Mieter u.a. sind geeignete Mittel zur Aktivierung. Da quartiersnahe Konzepte zur Aktivierung älterer Menschen wichtiger werden[2], wächst die Bedeutung von Wohnungsunternehmen für Partizipationsprozesse im Alter.

[2] Rüssler, H., 2007

Dabei ist festzustellen, dass, wie ja beabsichtigt, gegenseitiger Nutzen entsteht:

Die Wohnungsunternehmen ermöglichen den älteren Menschen einen längeren Verbleib in der Wohnung und stellen Räumlichkeiten zur Verfügung, wodurch eine Bindung an die Wohnung und das Wohnumfeld aufgebaut werden kann (barrierefreie Wohnung, intensivere Nachbarschaft durch gemeinsame Aktivitäten) und die älteren Mieter eine höhere Lebensqualität erlangen.

5.4 Resümee

Die oben genannten Städte, Senioreninitiativen, Wohnungsunternehmen erkennen die Kriterien einer aktivierenden und ermöglichenden Stadt und setzen sie in unterschiedlicher Weise um. Ein neues, aktiveres, leistungsfähigeres Altersbild, eine Kultur der Beteiligung älterer Menschen sowie die Bereitschaft zur Selbstorganisation führen zu neuen Möglichkeiten, welche die Potenziale der Älteren in der Stadt fördern.

Es konnten nicht alle Projekte vorgestellt werden, die auf diesem Gebiet existieren. Ein Ziel des Projektes „altengerechte Stadt" besteht darin, einen Überblick über differenzierte Ansätze zu gegeben, die auf unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichem Status „nachgeahmt" werden können. Natürlich ist es nicht möglich, die Konzepte auf andere zukünftige Projekte eins zu eins zu übertragen. Unterschiedliche Strukturen der Wohnungsunternehmen oder der Städte lassen eine strikte Übertragbarkeit nicht zu. Aber es zeigt sich, dass auf diesem Gebiet etwas getan wird und noch viel mehr Möglichkeiten offen sind. Die dargestellten Erfolge, aber auch Schwierigkeiten sollen Hilfestellungen leisten, um in der eigenen Stadt etwas von diesen Ideen umzusetzen.

5.5 Weitere Projekte

- **Köln, Weidenpesch „Haus Mobile“(Nordrhein-Westfalen)**

  Das selbstorganisierte Gemeinschaftsprojekt ermöglicht Senioren, bis zum Lebensende selbstständig in der eigenen Wohnung zu leben. Dabei werden sie von einer sozial gemischten Hausgemeinschaft (Senioren, Familien, Paare, Alleinstehende/-erziehende) unterstützt. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl die Wahrung des vertrauten Umfelds (trotz eingeschränkter Mobilität) als auch Wohnmöglichkeiten für Pflegekräfte oder Angehörige im Pflegefall. Alle zwei Wochen findet der Bewohnertreff statt, der anstehenden Fragen und Problemen erörtert und wichtige Beschlüsse fasst.

  Ferner stehen Veranstaltungsräume für die Hausgemeinschaften und die Nachbarschaft bereit. Im Erdgeschoss liegt ein Café, das montags bis freitags von 15 bis 18 Uhr für die Öffentlichkeit geöffnet ist, das die Bewohner selbst bewirtschaften.

  Akteur und Adresse:

  „Neue Wohnformen im Alter“ Regionalbüro Rheinland
  Neues Wohnen im Alter e.V.
  Marienplatz 6
  50676 Köln
  Tel. 02 21/2 40 70 75 (Beratung)
  E-Mail: niwa.ev@t-online.de

Dortmunder Arbeitskreis Altentreffen, Dortmund, Kreuzviertel

Der Dortmunder Kreuzviertel-Verein ist eine der ältesten Wohnberatungsstellen für ältere und behinderte Menschen.

Zweimal im Jahr kommen im Dortmunder Kreuzsaal bis zu drei Generationen zusammen, um über Alten- und Gesellschaftspolitik, über Politik in der Stadt, im Land und im Bund zu diskutieren. Hierbei handelt es sich wohl um die älteste Veranstaltungsreihe in der Altenarbeit mit einem durchgehenden politischen Anspruch.

Akteur und Adresse:

Verein für Gemeinwesen- und Sozialarbeit Kreuzviertel e. V.
Kreuzstr. 61
44139 Dortmund
Tel. / Fax.: 02 31 / 12 46 76

Bergarbeiter-Wohnmuseum, Glückauf-Wohnungsgesellschaft, Lünen-Brambauer

Die Siedlung ist die „Alte Kolonie" der ehemaligen Zeche Achenbach. In einem Siedlungshaus – Vorkriegszustand (20er / 30er Jahre) – gibt es eine Gemeinschaftseinrichtung sowie zwei Wohnungen, die den Charakter der alten Bergarbeitersiedlungskultur widerspiegeln und Besucher besichtigen können. Seit 1989 wurden unter dem Motto „Wohnen plus" verschiedene Konzepte verfolgt, um eine aktive Betreuung der Mieter vorzunehmen, Gemeinschaftsräume aufzubauen sowie Dienstleistungen anzugliedern. 1994 wurde der Verein „Glückauf Nachbarschaftshilfe e. V." gegründet, der die Selbstorganisation und -hilfe unter den Mietern fördert und unterstützt.

Akteur und Adresse:

Bergarbeiter-Wohnmuseum
Rudolfstraße 10
Lünen-Brambauer
Tel.: 02 31 / 87 65 02

Wohnbund Nordrhein-Westfalen – Essen-Katernberg, Oberhausen-Knappenviertel

In Essen-Katernberg verfolgt die Senioren- und Migrationsarbeit drei Ziele:

- Vernetzung von Migrationsarbeit und Altenhilfe,
- Sensibilisierung von Institutionen und der Zielgruppe für das Thema,
- Einbringung von migrantenspezifischen Aspekten in die Alten- und Wohnpolitik der Stadt.

Im Oberhausener Knappenviertel leben überdurchschnittlich viele Migranten und ältere alleinstehende Frauen. Im Rahmen der gut funktionierenden Stadtteilarbeit hat sich ein Schwerpunkt Seniorenarbeit entwickelt. Eine Arbeitsgemeinschaft Senioren setzt sich intensiv mit Fragen zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen im Stadtteil auseinander. Das Stadtteilbüro Oberhausen-Knappenviertel arbeitet mit der Koordinierungsstelle Bochum zusammen. Auf der Basis einer Bedarfserhebung sollen Handlungskonzepte entwickelt werden, die den Verbleib der genannten Gruppen in ihren Wohnungen ermöglichen und eine im Wohnumfeld angesiedelte Angebotsstruktur etablieren helfen.

Akteur und Adresse:

WohnBund-Beratung NRW GmbH
Regionalbüro Westfalen
Koordinierungsstelle Bochum
Herner Str. 299
44809 Bochum
Tel.: 02 34 / 9 04 40-50 / -51 / -90
E-Mail: wohnberatung@wohnbund-Nordrhein-Westfalen.de

W.I.R. in Dortmund

W.I.R. steht für den Verein „Wohnen Innovativ Realisieren".

In einer Drei-Generationen-Wohnanlage mit 20 Wohneinheiten zwischen 55 und 162 qm leben 41 Bewohner, die nach einer langen Planungsphase 2004 einziehen konnten. Neben der individuellen Gestaltung wurden auch ein 60qm großer Gemeinschaftsraum integriert sowie ein hoher ökologischer Standard berücksichtigt.

Akteur und Adresse:

W.I.R. - Wohnen Innovativ Realiseren
Verein für generationsübergreifendes Wohnen in Dortmund e.V.
c/o Michael H. Urban
Am Tremoniapark 15
44137 Dortmund
Tel.: 0231/458940
E-Mail: wir.dortmund@gmx.de
www.wir-dortmund.de

Gemeinsam wohnen, Karmelkloster Bonn

Die Mehr-Generationen-Wohnanlage wurde 2001 durch den Umbau eines alten Klostergebäudes mit insgesamt 60 Wohneinheiten geschaffen. Die Anlage wurde barrierefrei und mit hohem ökologischen Standard gebaut. Neben einem Gemeinschaftsraum, Gästewohnung, Nachbarschaftscafé wurde in der Planung Wert auf die Mitgestaltung der zukünftigen Bewohner gelegt. Jetzt leben hier 100 Menschen in Ein- und Zweipersonenhaushalten im Alter von 30 bis 65 Jahren. Ein Nachbarschaftsverein soll im Bedarfsfall Hilfe organisieren.

Akteur und Adresse:

Gwk gemeinschaftliches Wohnen
Karmeliterstr. 1
53229 Bonn
Tel.: 0228/9480348
E-Mail: das.architektenbuero@t-online.de

Stadthaus statt Haus – selbstbestimmte Nachbarschaft, Aachen

Das Projekt „Stadthaus statt Haus – selbstbestimmte Nachbarschaft" wurde 2002 fertiggestellt. Aus einem Arbeitskreis mit dem Ziel, eine neue Idee des gemeinschaftlichen Wohnens im Alter zu verwirkliche, gründete sich ein Verein, der in Selbstorganisation das generationenübergreifende Projekt mit 15 Wohnungen zur Miete und zum Teil als Eigentum realisierte. Alle 22 Bewohner sind zwischen 40 und 76 Jahren, haben erwachsene Kinder oder sind alleinstehend.

Hauptmotiv: Die Bewohner wollen mit einer Art Wahlfamilie ihren „Lebensabend" verbringen und nicht einsam altern. Durch die geplanten gemeinschaftlichen Aktivitäten im Haus erwartet jeder Bewohner neue Anregungen sowie Herausforderungen für sein eigenes Leben. Im Gegenzug ist jeder bereit, sich persönlich mit seinen Neigungen und Interessen in die Gruppe einzubringen. Im Falle von Pflegebedürftigkeit wollen sie gemeinsam Hilfe von außen organisieren.

Akteur und Adresse:

Elly Bilfinger
Friedlandstraße 12
52064 Aachen
Tel.: 02 41 / 1 89 77 59

Verein für gemeinschaftliches Wohnen und Leben im Alter e.V., Mülheim / Holthausen

Das Projekt ist ein Gemeinschaftsprojekt einer großen Wohnungsbaugesellschaft (GAGFAH) mit dem „Verein für gemeinschaftliches Wohnen und Leben im Alter e.V.".

Auf einem ehemaligen Kasernengelände sind im Jahr 2003 44 Wohnungen entstanden, die aus einer Mischung von freifinanzierten, öffentlich geförderten und Eigentumswohnungen bestehen sowie einem großen Gemeinschaftsraum für nachbarschaftliche Aktivitäten. Die Wohnungen sind barrierefrei und zwischen 45 und 105 qm groß.

Akteur und Adresse:

Verein für gemeinschaftliches Wohnen
und Leben im Alter e.V.
Strippchens Hof 7
45479 Mülheim

1 Ausgangsproblematik, Ziele und Methoden des Projekts, Ergebnisse und Ausblick

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

6 Glossar

Alte, alte Viele aus der Gruppe der „Alten Alten" verlieren ihre Selbstkompetenzen zum Teil oder ganz. Zu Beginn dieser Lebensphase stellen sich körperliche Einschränkungen ein, die eine selbstständige Haushaltführung schwieriger werden lassen. Dies kann im Verlauf dazu führen, dass zunehmend die Essenszubereitung und Körperpflege alleine nicht mehr bewältigt werden kann. Im weiteren Verlauf kann dies zur Abhängigkeit führen, die durch ambulante, teil- oder vollstationäre Pflege kompensiert wird.

Alte, junge Die Bezeichnung „Junge Alte" steht für eine Gruppe, die sich in der Statuspassage von der Erwerbsarbeit hin zum Ruhestand befindet. Zu der Gruppe der „Jungen Alten" zählen „Noch-Erwerbstätige" wie auch „Schon-Pensionierte". Den „Jungen Alten" wird das Lebensalter von 55 – 65 Jahren zugeordnet. Kennzeichnend ist, dass die „Jungen Alten" nicht nur für sich selbstständig sein können, sondern gleichzeitig auch für andere oder die Gemeinschaft etwas leisten können und aktiv sind.

Altersbilder Altersbilder sind allgemeine formelhafte Zusammenfassungen oder Vorstellungen von wesentlichen bzw. typischen Merkmalen des Alters bzw. der Gruppe älterer Menschen. Sie können sowohl durch positive wie auch durch negative beschreibende und erklärende Aussagen beeinflusst werden. Altersbilder sind stark von subjektiven Eindrücken abhängig und oft normativ. Sie werden gekennzeichnet durch Faktoren wie:

- Gesundheit und Krankheit im Alter,
- Autonomie und Abhängigkeiten,
- Kompetenzen und Defizite,
- Befürchtungen über materielle Einbußen,
- Gedanken über Sterben und den Tod und
- Rechte und Pflichten älterer Menschen.

Altenquotient Personen im Alter von 65 Jahren und älter bezogen auf die Bevölkerung im Alter zwischen 25 und unter 65 Jahren (sog. erwerbsfähige Bevölkerung)

Altersdiskriminierung Benachteiligung aufgrund des Lebensalters. Dazu zählen Benachteiligungen z. B. bei Stellenausschreibungen, die mit einem Höchstalter begrenzt sind. In den USA darf das Lebensalter bei der Einstellung keine Rolle spielen. Ein anderes Beispiel für Altersdiskriminierung ist die Nichtgewährung eines Kredits wegen des Alters.

Altersstrukturwandel Sozialstrukturelle Merkmale der Lebenslage älterer Menschen sind:

- die Zunahme der Zahl älterer alleinstehender Menschen (Singularisierung)
- die Zunahme der Zahl älterer alleinstehender Frauen (Feminisierung)
- die Zunahme der Zahl älterer Menschen in Regionen (Regionalisierung)
- das frühere Ausscheiden aus dem Berufsleben (Entberuflichung)
- die Zunahme der Zahl hochaltriger Menschen (Hochaltrigkeit)
- die Zunahme der Zahl älterer Migranten (Migration).

Alterssurvey Der englische Begriff „Survey" bezeichnet Überblickstudien in der empirischen Sozial- und Meinungsforschung. Der Alterssurvey ist eine Längsschnittstudie über die Lebensverhältnisse älterer Menschen. Sein Ziel ist eine umfassende Beschreibung des Alternsprozesses der deutschen Bevölkerung. Er liefert Daten zur sozialen und materiellen Lage, zu Gesundheitsbefinden und Pflegebedürftigkeit, zur Erwerbstätigkeit und zum Übergang in den Ruhestand, zu sozialen Beziehungen und zum Freizeitverhalten älterer Menschen. Der Alterssurvey ist eine repräsentative Untersuchung der 40- bis 85-jährigen Deutschen in Privathaushalten. Die Altersgruppe der 40- bis 60-Jährigen wird u. a. aus dem Grund einbezogen, um Aussagen auch über die zukünftigen Alten treffen zu können. Der Alterssurvey 2002 baut auf dem Alterssurvey aus dem Jahr 1996 auf.

Barrierefreiheit Die Vermeidung von Barrieren physikalischer und sozialer Natur im Wohnumfeld, die das Wohnerleben und Wohnverhalten älterer Menschen erschweren und zu einer selbstständigen, autonomen und zufriedenen Wohn- und Lebenssituation führen können. Dazu gehören Rampen, Fahrstühle, breite Türen und Flure o.ä. architektonische Details der Wohnung oder des Wohnumfeldes sowie auch zufriedenstellende Beleuchtung, Temperatur usw. Das ist

eine wichtige Voraussetzung für ein selbstständiges Leben und Partizipation älterer Menschen im gesellschaftlichen Leben.

Das 60. Lebensjahr Das durchschnittliche Renteneintrittsalter lag bis Anfang der neunziger Jahre bei 60 Jahren, da sich auf dem Arbeitsmarkt seit Ende der siebziger Jahre ein Trend entwickelt hat, das Erwerbsleben noch vor dem Erreichen des gesetzlichen Rentenalters von 65 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen zu verlassen. Seit den siebziger Jahren bis heute wurde der angespannte Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmer durch Frührente und Vorruhestandsregelungen sowie durch Altersarbeitslosigkeit zunehmend entlastet. Hinzu kommt, dass vor dem Eintritt in die rentenunterstützte Postberufstätigkeit oft eine Zwischen- oder Übergangsphase durchlebt wird, die sich in Form von Arbeitslosigkeit gestalten kann. Seit Ende der 90er Jahre steigt das durchschnittliche Rentenintrittsalter wieder. Zwischen 1996 und 2005 hat sich das durchschnittliche Rentenzugangsalter für Altersrenten auf 63,0 Jahre erhöht. Die ehemalige rot-grüne Bundesregierung hat in Verantwortung des damaligen Sozialministers Franz Müntefering die Altersgrenze für die Altersrente zwischen 2012 und 2029 von 65 auf 67 Jahre angehoben.

Demografischer Wandel Der Begriff „Demografie" beschreibt die zahlenmäßige Entwicklung und den Altersaufbau der Bevölkerung. Die Entwicklung der Demografie ist im Wesentlichen von der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und dem Saldo der Zu- und Abwanderungen abhängig. Die öffentliche Diskussion über den demografischen Wandel ist durch die zukünftige Verschiebung der Altersstruktur gekennzeichnet. Nach dem Bundesamt für Statistik wird der Anteil der jungen Menschen unter 20 Jahren an der Bevölkerung von einem Fünftel im Jahre 2001 auf ein Sechstel im Jahre 2050 sinken. Der Anteil der über Sechzigjährigen wird im gleichen Zeitraum von etwa einem Viertel auf mehr als einem Drittel steigen. In der öffentlichen Diskussion tauchen immer wieder unterschiedliche Zahlen auf. Meist hängt dies mit unterschiedlichen Annahmen über die Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und die Migration für die Zukunft zusammen. Der demografische Wandel wird oft unter negativen Vorzeichen diskutiert: Die drohende „Überalterung" der Gesellschaft wird zu einem Bedrohungsszenario für die Finanzierbarkeit des Sozialstaats stilisiert. Angeblich seien aufgrund der vielen kommenden Senioren die Renten, die Krankenversicherungen etc. nicht mehr zu bezahlen. Dabei ist zunächst als Faktum festzuhalten: Bis 2010 verändert sich nach den Angaben des Bundesamtes für Statistik der

Aufbau der Altersstruktur wenig, bis 2020 moderat. Die größten Veränderungen sind zwischen 2020 und 2030 zu erwarten. In der kritischen Betrachtung wird darauf hingewiesen, dass Prognosen über einen Zeitraum von 50 Jahren sehr unsicher sind. Der demografische Wandel ist darüber hinaus durch eine Familien- und Zuwanderungspolitik gestaltbar. Wird nicht nur der → *Altenquotient*, sondern auch der→ *Jugendquotient* in den Blick der Betrachtung genommen – denn auch für die jüngeren Menschen hat der Sozialstaat aufzukommen – verschiebt sich der Gesamtquotient bis zum Jahre 2050 lediglich um 12 %. Zudem ist mit dem Produktivitätsfortschritt der demografische Wandel ohne Wohlstandsverlust zu schultern. Weiter wird betont, dass die Chancen einer alternden Gesellschaft stärker in den Blick genommen werden müssen. Die Potenziale des Alters bleiben individuell und gesellschaftlich nach wie vor unzureichend erschlossen.

Entberuflichung des Alters das frühere Ausscheiden aus dem Berufsleben

Feminisierung des Alters die Zunahme der Zahl älterer alleinstehender Frauen

Fremdbild Das Fremdbild bildet sich aus den Vorstellungen, Einstellungen, Bewertungen, Urteilen und Meinungen über eine Gruppe oder eine Kohorte, der der Betrachter selbst nicht angehört, die er aber für typisch oder charakteristisch für zu beobachtenden Gruppen und deren Verhaltensweisen, Eigenschaften oder Fähigkeiten hält.

Generationengerechtigkeit Der Begriff hatte seinen Ursprung in der ökologischen Debatte der Grünen über den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen. Heute gerät der Begriff im Rahmen der These, dass der Sozialstaat aufgrund der alternden Gesellschaft an die finanziellen Grenzen stoße, zu einem Schlagwort. Im Kern werden damit die Ansprüche der jüngeren, heute erwerbstätigen Bevölkerung gegen die Älteren, als Rentenbezieher, in Stellung gebracht. Es wird eher rhetorisch die Frage gestellt: Werden die Rentner auf Kosten der Jüngeren geschont? Zugespitzte Forderungen lauten, älteren Menschen z. B. Hüftoperationen zu verweigern (Mißfelder, ehemaliger Bundesvorsitzinder der Jungen Union) oder den „Löffel abzugeben" (Dittrich, früherer Bundesvorsitzinder der Jungen Liberalen). Zuletzt forderten parteiübergreifend Bundestagsabgeordnete die Verankerung der Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz. Kritiker dieser Haltung wenden ein, dass mit diesem Begriff der

Sozialabbau legitimiert werden soll und die Solidarität zwischen den Generationen ausgehöhlt wird. Betont wird: Die wahren Gerechtigkeitsprobleme sind die zwischen arm und reich und nicht zwischen jung und alt.

Geragogik Wissenschaft der Altersbildung in Lehre, Forschung und Praxis

Gerontologie Wissenschaft der Alternsforschung in Lehre und Forschung

Good-Practice-Beispiele Die Orientierung an „guten Beispielen" oder „den Besten" (Best Practice) ist ein Konzept, das in Projekten realisiert wird. Die Recherche von Good-Practice-Beispielen ist auch in der Seniorenarbeit eine Methode, Orientierung und Anregungen für eigene Vorhaben zu erhalten. Der Begriff wird ursprünglich im Zusammenhang der Managementmethoden des „Benchmarking" – ein Vergleich der eigenen organisatorischen Abläufe mit den Besten der Branche – im industriellen und im Dienstleistungssektor verwendet.

Hochaltrigkeit des Alters die Zunahme der Zahl hochaltriger Menschen

Individualisierung des Alters Aufgrund der Auflösung sozialer Milieus lockern sich nicht nur soziale Bindungen, sondern verlieren traditionelle Wertorientierungen wie z. B. im Verhältnis zwischen Frauen und Männern an Bedeutung. Dadurch steigt die Verantwortung des Einzelnen, Chancen und Risiken im Alter zu bewältigen. In diesem Zusammenhang steigt die Bedeutung der Altersbildung. (Unterschied zu → *Singularisierung*)

Jugendquotient Personen im Alter von 15 Jahren bis unter 25 Jahren bezogen auf die Bevölkerung im Alter zwischen 25 und unter 65 Jahren (sog. erwerbsfähige Bevölkerung).

Leitbilder Das Leitbild einer Organisation formuliert kurz und prägnant den Auftrag (Mission), die strategischen Ziele (Vision) und die wesentlichen Orientierungen für Art und Weise ihrer Umsetzung (Werte). Es soll damit allen Organisationsmitgliedern eine einheitliche Orientierung geben und die Identifikation mit der Organisation unterstützen. Kommunale Leitbilder formulieren die längerfristig gültigen Globalziele einer Kommune sowie ihre Prinzipien, Normen und Spielregeln.

Migration des Alters die Zunahme der Zahl älterer Migranten

Mobilität Beweglichkeit wird von „mobil" (lat. mobilis, beweglich) abgeleitet. Je nach Zusammenhang hat „Mobilität" folgende Bedeutungen:

- Möglichkeit, räumliche Entfernungen zu überwinden. Von einer hohen Mobilität spricht man, wenn eine Auswahl zwischen mehreren Verkehrsmitteln besteht, eine hohe Verbindungshäufigkeit gegeben ist und/oder der zeitliche Aufwand für die Überwindung einer Distanz relativ gering ist.
- Mobilität kann auch als Potenzial der Nutzung von Verkehrsmitteln zur Überwindung von Entfernungen verstanden werden, z. B. die Verfügbarkeit von PKWs.

Neoliberalismus Eine wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Ideologie, nach der der Sozialstaat aufgrund von Globalisierung und demografischem Wandel nicht mehr finanzierbar sei. Grundüberzeugung ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch staatliche Überregulierungen des Sozialstaats, Umweltschutzes, der Rechte von Arbeitnehmern etc. behindert werde. Notwendig sei eine Kostenentlastung des Faktors „Arbeit", um international wettbewerbsfähig zu sein. Ideologisch versucht der Neoliberalismus an der Freiheit des Einzelnen anzuknüpfen. Statt hohe Sozialabgaben an den anonymen Sozialstaat zu zahlen, soll es der Freiheit des Einzelnen überlassen bleiben, sich individuell für den Krankheitsfall, den Pflegefall etc. abzusichern. Gefordert wird die stärkere Vorsorge durch den Einzelnen. Über den Markt sollen immer mehr gesellschaftliche Aufgaben geregelt werden. Gefordert wird der „schlanke" und „aktivierende" Staat. Ökonomisch orientiert sich der Neoliberalismus in der Konsequenz an einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die auf eine verbesserte Ertragslage der Unternehmen abzielt. In der Kritik am Neoliberalismus wird betont, dass individuelle Freiheiten erst auf der Basis eines ausgebauten Sozialstaats verallgemeinerbar wurden. Ökonomisch wird darauf hingewiesen, dass die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren Exportweltmeister gewesen ist und von daher in erster Linie Nutznießer der Globalisierung ist. Die Finanzierbarkeit des Sozialstaats sei keine Frage des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Personengruppen im erwerbsfähigen Alter und Rentenbeziehern, sondern der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Favorisiert wird wirtschaftspolitisch aktuell eine nachfrageorientierte Politik, die die privaten und öffentlichen Binnenkräfte der Wirtschaft stärkt. Auf diesem Wege seien eher Wachstum und Beschäftigung zu erreichen.

Open-Space-Veranstaltung Open Space (offener Raum, Freiraum) ist eine Konferenzmethode für Großgruppen, bei der die Teilnehmer entscheiden, welche Inhalte sie bearbeiten. Ebenso bestimmen sie den Ablauf der Veranstaltung. Nur ein Leitthema ist vorgegeben. Es gilt das Prinzip, dass jeder Teilnehmer nur solange in einer Arbeitsgruppe mitarbeitet, wie er etwas beizutragen hat. Jeder kann die Arbeitsgruppen zu jeder Zeit wechseln oder sich auf den Gängen mit anderen Teilnehmern austauschen. Zum Ende verständigen sich die Teilnehmenden auf erste Schritte zur Umsetzung und bilden Kleingruppen mit Verantwortlichkeiten. Das Ziel ist, Veränderungen z. B. in der Seniorenarbeit einer Kommune einzuleiten und zu bewältigen. Die Struktur von Open Space ist durch vorbereitete Raum- und Zeittafeln, Protokollbögen und Nachrichtenwände gegeben.

Partizipation Partizipation meint im Allgemeinen die Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben. Partizipation erfordert den zur Teilhabe bereiten Bürger und die Teilhabe ermöglichende Gesellschaft (Staat, Unternehmen u. a. Organisationen). Der Begriff ist einem historischen Wandel im Verlauf der 90er Jahre ausgesetzt. Danach geht Partizipation über die Teilhabe in Form von Mitwirkung am gesellschaftspolitischen Leben hinaus und schließt die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen selbstorganisierter Projekte ein. Es geht also um Mitwirkung im Rahmen von parlamentarischen Prozessen und um Mitwirkung z. B. in einer Bürgerinitiative für eine Straßenumgehung oder um Mitwirkung im Rahmen einer Patenschaft für einen Kindergartenspielplatz etc. Ebenso zählt dazu eine Bürgerinitiative, die z. B. die Trägerschaft eines Freibads übernimmt.

Partizipation älterer Menschen fördert ihre Integration. Sie wirkt gegen Altersdiskriminierung. In Zukunft ist aufgrund besserer Gesundheit, Bildung und Mobilität mit einer steigenden Partizipation älterer Menschen zu rechnen.

Public Private Partnership Kooperation von nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren zur Umsetzung von Projekten oder Leistungen, die in das Aufgabengebiet staatlichen Handels fallen oder in staatlicher Eigenregie erbracht werden können. Zur Verwirklichung arbeiten die Beteiligten in formellen Gremien oder „gemischten Unternehmen" zusammen und engagieren sich mit personellen, strategischen oder finanziellen Ressourcen.

Regionalisierung des Alters die Zunahme der Zahl älterer Menschen in Regionen

Selbstbild Das Selbstbild ist die Gesamtheit von Vorstellungen, Einstellungen, Bewertungen, Urteilen, die ein Mensch, eine Gruppe oder eine Kohorte über sich selbst bzw. über die eigenen Verhaltensweisen, Eigenschaften oder Fähigkeiten macht.

Selbstorganisation Selbstorganisation heißt selber gestalten. Man kann sich das Privatleben, das Berufsleben oder die Freizeit in einem gegebenen zeitlichen und gesellschaftlichen Rahmen selber gestalten oder nach festen, von anderen bestimmten Regeln leben. Werden Regeln selber festgesetzt oder nimmt man an deren Entwicklung teil, spricht man von Selbstorganisation. Selbstorganisation ist Selbstbestimmung der Betroffenen über ihre gesellschaftlichen Angelegenheiten. Ein bekanntes Beispiel für effektive Selbstorganisation sind Straßenkreisel zur Regelung des Verkehrs an Kreuzungen. Straßenkreisel funktionieren besser und reibungsloser als jede noch so perfekt gesteuerte Signalanlage. Sie sind deshalb so wirkungsvoll, weil sich die Verkehrsteilnehmer innerhalb gewisser Rahmenbedingungen selbst organisieren können. Die Fremdsteuerung durch Ampeln wird durch Selbststeuerung mit einfachen Vortrittsregeln ersetzt. Eine Methode der Selbstorganisation ist die → *OpenSpace-Konferenz,* die sich besonders in der Seniorenarbeit eignet, um ältere Menschen z. B. in einer Kommune zu aktivieren. In der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit erhalten Projekte älterer Menschen in Selbstorganisation einen größeren Stellenwert.

Seniorenvertretung Auf kommunaler Ebene sind Seniorenvertretungen (Oberbegriff für Seniorenräte, Seniorenbeiräte usw.) keine gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsgremien sondern freiwillige Einrichtungen zur politischen Interessenvertretung älterer Menschen im vorparlamentarischen Raum. Sie bilden sich durch demokratische Verfahren (Wahl und Delegation) und sind je nach örtlichen Gegebenheiten in die politischen Willensbildungsprozesse ihrer Kommune eingebunden. Sie sind in ihrer Meinungsbildung unabhängig von Parteien, Verbänden, Konfessionen, Regierungen und deren Institutionen. Seniorenvertretungen haben die Aufgabe die politische Teilhabe älterer Menschen zu sichern und zu stärken. Seniorenvertretungen und ihre Dachverbände verfügen über eine einzigartige Struktur: Die kommunalen Seniorenvertretungen sind in den 16 Landesseniorenvertretungen zusammengeschlossen und diese wiederum bilden die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen.

Sich selbst erfüllende Prophezeiung Sich selbst erfüllende Prophezeiungen (self-fulfilling-prophecy) erzeugen aus falschen Erwartungen bzw. Hypothesen Tatsachen. Das heißt, veröffentlichte Prognosen beeinflussen die Situation oder das Handeln, über das sie eine Aussage treffen, zu ihren Gunsten mit. Dies hat zur Folge, dass zum einen die Prognose als richtig zutrifft, wie zum anderen auch, dass die falsche Situationsdefinition nachträglich bewiesen wird.

Singularisierung des Alters die Zunahme der Zahl älterer alleinstehender Menschen

Umfeld, räumlich-soziale Umfelder, wo man Interaktionen mit anderen Menschen haben kann. Soziale Kontakte in beruflichen Räumen, in Unterhaltungsräumen, in Erholungsgebieten, aber auch in Versorgungs- und anderen Einrichtungen.

Wohnbedeutungen Alle inhaltlichen Bezüge, die eine Person zu ihrer Wohnumwelt herstellt.

Wohnbedingungen, objektive Objektiv beobachtbare, messbare sozialphysische Bedingungen (z. B. Ausstattung, Barrierefreiheit, Erreichbarkeit, soziale Kontakte, infrastrukturelle Gegebenheiten, Einrichtungen).

Wohnbedürfnisse Wohnbedürfnisse umfassen die notwendigen Anforderungen an das Wohnen, auch persönliche Vorlieben und Wohnwünsche. Sie können in Anlehnung an entsprechende Theorien eingeteilt werden in:

- Grundbedürfnisse („basic needs"), die die Selbstständigkeit ermöglichen und
- Wachstumsbedürfnisse („higher-order needs"), die die Umsetzung und Verwirklichung von Wohnwünschen, oder die die Entwicklung von Umweltidentität unterstützen (Carp & Carp, 1984), z. B. Effizienz, Privatheit, ästhetisches Empfinden und Bildung (Lawton, 1985).

Erfüllte Wohnbedürfnisse spiegeln als Wohnzufriedenheit wider, die als Passung oder Fehlpassung der Person in der Wohnumwelt verstanden werden können („Person-Environment-Fit", „Person-Environment-Misfit", Kahana, 1982). Emotionale, räumlich-dingliche, kognitive, verhaltensbezogene und soziale Aspekte der Wohnbedürfnisse sind darunter zu betrachten.

Wohnerleben Dies umfasst nicht beobachtbare, subjektive wohnbezogene Prozesse. Diese sind in die drei Bereiche Verhalten, Emotion und Kognition zu unterscheiden.

a) Zum Verhalten gehört das Erleben von

- der Wohnlage,
- Barrierefreiheit/Hindernissen,
- infrastruktureller Anbindung,
- Ausstattung,
- Einrichtungen,
- Anregung,
- Gestaltungsmöglichkeit,
- Autonomie.

b) Emotionale Aspekte sind:

- Zufriedenheit,
- Privatheit,
- Geborgenheit,
- Zusammengehörigkeit,
- Gemütlichkeit und
- Wohlbefinden.

c) Zu den kognitiven Wohnaspekten zählt das Erleben von:

- Gewöhnung,
- Verinnerlichung,
- biographischer Verbundenheit durch die Erinnerungen und Erlebnisse,
- Vertrautheit und
- sozialen Gefügen wie die Beziehung zu Mitbewohnern und der Nachbarschaft.

Wohnumfeld Ausschnitt der umgebenden sozial-physischen Welt (z. B. Wohnung, Nachbarschaft, Stadtteil).

Wohnverbundenheit Subjektive Bewertung des Zugehörigkeitsgefühls zur Wohnumwelt.

Wohnverhalten Beobachtbare Handlungen der Person in Bezug auf ihre Wohnbedingungen. Das individuelle, alltägliche Handeln im Wohnumfeld, z. B. das Nutzen,

Anpassen, Verändern, Gestalten der Wohnsituation und das soziale Verhalten, wie die Beziehung zu Nachbarn, Mitbewohnern, Besuchern usw. sowie auch Aktivitäten im Wohnumfeld.

Wohnzufriedenheit Subjektive Bewertung der eigenen Zufriedenheit in der Wohnumwelt. Wohnzufriedenheit ist oft der Ausdruck von erfüllten oder nicht erfüllten Wohnbedürfnissen.

Zivilgesellschaft Der Begriff wird sehr unterschiedlich verwendet. Im Kontext des Gebrauchs des Begriffs „zivilgesellschaftliches Engagement" werden auch Begriffe mit gleicher Bedeutung gebraucht wie „bürgerschaftliches", „freiwilliges" und „ehrenamtliches" Engagement. Im Allgemeinen wird damit das Feld von Tätigkeiten im Dritten Sektor zwischen Markt und Staat beschrieben. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind i.d.R. freiwillig, unentgeltlich, jenseits der Erwerbsarbeit und auf die Förderung des Gemeinwohls ausgerichtet. Zur Zivilgesellschaft zählen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen, die gesellschaftliche Problemlagen in die Öffentlichkeit tragen. Die Zivilgesellschaft ist das Fundament der modernen Demokratie. Übertragen auf das Thema „Alter(n)" bedeutet das z. B., dass Seniorenvertretungen Teil der Zivilgesellschaft sind und Öffentlichkeit über die Lebensphase „Alter" mit ihren Chancen und Risiken herstellen. Über diese demokratische Dimension hat der Begriff Zivilgesellschaft eine ökonomische und sozialpolitische. In der ökonomischen Diskussion wird z. B. von Beck auf den Wandel von der Erwerbsgesellschaft in die Tätigkeitsgesellschaft verwiesen. Danach ist das zivilgesellschaftliche Engagement Teil einer neuen Arbeitsgesellschaft, in der die Erwerbsarbeit ihre dominierende Zentralität verliert. Sozialpolitisch soll das zivilgesellschaftliche Engagement die Bindungskräfte der Gesellschaft stärken, da die Erosion der kapitalistischen Erwerbsarbeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt. In der kritischen Sichtweise wird auf die Gefahr hingewiesen, dass zivilgesellschaftliches Engagement missbraucht werden kann, um Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge von Kommunen, Kreisen etc. auf die BürgerInnen abzuwälzen. Ältere Menschen geraten immer stärker in den Blick der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements, da sie über die Ressource Zeit verfügen und für solche Engagementformen über große Potenziale verfügen. Zusammengefasst: Die Zivilgesellschaft verweist auf die Schaffung von Öffentlichkeit gesellschaftlicher Problemlagen und auf die Organisation gemeinschaftlicher Aktivitäten jenseits der Erwerbsarbeit.

1 Ausgangsproblematik, Ziele und Methoden des Projekts, Ergebnisse und Ausblick

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

7 Kontakte und Adressen

138 nordrhein-westfälische Städte haben eine Seniorenvertretung, die Mitglied der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V. ist:

Kreis Aachen, Stadt Aachen, Altenberge, Arnsberg, Ascheberg, Bad Lippspringe, Bad Oeynhausen, Bergisch Gladbach, Bielefeld, Bocholt, Bochum, Bönen, Borken, Bottrop, Burscheid, Datteln, Detmold, Dinslaken, Dörentrup, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Düren, Düsseldorf, Emmerich, Erftstadt, Erkrath, Erwitte, Eschweiler, Espelkamp, Essen, Euskirchen, Extertal, Geldern, Gelsenkirchen, Geseke, Gladbeck, Greven, Grevenbroich, Gütersloh, Hagen, Halle, Haltern, Halver, Hamm, Hattingen, Hemer, Herford, Herne, Herzebrock-Clarholz, Herzogenrath, Hilden, Hüllhorst, Hürth, Ibbenbüren, Iserlohn, Issum, Jülich, Kalletal, Kerpen, Kevelaer, Kierspe, Kirchlengern, Köln, Krefeld, Kreuztal, Kürten, Langenberg, Lengerich, Leverkusen, Lippstadt, Lohmar, Löhne, Lübbecke, Lüdinghausen, Lünen, Marl, Marsberg, Meschede, Mettmann, Minden, Moers, Monheim, Morsbach, Mülheim a. d. Ruhr, Münster, Nachrodt, Niederkassel, Oberbergischer Kreis, Oberhausen, Oerlinghausen, Olpe, Overath, Porta Westfalica, Preußisch Oldendorf, Pulheim, Ratingen, Recklinghausen, Rees, Remscheid, Rheda-Wiedenbrück, Rhede, Rheinberg, Rheine, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rietberg, Rommerskirchen, Rösrath, Schieder-Schwalenberg, Schwerte, Selm, Sendenhorst, Siegen, Soest, Solingen, Spenge, Sprockhövel, Steinhagen, Stolberg, Straelen, Sundern, Troisdorf, Übach-Palenberg, Unna, Vlotho, Voerde, Waltrop, Wermelskirchen, Werne, Wesel, Kreis Wesel, Wesseling, Wetter, Willich, Wülfrath, Wuppertal, Würselen, Zülpich.

Die Postanschriften der örtlichen Seniorenvertretungen können bei der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., Münster abgefragt werden oder sind im Internet unter http://www.lsv-Nordrhein-Westfalen.de/mitglieder.html abrufbar.

Die Adressen der kooperierenden Wohnungsunternehmen:

Rheinwohnungsbau GmbH
Gladbacher Straße 95
40219 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 4 98 73-0

Gelsenkirchener Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH
Darler Heide 100
45891 Gelsenkirchen
Tel.: 02 09 / 7 06-0

Wuppertaler Bau- und Sparverein eG
Sanderstraße 142
42283 Wuppertal
Tel.: 02 02 / 8 35 15

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal
Hoeftstraße 35
42103 Wuppertal
Tel.: 02 02 / 93 11-0

Barmer Wohnungsbau AG
Hildburgstraße 65
42277 Wuppertal
Tel.: 02 02 / 7 47 98-0

Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Ennepe-Ruhr-Kreis GmbH
Castorffstr. 20
58332 Schwelm
Tel.: 0 23 36 / 4 01 93

Wohn+Stadtbau GmbH
Steinfurter Straße 60
48149 Münster
Tel.: 0251/7008-01

Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH
(DOGEWO)
Landgrafenstraße 77
44139 Dortmund
Tel.: 0231/1083-0

Baugenossenschaft Freie Scholle eG
Jöllenbecker Straße 123
33613 Bielefeld
Tel.: 0521/9888-0

1 Ausgangsproblematik, Ziele und Methoden des Projekts, Ergebnisse und Ausblick

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

8 Literaturtipps

Einführende und allgemeine gerontologische Literatur

1. Bäcker, G./Bispinck, R./Hofemann, K./Naegele, G. (2000): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 2. Gesundheit und Gesundheitssystem, Familie, Alter, soziale Dienste. Wiesbaden

2. Backes, G./Clemens, W. (1998): Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Alternsforschung. Weinheim/München

3. Baltes, P.B./Mayer, K.U. (Hg.) (1996): Die Berliner Altersstudie. Berlin

4. Baltes, M.M./Maas, I./Wilms, H.-U./Borchelt, M. (1999): Everyday Competence in old and very old age. Theoretical considerations and empirical findings. In Baltes, P.B./Mayer, K.U.: The Berlin Aging Study (S. 384–402). Cambridge, UK: Cambridge University Press.

5. Baltes, P.B./Smith, J. (1999): Multilevel and systemic analyses of old age. Theoretical and empirical evidence for a fourth age. In: Bengtson V.L./Schaie, K.W. (Hrsg.): Handbuch of theories of aging. S. 153–173. New York

6. Bode, C./Westerhof, G. J./Dittmann-Kohli, F. (2001): Selbstvorstellungen über Individualität und Verbundenheit in der zweiten Lebenshälfte. S. 365–375. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Band 34. Darmstadt

7. Bröscher, P./Naegele, G./Rohleder, C. (2000): Freie Zeit im Alter als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe? S. 30–38. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft B35–36/2000. Bonn

8. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001): Das Altern der Gesellschaft als globale Herausforderung – Deutsche Impulse, Band 201. Stuttgart/Berlin/Köln

9. Carp, F.M./Carp, A. (1984): A complementary/Congruence Model of well-being or mental health for the community elderly. In: Altman, I./Lawton, M.P./Wohlwill, J.F. (Hrsg.): Human behaviour and environment, Vol. 7, Elderly People and the environment. New York. S. 279–336

10. Deutsches Institut für Altersvorsorge (2008): Volkswirtschaftliche Eckdaten und Demographie. URL http://www.dia-vorsorge.de/df_010214.htm (zuletzt 21.10.2008)

11. Dieck, M./Naegele, G. (1993): „Neue Alte" und alte soziale Ungleichheiten – vernachlässigte Dimensionen in der Diskussion des Strukturwandels. S. 43–60. In: Naegele, G./Tews H.P. (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik. Opladen

12. Dienel, H.-L./Foerster, C./Hentschel, B./Kübler, C. (2000): Späte Freiheiten, Geschichten vom Altern, Neue Lebensformen im Alter. München/London/New York

13. Engler, W. (2004): Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/04, S. 1335–1345

14. Eriksson B./Wolf, J. (2005): European Perspectives on elderly people. Frankfurt a. M.

15. Friedan, B. (1997): Mythos Alter. Reinbeck bei Hamburg

16. Kahana, E. (1982): A Congruence Model of Person Environment Interaction. In Lawton, M.P./Windley, R.G./Byerts, T.O. (Hrsg.): Aging and the Environment. Theoretical Approaches. New York. S. 97–121

17. Karl, F. (2003): Sozial- und verhaltenswissenschaftliche Gerontologie. Alter und Altern als gesellschaftliches Problem und individuelles Thema. Weinheim/München

18. Klingholz, R. (2004): Aufbruch in ein anderes Land. In: Geo 05/2004. Hamburg

19. Kohli, M. (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und Theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, Köln

20. Kuratorium Wohnen im Alter e.V. (Hrsg.) (2004): Die „neuen Alten" In: KWA Journal. Berlin, S. 6–7

21. Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e.V. (Hrsg.) (2000): Altenpolitik 2000 in Nordrhein-Westfalen. Lebensumfeld älterer Menschen. Tagungsbericht vom 5. April 2000 in Essen. Münster.

22. B.R. Levy/M.D. Slade/S.R. Kunkel/Stanislav Kasl (2002): Longevity Increased by Positive Self-Perceptions of Aging: In: Journal of Personality und Social Psychology, Vol. 83, No.2, S. 261–270. (2002).

23. Lehr, U. (2000): Psychologie des Alterns. 9. Auflage. Wiebelsheim

24. Naegele, G./Weidekamp-Maicher, M. (2002): Lebensqualität im Alter. In: Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Das Magazin, 13. Jg. (3)

25. Naegele, G./Tews, H. P. (Hrsg.) (1993): Lebenslagen im Strukturwandel des Alterns. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik. Opladen

26. Naegele, G. (1992): Zwischen Arbeit und Rente. Gesellschaftliche Chancen und Risiken älterer Arbeitnehmer. Augsburg

27. Niejahr, E. (2004): Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten. Hamburg

28. Nuber, U. (2004): Man ist nie zu jung für das Alter. In: Psychologie heute Kompakt. Weinheim

29. Prahl, H.-W./Schroeter, K. R. (1996): Soziologie des Alterns. Eine Einführung. Paderborn/München/Wien/Zürich

30. Rosenmayr, L. (1996): Altern im Lebenslauf. Soziale Position, Konflikt und Liebe in den späten Jahren. Göttingen/Zürich

31. Rosenmayr, L. (1983): Die späte Freiheit. Berlin

32. Schäfer, A. (1992): Identitätsarbeit im Alter. In: neue Praxis: Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Band 2/92. S. 148–158

33. Schirrmacher, F. (2004): Das Methusalem-Komplott. München

34. Schroeter, K. R. (2000): Die Lebenslagen älterer Menschen im Spannungsfeld. In: Backes, G./Clemens, W. (Hrsg.): Lebenslagen im Alter. Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen. Opladen. S. 34–52

35. Staudinger, U. (2000): Viele Gründe sprechen dagegen, und trotzdem geht es vielen Menschen gut. Das Paradox des subjektiven Wohlbefindens. Psychologische Rundschau, 51(4). S. 185–197

36. Ströbe, W./Hewstone, M./Stephenson, G. (1997): Sozialpsychologie. Berlin/Heidelberg/New York

37. Tews, H. P. (1993): Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters. In: Naegele, G./Tews, H. P. (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik. Opladen. S. 15–42

38. Thürkow, K. (1981): Basisliteratur zur Gerontologie und Altenarbeit – eine Literaturdokumentation mit Inhaltsangaben und Auswahlbibliographien. Berlin

39. Tofahrn, K. W. (1998): Alter – Freizeit – Sport. Frankfurt am Main

40. Wallasse, P. (2004): Die Alten werden die Gesellschaft verändern. In: Psychologie heute Kompakt. Weinheim

41. Walther, U.-J. (2000): Bevölkerungsalterung. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen. S. 27–39

Altenarbeit

42. Diakonisches Werk (Hrsg.): Das Alter eröffnet neue Möglichkeiten. Offene Altenarbeit der Diakonie in Westfalen und Lippe. Münster

43. Evangelischer Verband für Altenarbeit im Rheinland (Hrsg.) (2000): Spannungsfeld Leitbild. Zwischen Lightbild und Leidbild, Neue Arbeitsansätze in der gemeinwesenorientierten Altenarbeit; Dokumentation der Fachtagung vom 13. September 2000. Düsseldorf

44. Rüßler, H. (2007): Altern in der Stadt. Neugestaltung kommunaler Altenhilfe im demographischen Wandel. Münster

45. Stoffer, F. (1995): Sozial Management, Zwischen Mensch und Profit. Overath

46. Zeman, P. (2000): Die Zukunft kommunaler Altenarbeit. Unzeitgemäßer Luxus oder ein Aufgabenfeld mit Perspektive? In: Der Städtetag: Heft 2/2000: Stuttgart (S.11 – 17)

Bildung im Alter

47. Dohmen, G. (2002): Die Einbeziehung älterer Erwachsener in das lebenslange Lernen. Ansätze zur Überwindung akuter Hindernisse für das Weiterlernen einer wachsenden Mehrheit der Erwachsenen. In: forum E/B, (S. 13 – 16)

48. Evers, R. (1999): Alter-Bildung-Religion. Eine subjekt- und bildungstheoretische Untersuchung. Stuttgart/Berlin/Köln

49. Köster, D. (2005): Bildung im Alter… die Sicht der kritischen Sozialwissenschaften. In: Klie, Th. u.a. (Hrsg.): Die Zukunft der gesundheitlichen, sozialen und pflegerischen Versorgung älterer Menschen. Frankfurt am Main, S. 96–109

50. Köster, D. (2002): Kritische Geragogik. Aspekte einer theoretischen Begründung und praxeologische Konklusionen anhand gewerkschaftlich orientierter Bildungsarbeit. Dortmund

51. Köster, D. (1999): Gewerkschaftlich ausgerichtete Seniorenbildungsarbeit in der Praxis. Düsseldorf

52. Köster, D. (1998): Strukturwandel und Weiterbildung älterer Menschen. Münster

53. Köster, D./Schramek, R./Dorn, S. (2008): Qualitätsziele moderner SeniorInnenarbeit und Altersbildung. Oberhausen.

54. Schröder, H./Gilberg, R. (2005): Weiterbildung Älterer im demographischen Wandel. Empirische Bestandsaufnahme und Prognose. Bielefeld.

Aus der Praxis

55. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004a): Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, Aktion Demographischer Wandel. Bielefeld

56. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004b): NAIS – Neues Alter in der Stadt, Ein Pilotprojekt zur Neuorientierung der kommunalen Seniorenpolitik, Aktion Demographischer Wandel. Bielefeld

57. Braun, J./Kettler, U. (1996): Selbsthilfe 2000. Perspektiven der Selbsthilfe und ihrer infrastrukturellen Förderung. Köln/Leipzig

58. Diakonisches Werk (Hrsg.): Projektentwicklungen in der Offenen Altenarbeit. Beispiele und Wege zur Umsetzung. Münster

59. Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerlichen Engagements" (Hrsg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen

60. Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich (Hrsg.) (2004): Alt sein in Zürich, Alterskonzept. Zürich

61. Grymer, H./Zimmermann, J. Chr. (2002): Bericht Workshops „Altengerechtes Hattingen", Untersuchungsprojekt im Auftrag der Stadt Hattingen. Wuppertal

62. Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (2000): Evaluation des Projekts „ZWAR Zwischen Arbeit und Ruhestand" des Landes Nordrhein-Westfalen. Bochum

63. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003d): Kompass für freiwilliges Engagement älterer Menschen. Düsseldorf

64. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2000): Senioren-Wegweiser, Hilfen für das Leben zu Hause. Düsseldorf

65. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1998): Selbsthilfe im Alter, Projekte älterer Menschen und Seniorenbeiräte in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf

Methoden

66. Bühl, A./Zöfel, P. (2002): SPSS 11. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows. München

67. Regionales Rechenzentrum für Niedersachsen/Universität Hannover und Rechenzentrum der Universität des Saarlandes, Saarbrücken (Hrsg.) (2002): SPSS Grundlagen. Saarbrücken

68. Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2005): Vereine und Steuern. Arbeitshilfen für Vereinsvorstände und Mitglieder. Düsseldorf

Projektmanagement und Moderation

69. Altmann, G./Fiebiger, H./Müller R. (1999): Mediation. Konfliktmanagement für modere Unternehmer. Weinheim/Basel

70. Knorr, F. (2003): Projektmanagement für soziale Dienstleister. Projekte fachlich und zielorientiert steuern. Mit Checklisten zur Erfolgskontrolle. Regensburg

71. Kuhnt, B./Müllert, N. R. (1997): Moderationsfibel. Zukunftswerkstätten. Verstehen, anleiten, einsetzen. Münster

72. Mahlmann, R. (2000): Konflikte managen. Psychologische Grundlagen, Modelle und Fallstudien. Weinheim/Basel

73. Maleh, C. (2001): Open Space. Effektiv arbeiten mit großen Gruppen. Ein Handbuch für Anwender, Entscheider und Berater. Weinheim/Basel

74. Mayrshofer, D./Kröger, H. A. (1999): Prozeßkompetenz in der Projektarbeit. Ein Handbuch für Projektleiter, Projektbegleiter und Berater. Mit vielen Praxisbeispielen. Hamburg

Netzwerke

75. AWO Bundesverband (Hrsg.) (2004): Qualitätsentwicklung für lokale Netzwerkarbeit. Eine Arbeitshilfe für die Praxis. Bonn

76. Castells, M. (2004): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil eins der Trilogie. Das Informationszeitalter. Opladen

77. Fischer, V./Eichener, V./Nell, K. (Hrsg.) (2003): Netzwerke – Ein neuer Typ bürgerschaftlichen Engagements. Zur Theorie und Praxis der sozialen Netzwerkarbeit mit Älteren. Schallbach/Ts.

78. Jansen, D. (1999). Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Opladen.

79. Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen, und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Netze spannen für die Zukunft im Alter, Leitfaden zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements. Düsseldorf

80. Weyer, J. (2000): Soziale Netzwerke. München

Mobilität im Alter

81. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001g): Erhaltung von Mobilität im Alter, Band 197. Stuttgart/Berlin/Köln

82. Krämer-Badoni, T./Kuhm, K. (2000): Mobilität. In: Häußermann H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen. S. 162–173

83. Mollenkopf, H./Oswald, F./Schilling, O./Wahl, H.-W. (2001): Aspekte der außerhäuslichen Mobilität älterer Menschen in der Stadt und auf dem Land. Objektive Bedingungen und subjektive Bewertung. Sozialer Fortschritt, 50 (9–10). S. 214–220

84. Münsterjohann, U. (2004): Was bewegt alte Menschen in der Stadt? Ein Plädoyer für eine seniorenfreundliche, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung. In: Kuratorium Deutsche Alterhilfe (Herg.): Architektur + Gerontologie 3. Köln

Politik

85. Alemann, U. von (1997): Die Bedeutung vorparlamentarischer Beteiligungsformen für die kommunale Demokratie. In: Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 10. Bonn

86. Backes, G./Clemens, W. (2004): Politscher Einfluss der Älteren von morgen. In: Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V. (Hrsg.). Sozialer Fortschritt, Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Heft 11–12/2004. Bonn. S. 286–293

87. Blanke, B./Schridde, H. (1999): Bürgerengagement und Aktivierender Staat. Ergebnisse einer Bürgerbefragung zur Staatsmodernisierung in Niedersachsen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft B24–25/1999. Bonn (S. 3–12)

88. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2000): Seniorenvertretungen. Verantwortung für das Gemeinwesen, Band 148. Stuttgart/Berlin/Köln

89. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994): Politik für ältere Menschen in Europa. Stand, Stellenwert und Entwicklungsmöglichkeiten der Seniorenpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Staaten, Band 36. Stuttgart/Berlin/Köln

90. Knirsch, H. (2003): Kommunalpolitik von A bis Z. Ein Leitfaden durch die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen für die kommunalpolitische Praxis. Düsseldorf

91. Künemund, H. (2004): Politscher Einfluss der Älteren von morgen. In: Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V. (Hrsg): Sozialer Fortschritt, Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Heft 11–12/2004. Bonn. S. 286–293

92. Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen, und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Alter gestaltet Zukunft. Politik für Ältere in Nordrhein-Westfalen. Rahmenbedingungen, Leitlinien 2010, Datenreport. Düsseldorf

93. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2001): Seniorenvertretungen in Nordrhein-Westfalen. Perspektiven der politischen Beteiligung älterer Menschen. Untersuchung zur Effektivität von Seniorenvertretungen. Düsseldorf

94. Paust, A. (1999): Direkte Demokratie in der Kommune. Zur Theorie und Empirie von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 14. Bonn

95. Spitzer, M. (2001): Bürgeraktivierung und Verwaltungsmodernisierung. In: Blanke, B./von Bandemer, S./Nullmeier, F./Wewer, G. (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform. 2. Auflage. S. 144–152

Stadtsoziologie

96. Boeßenecker, K.-H. (Hrsg.) (2001): Verwaltungsreform von unten? Münster

97. Friedrichs, J. (1995): Stadtsoziologie. Opladen

98. Grymer, H. (2004): Neue Alte – alte Städte – neue Wege? Überlegungen zum Begriff der „altengerechten Stadt". Eine Skizze. Wuppertal (Manuskript)

99. Grymer, H./van der Most, K. (1995): Vorbereitung und Erstellung des Entwurfs für einen Altenplan der Stadt Remscheid. Wuppertal

100. Häußermann, H. (2005): Umbauen und integrieren – Stadtpolitik heute. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft B03/2005. Bonn. S. 3–8

101. Häußermann, H. (2000): Großstadt, Soziologische Stichworte. Opladen

102. Keul, A. G. (Hrsg.) (1995): Wohlbefinden in der Stadt. Umwelt- und gesundheitspsychologische Perspektiven. Weinheim/München

103. König, B. (2004): Stadtgemeinschaften. Das Potenzial der Wohnungsgenossenschaften für die soziale Stadtentwicklung. Berlin

104. Krämer-Badoni, T. (1991): Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand. In: Häußermann H. (Hrsg.): Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler. S. 1–31

105. Landtag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Zukunft der Städte. Bericht der Enquetekommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Dortmund

106. Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (1999): Stadtteilbezogene Hilfen für alte, pflegebedürftige Menschen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dokumentation des Werkstattgesprächs. Dortmund

107. Saunders, P. (1987): Soziologie der Stadt. Frankfurt am Main

108. Schneider, G. (1992): „Identität von" und „Identifikation mit" städtischer Umwelt. In: Pawlik, M. / Stapf, K. H. (Hrsg.): Umwelt und Verhalten. Perspektiven und Ergebnisse ökopsychologischer Forschung. Bern. S. 169 – 202

109. Schnur, O. (2003): Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt". Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.

110. Thabe, S. (1997): Alte Menschen im Stadtteil. Handlungsansätze für soziale und kulturelle Einrichtungen. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund

111. Zimmermann, J. Chr. (2002): „Altengerechte Stadt" im demografischen und kulturellen Wandel. Wuppertal (Manuskript)

Untersuchungen und Studien / Altenberichte der Bundesregierung

112. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004): Lebenslagen in Deutschland. 2. Armutsbericht und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Armutsbericht. Berlin

113. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001h): Die zweite Lebenshälfte. Psychologische Perspektiven, Ergebnisse des Alters-Survey, Band 195. Stuttgart / Berlin / Köln

114. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002): Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Alter und Gesellschaft. Berlin

115. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001a): Zweiter Altenbericht der Bundesregierung über das Wohnen im Alter. Berlin

116. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001b): Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Alter und Gesellschaft. Berlin

117. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994): Erster Altenbericht, Die Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland. Bonn

118. Kohli, M./Künemund, H. (2003): Der Alters-Survey. Die zweite Lebenshälfte im Spiegel repräsentativer Daten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft B20/2003. Bonn. S. 18–26

119. Kröhnert, S./van Olst, N./Klingholz, R. (2004): Deutschland 2020, Die demografische Zukunft der Nation. Berlin

120. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1999): Seniorenberatung in Nordrhein-Westfalen. Studie über Erfolg und Effizienz eines Modellprojektes. Düsseldorf

121. Noll, H.-H./Schöb, A. (2002): Lebensqualität im Alter, Expertise für die Sachverständigenkommission zum „4. Altenbericht der Bundesregierung", Forschungsgesellschaft für Gerontologie. Dortmund

122. Sinn, H.-W. (2003): Das demografische Defizit. In: ifo Schnelldienst 5/2003. München

123. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002): Datenreport 2002 in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn

124. Zeman, P./Schmidt, R. (2001): Soziale Altenarbeit – Strukturen und Entwicklungslinien. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Lebenslagen, soziale Ressourcen und gesellschaftliche Integration im Alter. Expertisen zum Dritten Altenbericht der Bundesregierung – Band III. Opladen. S. 235–283

Technik

125. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994): Technik, Alter, Lebensqualität, Band 23. Stuttgart/Berlin/Köln

126. Stadelhofer, C. (2000): Möglichkeiten und Chancen der Internetnutzung durch Ältere. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Band 33. Darmstadt. S.186–194

Wirtschaft

127. Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V./Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund/Institut Arbeit und Technik (1999): Memorandum „Wirtschaftskraft Alter". Dortmund/Gelsenkirchen

128. Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003): Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Bericht über die Landesinitiative Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf

Wohnen

129. BauWohnberatung Karlsruhe/Schader-Stiftung (Hrsg.) (2004): Neues Wohnen fürs Alter. Was geht und wie es geht. Frankfurt am Main

130. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004): Modellprogramm „Selbstbestimmt wohnen im Alter". Berlin

131. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001i): Wie wohnen wenn man älter wird? Berlin

132. Eekhoff, J. (2002): Wohnungspolitik. Tübingen

133. Geschäftsstelle Seniorenwirtschaft am Institut Arbeit und Technik (Hrsg.) (2004): Qualitätssiegel „Betreutes Wohnen für ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen". Dortmund

134. Grymer, H./Liebmann, P. (2000): Verbesserungsmanagement Seniorenwohngebiet „Am Springerbach" im Auftrag der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Wuppertal mbH. Wuppertal

135. Grymer, H./Liebmann, P./Meisen, G./Langedorf, N. (2000): Neues Wohnen für neue Alte? Chancen, Grenzen und Attraktivität des Wohnens mit Service. Eine Studie im Auftrag der Halbach-Stiftung. Wuppertal

136. Häußermann, H./Siebel, W. (2000): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim/München

137. Heinze, R. G./Eichener, V./Naegele, G./Bucksteeg, M./Schauerte, M. (1997): Neue Wohnung auch im Alter, Folgerungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Darmstadt

138. Institut für Soziale Infrastruktur (2000): Wohnen älterer Menschen in Frankfurt am Main. Bestandsaufnahme und Diskussion von Zukunftsperspektiven unter besonderer Berücksichtigung von älteren Menschen mit geringem Einkommen. Frankfurt

139. Küster, C. (1998): Zeitverwendung und Wohnen im Alter. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Wohnbedürfnisse, Zeitverwendung und soziale Netzwerke älterer Menschen. Expertisenband 1 zum zweiten Altenbericht der Bundesregierung. Frankfurt am Main.

140. www.senioren-online.net/lsv-Nordrhein-Westfalen

141. Lawton, M.P. (1985): Housing and Living Environments of older People. In: Binstock, R.H./Shanas, E. (Hrsg.): Handbook of Aging and the Social Sciences. (2nd Edition) (S. 450–478). New York.

142. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2000): Neue Wohnprojekte für ältere Menschen. Gemeinschaftliches Wohnen in Nordrhein-Westfalen. Beispiele und Wege zur Umsetzung. Düsseldorf

143. Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2002): Wohnen im Alter. Baulich-räumliche Strategien für eine nachhaltige soziale Strukturpolitik in Brandenburg. Potsdam

144. Oswald, F./Hieber, A./Mollenkopf, H./Wahl, H.-W. (2003): Heidelberg 2002. Wohnwünsche und Wohnwirklichkeiten – Belastungen, Chancen und Perspektiven selbstständigen Lebens im Alter – Abschlussbericht. Forschungsbericht in Pdf-Datei unter www.dzfa.de

145. Oswald, F. (2002): Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse im Alter. In: Schlag, B./Megel, K. (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 230. Stuttgart. S. 97–115

146. Oswald, F./Schmitt, M./Gansera-Baumann, B./Martin, M./Sperling, U. (2000): Subjektive Wohnbedeutungen und Veränderungen im Wohnbereich. Vertiefungsstudie bei einer Teilstrichprobe der Interdisziplinären Längsschnittstudie des Erwachsenenalters (ILSE). Forschungsberichte aus dem DZFA, Nr. 7.

147. Oswald, F./Schmitt, M./Sperling, U./Wahl, H.-W. (2000): Wohnen als Entwicklungskontext. Objektive Wohnbedingungen, Wohnzufriedenheit und Formen der Auseinandersetzung mit dem Wohnen in Ost- und Westdeutschland. In: Martin, P./Ettrich, K. U./Lehr, U./Roether, D./Martin, M./Fischer-Cyrulies, A. (Hrsg.): Aspekte der Entwicklung im mittleren und höheren Lebensalter. Ergebnisse der Interdisziplinären Längsschnittstudie des Erwachsenenalters (ILSE). Darmstadt. S. 201–219

148. Oswald, F. (2000): Ökologische Intervention. Wohnen und Wohnanpassung in Privathaushalten. In: Wahl, H.-W./Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Angewandte Gerontologie in Schlüsselbegriffen. Stuttgart. S. 209–215

149. Oswald, F. (1998): Erleben von Wohnalltag bei gesunden und gehbeeinträchtigten Älteren. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 31 (4). S. 250–256

150. Oswald, F. (1996): Hier bin ich zu Hause. Zur Bedeutung des Wohnens. Eine empirische Studie mit gesunden und gehbeeinträchtigten Älteren. Regensburg.

151. Saup, W. (1999): Alte Menschen in ihrer Wohnung. Sichtweise der ökologischen Psychologie und Gerontologie. In: Wahl, H.-W./Mollenkopf, H./Oswald, F. (Hrsg.): Alte Menschen in ihrer Umwelt. Beiträge zur Ökologischen Gerontologie. Opladen. S. 13–22

152. Schader-Stiftung (Hrsg.) (2001): wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens. Darmstadt

153. Schader-Stiftung (Hrsg.) (2000): Modelle für das Wohnen im Alter, Analysen und Empfehlungen für die Nordweststadt Frankfurt/Main. Darmstadt

154. Schader-Stiftung (Hrsg.) (1999): Wohnwünsche und Wohnbedürfnisse älterer Menschen in der Nordweststadt, Ergebnisbericht der qualitativen Untersuchung. Darmstadt

155. Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.) (2003): Selbstbestimmt Wohnen im Alter. Hamburg

156. Wüstenrot Stiftung (Hrsg.) (2003): BauWohnberatung Karlsruhe, Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes einer prozesshaften Wohnberatung. Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung im Auftrag der Wüstenrot Stiftung. Ludwigsburg

Zivilgesellschaftliches Engagement

157. Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (Hrsg.) (2000): Praxishandbuch. Initiative Ehrenamt. 2. Auflage. Bonn

158. Arenhövel, M. (2000): Zivilgesellschaft – Bürgergesellschaft. Sonderdruck der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf

159. Braun, J. (1999): Bürgerliches Engagement älterer Menschen. Motive und Aktivitäten; Engagementförderung in Kommunen; Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit. Stuttgart/Berlin/Köln

160. Bubolz-Lutz, E. (2005): Bürgerengagement im Bereich „Hilfe und Pflege" – wissenschaftlicher Erkenntnisstand und Praxisansätze. In: Braun, J./Kubisch, S./Zeman, P.: Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln (S. 116 – 144)

161. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001c): Engagementförderung als neuer Weg der kommunalen Altenpolitik, Tagungsdokumentation, Band 160 Stuttgart/Berlin/Köln

162. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001d): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Gesamtbericht, Band 194.1. Stuttgart/Berlin/Köln

163. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001e): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Zugangswege, Band 194.2 Stuttgart / Berlin / Köln

164. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001f): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Band 194.3 Stuttgart / Berlin / Köln

165. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1999): Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen. Motive und Aktivitäten, Engagementförderung in Kommunen – Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit, Band 184. Stuttgart / Berlin / Köln

166. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1999): Mitgestalten – Mitverantworten – Selbstverwalten. Partizipation Älterer an der Gestaltung ihrer Wohn- und Lebensräume. Dokumentation der Fachtagung vom 31. Mai bis 2. Juni. Tutzing.

167. Geo (2004): Neue Alte. Die „Generation Grau". Als Keimzelle einer Bürgergesellschaft. Hamburg

168. Gosewinkel,D. / Rucht,D. / van den Daele, W. / Kocka,J. (Hrsg.), (2004): Zivilgesellschaft – national und transnational, WZB-Jahrbuch 2003, Berlin

169. Karl, F. (2000): Partizipation Älterer – Standortbestimmung einer pädagogischen Konzeption. In: KBE (Hrsg.): Neue Wege zur Partizipation im Alter. Wohnumfeldgestaltung durch Ältere. Bonn. S. 10 – 16

170. Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (Hrsg.) (2000): Neue Wege zur Partizipation im Alter. Wohnumfeldgestaltung durch Ältere, Dokumentation eines Experten-Workshops. Bonn

171. Köster, D. / Schramek, R. (2005): Die Autonomie des Alters und ihre Konsequenzen für zivilgesellschaftliches Engagement. In: Hessische Blätter für Volksbildung. Heft Nr. 2 / 2005. Wiesbaden

172. Kricheldorff, C./Köster, D./Kolland, F. (2002): Zivilgesellschaft. Positionen, Paradoxien, Potenziale. Vortrag auf dem DGGG-Kongress, 26.–28. September 2002. Dresden. (Manuskript)

173. Lüttringhaus, M. (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen-Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Bonn

174. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003a): Aktiv im Alter, Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf

175. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003b): Freiwilliges Engagement älterer Menschen, Band 1: Ausmaß, Strukturen und sozial-räumliche Voraussetzungen. Düsseldorf

176. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003c): Freiwilliges Engagement älterer Menschen, Band 2: Modernisierungsbedarf in der offenen Altenarbeit. Düsseldorf

177. Osner, A. (2004): Bürger und Unternehmen gestalten ihre Stadt. Ein neues Selbstverständnis der Kommunalpolitik. In: MSGA/Stadt Wolfsburg (Herg.) Unternehmen Stadt. Auf dem Weg zur neuerer Urbanität. Wolfsburg

178. Rohleder, C. (2005): Senioren als Gestalter der Zukunft. Potenziale Älterer und ihre Erwartungen an die Gesellschaft. Vortragsmanuskript

179. Staudinger, U. M. (2003): Das Alter(n). Gestalterische Verantwortung für den Einzelnen und die Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft B20/2003. Bonn. S. 35–42

Sonstiges

180. Bosch, E.M. (1989): Wie ältere Menschen Medien nutzen. In: Älterwerden in der Mediengesellschaft. 12. Stuttgarter Tage der Medienpädagogik. Köln

181. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1996): Das Alter in den Medien, Muß es ein Zerrbild sein? Dokumentation der Fachtagung für Journalistinnen und Journalisten vom 20. bis 22. Mai 1996 in der Evangelischen Akademie Tutzing. Bonn

182. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen

183. Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2005): Vereine und Steuern. Arbeitshilfen für Vereinsvorstände und Mitglieder. Düsseldorf

184. Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Vitactiv, Seniorenmesse Nordrhein-Westfalen 2003. Düsseldorf

185. Saup, W. (1993): Alter und Umwelt. Eine Einführung in die Ökologische Gerontologie. Stuttgart / Berlin / Köln

186. Schautzer, M. (2004): Rock´n´Roll im Kopf, Walzer in den Beinen. Antworten auf den Jugendwahn. Frankfurt / M.

187. Sywottek, Ch. (2004) Kurkonzert mit Stehhilfen. Frankfurter Rundschau 9. / 10.6.2004.

188. Vogelskamp, S. A. / Günter, R. (2005): Das süße Leben. Der neue Blick auf das Alter und die Chancen schrumpfender Städte. Essen

189. Wahl, H.-W. / Mollenkopf, H. / Oswald, F. (Hrsg.) (1999): Alte Menschen in ihrer Umwelt. Beiträge zur Ökologischen Gerontologie. Opladen / Wiesbaden. S. 13 – 22

1 Ausgangsproblematik, Ziele und Methoden des Projekts, Ergebnisse und Ausblick

2 Altengerechte Stadt – Vom demografischen Wandel zu einem neuen Leitbild der älterern Menschen in der Stadt

3 Forschungsergebnisse: von den Erkenntnissen aus den Untersuchungen des Projekts und ihre Schlussfolgerungen

4 Zur Realisierung

5 Aus der Praxis: Wie machen es die anderen?

6 Glossar

7 Kontakte und Adressen

8 Literaturtipps

9 Stichwortverzeichnis

9 Stichwortverzeichnis

Abwärtsentwicklung
körperliche, mentale, soziale *43*
Aktivität
aktivitätsfördende Dimensionen *127f*
Aktivitätsräume *123f*, *159*, *285*
Eigenaktivität *130*, *157f*
gemeinschaftsorientierte *103, 271*
gemeinwesenorientierte *130*, *142*, *204*, *297*
von älteren Menschen *95*, *102ff*
Aktivitätstheorie *38ff*
Aktivitätszentrum *286*
Alltagsbewältigung *215*
Alte für Alte *273*, *275*
Alte, neue *64*, *73*
Altenarbeit, kultursensible *249*
Altersbild
Bildungs- und Ausbildungsniveau *95*
Definitionen *87*
familiäres Engagement *90, 98f, 157*
finanzielle Ausstattung *82*, *96ff, 167*
gesellschaftliches Engagement *98 - 101*, *103, 124*, *157f*
gesundheitliche Situation *94*
positiv besetzte Merkmale *90ff*

Alter
Defizitmodell *38*, *148*
Individualisierung *62*, *158*, *291*, *295*
Interessenvertretung *107*, *143*, *157*, *243*, *265*
latente Macht *144*
Potenziale *25 f*, *31*, *69*, *115*, *136*, *144*, *149*, *163 ff*, *169 f*, *180*, *211*
Produktivität *90*, *143*
Strukturwandel *148*, *149*, *197*
Altern
aktives *44*, *51*
positives *40*
Altersbildung *211 - 217*
methodisch-didaktische Besonderheiten *215*
Qualität *212*
Altersdiskriminierung *139 f*
altersgerecht *17*
Alterssurveys *157*
Alterungsprozess *59*, *112*
Anerkennungskultur *182*, *211*
Auftaktveranstaltung *258*, *262*
Aufwandsentschädigung *205*, *208*, *209*
Austauschtheorie *38*, *45*, *46*, *47*
Autonomie *62*, *88*, *93*, *110*, *115*, *124 ff*, *167 f*, *317*

Barrierefreiheit *113 f*, *118 - 123*, *135*, *283*, *300*, *306*
barrierefreier Zugang *118*
Bedarfsanalyse *185*, *259*
Bedürfnisse
psychische, soziale *39*
Beschäftigung *127*, *130*, *264*
Beschäftigungsmöglichkeiten *129 f*
Freizeitbeschäftigung *136*, *198*
Besuchsdienst *264*, *274*
Beteiligungsverfahren
Bürgerbefragung *240*
Bürgerbegehren *237 - 242*

9

Bürgerentscheid *237 - 242*
Bürgerinitiativen *187*, *221*, *235*, *241 f*
Einwohnerantrag *237*
Sachkundige Bürger *236*
Sachkundige Einwohner *236 f*
Selbstorganisierte Projekte *242*
Seniorengenossenschaften *243*
Betreuung *16*, *130*, *134*, *136*, *139*, *258*, *281*, *283*, *311*
Bildungsabstinenz *212*
Bildungsarmut *211*
Bildungsbegriff, erweiterter *213*
Brainstorming *232 f*
Bürgeraktivierung *252 ff*
Bürgergesellschaft *76*

Chancen des Alters *31*
Checkliste
für die Praxis *179*
für konkrete städtische Aufgaben *182*
für Moderation *229 f*
für Netzwerkarbeit *203*
für Projektplanungen *193*
zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements *181*

Daseinsvorsorge *18*, *73*, *156*, *159*, *165*, *327*
Demografischer Wandel *31 ff*, *50*, *111*
Demokratie
direkte *140*, *238*
repräsentative *140*, *235*
Dienstleistung *75*, *108 f*, *155*, *242*, *259*, *285*, *288*, *305*
intermediäre *196*
soziale *108*, *290*
Disengagementtheorie *38*, *43*, *45*, *51*
Dreiteilung des Lebenslaufes *48*

Eigeninitiative *16*, *18*, *221*, *294*
Engagement
altes Ehrenamt *183*
Eigenengagement *159*
familiäres Engagement *90, 98f, 157*
Felder *75*, *98*, *110*, *153 - 157*, *198*
freiwilliges *62*, *183*, *275*
gesellschaftliches *98 - 103, 124*, *157f*
zivilgesellschaftliches *66*, *75*, *246*
Enkelkinderbetreuung *139*, *159, 243*
Entberuflichung *45*, *112*, *148f*, *197*
Erfahrungswissen *212*
Erhebungsinstrumente *83*
Erreichbarkeit *113*
Erwachsenenbildung *215*
Euthanasie *139*
Experteninterviews *81ff*

Feminisierung *148*
Finanzen, Rahmenbedingung *205 - 210*
Flurgespräche *292*
Flipchart *227*, *230*, *232*
Freiwilligenmitarbeit *182*
Leitfaden zur Freiwilligenmitarbeit *182*
Freizeitmythos *56f*
Fun-Gesellschaft *139*

Gedächtnistraining *215*, *292*, *305*
Gemeinnützigkeit *206*
Gemeinschaftsraum *269*, *272*, *306*, *313*, *315*
Gemeinwesenarbeit *106*, *135*, *155*, *290ff*
Generation
Generationen-Wohnanlage *313*
generationenübergreifende Projekte *137, 314*
generationsübergreifende Angebote *133*, *169*
generationenübergreifende Wohnformen *115*
inter- und intragenerationelle Wohnmodelle *116*

Jung trifft Alt *249 f*
Zusammenleben *116*, *131 - 137, 169, 272*
Zusammenwohnen *131 ff*, *169*
Generationengerechtigkeit *34 ff*, *274*
Genossenschaftsgedanke *285*
Gesprächsführung *223 - 231*
Gestaltung
Gestaltungsspielräume *91*, *110*, *123 f*, *235*
Stadtteilgestaltung *17*, *111, 145*, *169*
Gesundheit *41*, *44*, *57*, *60*, *63 - 69*, *73*, *198*, *213*, *243*
Gewerkschaften *138*, *177*
Good-Practice-Beispiele *81*, *197*, *246*
Gruppe
Arbeitsfähigkeit *175*
Gruppenarbeit *222*, *233*
Gruppenarbeitstechniken *218*
Gruppenarbeitsverfahren *218*
Gruppensitzung *175*, *229*, *231*, *233 f*

Handlungskompetenz *212*
Handlungsspielräume, existierende *90*, *235*
Haus für soziale Nachbarschaftsarbeit *304*
Hausgemeinschaft, gemischte *269, 310*
Haus Mobile *310*
Hilfe zur Selbsthilfe *290*, *293*
Hilfsangebote *109*, *134*
Hochaltrigkeit *59*, *147*

Identitätskompetenz *214*
Informationsquellen *89*
Initiativen *19*, *21*, *26*, *74*, *103*, *109*, *137, 155*, *205*
Interessengemeinschaft *276 ff*
Isolation *40*, *127*, *136*, *198*, *291*, *293*

Kirchen *156*, *177*, *200*, *292*, *297*
Kommunikation *71*, *201 f*, *217 ff*
Kommunikationskultur *218, 224*

Konferenz
Großgruppenkonferenz *219*, *221*
Open-Space-Konferenz *27*, *81ff*, *91*, *119*, *122*, *124*, *128*, *132*, *176*, *220*, *242*
Zukunftskonferenz *19*, *221f*
Strategiekonferenz *222*
Konfliktmediatoren *178*
Kontakte
familiäre *114*
Freunde *114*
nachbarschaftliche *114*
soziale *39f*, *114f*, *122*, *136*, *150*
Kooperation
Kooperationspartner *177*, *179*, *250*, *256*, *261*, *265*, *270*, *277*, *282f*, *288*, *292*, *297*, *302*, *306*, *308*
Kooperationsvereinbarung *202*
Kurs *215*, *218*, *261*, *305f*

Lebenserwartung *30f*, *33*, *55*
Lebenslage *116*, *198*
Lebenslaufkonzept *47*
Lebensstil *114*, *116*
Leitbild *10*, *16*, *26*, *32*, *48*, *164f*, *170*, *180*, *201*, *253*, *257*, *285*, *300*
Lernbedürfnisse *211*
Lernen
biographisches *212*, *214*
informelles *213*
kognitives *215*
Lernfähigkeit *213*
selbstbestimmtes *215f*
Sinnbezug *212*, *216*
Übungen *216*
Lernerfahrungen *212*

Machtasymmetrie *164*, *170*
Merkfähigkeit *59*
Mieterbeirat *304*

Mieterstrukturanalyse *296*, *299*
Milieu *213*, *272*, *308*
Mind Mapping *228*
Mitgestaltung *76*, *115*, *129*, *156*, *169*, *255*, *282*, *284*, *313*
Mitverantwortung *115*, *129*, *169*, *290*, *293*
Mobilität *44*, *59 f*, *72*, *113 f*, *120 ff*, *127*, *135*, *140*, *150 ff*, *167*
Mobilitätsbelastung *112*
Moderation *218*, *223 - 231*
    Flipchart *227*, *230*, *232*
    Folien *227*, *230*
    Moderationselemente *224*
    Moderationsmethoden *217*
    Pinwandmoderation *227*

Nachbarschaft *270 ff*, *287*, *291 f*, *298*, *301*
Nachbarschaftspflege *285*
Nachbarschaftstreff *285 ff*
Nachbarschaftszentrum *285 ff*
Netzwerk/-e
    Evaluation *200*, *203*
    Funktion *197 f*
    makrosoziale, mesosoziale, mikrosoziale *196 f*
    Netzwerkarbeit *20*, *80 f*, *195 - 204*, *247*, *298*
    Netzwerkbeteiligte *201*
    Netzwerkpartner *201 f*, *204*
    Netzwerktyp *196 f*, *201*
    Netzwerkvorbereitung *199*, *203*
    sekundäre *196 f*
    Seniorennetzwerke *263 - 266*
    soziales *114, 196*
    Steuerung *200*, *202 f*
    tertiäre *196 f*
    Wirkung *197 f*
Nichtprofitorganisation *196*
Nichtregierungsorganisation *196*
Nutzenrationalität *45*

Öffentlichkeitsarbeit *134*, *204*, *217*, *254 ff*, *278*
Open-Space-Veranstaltung *81 f*, *164*

Patenschaft *250 f*
Partizipationsknotenpunkte *166*, *170*
Parteien *21*, *77*, *138*, *140*, *143*, *156*, *177*, *236*
Planungsprozess *77*, *165*, *170*, *253*, *258*, *260*, *262*, *300*, *302 f*
Planungsworkshops *302*
Projekt
  Aufgabenverteilung *187*
  beispielhafte Projekte *107*, *110*
  Fortbildung *188*
  Organisation / Struktur *187*
  Projektauftrag *186*
  Projektbeteiligte *184*, *188*
  Projektcontrolling *191*
  Projektideen *185*, *190*
  Projektplanung *183*, *185*, *187*, *189*, *191*, *193*
  Teamstrukturen *187*
Projektverlauf *189*, *194*
  Einleitungsphase *184 f*
  Planungsphase *184 - 189*
  Projektabschlussphase *184*, *191*
  Umsetzungsphase *184*, *188 f*
  Zielfindungsphase *184 f*
Public Private Partnership *77*, *157*

Qualifikationen *188*

Regionalisierung *148*
Rücklaufquote *83 ff*
Ruhestand *17*, *36*, *46*, *50 ff*, *87*, *301*
Ruheständler *53*
Runde Tische *140*, *217 f*, *223*

Schlüsselqualifikationen *214*
Selbstbestimmung *16, 42, 62, 270, 301, 303*
Selbsthilfe *77, 265*
Selbstorganisation *20, 27, 44, 66ff, 74, 77, 80f, 128, 130, 133, 138, 148, 150ff, 156, 164, 169, 213, 264, 270, 276, 282, 289f, 294, 304, 314*
  Bereitschaft zu *152, 309*
  unverzichtbar *147*
Selbstständigkeit *74, 94, 114f, 124ff, 159, 167f, 248f, 252, 255, 294, 302*
Selbststeuerung *108*
Seniorenakademie *157*
Seniorenbeirat *248, 250ff, 260, 276ff*
Seniorenfrühstück *261*
Seniorenführer *251f*
Senioreninitiative *75f, 81, 156, 166, 174, 213, 217, 268, 273, 309*
Senioren-Stadtteilkonferenz *264*
Seniorenvertretungen *19, 26, 81ff, 89, 91 - 97, 103, 106, 117, 119, 121, 123, 126, 131, 133, 136, 145, 147 - 163, 167, 170, 247, 329*
Seniorenzeitschrift *260, 262*
Seniorenzeitung *156, 190, 255ff*
Seniortrainer *253f*
Sicherheitsgefühl *122*
Singularisierung *148ff, 197, 280, 291*
Spaßmythos *56*
Spielplatz-Opas *250*
Stadt
  Anbieterstadt *66*
  generationengerechte *37, 166*
  Klima *152f*
  Soziologie *140*
  Versorgungsstadt *66*
Steuerrecht *205*
Steuerungstechniken *218*

Teilnehmerorientierung *217*
Themenwerkstätten *80ff, 91, 131, 197, 247*
Training *67, 218*

Umfeld *39*
räumlich-soziales *39*, *40*
Wohnumfeld *67*, *71*, *112 ff*, *129 f*, *133*, *137*, *140*, *168*, *243*, *248*, *255*, *259*, *296 f*, *309*, *312*
Utopiekompetenz *214*

Verein *187*, *206 ff*
Vereinsamung *127*, *198*, *292 f*
Vergemeinschaftung *213*
Versicherungsschutz *205*, *210*
Vertrautheitsgefühl *124 ff*
Volksentscheide *140*
Vorlese-Omis *250*

Werkgruppen *250*
Werkzeuge *218*
Wohlbefinden *112*, *114 f*, *136*, *169*
körperliches und geistiges *41*
Wohlfahrtsverband *82*
Wohnen
Altenwohnungen *135*
Betreutes Wohnen *44*, *115*, *135*, *282*
emotionale Dimensionen *113*, *326*
infrastrukturelle Dimensionen *119 ff*
infrastrukturelle-partizipatorische Dimensionen *123*
kognitive Dimensionen *113*
objektive Dimensionen *113*, *124*
partizipatorische-aktivitätsfördende Dimensionen *127 f*
psychologische Dimensionen *124*, *126*
Seniorenheime *115*, *164*, *180*
Seniorenwohnen *37*, *305*
Seniorenwohnungen *281*, *292 f*, *305 f*
Servicewohnen *115*, *282*, *304 f*, *307*
subjektive Dimensionen *113*, *124*, *130*, *168*
verhaltensbezogene Dimensionen *113*

Wohnberatungsstelle *311*
Wohnformen *115*, *251*, *256*, *259*, *280*, *296*, *301*, *305*
Wohngemeinschaft *44*, *56*, *115*, *280*, *300*
Wohnmodell *115*, *134*, *137*, *269*
Wohnprojekt *116*, *132*, *254*, *268*, *300ff*
Wohnqualität *114f*, *118ff*, *125*, *129f*, *135ff*, *159*, *169*, *204*, *307*
Wohnquartier *19*, *121f*, *135*, *137*, *168*, *183*, *189*, *259*, *277*, *308*
Wohnumfeld *67*, *71*, *112ff*, *129f*, *133*, *137*, *140*, *168*, *243*, *248*, *255*, *259*, *296f*, *309*, *312*
Wohnumwelt *111*, *115*
Wohnungspolitik *137*
Wohnungswirtschaft *85*, *111*, *137*, *147*, *177*, *280*, *290*, *292*, *308*
Wohnverbundenheit *114*
Wohnviertel *112*
Wohnzufriedenheit *113*, *125*, *204*, *325*
Workshops / Werkstätten *218*
  Kreativ-Workshop *219*
  Problemlösungsworkshop *219*
  Runder Tisch *276f*

Zeitplan *176*, *179*, *226*
Zeitplanung *188*, *194*
Zivilgesellschaft *73ff*, *138*
Zufriedenheitsparadox *113*
Zukunftswerkstätten *140*, *166*, *214*, *217*, *221f*, *235*, *242*
Zusammengehörigkeitsgefühl *114f*, *124ff*